



Bild: Michael von Hassel | Al-Nuri-Moschee | Mossul | Irak | 2021

... Doch schweig ich noch von dem, was ärger als der Tod,
Was grimmer denn die Pest, und Glut und Hungersnot,
Dass auch der Seelen Schatz so vielen abgezungen.

Aus „Tränen des Vaterlandes“, Andreas Gryphius, 1643

Unser Motiv verdeutlicht die derzeitige menschengemachte Zerstörung ganzer Zivilisationen. Die Bayerische Gemeindezeitung will ihren Teil zu einem gesunden Zusammenleben leisten und unterstützt im Rahmen der Aktion „1000 Schulen für unsere Welt“ den Verein Hilfe für Togo e.V.

Ein gesegnetes Weihnachtsfest 2021 und alles Gute für das neue Jahr wünscht Ihnen das Team der Bayerischen Gemeindezeitung

BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Gratulation von Markus Söder:

„Demokratie braucht Meinungsvielfalt“

Politische Studien: Jubiläumsausgabe Nr. 500 des Magazins für Politik und Gesellschaft erschienen

München. Wer sich für Politik und Gesellschaft interessiert, sollte die Politischen Studien kennen. Die 500. Ausgabe ist von der Hanns-Seidel-Stiftung mit dem Dezember-Heft herausgegeben worden. Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder, MdL, und Stiftungsvorsitzender Markus Ferber, MdEP, u. a. gratulieren zur Jubiläumsausgabe.

Vermittlung qualifizierten Hintergrundwissens für den gesellschaftlichen Dialog – so bringt es die Redaktion auf den Punkt. Zeitrelevante und aktuelle Themen werden zunehmend cross-medial aufgearbeitet. In der Jubiläumsausgabe ist ein Interview über Arbeit und Tätigkeit mit Bayerns Staatskanzlei-Chef und Leiter des Corona-Krisenstabs, Dr. Florian Herrmann, MdL, abgedruckt (Videobotenschaft siehe Link <https://youtu.be/8chZJnEHxMO>). In der Jubiläumsausgabe schreibt der SZ-Journalist Peter Fahrenholz, wie wichtig seriöse Medien für den Zusammenhalt der Gesellschaft sind. Im Analyse-Teil bewertet Wahlforscher Dr. Gerhard Hirscher die Bundestagswahl 2021 und Alexander Pinker gibt einen Einblick in die Arbeitswelt der Zukunft.



Dr. Markus Söder.

Bild: Bayerische Staatskanzlei

Ursprung der Zeitschrift im Jahr 1950

Der Ursprung der Zeitschrift, die seit 1950 im nunmehr 72. Jahrgang erscheint, ist die „Politische Bildung – Schriftenreihe der Hochschule für Politische Wissenschaften, München“. Sie erscheint seit 1962 in zweimonatlicher Periodizität und wird seit 1972 von der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegeben. Damals wie heute ist sie definiert als „Forum für Problemanalysen und Lösungsansätze sowie Perspektiven im Bereich Politik/Wissenschaft“. Sie entwickelte sich mit freien Autoren immer mehr hin zu einer Informationsquel-

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

KPV Bayern zum Ampel-Koalitionsvertrag:

Fehlende Substanz und Verlässlichkeit

„Viele schöne Worte und große Versprechen werden gemacht, aber insgesamt fehlt es an inhaltlicher Substanz und finanzieller Verbindlichkeit für unsere bayerischen Kommunen“, bewertet KPV-Landesvorsitzender Stefan Rößle den Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung.

Die Ankündigungen und Versprechungen im Koalitionsvertrag gerade zu den Themen Digitalisierung (Digitalpakt Schulen 2.0 soll auf den Weg gebracht werden), soziale Sicherung (Bund bekennt sich zu seiner Rolle beim Ausbau der Ganztagsangebote und will seine Beteiligung an flüchtlingsbezogenen Kosten der Länder und Kommunen fortsetzen. Der öffentliche Gesundheitsdienst soll auf der kommunalen Ebene gestärkt, der soziale Arbeitsmarkt dauerhaft gesichert werden) und Klimaschutz (steuerschwache und überschuldete Kommunen sollen besonders unterstützt werden) seien oft nur sehr vage formuliert und nicht konkret mit finanzieller Verbindlichkeit hinterlegt.

Kommunale Mehrbelastungen im Sozialbereich werden Rößle zufolge nicht ausgeschlossen. Die steigenden Sozialausgaben belasteten bereits jetzt die kommunalen Haushalte. Die angekündigten sozialpolitischen und asylrechtlichen Änderungen der neuen Ampel-Regierung könnten zu weiteren kommunalen Mehrbelastungen führen. Deshalb fordert die KPV die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips sowie spürbare Entlastungen statt weiterer Belastungen für die kommunale Ebene bei den vom Bund übertragenen Aufgaben.

In Bayern geht es den Kommunen laut KPV gut. In anderen Bundesländern sehe es finanziell anders aus, dort sollen jetzt die hochverschuldeten Kommunen die Altschulden vom Bund getilgt bekommen. Die KPV fordert, dass frisches Geld nicht für alte Schulden, sondern für neue Investitionen genutzt wird.

Da es dem Koalitionsvertrag an gesicherten Finanzierungskonzepten und klarer Priorisierung der angekündigten Maßnahmen für die Kommunen mangelt, verlangt die KPV zudem verbindliche finanzielle Zusagen und klaren Rückhalt von der neuen Bundesregierung. Darüber hinaus wird zwar die angekündigte Entbürokratisierung und Bündelung von Förderprogrammen begrüßt, jedoch eine langfristig sichere und stabile finanzielle Grundausstattung der Kommunen vom Bund gefordert. Wichtig seien die grundsätzliche Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und der finanziellen Entscheidungsfreiheit vor Ort. Darüber hinaus mahnen die Kommunalpolitiker der CSU ein klares Versprechen der neuen Regierung zur Kompensation der Corona-bedingten Steuerausfälle sowie eine Stärkung der kommunalen Steuereinnahmen (z. B. bei der Umlegung der Umsatzsteuer) an.

„Insgesamt werden die bayerischen Kommunen in ihrem Selbstverwaltungsrecht beschränkt, stehen vor drohenden Mehrkosten und gleichzeitig ist ihre dauerhafte finanzielle Stabilität gefährdet“, so Vorsitzender Rößle. Die Ampel-Koalition werde von den Kommunen am Ende an ihren Ergebnissen und nicht an Worten gemessen. **DK**

Gratulationen aus Politik und Gesellschaft

Auf diese Dynamik in der Geschichte blicken auch Vertreter aus Politik und Gesellschaft zurück. Allen voran Ministerpräsident (Fortsetzung auf Seite 4)

4 Milliarden Euro für Bayerns Kommunen:

Rekordsumme bei Schlüsselzuweisungen

„Die bayerischen Kommunen können sich auf den Freistaat Bayern verlassen – dies zeigt sich auch an der großen finanziellen Unterstützung. Mit einem kommunalen Finanzausgleich von über 10,5 Mrd. Euro erreichen wir im Jahr 2022 erneut ein Spitzenniveau. Die bayerischen Landkreise und Gemeinden erhalten Schlüsselzuweisungen von insgesamt 4 Mrd. Euro und damit rund 67 Mio. Euro mehr als im Vorjahr“, teilt Finanz- und Heimatminister Albert Füracker in München mit. Die Gesamtsumme verteilt sich auf die Gemeinden mit 2,56 Mrd. Euro und auf 1,44 Mrd. Euro für die Landkreise.

Füracker zufolge stellt Bayern neben den Schlüsselzuweisungen für Gemeinden und Landkreise im kommenden Jahr wieder rund 706 Mio. Euro für die Zuweisungen an die Bezirke zur Verfügung. Hinzu kommen einmalig zusätzliche Mittel für Investitionen in Höhe von 400 Mio. Euro, insbesondere für Maßnahmen im kommunalen Hochbau.

Wie der Minister erläuterte, erhalten die Gemeinden und Landkreise in Schwaben 2022 Schlüsselzuweisungen in Höhe von insgesamt 684 Mio. Euro. Die höchsten Schlüsselzuweisungen unter den Gemeinden in Schwaben und damit die zweithöchste Summe in ganz Bayern erhält die Stadt Augsburg mit 179 Mio. Euro. Mit 27,2

Mio. Euro kann die Stadt Kempten für das nächste Jahr kalkulieren. Über einen kräftigen Anstieg von 8,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf dann 26,5 Mio. Euro darf sich die Stadt Kaufbeuren freuen. Die kreisangehörigen Gemeinden in Schwaben bekommen insgesamt 217 Mio. Euro, die Landkreise 226 Mio. Euro.

7 Prozent mehr als im Vorjahr

Den Gemeinden und Landkreisen in Oberbayern werden Schlüsselzuweisungen in Höhe von insgesamt über 782 Mio. Euro und damit über 7 Prozent mehr als im Vorjahr zuteil. Die Stadt Rosenheim erhält mit 25,3 Mio. Euro die höchsten Schlüsselzuweisungen, gefolgt von der (Fortsetzung auf Seite 4)

Stadtfinanzen 2021

Schlaglichter des Städtetags

Kaum ein Politikbereich in Deutschland lässt sich ohne die Kommunen sinnvoll gestalten. Ihre Bürgernähe, Kompetenz und Verwaltungskraft werden benötigt, um Vorhaben zielgerichtet und wirkungsvoll umzusetzen. Dies funktioniert nicht ohne entsprechende Ressourcen. Daher werde sich die neue Bundesregierung auch mit den Kommunalfinanzen auseinandersetzen müssen, heißt es in der Publikation „Stadtfinanzen 2021 – Schlaglichter des Deutschen Städtetags“.

Die Corona-Krise habe vielfach wie ein Brennglas gewirkt: „Sie war gewissermaßen ein ‚Stresstest‘“, betont der Deutsche Städtetag. Bei den Kommunalfinanzen seien Stärken und Schwächen durch die Corona-Pandemie gleichermaßen hervorgehoben worden: Eine klare Stärke war laut Städtetag die Entscheidungsfähigkeit von Bund und Ländern für unkonventionelle und schnelle finanzielle Hilfen. So wurde verhindert, dass die historisch einmaligen Steuereinträge die Kommunalaushalte im vergangenen Jahr 2020 ins Defizit gedrückt haben und Investitionen und Leistungen zusammengestrichen wurden. Zugleich wurde aber deutlich, dass die enorme Zuweisungsabhängigkeit der Kommunalaushalte auch unabhängig von Krisen ein ernsthaftes strukturelles Problem darstellt.

Kommunen benötigen schnelle Hilfen und langfristige Lösung

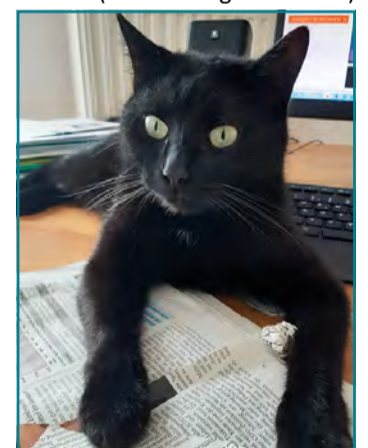
Aus Haushaltssicht ist Corona aber nicht vorbei, wie die aktuelle Projektion der kommunalen Spitzenverbände und auch die Prognosen anderer Institutionen zeigen. In der aktuellen Situation benötigten die Kommunen beides: schnelle Hilfen und eine langfristige Lösung. Die schnelle Hilfe schaffe das notwendige Zeitfenster, in dem eine grundlegende, ausreichend diskutierte Lösung der strukturellen Probleme bei den Kommunalfinanzen gefunden werden kann.

Corona hat auch fiskalisch drastische Folgen. Allein in den Jahren 2021 und 2022 fehlen den Städten und Gemeinden nahezu 20 Milliarden Euro an Steuereinnahmen. Damit auf die

Pandemiekrise nicht die kommunale Haushaltskrise folgt, sind auch in den nächsten beiden Jahren schnelle Hilfen für die Städte und Gemeinden erforderlich. Hier muss nach Ansicht des Deutschen Städtetags die neue Bundesregierung unverzüglich handeln und gemeinsam mit den Ländern zeitnah die Haushalte stabilisieren.

Kompensation der Steuermindereinnahmen

Wie im Jahr 2020 müssten die Steuermindereinnahmen auch in diesem und dem nächsten Jahr kompensiert werden. Auch wenn der Weg der direkten Kompensation der Steuermindereinnahmen gerade in (Fortsetzung auf Seite 4)



Auch wenn sich in unserem Rathauskater eine leichte Unzufriedenheit darüber breit macht, dass Katzen in der Weihnachtsgeschichte keine Rolle spielen, sieht er doch, dass es Schlimmeres auf der Welt gibt – weit Schlimmeres. Seine Weihnachtsgrüße verbindet er mit der Hoffnung, dass wir überwinden werden, was uns derzeit spaltet. S. 19

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Verschärfung des Abgeordnetengesetzes	2
Erhebung zu Corona-Zahlen	2
75 Jahre Bayerische Verfassung	2
GZ-Kolumne Familie von Hassel	3
Entwicklungszusammenarbeit: Der Glaube ist eine wahre Stütze	3
Solidarität im Landkreis Donau-Ries	3
Digitalisierung • Breitband • Mobilfunk	5 - 8
Kommunale Finanzthemen	12 - 14
Kommunale Bauthemen	14 - 15
Kommunale Gesundheitsversorgung	16 - 17
Aus den bayerischen Kommunen	18 - 20

Bayerischer Landtag:

Verschärfung Abgeordnetengesetz und Untersuchungsausschuss

Nach intensiven Diskussionen hat der Landtag fraktionsübergreifend einer Verschärfung des Abgeordnetengesetzes zugestimmt. Im Plenum wurde die Einigung u. a. als „Herzstück einer Transparenzoffensive“ sowie als das „umfassendste Regelwerk auf Bundes- und Landesebene“ gelobt. Auslöser für die Gesetzesänderung war die sogenannte Maskenaffäre. Als Konsequenz daraus etabliert der Landtag zusätzlich einen Untersuchungsausschuss.

Der Landtag hat mit fraktionsübergreifender Mehrheit für eine Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes gestimmt. Auf eine Verschärfung der Regeln einigten sich die Regierungsfractionen der CSU und Freien Wähler sowie die Oppositionsfractionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP. Die AfD und der mittlerweile fraktionslose Abgeordnete Alfred Sauter, der selbst im Zentrum der Affäre steht, stimmten dagegen.

Umfassendstes Regelwerk auf Bundes- und Landesebene

„Die Einigung auf schärfere Regeln im Bayerischen Abgeordnetengesetz zeigt einen breiten Konsens der demokratischen Fraktionen nach intensiven Diskussionen. Es handelt sich dabei nicht nur um die umfassendsten Änderungen, sondern auch um das umfassendste Regelwerk auf Bund und Länderebene“, betonte Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU). Nebentätigkeiten sind demnach in Zukunft zwar nicht generell verboten. Untersagt sind den Landtagsabgeordneten jedoch bezahlte Lobbytätigkeiten für Dritte bei Staatsregierung, Landtag und weiteren Behörden. Auch der Verkauf und die Vermittlung von Immobilien, Waren und Dienstleistungen für Dritte bei den Organen und Behörden des Freistaates und den Gesellschaften, die mehrheitlich im Eigentum des Freistaates stehen, sind den Parlamentariern künftig verboten. Darüber hinaus müssen Abgeordnete Einkünfte aus Nebentätigkeiten in Zukunft grundsätzlich ab dem ersten Euro veröffentlichen. Ebenso müssen sie darüber informieren, sobald sie mit drei Prozent an einer Personen- oder Kapitalgesellschaft beteiligt sind. Bisher liegt diese Grenze bei 25 Prozent. „Die Verschärfung des Abgeordnetengesetzes ist das Herzstück der Transparenzoffensive. Die Einigung ist ein gewaltiger Erfolg mit der wir parlamentarisches

Neuland betreten“, sagte Florian Siekmann (Bündnis 90/Die Grünen). Martin Hagen (FDP) fügte hinzu: „Wir gehen an die Grenze dessen, was man Abgeordneten an Regeln auferlegen kann ohne das Mandat übermäßig zu bürokratisieren oder für Selbstständige unattraktiv zu machen.“

Transparenz und Glaubwürdigkeit wahren

Konkreter Auslöser für die Verschärfung der Regeln ist die sogenannte Maskenaffäre. Der mittlerweile fraktionslose Abgeordnete Alfred Sauter soll für die Vermittlung von Maskengeschäften im Jahr 2020 hohe Summen Geld erhalten haben. Horst Arnold (SPD) hob hervor: „Durch die Verschärfung des Abgeordnetengesetzes wird eine exzessive Ausnutzung des Systems verhindert. Dies ist der Auftakt einer Glaubwürdigkeitsoffensive. Zurecht wird der Landtag einen Untersuchungsausschuss als Konsequenz aus der Maskenaffäre etablieren.“ Alexander Hold (Freie Wähler) ergänzte in diesem Zusammenhang: „Mit Sanktionen bis zu einer halben Jahresdiät wird deutlich: das Gesetz zeigt Zähne.“

AfD stellt Änderungsanträge

Die AfD-Fraktion stimmte als einzige Oppositionspartei gegen die Verschärfung des Gesetzes. „Es ist kein Gesetz, das die Breite des Landtages umfasst“, sagte Andreas Winhart (AfD) und stellte die von der seiner Fraktion geforderten Änderungsanträge vor. Darin forderte die AfD u. a. Einnahmen aufgrund von Vortragstätigkeit im Bildungsbereich zu gestatten. Die Beteiligungen an Unternehmen sollten aber nicht erst bei drei Prozent, sondern schon ab einem Prozent veröffentlicht werden. Das Gesetz, das am 1. April in Kraft tritt, ist das strengste Abgeordnetengesetz aller Landesparlamente in Deutschland. Das Bundeskabi-

net hat ebenfalls Ethikregeln für Lobbyisten beschlossen. Der am 16. Juni 2021 verabschiedete Verhaltenskodex verpflichtet professionelle Interessenvertreter unter anderem, ihr Anliegen und ihre Auftraggeber offenzulegen.

Untersuchungsausschuss zur Maskenaffäre

Die Maskengeschäfte selbst werden nun vom Landtag durchleuchtet: Im Plenum wurde von den Fraktionen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beschlossen. In der Debatte kündigte Markus Rinderspacher (SPD) an, mit dem Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder auch über „politische Gesamtverantwortung“ sprechen zu wollen. „Denn wenn man mit dem Zeigefinger mit klugen Ratschlägen auf andere Bundesländer zeigt, dann sollte man zumindest den Blick dafür behalten, wenn es in den eigenen Reihen, in der eigenen Regierung zu unhaltbaren Zuständen kommt.“ So habe der frühere CSU-Abgeordnete Alfred Sauter mit den Maskengeschäften wohl 1.243.000 Euro Gewinn gemacht. „Ein solch dreistes und unverschämtes Krisengewinnlerum ist mir in all den Jahren im Bayerischen Landtag nicht untergekommen“, so Rinderspacher.

Katalog von 234 Fragen

Der Untersuchungsausschuss kam am 9.12. das erste Mal zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Er wird einen Fragenkatalog von 234 Fragen zu bearbeiten haben. „Es geht beim Untersuchungsausschuss nicht so sehr um strafrechtliches Verhalten, denn für uns Abgeordnete ist das Strafrecht allein nicht die Begrenzung unserer Handlungsspielräume, sondern es geht um die Frage politischen Fehlverhaltens“, so der Vorsitzende des neuen Untersuchungsausschusses, Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU). Stellvertreter Florian Siekmann (Bündnis 90/Die Grünen) kündigte an, der Untersuchungsausschuss „wird nicht weniger leisten als die Aufklärung eines der größten Politikskandale in der bayerischen Geschichte“. Als Vertreter der Opposition betonte er, dass es im Untersuchungsausschuss einerseits „um Fragen

des politischen Anstands“ gehen werde, aber zum anderen auch um die Verantwortung der Regierung. Bei zahlreichen Anfragen habe diese „lange gemauert und an vielen Stellen gebremst.“ Einig waren sich die Abgeordneten darüber, dass die Erarbeitung des Fragenkatalogs in konstruk-

tiver Weise stattfand. Auch SPD, Grüne und FDP betonten, dass die Regierungsfractionen CSU und FREIE WÄHLER dabei Willen zur Aufklärung an den Tag gelegt hätten. Gerald Pittner (FREIE WÄHLER) erklärte, seine Fraktion stehe „uneingeschränkt für eine sachliche, aber auch an den Regeln des

Rechtsstaats orientierte Aufklärung aller offenen Fragen – und dies ohne Ansehen von Amt und Person“. Der Fragenkatalog sei daher im Einvernehmen mit der Opposition so konkretisiert worden, dass dies „verfassungsrechtlich und in der Zielrichtung sinnvollen Hintergrund und Ziele hatte“. red

Erhebung der Corona-Zahlen:

Transparenz oder „statistische Unschärfe“?

Wie hoch sind die Inzidenz-Zahlen von Ungeimpften wirklich? Laut der FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag hat die Staatsregierung positive Corona-Tests von Menschen, deren Impfstatus unklar war, den Ungeimpften zugeschlagen. CSU und Freie Wähler räumten zwar eine „statistische Unschärfe“ ein. Auswirkungen auf das Pandemie-Geschehen oder die Maßnahmen habe das aber nicht.

FDP-Fraktionschef Martin Hagen betonte zu Beginn der von der Fraktion selbst einberufenen Aktuellen Stunde im Plenum Anfang Dezember, dass er bisher Vertrauen in die offiziellen Zahlen der bayerischen Behörden gehabt hätte. Wenn aber bei rund 70 Prozent der corona-positiven Menschen der Impfstatus unbekannt sei, könne daraus keine Inzidenz für Geimpfte und Ungeimpfte berechnet werden. Dennoch habe Ministerpräsident Markus Söder (CSU) gesagt, die Inzidenz bei Ungeimpften liege in Bayern bei 1600, bei Geimpften bei knapp 100. „In Wirklichkeit liegt die Inzidenz bei Geimpften 3,5-mal so hoch“, kritisierte Hagen. Das Kleinrechnen des Infektionsrisikos würde den Geimpften eine trügerische Sicherheit vermitteln und allgemein das Vertrauen in die Pandemiemaßnahmen untergraben.

Schaden für aktuelle Impfkampagne

Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) betonte, dass andere Bundesländer und das Ro-

bert Koch-Institut zwar eine andere Berechnungsweise der Inzidenzen von Geimpften und Ungeimpften hätten. Begriffe wie „Skandalisierung“, „Täuschung“ und „Fälschung“ seien aber „völlig daneben“. Stattdessen gelte es jetzt, Kontakte zu vermeiden und für die Impfung zu werben. Das LGL habe eine „hochwissenschaftliche Expertise“.

Zahlen der Hospitalisierung statt Inzidenz

Auch CSU-Generalsekretär Markus Blume warf der FDP vor, mit der Aktuellen Stunde die Bekämpfung der Corona-Pandemie zu untergraben. „Natürlich ist eine statistische Unschärfe von Daten nicht gut.“ Es sei aber immer klar gewesen, wie die Zahlen des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) erhoben würden. Fakt sei: „Das Infektionsgeschehen geht von Ungeimpften aus.“ Abgesehen davon sind laut Blume ausschließlich die Zahlen der Hospitalisierung ausschlaggebend für die Corona-Maßnahmen. Andreas Krahl (Bündnis 90/

Die Grünen) kritisierte sowohl die FDP als auch die Staatsregierung. Es sei von den Liberalen nicht richtig, ausgerechnet bei einer dunkelroten Corona-Ampel die aktuellen Maßnahmen wegen „Schätzungsfehlern“ infrage zu stellen. Andererseits sei es von der Staatsregierung auch nicht hinnehmbar, dass der Impfstatus „wegen einer Überlastung der Gesundheitsämter“ nur nachrangig aufgeklärt würde. Der parlamentarische Geschäftsführer der Freien Wähler, Dr. Fabian Mehring, warf der FDP vor, mit dem vermeintlichen Skandal lediglich eine „statistische Unschärfe“ aufgedeckt zu haben, welche das LGL seit Monaten transparent darstellen würde. Abgesehen davon richten auch laut Mehring Bund und Länder ihre Maßnahmen schon seit Monaten nicht mehr nach der Inzidenz, sondern nach der Krankenhausbelegung aus. Als Konsequenz forderte er, bei jedem staatlichen Test den Impfstatus zu vermerken.

Fragwürdige Zahlen

„Wer das Vertrauen in die Impfkampagne stärken will, sollte nicht mit fragwürdigen Zahlen arbeiten“, betonte SPD-Fraktionschef Florian von Brunn. Er forderte, transparenter mit den Zahlen umzugehen und die Gesundheitsämter für eine genauere Erhebung besser auszustatten. red

Landtag, Staatsregierung und Verfassungsgerichtshof feiern:

75 Jahre Bayerische Verfassung

Landtagspräsidentin Ilse Aigner, Ministerpräsident Dr. Markus Söder und der Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs Dr. Hans-Joachim Heßler haben bei einem gemeinsamen Festakt im Nationaltheater das 75-jährige Jubiläum der Bayerischen Verfassung gewürdigt. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Prof. Dr. Stephan Harbarth betonte in seiner Festansprache die Bedeutung der Verfassung als „Fundament der Staats- und Werteordnung des Freistaats Bayern“. Landtagspräsidentin Ilse Aigner: „Unsere Verfassung enthält den Bauplan für unsere freiheitliche Demokratie. Dieser bleibt aktuell – ohne Reibungsverluste durch Wandel und Zeitgeist.“ Corona-bedingt fand der Festakt ohne Gäste statt, wurde jedoch im Bayerischen Fernsehen live übertragen.

Fundament der Staats- und Werteordnung

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Prof. Dr. Stephan Harbarth betonte in seiner Rede „die Entschlossenheit, mit der man sich in Bayern schon kurz nach Kriegsende anschaute, die verfassungsrechtlichen Grundlagen für eine bessere Zukunft zu gestalten.“ Zwar habe es „der Lauf der Geschichte bekanntlich mit sich gebracht, dass die Bayerische Verfassung – im Jahr 1946 als Vollverfassung mit dem Anspruch umfassender Maßgeblichkeit konzipiert – in zunehmendem Maße durch andere verfassungsrechtliche Ordnungsrahmen ergänzt und überlagert wurde“ – allen voran durch das Grundgesetz, das im Mai 1949 verkündet wurde. „Trotz dieser Verschiebung der Gewichte bildet die Bayerische Verfassung seit nunmehr 75 Jahren das Fundament der Staats- und Werteordnung des Freistaats Bayern.“

Landtagspräsidentin Ilse Aigner hob in der Podiumsdiskussion das Zeitlose der Bayerischen Verfassung hervor: „Unsere Verfassung enthält den Bauplan für unsere freiheitliche De-

mokratie, für eine wehrhafte Grund- und Werteordnung, für das gesellschaftliche Zusammenleben. Und sie ist klar und einfach formuliert – und bringt die Werte zeitlos auf Papier.“

„Bemerkenswert sei zudem, dass unsere Verfassung nicht nur Grundrechte benennt, sondern auch Grundpflichten formuliert.“ So heiße es in Artikel 117 der Bayerischen Verfassung: „Der ungestörte Genuss der Freiheit für jedermann hängt davon ab, dass alle ihre Treuepflicht gegenüber Volk und Verfassung, Staat und Gesetzen erfüllen.“ „Das zeigt in klaren Worten, das niemand alleine auf der Welt ist. Wir sind ein Gemeinwesen. Egoismen und unbeschränkte – falsch verstandene – Freiheit stehen im Widerspruch zu unserer Vorstellung von einem Gemeinwesen, in dem natürlich jedes Individuum für sich steht, aber im dem wir füreinander Verantwortung tragen und übernehmen.“

Ministerpräsident Dr. Markus Söder betonte: „Bayern steht für Toleranz und Demokratie. Wir leben in einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, der auch in der Pandemie funktioniert. Unsere Verfassung hat sich beim Erhalt der Demokratie und bei der Bekämpfung der Pandemie bewährt.“

Auch der Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs Dr. Hans-Joachim Heßler hob die große Bedeutung des Rechtsstaats für unser freiheitlich-demokratisches Gemeinwesen hervor: „Wir sollten uns immer wieder ins Gedächtnis rufen, dass vermeintlich selbstverständliche Errungenschaften wie die Rechtsstaatlichkeit alles andere als selbstverständlich sind. Sie sind – das zeigt auch die bayerische Verfassungsgeschichte gut – Schritt für Schritt errungen worden und können unter ungünstigen Umständen auch wieder verloren gehen.“ Alle Institutionen, aber ebenso alle Bürgerinnen und Bürger müssten sich „für den Erhalt des Rechtsstaats einsetzen und stark machen“, so Präsident Dr. Heßler weiter. Dem habe die Rechtsprechung durch transparente und nachvollziehbare Entscheidungen Rechnung zu tragen. □

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Landrat
Thomas Habermann
97616 Bad Neustadt a. d. Saale
am 23.12.

Bürgermeisterin
Brigitte Bachmann
92262 Birgland
am 29.12.

Bürgermeisterin
Rosa Maria Maurer
84166 Adlkofen
am 7.1.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Dr. Christoph Hammer
91550 Dinkelsbühl
am 24.12.

Bürgermeister Paul Wecker
82297 Steindorf
am 24.12.

Bürgermeister Gerhard Zeitler
93358 Train
am 11.1.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Klaus Korneder
85630 Grasbrunn
am 25.12.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Maximilian Beer
92447 Schwarzhofen
am 27.12.

Bürgermeister
Thomas Gneiße
85457 Wörth/OT Hörlkofen
am 4.1.

Bürgermeister Otto Fisch
84326 Rimmbach
am 6.1.

Bürgermeister
Jürgen Jäkel
91091 Großenseebach
am 7.1.

Bürgermeister
Robert Kiermeier
84187 Wenig
am 8.1.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Gais
94545 Hohenau
am 27.12.

Bürgermeister Stefan Bußinger
91734 Mittleschenbach
am 29.12.

Bürgermeister
Harald Dirlenbach
85256 Vierkirchen
am 12.1.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Susanne König
91183 Abenberg
am 27.12.

Bürgermeister Markus Böck
85764 Oberschleißheim
am 19.12.

Bürgermeister
Christoph Brunner
94424 Arnstorf
am 3.1.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Susanne König
91183 Abenberg
am 27.12.

Bürgermeister
Stefan Klattenbacher
83661 Lengries
am 16.12.

Bürgermeister Christoph Ruppert
63856 Bessenbach
am 31.12.

Bürgermeister
Markus Wöhrle
89290 Buch
am 6.1.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.



Die alte Schule in Alenou. Die neue bekommt ein isoliertes Dach und ordentliche WCs. Die Energie für das Gebäude liefert die Sonne. Bilder: Barbara Weber

Serie „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit anders denken“, Teil 9:

Der Glaube ist eine wahre Stütze

Anton und Barbara Weber reisen seit über 30 Jahren nach Togo und sind von den Ritualen und dem Spirit im Land fasziniert. Mit ihrem gemeinnützigen Verein HILFE FÜR TOGO e.V. aus Waldstetten im Ostalbkreis engagiert sie sich dort seit 1994. Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“ ist nun – auch mit Unterstützung der Bayerischen Gemeindezeitung – die Eröffnung einer weiteren Schule für März 2022 geplant. Im Interview erklärt Anton Weber, was ihn früher und nach drei Jahrzehnten der Zusammenarbeit bewegt, immer wieder in das westafrikanische Land zu reisen und mit den Menschen gemeinsam Projekte umzusetzen.

GZ: Im März 2022 ist im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“ die Einweihung einer neuen Schule in Togo geplant. Wie wird die neue Schule aussehen und wie finanzieren Sie das Projekt?

Hinzu kommt ein Wasserprojekt mit solarbetriebener Brunnenanlage inkl. Wasserturm und der Verlegung von Wasserleitungen in das nächste Dorf, so dass die Kosten für das Schulbauprojekt rund 86.000 Euro betragen. 15.000 Euro werden dabei von

sind unglaublich. Selbst wenn die Menschen nicht viel besitzen: Jeder bietet Ihnen Wasser und Mahlzeiten an.

Bei der Einrichtung der Baustelle muss unbedingt darauf geachtet werden, dass das Baumaterial rechtzeitig transportiert wird und vorrätig ist. Denn die Straßenverhältnisse sind schwierig und die Straßen können teilweise nur während der Trockenzeit passiert werden.

Chancen für Frauen und Mädchen

Im Rahmen des Schulbauprojektes ist es zudem sehr wichtig, dass die Schulverwaltung die Bereitstellung und Finanzierung von Lehrern garantiert. In diesem Zusammenhang zählt für uns zu den Voraussetzungen, dass mindestens zwei Lehrerinnen eingestellt werden. Damit verfolgen wir das Ziel, dass im Laufe der Zeit der Anteil der Mädchen an der Schule bei mindestens 60 Prozent liegt. Ich habe mich auch bei den Ministerien dafür eingesetzt, dass diese Zielvorgabe – die Einstellung von weiblichen Lehrkräften – bei der Finanzierung von Schulbauprojekten als Grundvoraussetzung festgelegt wird. Denn viele Mütter haben dadurch mehr Vertrauen und schicken ihre Töchter zur Schule, wenn dort auch Frauen unterrichten.

GZ: In der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit ist es teilweise schwierig, den persönlichen Kontakt zu Akteuren im globalen Süden zu pflegen, viele Prozesse laufen über den Schreibtisch. Wie sollten Kommunen vorgehen, wenn sie die Bildung von Partnerschaften anstreben?

Weber: Zunächst ist es wichtig, sich auf ein Land festzulegen. Dabei ist entscheidend, diejenigen zu finden, die sich ehrenamtlich engagieren – denn dann ist das Engagement oft am größten.

Ausgaben müssen kontrolliert werden

Das zweite ist, dass die Kommunen den Geldtransfer über ein eigenes Konto regeln sollten. Dazu muss festgelegt werden, wer Zugriff auf das Konto hat. Bei uns haben nur der Leiter des Ausbildungszentrums, den ich seit 30 Jahren kenne, und ich Zugriff auf das Konto. Damit die Ausgaben kontrolliert werden können, zahlen wir ausschließlich mit Schecks. Unterstützung bietet dabei auch die Botschaft. Mindestens zwei Menschen sollten zudem regelmäßig vor Ort sein und auch die Sprache des Landes sprechen. Dieser Kontakt ist ganz wichtig und der entsteht auch oft durch Urlaubsreisen in die jeweiligen Länder.

GZ: Im November reisten Sie zum 39. Mal nach Togo – was bewegt Sie und ihren Verein HILFE FÜR TOGO, sich in diesem Land seit über drei Jahrzehnten zu engagieren?



Die bisherige Wasserversorgung ist höchst problematisch. Künftig wird eine solarbetriebene Brunnenanlage inkl. Wasserturm Schule und Dorf mit sauberem Trinkwasser versorgen.

Anton Weber: Die alte Schule zählte zu den sogenannten Prüfungszentren in Togo, doch das Gebäude hatte kein richtiges Dach und die Schüler mussten während ihrer Prüfungen teilweise im Freien sitzen.

Als wir das erste Mal vor Ort waren, hat uns die Herzlichkeit im gesamten Umfeld der Schule begeistert und auch das Engagement der Elternschaft vor Ort beeindruckt, die ihre Unterstützung für das Bauprojekt zugesagt haben. Daraufhin haben wir Angebote für die Erneuerung der Schule eingeholt und die Finanzierung geprüft.

Die Schule wird mit einer WC-Anlage, isoliertem Dach und einer Solaranlage ausgestattet. Das ist uns wichtig, weil die Schüler durch die Nähe zum Äquator sonst ab circa 18 Uhr im Dunkeln lernen müssten.

der Firma Bosch sowie 21.000 Euro von der Bayerischen Gemeindezeitung übernommen. Den Rest finanzieren wir über den Verein.

GZ: Wie lautet Ihr Rat für interessierte Kommunalpolitiker und Akteure – was sind im Rahmen des Schulbauprojektes die größten Herausforderungen und wie kann man sich auf die Zusammenarbeit vorbereiten?

Weber: Es gibt praktische Fragen in Bezug auf das Bauprojekt und organisatorische Aspekte, die als Grundvoraussetzungen beachtet werden sollten. Natürlich spielt auch die Kultur eine Rolle, die mich seit 30 Jahren begeistert. Viele Menschen haben kein Bankkonto und keine Konsumgüter und sie strahlen trotzdem so viel Lebensfreude und Freundlichkeit aus. Dankbarkeit und Großzügigkeit

Wichtige Links

1000 Schulen für unsere Welt:
www.1000schulenfuerunserewelt.de/
Engagement Global:
www.engagement-global.de/
Bayerische Staatsregierung:
www.stmwi.bayern.de/internationalisierung/entwicklungspolitik/Landkreis_Donau-Ries:
www.donauries.bayern/region/entwicklungszusammenarbeit/1000-schulen-fuer-unsere-welt/
Radio-Interview mit Landrat Stefan Röble:
<https://share.ard-zdf-box.de/s/qmZRS5RMi7icnfD>
Stiftung fly & help:
www.fly-and-help.de/
Verein Hilfe für Togo e.V.:
www.hilfe-fuer-togo.de
Reiseblog Togo:
http://schlatthof.net/togo-reise-sommer-2021/_trashed-7/

GZ

KOLUMNE Familie von Hassel

Liebe Leserinnen und Leser,

irgendwann muss man sich festlegen und dabei Partner finden, mit denen man zuverlässig zusammenarbeiten kann, sagte Anton Weber sinngemäß in nebenstehendem Interview. Wir von der Bayerischen Gemeindezeitung haben etwas Zeit gebraucht, bis Landrat Stefan Röble uns das Schulbauprojekt in Alenou vorschlug und wir gemeinsam zu der Meinung kamen, dass jetzt alles passt.

Auf unserer Seite 1 finden Sie das Bild der Al-Nuri-Moschee in Mossul, deren Wiederauf-

Gesegnete Weihnachten

bau 2018 beschlossen wurde. Allerdings ist unser Bild aktuell und zeigt leider keine Einzelsituation. Vielmehr steht es symptomatisch für die brutale Zerstörung des ganzen Landes, an der „der Westen“ sehr viel Schuld trägt.

Auch dort gibt es Kinder, die dringend neue Schulen brauchen, auch dort gibt es Menschen voller Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit. Es gibt also noch viel zu tun. Zwar kann niemand für sich allein die Welt retten. Aber wenn jede/r einen Beitrag leistet, müssen wir doch ein Stück weiterkommen!

Das wird allerdings nur gelingen, wenn wir

alle zusammenhalten und uns auch hier in unserem Land nicht auseinanderdividieren lassen. Wer hätte vor zwei Jahren gedacht, dass wir in kürzester Zeit mit völlig veränderten Lebensumständen und neuen Regeln des Zusammenlebens zurechtkommen müssen.

Das Fundament unseres Zusammenhalts ist die Glaubwürdigkeit und die Zuverlässigkeit der großen Politik und die gerät gerade ins Wanken. Wenn heute nicht mehr gilt, was wenige Wochen vorher noch versprochen wurde, wenn sich nach und nach bewahrheitet, was vor kurzem noch als Fakenews verspottet wurde, was und wer bietet dann noch Orientierung? Was gibt dann noch Halt?

Wir können heute sehr viele Informationsquellen nutzen und uns selbst ein qualifiziertes Urteil bilden. Dabei sollten wir sehr sorgfältig auf die Plausibilität der Argumente achten. Dass oftmals versucht wird, uns ein X für ein U vorzumachen, oder wie Orwell in „1984“ schrieb, akzeptiert werden soll, dass „2+2=5“ gilt, sollten wir erkennen können. Dann würden Naturgesetze nämlich auf den Kopf gestellt und die Welt endet im Chaos. Lassen wir nicht zu, dass es letztlich auch in unseren Seelen aussieht wie in den Trümmern des Iraks.

Wir wünschen Ihnen ein gnadenreiches, gesegnetes Weihnachtsfest und für das neue Jahr das Allerbeste.

Ihre Familie von Hassel
und das Team der
Bayerischen Gemeindezeitung

Solidarität im Landkreis Donau-Ries

„1.000 Schulen für unsere Welt“: So nennt sich eine Initiative, die im Landkreis Donau-Ries ihren Ursprung hat und wo ihr Herz schlägt. Inzwischen stehen der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) und das Bundesentwicklungsministerium hinter dem Projekt, dessen Triebfeder Landrat und GZ-Herausgeber Stefan Röble ist.

Den Anstoß, so erzählte Röble vergangene Woche während einer Pressekonferenz, ebenfalls tätig zu werden, gab der Besuch einer Benefiz-Veranstaltung seines Schulfreundes Gunter Freissle, Inhaber eines Reisebüros in Donauwörth. Sein Freund unterstützt ein Schulbauprojekt in Nepal. Daraufhin verkaufte Röble 2017 seinen Sportwagen

und spendete das Geld für den Bau einer Schule in Malawi. Damit war der erste Schritt getan.

Gemeinsam mit Rainer Meutsch von der Stiftung Fly&Help, Gunter Freissle sowie einigen Bürgermeisterkollegen entstand die Idee, bis zum Jahr 2020 insgesamt 10 Schulen in Afrika allein aus Spendengeldern von Privatpersonen aus dem Landkreis zu finanzieren.

Die große Unterstützung aus der Kommunalpolitik unterstrich die Glaubwürdigkeit der Unternehmung, die schnell weite Kreise zog. Bereits nach zehn Monaten wurde Schulbau Nummer 16 angekündigt. Rund um Ostern 2019 fand Röble 55.000 Euro in seinem Briefkasten, gemeinsam mit der Notiz „Für eine Schule in Afrika“. 2021 waren es allein aus dem Landkreis Donau-Ries 44 Schulen; 156 Schulen im gesamten Bundesgebiet.

Bildung schafft Perspektiven

„Bildung schafft Perspektiven für junge Menschen. Bildung ist auch der Punkt, an dem jeder und jede Einzelne ansetzen kann, der und die helfen will. Wenn Sie einmal bei einer Schulinweihung vor Ort dabei waren und die Begeisterung erleben durften, wissen Sie, dass es nichts Schöneres auf der Welt gibt, als diese Freude zu spüren“, beschreibt Röble seine persönlichen Eindrücke. Inzwischen sind er und seine Frau Christine Röble persönlich verantwortlich für fünf Schulbauten auf der ganzen Welt, darunter auch Kindergärten und Vorschulen. „Wir haben fünf Kinder, denen es gut geht und für die wir unendlich dankbar sind und so haben wir uns entschieden für jedes unserer Kinder die Bildungschancen anderer Kinder zu verbessern.“

Projekt der Gemeindezeitung

Nun hat Landrat Röble dafür gesorgt, dass auch die GZ ein Schulbauprojekt des Vereins Hilfe für Togo unterstützt. Anton und Barbara Weber vom Verein waren gerade vor Ort und haben in ihrem Reiseblog folgen-

des berichtet: „In Alenou haben wir ... den Bau eines Colleges (Realschule) geplant. Die bisherige Schule besteht aus einem Lehmhaus mit vier Klassenzimmern, ein einfaches Apartment, das als Lehrerzimmer genutzt wird und einem kleinen Lehmhaus, das als Lernmittellager dient. Die Klassenzimmer sind mit Schilfmatten voneinander abgetrennt, haben einen Lehmbooden kaputte Blechdächer und alte wackelige Bänke. Es gibt kein WC und kein fließendes Wasser. Das Wasser wird von einem ca. 500 Meter entfernt liegenden Tümpel geholt. Wir waren geschockt, als wir das Wasser gesehen haben. Im Wasser sehen wir viele Insekten und schwimmende Würmer. Direkt am Rand des Tümpels liegen viele Kuhfladen, Schaf- und Ziegenreck und dieses Wasser dient für viele als Trinkwasser. Wir wundern uns nicht, dass die Menschen und vor allem die Kinder sehr oft krank sind ... In der Schule werden 365 Schüler und Schülerinnen von sechs Lehrern unterrichtet. Etwa ein Drittel sind Mädchen. Leider ist es hier auf dem Land (im Gegensatz zu den Städten) so, dass der Anteil der Mädchen in den höheren Klassen immer geringer wird.“

Die Bevölkerung wird ihren Anteil an der Finanzierung in Form von Arbeitsleistung erbringen. Die ersten Vorarbeiten, die in der Trockenzeit gemacht werden müssen, sind erledigt. Sand vom Fluss Mono wurde hergeschafft.

Nachhaltigkeitsstrategie

Im Landkreis Donau-Ries werden die Schulbauprojekte jetzt in die Nachhaltigkeitsstrategie „Donau-Ries 2030 global nachhaltig“ aufgenommen. Neben nachhaltigen regionalen Wirtschaftskreisläufen, einem nachhaltigen öffentlichen Beschaffungswesen im Landkreis und verbesserten Mobilitätskonzepten, betont der Landkreis so seine Verantwortung für globale Themen. Röble unterstützt seine Überzeugung, dass sein Engagement sinnvoll ist, mit einem Zitat aus der Bibel: „Ihr sollt euch nicht Schätze sammeln auf Erden, da sie die Motte und der Rost fressen und da die Diebe nachgraben und stehlen“ und fügt an: „Es hat etwas Befreiendes.“



Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger beim Rundgang durch die Digitale Manufaktur in Rödental.
Foto: Elke Neureuther/StMWi

Heimat für Coburgs kreative Köpfe

Gemeinsam mit Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder und im Beisein hochrangiger Vertreter der Coburger Politik und Wirtschaft eröffnete Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger die Digitale Manufaktur in Rödental.

Aiwanger betonte: „Mit der Digitalen Manufaktur erhält die lebendige Gründerszene im Coburger Raum einen neuen Kristallisationspunkt. Hier finden die Jungunternehmerinnen und -unternehmer das optimale Umfeld, um die Chancen der digitalen Transformation in innovative und zukunftsfähige Geschäftsmodelle umzuwandeln. Aus dem Mut, der Kreativität und der Leidenschaft der Gründerinnen und Gründer entsteht die Innovationskraft, die den Hightech-Standort Bayern so stark macht. In einer Welt der technologischen Umbrüche sind Start-ups die Wegbereiter und Treiber der Schlüsseltechnologien von morgen. Deshalb fördern wir das Digitale Gründerzentrum Coburg mit über 4,3 Millionen Euro. Wir geben Coburgs kreativen Köpfen in direkter Umgebung eine Heimat und schaffen

dadurch Zukunft für die Region.“ Ministerpräsident Dr. Markus Söder unterstrich: „Digitalisierung ist die Zukunft. Mit dem Gründer-Netzwerk vernetzen wir Start-ups in ganz Bayern und geben ihnen ein Zuhause. Unsere Hightech Agenda Plus umfasst insgesamt 3,5 Milliarden Euro für Wissenschaft und Forschung. Bayern verbindet damit Tradition und Technologie.“

Offenheit, kluge Köpfe und harte Arbeit

Landtagsabgeordneter Martin Mittag bezeichnete die Digitale Manufaktur als „einen weiteren wichtigen Baustein für unsere Region und somit einen zukunftsgerichteten ländlichen Raum.“ Der starke Wirtschaftsraum brauche gerade auch mit Blick auf die Digitalisierung ein weiteres Standbein, um im

harten Wettbewerb bestehen zu können. „Aus meiner Sicht braucht es genau drei Dinge für diesen Erfolg: Offenheit, kluge Köpfe und harte Arbeit. Nur weil wir diese drei Zutaten beharrlich eingesetzt haben und weil die Bayerische Staatsregierung unser Engagement stets unterstützt, stehen wir heute an diesem Punkt. Deshalb gibt es die Zukunft.Coburg.Digital und diese Digitale Manufaktur“, sagte Landrat Sebastian Staubel.

Leuchttürme der gemeinsamen Strategie

Dominik Sauerteig, Oberbürgermeister der Stadt Coburg betonte: „Coburg Stadt und Land investieren sehr bewusst in die Förderung kreativer Talente und mutiger Gründer. Die Digitale Manufaktur in Rödental und die Kühllhalle in Coburg, die demnächst eröffnet wird, sind Leuchttürme dieser gemeinsamen Strategie. Beide Standorte ergänzen sich und werden zur neuen Heimat digitaler Gründer aus nah und fern. Ich begrüße auch den Plan von Zukunft.Coburg.Digital, die Standorte zum Green Valley zu entwickeln.“

Jochen Flohrschütz, Geschäftsführer der Zukunft.Coburg.Digital hält die Digitale

Manufaktur für einen Meilenstein für die digitale Transformation der Region Coburg. Die Büros und Produktionsboxen sind vermietet und die Workshopräume füllen sich regelmäßig mit innovativen Menschen, die in kreativer Atmosphäre ihre Start-ups und Unternehmen vorantreiben.

Das Bayerische Wirtschaftsministerium fördert den Umbau, die Ausstattung und die Miete des Digitalen Gründerzentrums Zukunft.Coburg.Digital mit 3,8 Millionen Euro und unterstützt Netzwerkaktivitäten mit weiteren 550.000 Euro. Im Raum Coburg entstehen dadurch zwei Standorte mit unterschiedlichen Schwerpunkten. In der Kühllhalle des ehemaligen Coburger Schlachthofs können Existenzgründerinnen und -gründer ab dem kommenden Jahr 30 Coworking Arbeitsplätze und Kreativräume nutzen. Start-ups, die bereits gewachsen sind, finden in der Digitalen Manufaktur auf dem ehemaligen Gelände der Porzellanfabrik Goebel in Rödental Büro- und Workshopräume sowie Produktionsboxen. An beiden Standorten profitieren die Start-ups nicht nur vom Gründernetzwerk und den Angeboten des Gründerzentrums, sondern auch von einem engen Austausch mit dem starken Coburger Mittelstand. Das Zukunft.Coburg.Digital ist das dritte Digitale Gründerzentrum in Oberfranken, neben dem Lager 1 in Bamberg und dem Einstein 1 in Hof.

Zentrale Anlaufpunkte

In seiner Rede hob Wirtschaftsminister Aiwanger die Bedeutung der Start-up-Förderung durch den Freistaat hervor: „In ganz Bayern entstehen gute Ideen. Deshalb investieren wir flächendeckend in unsere Gründerinnen und Gründer. Mit den Mitteln aus der Hightech Agenda Plus haben wir die Start-up-Förderung noch einmal deutlich erhöht. Wir unterstützen den Pioniergeist der jungen Talente, damit eine digitale Gründerwel-

Schlaglichter des Städte...

(Fortsetzung von Seite 1)

verfassungspolitischer Hinsicht kritisiert worden sei, so habe er doch einen überragenden Vorteil: Er habe im vergangenen Jahr hervorragend funktioniert, und werde es auch in den Jahren 2021 und 2022 tun. Die neue Bundesregierung dürfe nicht allein den Ländern die Verantwortung für stabile kommunale Haushalte überlassen. Eine kommunale Haushaltskrise gefährde die notwendigen Investitionen für Klimaschutz, Verkehrswende und Digitalisierung.

Klimaschutz, Verkehrswende, Bildungsgerechtigkeit, Digitalisierung, bezahlbarer Wohnraum: Die zentralen Themen unserer Zeit verlangten gerade von den Kommunen tatkräftiges Handeln. Das Geld habe der Aufgabe zu folgen, und zwar nicht als kurzfristiges Förderprogramm. Städte und Gemeinden benötigten mehr verlässliche Steuereinnahmen, um langfristig und dauerhaft besser investieren zu können. Ihr Anteil am Steueraufkommen müsse erhöht werden. Zielgenaue Maßnahmen für gleichwertige Lebensverhältnisse müssten dies ergänzen.

Der Anteil der Steuereinnahmen und Gebühren an den ge-

le durch Bayern rollt. Dadurch stellen wir sicher, dass der Freistaat ein hochattraktiver Gründerstandort bleibt und wir auf den Märkten der Zukunft vorne mit dabei sind.“

Die Digitalen Gründerzentren unterstützen digitale Start-ups und sind zentrale Anlaufpunkte für Existenzgründerinnen und -gründer in allen Regionen Bayerns. Der Fokus der bayernweit 19 Digitalen Gründerzentren mit 28 Standorten liegt auf der Vernetzung von Start-ups mit Wirtschaft, Wissenschaft und Investoren. Das Bayerische Wirtschaftsministerium fördert den Aufbau der Einrichtungen mit insgesamt 120 Millionen Euro. □

samen kommunalen Einnahmen liegt im Bundesschnitt weit unter 50 Prozent. Selbst wenn in guten Zeiten in Kommunen ausreichend Finanzmittel vorhanden sind, erschwere der hohe Anteil an Zuweisungen in mehrfacher Hinsicht die Planungen. In manchen Jahren werden neue Förderprogramme aufgelegt, in manchen Jahren aber gar nicht. „Dies zwingt Kommunen vielerorts zu Kaffeesatzleserei bei der mittelfristigen Haushaltplanung.“ Langfristig bindende Entscheidungen, wie etwa das Verhalten von ausreichenden Personalkapazitäten in kommunalen Bau- und Planungsämtern, könnten auf einer derart ungewissen Grundlage nicht getroffen werden, heißt es in dem Bericht.

Die Planbarkeit sei bei Fördermitteln, die einen bedeutenden Teil der Zuweisungen darstellen, zusätzlich eingeschränkt. Vorgaben seitens des Fördermittelgebers führten dazu, dass sich die Planung, aber auch die politischen Diskussionen vor Ort, an den immer komplexeren Förderrichtlinien ausrichten müssten. Die Unsicherheit darüber, was wann unter welchen Bedingungen gefördert wird, erschwere eine transparente und kommunizierbare Entscheidungsfindung vor Ort.

Aus diesem Grund müsse der Anteil der Städte und Gemeinden an den frei verfügbaren Gemeinschaftssteuern erhöht werden. Es biete sich an, insbesondere über eine Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer nachzudenken. Dabei könne und müsse der Verteilungsschlüssel, anhand dessen der erhöhte Anteil an die Städte und Gemeinden weitergeleitet wird, politisch diskutiert und entschieden werden. Dies sei ein großer Vorteil gegenüber einer Erhöhung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer, bei dem der Verteilungsschlüssel aufgrund des engen Bezugs vom Steueraufkommen zu den einzelnen Steuerzahlern weitgehend vorgegeben ist.

Einige Stimmen wollen laut Deutschem Städtetag eine vermeintlich einfache Verteilung des erhöhten Umsatzsteueranteils nach Einwohnern. Dieser Schlüssel berücksichtige nicht, dass die Ausgabenzwänge regional, je nach Wirtschaftsstruktur und Gemeindegröße sehr stark streuen. Die Vorstellung, dass jede Einwohnerin oder jeder Einwohner den gleichen Finanzbedarf hätte, sei illusorisch – gerade dann, wenn die öffentlichen Haushalte für eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sorgen sollen.

Alle Überlegungen in die Richtung einer undifferenzierten Verteilung nach dem Gießkannenprinzip beantworteten die Frage nicht, wie auf Bundesebene im Finanzsystem die besonderen Belastungen in einzelnen Städten und ganzen Regionen berücksichtigt werden können. Denn darin bestehe die eigentliche Herausforderung. **DK**

330 Millionen Euro für Gewerbesteuerausfälle ...

... stellt der bayerische Freistaat seinen Kommunen zur Verfügung. Als Abschlagszahlung erhalten diejenigen, die mit Gewerbesteuermindereinnahmen zu kämpfen haben, noch im Dezember 2021 200 Millionen Euro überwiesen. Damit setzt der Freistaat Bayern ein zusätzliches wichtiges Signal zur Stabilisierung der Kommunalfinanzen in der Krise, so Finanzminister Albert Füracker. Er forderte die Bundesregierung erneut auf, zu ihrer Verantwortung zu stehen und sich, wie 2020, hälftig am Ausgleich zu beteiligen. □

Demokratie braucht Meinungs...

(Fortsetzung von Seite 1)

sident Dr. Markus Söder, MdL, der aus dem Erfolg der Politischen Studien gleichzeitig einen Auftrag für die Zukunft ableitet: „Demokratie braucht Meinungsvielfalt, seriöse Informationsquellen und informierte Bürger. Gerade weil die Debatten in den Medien härter geworden sind und Fake News zunehmen, ist politische Bildungsarbeit so wertvoll wie nie“, und ergänzt, „mit den Politischen Studien leistet die Hanns-Seidel-Stiftung einen entscheidenden Beitrag zur politischen Stabilität in unserem Land.“ Für den Stiftungsvorsitzenden Markus Ferber, MdEP, „vermitteln die Politischen Studien Hintergrundwissen sowie sachgerechte Analyse und setzen damit Diskussionsimpulse, die für eine erfolgreiche politische Bildung enorme Bedeutung haben.“ Er gratuliert den Machern und freut sich schon auf die nächsten Ausgaben.

Demokratie braucht politische Bildung

„Die Politischen Studien untersuchen politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Trends. Die Stiftung leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung unserer Gesellschaft, denn eines ist klar: Demokratie braucht politische Bildung!“, unterstreicht Bayerns Verkehrsministerin Kerstin Schreyer, MdL, früher selbst Stipendiatin der Stiftung. „Wer Demokratie verstehen, ihrer Wertorientierung genügen, Innovationen gestalten, Komplexität begreifen, wichtige gesellschaftliche Entwicklungen erfahren und Vernunft im privaten wie öffentlichen Diskurs walten lassen will, den unterstützen die Politischen Studien“, resümiert der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Heinrich Oberreuter. □

Dass auch dem Blickwinkel der Katholischen Soziallehre in den Debatten um zentrale Werte unserer Gesellschaft in den Politischen Studien immer wieder Raum gegeben wird, freut besonders Reinhard Kardinal Marx, Erzbischof von München und Freising: „Orientierung durch Information und Dialog ist am ehesten dann möglich, wenn sich Pluralität abbilden und ein wirklicher Austausch befördert werden kann, der Meinungsbildung ermöglicht, die für die Demokratie entscheidend ist.“ Sich eine fundierte politische Meinung zu bilden, macht Mühe und kostet Zeit, ist für einen konstruktiven Dialog aber unerlässlich. „Experten von Rang machen es möglich, historische und aktuelle Hintergründe zu begreifen, Entscheidungs- und Entwicklungsprozesse zu verstehen und Politik zu beurteilen. Gratulation zur 500. Ausgabe“, schreibt die Vorsitzende des bayerischen Ethikrats, Susanne Breit-Keßler, in der Jubiläumsausgabe.

Print, Download und Ab

Das vergangene Jahrzehnt, 72 Ausgaben, also seit 2010, stehen online unter www.hss.de/politische-studien zum Download oder zur kostenfreien Bestellung als Printexemplar zur Verfügung. Die Politischen Studien können auch im Abonnement bezogen werden (E-Mail mit Postanschrift an publikationen@hss.de) – sie liegen dann automatisch nach Erscheinen kostenfrei im Briefkasten als Angebot der politischen Bildung für Interessierte, die zur Lektüre gerne noch ein gedrucktes Exemplar in Händen halten. Für 2022 stehen die Themen Europa, Pflege und Gesundheit, innere Sicherheit oder Lebensräume auf der Agenda. □

Rekordsumme bei Schlüsselzuweisungen ...

(Fortsetzung von Seite 1) Stadt Ingolstadt mit 21,6 Mio. Euro. Damit bekommt sie mehr als das Doppelte als für 2021. Dahinter folgt die Stadt Fürstfeldbruck mit 8,6 Mio. Euro. Die Schlüsselzuweisungen an die kreisangehörigen Gemeinden belaufen sich auf über 344 Mio. Euro, die Landkreise erhalten Schlüsselzuweisungen in Höhe von 391 Mio. Euro.

Mit Schlüsselzuweisungen in Höhe von insgesamt über 461 Mio. Euro werden die Gemeinden und Landkreise in Niederbayern bedacht – über 15 Mio. Euro mehr als im Vorjahr. Die höchsten Schlüsselzuweisungen gehen mit 25,9 Mio. Euro an die Stadt Landshut. Mit 22,9 Mio. Euro an Schlüsselzuweisungen kann die Stadt Passau für das nächste Jahr kalkulieren. Die Stadt Straubing darf sich über einen kräftigen Anstieg von 16,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf dann 19 Mio. Euro freuen. Die kreisangehörigen Gemeinden in Niederbayern erhalten insgesamt 218 Mio. Euro. Mit 203 Euro je Einwohner bekommen sie um 14 Prozent höhere Schlüsselzuweisungen als der bayerische Durchschnitt. Die Schlüsselzuweisungen der niederbayerischen Landkreise betragen insgesamt 175 Mio. Euro.

In Unterfranken werden die Gemeinden und Landkreise mit Schlüsselzuweisungen in Höhe von insgesamt 522 Mio. Euro ausgestattet. Mit 49,9 Mio. Euro erhält die Stadt Würzburg die höchsten Schlüsselzuweisungen. Dahinter folgen die Stadt Aschaffenburg mit 21,3 Mio. Euro und die Stadt Schweinfurt mit

7,6 Mio. Euro. Über einen kräftigen Anstieg der Schlüsselzuweisungen um fast 20 Prozent auf dann 6,8 Mio. Euro kann sich die Stadt Bad Kissingen freuen. Die kreisangehörigen Gemeinden in Unterfranken erhalten insgesamt über 260 Mio. Euro. Mit 244 Euro je Einwohner bekommen sie um 37 Prozent höhere Schlüsselzuweisungen als der bayerische Durchschnitt und damit die zweithöchsten Schlüsselzuweisungen je Einwohner im Freistaat. Die Landkreise können insgesamt mit über 182 Mio. Euro kalkulieren.

Hof bekommt den höchsten Anteil

Den oberfränkischen Gemeinden und Landkreisen werden Schlüsselzuweisungen in Höhe von insgesamt rund 446 Mio. Euro zuteil. Dabei erhält die Stadt Hof mit 31,4 Mio. Euro die höchsten Schlüsselzuweisungen. Die zweithöchste Summe in Oberfranken geht an die Stadt Bamberg mit 27,8 Mio. Euro. Danach folgen die Stadt Bayreuth mit 13,4 Mio. Euro und die Stadt Lichtenfels mit 6,8 Mio. Euro. Die kreisangehörigen Gemeinden in Oberfranken können sich 2022 über insgesamt mehr als 217 Mio. Euro freuen. Mit 264 Euro je Einwohner erhalten sie um 48 Prozent höhere Schlüsselzuweisungen als der bayerische Durchschnitt und damit die höchsten Schlüsselzuweisungen je Einwohner in ganz Bayern. Den Landkreisen in Oberfranken werden 2022 insgesamt über 155 Mio. Euro überwiesen. Mit 189 Euro je Einwohner verzeichnen sie 22

Prozent mehr als der bayerische Durchschnitt; auch dies ist der Spitzenwert im Freistaat.

Mit Schlüsselzuweisungen in Höhe von insgesamt 704 Mio. Euro und damit über 5 Prozent mehr als im Vorjahr werden die mittelfränkischen Gemeinden und Landkreise ausgestattet. Die Stadt Nürnberg bekommt mit 245,9 Mio. Euro die höchsten Schlüsselzuweisungen in ganz Bayern. Dies bedeutet einen Anstieg um 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Stadt Fürth erhält mit 71,6 Mio. Euro die zweithöchsten Schlüsselzuweisungen. Danach folgen die Stadt Ansbach mit 23,4 Mio. Euro und die Stadt Schwabach mit 13,8 Mio. Euro. Die Schlüsselzuweisungen für die kreisangehörigen Gemeinden in Mittelfranken betragen insgesamt über 186 Mio. Euro, für die Landkreise über 162 Mio. Euro.

Den Gemeinden und Landkreisen in der Oberpfalz werden mit Schlüsselzuweisungen in Höhe von insgesamt über 398 Mio. Euro bedacht. Die höchsten Schlüsselzuweisungen unter den Gemeinden erhält die Stadt Weiden mit 21,6 Mio. Euro, die Stadt Amberg die zweithöchsten mit 14,8 Mio. Euro. Es folgen die Stadt Schwandorf mit 7 Mio. Euro und die Stadt Regensburg mit 6,9 Mio. Euro. Die kreisangehörigen Gemeinden in der Oberpfalz erhalten insgesamt 209 Mio. Euro. Mit 239 Euro je Einwohner erhalten sie um 34 Prozent höhere Schlüsselzuweisungen als der bayerische Durchschnitt. Die Landkreise in der Oberpfalz bekommen 2022 insgesamt 146 Mio. Euro überwiesen. **DK**

Neues Telekommunikationsgesetz in Kraft:

Mehr Tempo beim Netzausbau

Zum 1. Dezember 2021 trat das neue Telekommunikationsgesetz (TKG) in Kraft. Es schafft einen maßgeschneiderten und zukunftsorientierten Rechtsrahmen für den deutschen Telekommunikationsmarkt, stärkt die Rechte der Endkunden und beschleunigt den Ausbau von Glasfaser- und Mobilfunknetzen.

Stärkere Verbraucherrechte sind ein wichtiges Anliegen des neuen TKG. Künftig gibt es mehr Rechte bei Störungen, Anbieterwechsel, Rufnummernmitnahme und wenn weniger geleistet wird, als vertraglich vereinbart. Die neuen Regelungen zu Entschädigung, Anbieterwechsel und Rufnummernmitnahme sehen pauschale Entschädigungen vor und ermöglichen es, Ansprüche einfacher geltend zu machen. Außerdem können Verträge über Telekommunikationsdienste nach Ablauf der Grundlaufzeit jederzeit mit einer Frist von einem Monat gekündigt werden. Dies gilt auch für Verträge, die vor Inkrafttreten des neuen TKG abgeschlossen wurden.

Um sicherzustellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger am wirtschaftlichen und sozialen Leben digital teilhaben können, besteht nun ein Anspruch auf Versorgung mit Telefon und schnellem Internet.

Zuletzt sind die Ausgaben der Unternehmen für den Ausbau digitaler Infrastrukturen deutlich gestiegen, für die Zukunft wurden zusätzliche Investitionen in Milliardenhöhe angekündigt. Der Glasfaser- und Mobilfunknetzausbau hat noch mehr

Fahrt aufgenommen, gerade im ländlichen Raum. Das Gesetz setzt weitere Impulse, damit die Unternehmen noch mehr in den erforderlichen Gigabitnetzausbau investieren. Wenn das marktmächtige Unternehmen künftig mit weiteren Marktteilnehmern beim Internetausbau kooperiert, erhält es Regulierungserleichterungen, sofern der offene Netzzugang für Dritte gewährleistet wird. So bleibt der Wettbewerb um Endkunden weiterhin möglich.

Beschleunigte Baumaßnahmen

Die für den Gigabitnetzausbau erforderlichen Baumaßnahmen werden durch das neue TKG weiter beschleunigt, unter anderem durch Vereinfachungen bei Genehmigungsverfahren, die Stärkung alternativer Verlegungsmethoden wie Trenching oder oberirdische Verlegung sowie Erleichterungen bei der Nutzung von Wegen und Grundstücken. Hierzu soll auch die Zusammenführung von Planungs- und Informationswerkzeugen in einem Datenportal als Grundlage für einen effektiven Netzausbau beitragen.

Der Rechtsrahmen für die Vergabe von Mobilfunkfrequenzen wurde modernisiert und auf eine flächendeckende Versorgung ausgerichtet. In unterversorgten Gebieten, in denen der Ausbau unwirtschaftlich ist, kann die Bundesnetzagentur künftig zudem Vorgaben zum lokalen Roaming und zur gemeinsamen Nutzung von Mobilfunkmasten und anderen Infrastrukturen erlassen.

Vorrang für eigenwirtschaftlichen Ausbau

Nach Ansicht des Bundesverbandes Breitbandkommunikation (Breko) enthält das TKG viele Hebel, um den Glasfaserausbau voranzutreiben und Bürger in der Stadt und auf dem Land noch schneller an das zukunftsichere Glasfasernetz anzuschließen. Die Politik solle die Chancen in der Umsetzung des Gesetzes so nutzen, dass der Glasfaserausbau davon auch wirklich profitiert.

Wie Breko-Geschäftsführer Dr. Stephan Albers erläutert, sei der größte Beschleuniger von allen der eigenwirtschaftliche Ausbau. Diesem den Vorrang einzuräumen, bringe Tempo und weniger Bürokratie. „Die Ansätze der ‘Ampel-Koalition’ gehen in die richtige Richtung. Mit einem echten Glasfaserziel bekennt sie sich als erste deutsche Bundesregierung dazu, dass wir Deutschland nur auf Basis von Glasfaser nach-

haltig digitalisieren werden.“

Das im neuen Gesetz verankerte „Recht auf schnelles Internet“ sollte vorrangig durch den eigenwirtschaftlichen Ausbau und ergänzend staatliche Fördermaßnahmen verwirklicht werden und nicht durch einen strukturell bürokratischen Universaldienst. Denn was sich für den Bürger auf den ersten Blick nach einem Ansatz für echte digitale Teilhabe anhört, stellt sich Albers zufolge in der Umsetzung als Bremse für den Ausbau dar. Der Universaldienst ziehe eine Ausbaupflichtung nach sich, die die ohnehin schon knappen Ressourcen von geplanten Projekten abzieht und die Marktdynamik durcheinanderbringt. Dadurch komme niemand schneller ans Ziel. Überall dort wo ein Ausbau in den nächsten Jahren, eigenwirtschaftlich oder gefördert, zugesagt ist, werde keine Lösung über den neuen Universaldienst benötigt.

Einsatz von Fördergeldern

„Dort wo auch in den nächsten Jahren kein Potenzial für einen marktgetriebenen Ausbau besteht, dürfen und sollen Fördergelder eingesetzt werden“, betont Albers. „Als allererstes, und so sieht es auch der neue Koalitionsvertrag vor, in den sogenannten weißen Flecken, also dort, wo Menschen sehr schlecht mit schnellem Internet versorgt sind. Um besonders schlecht versorgten Haushalten in entlegenen Gebieten die digitale Teilhabe schnell zu ermöglichen, sollten vor dem Einsatz des Universaldienstes unbedingt auch funkgestützte Lö-

sungen wie Satelliteninternet genutzt werden.“

Ein weiteres wichtiges Tool im Werkzeugkasten des neuen Telekommunikationsgesetzes ist das neue Glasfaserbereitstellungsgeld. Die Möglichkeit der Abrechnung der Kosten des Breitbandanschlusses über die Betriebskosten wird künftig bei Mehrfamilienhäusern an neue Investitionen in Glasfasernetze bis in die Wohnungen gekoppelt. Diese Neugestaltung der bisherigen Umlagefähigkeit des Breitbandanschlusses stellt die Weichen, damit auch Mieter in Mehrfamilienhäusern in den Genuss von schnellem Glasfaserinternet kommen und der Glasfaserausbau sowohl auf dem Land, als auch in den Städten weiter vorankommt. Durch die damit verbundene Open Access-Verpflichtung sind die Mieter außerdem künftig frei in der Wahl ihres TV-Produkts oder weiterer Dienste, die sie über die Infrastruktur nutzen möchten.

Aufklärungspotenzial beim Minderungsrecht

Beim Minderungsrecht, also der neuen Regelung für Entschädigung bei einer schlechten Internetverbindung, sehen sich die Breko-Netzbetreiber in einer guten Position. Durch die hohe Leistungsfähigkeit bei Glasfasernetzen ist das Risiko von verminderten Bandbreiten, die beim Verbraucher angekommen, weitgehend ausgeschlossen. Wichtig sei es allerdings, dass Verbraucher über die Voraussetzungen einer Minderung objektiv informiert werden. Hier

kommt es beispielsweise auf die genaue Messmethode, das richtige Messinstrument und Qualität der Messung an, damit überhaupt die Grundlage für eine Minderung besteht. In diesem Bereich sieht der Breko noch erhebliches Aufklärungspotenzial.

Aus Sicht des Breitbandverbands ANGA bietet der neue Rechtsrahmen Chancen, den flächendeckenden Gigabit-Ausbau weiter voranzutreiben. An erster Stelle stehen dabei die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie die Normierung alternativer Verlegungsmethoden, zu denen sich auch die kommende Ampelkoalition bekennt. Dazu ANGA-Präsident Thomas Braun: „Wir setzen auf politische Unterstützung bei diesen praxisrelevanten Themen, damit wir unsere Netze schnell und effizient weiter ausbauen können.“

Mit dem neuen TKG tritt aber auch das entschädigungslose Sonderkündigungsrecht für Wohnungsunternehmen in Kraft, das im Zusammenhang mit dem Wegfall der mietrechtlichen Umlagefähigkeit für Bestandsnetze aufgenommen wurde. Der Verband sieht diese ungerechte und enteignungsähnliche Neuregelung sehr kritisch: „Das Kündigungsrecht ist überflüssig, weil das Zivilrecht schon heute eine faire Anpassung bestehender Verträge ermöglicht. Dass die Kündigungen ohne Entschädigung für vom Netzbetreiber getätigte Investitionen erfolgen können, ist völlig unverhältnismäßig. Diese Regelung darf keinen Bestand haben,“ verdeutlicht Thomas Braun. □

GZ KOMMUNAL-ABC

ABC des Mobilfunknetzausbaus

In Kooperation mit dem Informationszentrum Mobilfunk
www.gemeindezeitung.de/ABC

Teil 2: Kommunale Beteiligung beim Mobilfunknetzausbau

Täglich nutzen wir Smartphones und andere mobile Geräte und können uns ein Leben ohne mobile Kommunikation kaum mehr vorstellen. Die Technologie entwickelt sich schnell weiter und der steigende Datenverkehr macht den weiteren Ausbau der Infrastruktur erforderlich. Im ABC des Mobilfunknetzausbaus erläutern wir, warum die Netze weiter ausgebaut werden, wie die kommunale Beteiligung beim Ausbau geregelt ist, wie ein Netz geplant wird, was 5G eigentlich ist und welche Auswirkung Mobilfunk auf die Gesundheit hat.

Wie informieren die Netzbetreiber die Kommunen?

Ein mehrstufiger Prozess regelt die Information und die Mitsprache der Kommunen hinsichtlich des geplanten Netzausbaus. So ist sichergestellt, dass die Städte und Gemeinden rechtzeitig von dem Vorhaben eines Mobilfunknetzbetreibers Kenntnis erhalten und innerhalb eines definierten Zeitfensters ihre konkreten Standortvorschläge in die Planung einbringen können. Sowohl in der 26. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (26. BImSchV)¹ ist die Beteiligung der Kommunen festgelegt, als auch in der Vereinbarung der Netzbetreiber mit den kommunalen Spitzenverbänden². Durch diese beiden Regelungen erhalten die Städte und Gemeinden bundesweit die notwendigen Informationen ebenso wie Mitwirkungs-

möglichkeiten bei der Auswahl von neuen Mobilfunkstandorten. Der zugehörige [Mobilfunkpakt in Bayern](#) konkretisiert dieses Verfahren noch ein wenig weiter.

Beteiligung der Kommunen bei der Standortwahl

Die 26. BImSchV regelt unter anderem den Betrieb von Hochfrequenzanlagen. Da Mobilfunkbasisstationen zu den Hochfrequenzanlagen zählen, gelten für sie die in der Verordnung definierten Grenzwerte. Ziel der Grenzwertfestlegung ist es, die Sicherheit der Allgemeinbevölkerung im Umfeld von Sendeanlagen zu gewährleisten. Die Anlagen dürfen die Grenzwerte auch bei höchster Auslastung und unter Berücksichtigung der Immissionen anderer, in der Umgebung gelegener Funkanlagen nicht überschreiten. Die 26. BImSchV legt in Paragraph 7a außerdem die „Beteiligung der Kommunen“ fest. Betreiber von Funkanlagen sind durch den Paragraphen dazu verpflichtet, Kommunen in die Standortwahl neuer Anlagen einzubeziehen und deren Vorschläge zu berücksichtigen.

Standortalternativen innerhalb des Suchkreises

Plant ein Netzbetreiber eine neue Sendeanlage, erhält die Kommune einen Suchkreis für den neuen Standort. Dieser Suchkreis definiert den Raum innerhalb dessen ein geplanter Standort sein muss, um das Versorgungsziel zu erreichen. Der Prozess ist so angelegt, dass der Kommune ein angemessener Zeitraum zur Stellungnahme verbleibt und die endgültige Standortentscheidung noch offen ist. Die Kommune kann ihrerseits Standortvorschläge für neue Sendeanlagen unterbreiten. Diese müssen in dem Suchkreis liegen, den der Mobilfunknetzbetreiber auf Grundlage seiner Netzplanung ermittelt hat, um die erforderliche Versorgungsverbesserung zu erreichen. Das Dialogangebot ist für die Netz-

betreiber verpflichtend, für die Kommune ist die Beteiligung freiwillig.

Die Netzbetreiber sagen zu, Vorschläge der Kommune zu Standorten vorrangig und ergebnisoffen zu prüfen sowie diese bei funktions- und wirtschaftlicher Eignung vorrangig zu realisieren. Sollten die kommunalen Standortvorschläge innerhalb des Suchkreises aus funktions- oder wirtschaftlichen Gründen nicht geeignet sein, ist der Mobilfunknetzbetreiber aufgefordert, dies der Kommune zu begründen und bei Vorliegen entsprechender Möglichkeiten maximal zwei weitere konkrete Einigungsversuche zu unternehmen. Der gesamte Abstimmungsprozess für einen konkreten Standort soll innerhalb von 8 Wochen abgeschlossen sein und möglichst einvernehmlich erfolgen. In Bayern ist der Prozess etwas stärker strukturiert, hier wird unter anderem erwartet, dass es innerhalb von dreißig Tagen eine erste kommunale Rückmeldung gibt, die signalisiert, ob die Kommune sich aktiv in das Verfahren einbringen möchte.

Kommunale Liegenschaften als Standortoption

Angesichts der Bedeutung der Mobilfunkinfrastruktur auch für die Kommunen sollen kommunale Liegenschaften zur Installation neuer Sendeanlagen genutzt werden.

Die kommunalen Spitzenverbände unterstützen die Mobilfunkbetreiber in diesem Anliegen ausdrücklich. Dazu wurden Musterverträge über die Nutzung kommunaler Liegenschaften zum Zwecke des Baus und des Betriebs von Mobilfunkanlagen erarbeitet, die im Bedarfsfall aktualisiert werden.³

Kommunikation und Partizipation

Es findet ein regelmäßiger Austausch über den Ausbau- und Planungsstand der Netzinfrastruktur auf regionaler und lokaler Ebene als Maßnahme zur frühzeitigen Einbeziehung der Kommunen statt. Deshalb besteht das grundsätzliche Angebot jedes Mobilfunknetzbetreibers, zu bedarfsorientierten Gesprächen und schriftlichen Abstimmungen zum aktuellen Ausbau- und Planungsstand. Für einen direkten und



Bild: Informationszentrum Mobilfunk / Hendrik Zwietsch

schnellen Informationsaustausch auf der Fachebene benennt jeder Mobilfunknetzbetreiber gegenüber den Kommunen einen zuständigen Ansprechpartner, der für Fragen der Mobilfunktechnik und für konkrete Fragen zu Standorten zur Verfügung steht.

Geht eine Suchkreisfrage bei der Kommune ein, ist es empfehlenswert, die Gremien über das geplante Vorhaben zu informieren. Nach verwaltungsinterner Prüfung und eventuell bereits erfolgter Suche nach Alternativen, sollte der entsprechende Ausschuss beziehungsweise der Gemeinderat informiert werden. In der Praxis zeigt sich oft, dass der Mobilfunkdialog meist dann besonders gut funktioniert, wenn die Verwaltung ein Mandat hat, bereits Standortvorschläge zu erarbeiten und es eine abgestufte Befassung der etablierten kommunalen Gremien mit der Mobilfunkthematik gibt.

Teil 3 des ABC des Mobilfunknetzausbaus informiert über die Planung eines Mobilfunknetzes, die damit verbundenen Anforderungen an neue Standorte sowie über die einzuhaltenden Regeln. □

Weitere Informationen unter:

www.kommunalinfo-mobilfunk.de und www.informationszentrum-mobilfunk.de
https://www.stmuvm.bayern.de/themen/strahlenschutz/elektromagnetische_felder/mobilfunkpakt/index.htm

¹<https://www.bmu.de/gesetz/26-verordnung-zur-durchfuehrung-des-bundes-immissionsschutzgesetzes>

²<https://www.informationszentrum-mobilfunk.de/artikel/mobilfunkvereinbarung-regelt-jetzt-auch-kleinzellenausbau>

³<https://www.dstgb.de/themen/mobilfunk/mustervertraege-mobilfunkanlagen/>



Bild: Informationszentrum Mobilfunk / Hendrik Zwietsch

Kulturerbe digital:

bavarikon präsentiert reiches immaterielles Kulturerbe im Internet

Kunstmminister Bernd Sibler: „Virtuelle Ausstellungen holen den Reichtum der bayerischen Geschichte und Kultur nach Hause, an den Arbeitsplatz oder in die Schule“

Der Further Drachenstich, die Oberammergauer Passionsspiele und die Limmersdorfer Lindenkerwa – diese und viele weitere bayerische Bräuche und Traditionen macht das Kulturportal bavarikon als immaterielles Kulturerbe Bayerns in einer virtuellen Ausstellung sichtbar. Erstmals präsentiert die digitale Schau unter www.bavarikon.de/kulturerben im großen Umfang Bild-, Audio- und Videodokumente zu den 34 kulturellen Ausdrucksformen, die bis zum Projektstart 2018 im „Bayerischen Landesverzeichnis des Immateriellen Kulturerbes“ eingetragen waren.

Die Schafhaltung, das Drechslerhandwerk und Musikformen wie der Zwiefache – sie alle haben eine Gemeinsamkeit: Sie gehören zum immateriellen Kulturerbe in Bayern. Dazu zählen mündlich überlieferte Traditionen, Bräuche und Feste, darstellende Künste, traditionelle Handwerkstechniken, überliefertes Wissen um die Natur sowie Formen gesellschaftlicher Selbstorganisation.

Sichtbarkeit stärken

Anders als das materielle Kulturerbe mit seinen Baudenkmälern und Kunstwerken ist das immaterielle Kulturerbe also nicht greifbar, sondern nur im Moment des Tuns sichtbar. Hier setzt die neue virtuelle Ausstellung „KulturErben. Immaterielles Kulturerbe in Bayern“ an. Ihr Ziel ist es, die Sichtbarkeit der lebendigen Traditionen zu stärken und sie allerorts und jederzeit erlebbar zu machen.

Besonders wichtig ist den Aus-

stellungenmachern dabei, Bayerns kulturelle Vielfalt abzubilden. Kunstmminister Sibler betont anlässlich der Freischaltung der virtuellen bavarikon-Ausstellung: „Bräuche und Feste, Künste und Handwerkstechniken, Tanz und Theater made in Bavaria sind ein selbstverständlicher Bestandteil unseres Alltags. Zugleich sind sie als immaterielles Kulturerbe ein einzigartiger Schatz. Als Historiker und Pädagoge freue ich mich sehr, dass sich die neue bavarikon-Ausstellung diesem wertvollen Kulturerbe widmet. In seinen virtuellen Ausstellungen entfaltet das Kulturportal bavarikon seine ganze Stärke und Vielfalt. Hier werden die einzelnen Kunstobjekte miteinander verknüpft und in einen Gesamtkontext gestellt. Mit den Ausstellungen können wir jederzeit den Reichtum der bayerischen Geschichte und Kultur nach Hause, an den Arbeitsplatz oder in die Schule holen.“

Finanz- und Heimatminister

Albert Füracker freut sich: „Den Ausstellungsmachern ist es hervorragend gelungen, unser lebendiges immaterielles Kulturerbe anschaulich, modern und innovativ zu vermitteln. Dadurch wird uns einmal mehr bewusst: Unsere Traditionen und Bräuche verbinden die Menschen und stehen für Vielfalt, Kreativität und Offenheit.“

Digitalministerin Judith Gerlach betont: „Mit diesem Projekt wird es möglich, online auf Entdeckungsreise zu gehen, und gelebte Traditionen aus allen bayerischen Landesteilen kennenzulernen. So machen wir unsere heimische Geschichte online erlebbar. Mit Hilfe der Digitalisierung kann jetzt jede und jeder Interessierte immer und überall kostenlos in diese Historie eintauchen. Das ist eine wichtige digitale Brücke, die unsere Vergangenheit mit der Zukunft verbindet.“

Fotos, Videos und Tonaufnahmen

Präsentiert wird die Ausstellung in zwei Teilen: Die Sammlung, angelegt als Schauderpot mit allen „Exponaten“, stellt das breite Spektrum der kulturellen Ausdrucksformen anhand von Fotos, Videos und Tonaufnahmen vor. Dieses reicht von überregional bekannten Ver-

anstaltungen wie den Oberammergauer Passionsspielen, über regionale Besonderheiten wie das Spitzenklöppeln in der Oberpfalz bis hin zu tradiertem Natur-Wissen wie in der hochalpinen Alpwirtschaft im Allgäu. Dabei erlebt man deutlich, dass es die Menschen sind, auf die es ankommt und die im Mittelpunkt des immateriellen Kulturerbes stehen. Sie sind es, die sich Wissen und Können früherer Generationen aneignen, es weiterentwickeln und damit zu dessen Erhaltung und Zukunftsfähigkeit beitragen.

Neue kulturelle Ausdrucksformen

Die Zukunftsfähigkeit ist ein wichtiges Stichwort im zweiten Teil der virtuellen Schau. In sechs Ausstellungsräumen hat der Besucher die Möglichkeit, sich zentrale Aspekte des immateriellen Kulturerbes zu erschließen. Thematisiert werden wichtige Fragen, etwa: Wer sind die KulturErben überhaupt, wie werden Wissen und Können an die nächste Generation weitergegeben und welche Innovationen braucht das Tradierte, damit Kulturerbe zukunftsfähig wird? Die Form der virtuellen Präsentation macht es möglich, auch zukünftig wichtige Fragen im Kontext des immateriellen Kulturerbes aufzugreifen und die Sammlung um neue kulturelle Ausdrucksformen zu erweitern, die zwischenzeitlich auch im Bayerische Landesverzeichnis eingetragen sind oder künftig aufgenommen werden.

56 Einträge im Bayerischen Landesverzeichnis

Das Bayerische Landesverzeichnis mit derzeit 56 Einträgen basiert auf den Kriterien des „UNESCO-Übereinkommens zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes“ von 2003, dem Deutschland 2013 beigetreten ist. Für das Umsetzungsverfahren auf Landesebene ist das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat zuständig. Die virtuelle Ausstellung ist ein Projekt des Instituts für Volkskunde der Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, wo auch die Beratungs- und Forschungsstelle Immaterielles Kulturerbe Bayern angesiedelt ist.

Dr. Klaus Ceynowa, Generaldirektor der Bayerischen Staatsbibliothek: „Das immaterielle Kulturerbe Bayerns zu bewahren, zu dokumentieren und weltweit für jedermann zugänglich zu machen, ist ein wichtiges Anliegen. Hier leistet das Kulturportal bavarikon einen bedeutenden Beitrag.“

www.bavarikon.de/kulturerben □

ernCloud einfließen. Denn um das Ausflugs- und Reiseerlebnis künftig noch attraktiver zu gestalten, ist es wichtig, dass verschiedenste Auslastungsdaten gesammelt und auch in Echtzeit zur Verfügung gestellt werden – veraltete und somit nicht aktuelle Daten verlieren rasant an Aussagekraft und Wirkung. Aus diesem Grund sollen Sensordaten wie Parkplatzauslastungen, aktuelle Besucherzahlen oder Verkehrsinformationen in Echtzeit in der BayernCloud Tourismus gesammelt und über Plattformen wie beispielsweise den Ausflugssticker Bayern ausgespielt werden.

Die Bayern Tourismus Marketing GmbH (BayTM) ist die offizielle Dachorganisation der bayerischen Tourismus- und Freizeitwirtschaft. Ihr Ziel ist es, die Destinationen und Leistungsträger*innen sowie die gesamte Branche im Freistaat zu unterstützen und zu fördern. □

Digitalverband Bitkom:

Umfrage zur Digitalisierung am eigenen Wohnort

Die Ergebnisse sprechen eine klare Sprache: Der Mehrheit der Deutschen geht die Digitalisierung zu langsam voran. Laut einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des Digitalverbands Bitkom unter mehr als 1.000 Personen ab 18 Jahren in Deutschland fordern 86 Prozent von ihrer Stadtverwaltung, die Digitalisierung mit mehr Nachdruck zu verfolgen. 62 Prozent stufen ihren Wohnort sogar als digital rückständig ein.

Eine Möglichkeit, bei der Digitalisierung in Städten und Gemeinden voranzukommen, liegt der Umfrage zufolge in der Kompetenzerweiterung auf Bundesebene. So fordern 81 Prozent der Befragten, der Bund solle bei der Digitalisierung mehr Zuständigkeiten erhalten, um bundesweite Standards schaffen zu können. Derzeit wollen 80 Prozent ihre Verwaltungsangelegenheiten über das Internet erledigen. 88 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass die Beantragung, Verlängerung und Zusage von Dokumenten automatisch ablaufen sollte.

76 Prozent würden den elektronischen Personalausweis beim Online-Amt nutzen. Ähnlich viele sprechen sich für ein einheitliches Servicekonto aus, über das man sich identifizieren, authentifizieren und Zugang zu allen digitalen Verwaltungsleistungen haben kann.

Digitale Angebote für Familien und Kinder

Besonders hoch im Kurs stehen digitale Angebote für Familien und Kinder. 56 Prozent würden gerne Familienleistungen online beantragen, ähnlich viele die Geburtsurkunde und -bescheinigung. Darüber hinaus würden jeweils 94 Prozent ein zentrales Anmeldeportal für Kindergärten und Schulen sowie einen automatischen Vorschlag für einen Kitaplatz gutheißen. Für die Schulen wünschen sich 98 Prozent eine gute IT-Ausstattung und 88 Prozent ein digitales Schwerpunktprogramm an ihrem Wohnort.

Gemäß Onlinezugangsgesetz sollen bis Ende 2022 alle 575 Verwaltungsleistungen digital verfügbar sein. 314 werden gegenwärtig aktiv bearbeitet, davon befinden sich 115 in der Planungs- und 199 in der Umsetzungsphase. 73 Einzelleistungen sind für Bürgerinnen und Bürger bundesweit verfügbar. 64 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass die fristgerechte digitale Umsetzung aller Leistungen nicht gelingt, 33 Prozent glauben an den Erfolg des Vorhabens.

Auf großes Interesse stoßen auch digitale Sicherheitskonzepte: So würden sich 96 Prozent Kata-

strophennachrichten von den Behörden via Smartphone wünschen, etwa bei schweren Unwettern. Aber auch in punkto örtliche Sicherheit zeigen sich viele offen: Bodycams befürworten 86 Prozent bei der Feuerwehr und 82 Prozent bei der Polizei. 79 Prozent sprechen sich für eine datenschutzkonforme Videoüberwachung an öffentlichen Orten aus. 75 Prozent sind für den Ausbau der Onlinewachen bei der Polizei und sieben von zehn 70 Prozent für den Einsatz von Drohnen bei Großveranstaltungen. 68 Prozent befürworten systematische Social-Media-Analysen, um Straftaten aufzudecken und zu verfolgen, während 59 Prozent für die Einführung freiwilliger Meldesysteme für Bürger plädieren, um Videomaterial und Hinweise für die Fahndung von Tatverdächtigen hochzuladen.

88 Prozent stimmen der Aussage zu, dass Städte und Gemeinden ihre Digitalisierung vorantreiben müssen, um nicht abgehängt zu werden. Für 79 Prozent ist außerdem klar, dass die Digitalisierung dabei hilft, gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu schaffen.

Im städtischen Raum sehen die Bürger vor allem in verbesserten Bildungsangeboten für Kinder (78 Prozent), neuen Mobilitäts- und Verkehrskonzepten (76 Prozent) sowie in der Erhöhung der öffentlichen Sicherheit (70 Prozent) die größten Chancen. 63 Prozent gehen davon aus, dass durch die Digitalisierung die Verwaltungsbelastung entlastet und die Umweltbelastung reduziert würde (62 Prozent).

81 Prozent erhoffen sich durch die Digitalisierung auch in ländlichen Regionen bessere Bildungsangebote für Kinder. Weitere Vorteile sehen die Befragten in der gesteigerten Attraktivität des ländlichen Raums als Lebens- und Arbeitsort (79 Prozent) und für Unternehmen (71 Prozent). 66 Prozent erwarten, dass die Arbeit der Kommunalverwaltungen entlastet wird, während 63 Prozent davon ausgehen, dass sich durch die Digitalisierung die medizinische Versorgung im ländlichen Raum verbessert. **DK**

Staatsregierung schnürt Digitalpaket

Die Bayerische Staatsregierung stärkt ihre Strukturen für die Digitalisierung. Dies hat der Ministerrat im Rahmen einer Klausurtagung beschlossen.

Das Eckpunktepapier zur Digitalpolitik des Freistaats umfasst zunächst eine neue Digitalagentur und einen interministeriellen Digitalrat unter Vorsitz des Digitalministeriums. Auch die neue Digitalagentur wird im Geschäftsbereich des Digitalministeriums angesiedelt. Sie soll den Ressorts und Kommunen als fachlich hochkompetente operative Beratungsstelle zur Seite stehen und Digitalisierungs- sowie Cloudprozesse von Anfang an begleiten. Der Digitalrat wird zur Lenkung und Steuerung der Digitalen Transformation und ihrer strategischen Grundsatzfragen innerhalb der Staatsregierung eingesetzt. Er überprüft auch regelmäßig den Abruf der für die Digitalisierung verfügbaren Haushaltsmittel.

Das Digitalministerium erhält zudem ein Beschleunigungsbudget in Höhe von 16 Millionen Euro, mit dem Digitalvorhaben der Staatsregierung flexibel und zügig umgesetzt werden können. Das Budget kann auch für IT-Projekte im Zuständigkeitsbereich der an-

deren Ressorts verwendet werden. Ein umfangreiches Digitalmonitoring wird die Fortschritte bei der Digitalisierung begleiten.

Zudem wird die Kooperation mit einem IT-Dienstleister künftig dafür sorgen, dass IT-Projekte der öffentlichen Verwaltung effektiver und schneller umgesetzt werden können. Geplant ist eine Zusammenarbeit mit der Anstalt für kommunale Datenverarbeitung Bayern (AKDB). Damit sollen auch passgenaue Lösungen für Kommunen bereitgestellt werden.

Darüber hinaus plant die Staatsregierung einen Pakt für digitale Infrastruktur gemeinsam mit den Kommunen und Betreibergesellschaften. Damit soll der Ausbau einer gigabitfähigen Infrastruktur in ganz Bayern beschleunigt werden.

Die Staatsregierung ist überzeugt, dass die Maßnahmen des Digitalpakets „spürbare Fortschritte bei der Alltagsdigitalisierung“ bringen werden. Sie seien ein kräftiger Booster für den digitalen Freistaat. **DK**

Projekt BayernCloud Tourismus nimmt Fahrt auf

BayTM erteilt Zuschlag zu Konzeption und Entwicklung an die Bietergemeinschaft feratel mediatechnologies GmbH/pixelpoint multimedia werbe GmbH

Die Bayern Tourismus Marketing GmbH (BayTM) hat im Rahmen eines EU-weiten Vergabeverfahrens zur Konzeption und Entwicklung der BayernCloud Tourismus den Zuschlag an die Bietergemeinschaft feratel mediatechnologies GmbH/pixelpoint multimedia werbe GmbH erteilt. Gemeinsam mit den Software-Spezialisten geht die BayTM nun in die Umsetzung des offenen Data Hubs für den bayerischen Tourismus.

„Die Digitalisierung gibt unserer Branche die Möglichkeit, noch besser und flexibler auf die Bedürfnisse der Gäste einzugehen und ihnen dadurch beispielsweise neue Reiseerlebnisse und Urlaubsformen zu ermöglichen. Als touristische Dachorganisation des Freistaats ist es unser Ziel, den digitalen Wandel aktiv mitzugestalten und die touristischen Akteure in Bayern bei dieser großen Aufgabe zu unterstützen, sowie vorhandene Potenziale zu heben. Mit der BayernCloud Tourismus stellen wir die Weichen für ein durchdringendes, digitales touristisches Angebot in Bayern. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit der pixelpoint multimedia werbe GmbH, mit der wir einen erfahrenen und kompetenten Partner für dieses zukunftsweisende Projekt an unserer Seite wissen“, sagt BayTM-Geschäftsführerin Barbara Radomski.

Wichtiger Meilenstein

„Die Zusammenarbeit mit der Bayern Tourismus Marketing GmbH stellt für uns einen wichtigen Meilenstein dar: Sowohl in unserer Unternehmensgeschichte als auch in Bezug auf unsere Vision hin zu einer Welt mit barrierefrei zugänglichen, strukturierten Daten. Bereits bei den ersten Gesprächen waren Reformgeist und -wille bei allen Beteiligten spürbar – exakt der Spirit, den erfolgreiche Projekte von Anfang an benö-

gen. So sehen wir voller Motivation diesem ehrgeizigen, spannenden Projekt entgegen, bei dem wir sowohl von der Herangehensweise als auch von der Sache selbst zu hundert Prozent überzeugt sind“, freuen sich die Geschäftsführer Bernhard Winkler und Rainer Egen.

Community und Ökosystem

Mit der BayernCloud Tourismus schaffen die Verantwortlichen eine digitale Plattform zum Teilen offener touristischer Daten auf Basis der Softwarelösung dataCycle der pixelpoint multimedia werbe GmbH. „Im Rahmen des Projekts werden wir dataCycle unter eine Open Source Lizenz stellen, was neben Open Data eine wichtige strategische Entscheidung ist für eine nachhaltige Weiterentwicklung, Wartung und langfristige Nutzung der Plattform. So soll das Entstehen einer Community und eines Ökosystems rund um die BayernCloud Tourismus ermöglicht werden. Ebenso ist die Einhaltung von offenen Standards wie schema.org und die Zusammenarbeit mit der Open Data Tourism Alliance (ODTA) ein wichtiger Bestandteil der Entwicklung“, weiß Markus Garnitz, Leiter Kompetenzstelle Digitalisierung der BayTM.

Kostbare Ressourcen

Johannes Zlattinger, Head of Software Engineering dataCycle, fügt hinzu: „Für uns bei data

Cycle/pixelpoint zählen Daten sowie Informationen zu den wichtigsten und kostbarsten Ressourcen der Gegenwart und vor allem auch der Zukunft. Um diese Ressourcen optimal zu nutzen, muss der Zugang dazu einfach und effizient möglich sein – und genau auf dieser Mission suchen wir nach Mitstreitern und Partnern. Daher freuen wir uns, gemeinsam mit der Bayern Tourismus Marketing GmbH die BayernCloud und damit die dafür notwendigen Werkzeuge und Prozesse zu entwickeln und in das bereits bestehende Daten-Ökosystem zu integrieren.“

Datendrehscheibe

Die als Datendrehscheibe konzipierte BayernCloud soll einen einfachen Datenaustausch für unterschiedlichste Akteure ermöglichen und damit alle relevanten touristischen Informationen aus Bayern aktuell und zentral zur weiteren Nutzung und Entwicklung innovativer Lösungen für das touristische Angebot bereitstellen. „Das nachhaltige Modellprojekt ist richtungsweisend für die digitale Transformation im bayerischen Tourismus“, ist sich Radomski sicher. Denn strukturierte Daten wie zum Beispiel die Öffnungszeiten von Bergbahnen und Hütten, ein aktueller Schneebericht, Veranstaltungsinformationen mit Auslastungen, buchbare Zimmer oder Wandervorschläge mit Hinweisen zu Sperrungen stellen ebenso die Grundlage von digitalen Assistenten und anderen Anwendungen auf Basis künstlicher Intelligenz dar.

Im weiteren Projektverlauf sollen neben statischen Daten wie Öffnungszeiten, Adressen oder Sehenswürdigkeiten auch dynamische Daten in die Bay-

Bayerisch-israelisches Kooperationsprojekt „Smart City Werkstatt“:

Stadtplanerische Zukunftslösungen im Visier

Es gibt zahlreiche Initiativen, den lokalen Lebensraum gemeinsam zu gestalten. Sie werden nun bereichert durch einen bilateral-bayerisch-israelischen, „frischen“ und ergebnisoffenen Ansatz, bei dem alle Generationen zu Wort kommen. Konkret geht es um die Entwicklung von Ideen und Vorschlägen für smarte Städte und Gemeinden in Israel und in Bayern.

Mit studentischer Beteiligung fand nun erstmals die „Smart City Werkstatt“, ein gemeinschaftliches Projekt des Bayerischen Wirtschaftsministeriums, des israelischen Generalkonsulats, der Hanns-Seidel-Stiftung, des Deutsch-Israelischen Zukunftsforschungsinstituts sowie der Stiftung zur Förderung des Internationalen Jugendaustausches in Bayern statt. Partnerkommunen waren die Stadt Neu-Ulm und die „Smart Region“ Fuchstal. Bei einer Abschlussveranstaltung im Munich Urban Colab wurden Ansätze für stadtplanerische Zukunftslösungen präsentiert. Zuvor hatten sich Studenten aus Bayern und Israel im Rahmen einer Exkursion mit den örtlichen Aufgabenstellungen bekannt gemacht, die vor allem die Ortskerne und deren lebenswer-

te Gestaltung, Nutzung und Erreichbarkeit betreffen.

Stadt Neu-Ulm

Wie der Neu-Ulmer Stadtplaner Chris Häußler erläuterte, identifizierten die Studenten als Zukunftsthemen für die Innenstadt die Belebung des öffentlichen Raums und die Stärkung des Fußgängerverkehrs. Besonders großes Potenzial sahen die Teilnehmer am Donauufer. Dieser Stadteingang sollte aus Sicht der Studenten noch stärker genutzt werden, beispielsweise durch bessere Zugänge zum Wasser, soziale Treffpunkte und Attraktionen für Sport, Kultur und Tourismus. Inspiriert waren die Werkstatteergebnisse durch die Zusammenarbeit mit Architekten und die Auseinanderset-

zung mit internationalen Gestaltungsbeispielen für städtische Uferpromenaden.

Darüber hinaus beschäftigten sich die Studenten auch mit zukunftsfähigen Konzepten für kleine Einzelhandelsflächen. Ideen waren beispielsweise ein Mentoring-Programm für junge Unternehmen und die Nutzung leerstehender Ladenlokale als „Pop-Up-Museen“ oder für Kulturevents.

Synergieeffekte nutzen

Vor dem Hintergrund, dass sich im Neu-Ulmer Stadtteil Schwaighofen die Universität befindet, kam die Idee auf, Synergieeffekte des Stadtteils zu nutzen. Entstehen soll ein Living Lab mit neuen Technologien und Innovationen. Menschen sollen dort ihre Ideen vor allem im Bereich smart city umsetzen und ausprobieren können. Der Fokus liegt dabei u.a. auf den Themen erneuerbare Energien, autonomer Transport, smart housing und Recycling. Auch schlugen die Studenten vor, einen autonomen Stadtbus durch das Stadtviertel fahren zu lassen, sowie den Stadtkern Neu-Ulms mit „New Neu-Ulm“ durch einen autonomen Bus zu verbinden.

Neu-Ulm ist eine von elf Kommunen in Bayern, die den Zuschlag für das Modellprojekt „Smart Cities Smart Regions – Kommunale Digitalisierungsstrategien für Städtebau und

Mobilität der Zukunft“ des Bayerischen Staatministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr erhalten hat. „Smart City“ nennt sich wiederum ein Pilotprojekt des Bundesinnenministeriums, an dem unter anderem auch die Gemeinde Fuchstal mit den Gemeinden Apfeldorn und Unterdießen (Landkreis Landsberg am Lech) teilnimmt.

Gemeinde Fuchstal

Laut Corinna Sinken, VG Fuchstal, liegt eine Stärke der Gemeinden im Bereich erneuerbare Energien. So verknüpft die Gemeinde Fuchstal das Smart-City-Modellprojekt mit einem weiteren vom Bund geförderten Projekt namens „Energiezukunft Fuchstal“. Mit Wind- und Sonnenkraft, einer Biomasseanlage, Batterie- und Wärmespeicher sowie einem Nahwärmenetz will man mittelfristig zum Energie-Selbstversorger werden.

Im Zuge des Wandels von Bauern- zu Wohndörfern und eines hohen Zugzugsdrucks von Familien sowie wohlhabenden älteren Menschen sei es das Ziel, so Sinken, die schöne Landschaft und die Tradition zu bewahren. Deshalb müssten auch die Gemeinden den Weg in Richtung smart city gehen. Das Augenmerk liege hier auf der Weiterentwicklung eines Datennetzwerks, um beispielsweise die Erzeuger erneuerbarer Energien mit den Verbrauchern zu vernetzen und effizienter zu werden.

Abgerundet wurde die „Smart City Werkstatt“ mit einer Keynote von Michael Leidl (Arc Architekten, Bad Birnbach) zum Thema „Erlebnisort Stadt – Außenansichten eines Artgenossen“ sowie Präsentationen von

Smart City Start-ups aus Israel und Bayern.

Atalanda mit Sitz in Freilassing ist ein deutsches Dienstleistungsunternehmen, das Plattformen für lokale Online-Marktplätze in mittlerweile über 20 Städten mit mehr als 500 Händlern anbietet. Laut Firmengründer Roman Heimbold sind diese ein wichtiger Bestandteil von smart city Projekten. Menschen können online lokal einkaufen, Bestellungen von Einzelhändler liefern lassen oder einfach nur im Internet stöbernd die Stadt erleben. Einzelhändler bekommen zusätzlich einen eigenen Online-Shop, sog. Micro Shops. Städte erhalten die Möglichkeit, den Online-Marktplatz in einer App mit anderen digitalen Services zu integrieren (Übernahme der Software). Ziel ist es, die Stadt als Einzelhandelsmarktplatz zu erhalten, jedoch konkurrenzfähig in Bezug auf den Online-Handel zu machen.

StartUp „KistenKrämer“

Mit kompakten Selbstbedienungsschops auf knapp 15 Quadratmeter Fläche und einem Franchise-Konzept will das StartUp „KistenKrämer“ ein Basissortiment an regionalen Produkten und Waren des täglichen Bedarfs in ländliche Gemeinden bringen. Im Oktober wurde in der Gemeinde Brennbach (Landkreis Regensburg) der bayernweit erste Minisupermarkt eröffnet, wie Heike Zeller berichtete. Mit 450 Artikeln soll die Grundversorgung gewährleistet werden. Mindestens 50 Prozent der angebotenen Waren müssen direkt aus der Region kommen, der Rest wird vom Großhandel bezogen.

Bei der Kiste handelt es sich

um einen Verkaufsladen, der unkompliziert aufgestellt und flexibel versetzt werden kann. Dank kontaktloser Selbstbedienung wird ein flexibles Einkaufen ermöglicht. Die Artikel werden nach dem Einkauf selbst an der Kasse gescannt und mit Karte oder bar bezahlt. Ziel ist es, die Selbstversorgung vor Ort möglich zu machen, Dorfäden zurückzubringen und lokale Erzeuger zu unterstützen. Auch besteht die Möglichkeit, ein eigenes Business zu starten.

ResponCity

Ein einzigartiges, innovatives Bildungsprogramm und zugleich eine Bürgerinitiative ist ResponCity. Das Programm wurde entwickelt, um Jugendliche mit Fähigkeiten des 21. Jahrhunderts und sozial-emotionalen Kompetenzen zu stärken – durch PBL (problembasiertes Lernen), SEL (sozial-emotionales Lernen) und kommunale Innovation. Nach Angaben des Gründers und Geschäftsführers von Responcity Ltd., Yaron Jacobs, lernen die Teilnehmer, engagierte Bürger zu werden und entwickeln die Fähigkeiten, die für den Markt von morgen nötig sind.

Alle Programme sind auf einer benutzerfreundlichen digitalen Plattform untergebracht. Bald auch in Deutschland verfügbar ist die Responcity-App, ein unterhaltsames, erlebnisreiches Lernwerkzeug für Schüler und Lehrer, die eine interaktive digitale Umsetzung des Responcity-Programms ermöglicht. Auf diese Weise kann durch das Zusammentragen von Ideen ein internationaler Austausch über Aktivitäten und Projekte stattfinden. Zudem können Synergieeffekte genutzt werden. **DK**

Bayern & Deutsche Glasfaser unterzeichnen Letter of Intent

„Der erfolgreiche Breitbandausbau ist ein wichtiger Schlüssel für gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Freistaat – dieses Ziel hat in Bayern Verfassungsrang. Wir brauchen eine zukunftsfeste Internetanbindung aller bayerischen Haushalte. Nur gemeinsam schaffen wir den Glasfaserausbau in ganz Bayern. Wir begrüßen daher das starke Engagement der Deutsche Glasfaser beim Breitbandausbau in Bayern, besonders in den ländlichen Regionen. In einer gemeinsam unterzeichneten Absichtserklärung unterstützen wir auch moderne Verlegeverfahren für einen zügigen und kostengünstigen Ausbau“, betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker anlässlich der Unterzeichnung eines Letter of Intent (Absichtserklärung / LOI) mit der Deutsche Glasfaser Holding GmbH.

Der Freistaat hat seit 2014 bereits über 1,5 Milliarden Euro Fördergelder für den Breitbandausbau in Bayern zugesagt. „Um die Fortschritte beim Glasfaserausbau für unsere Bürgerinnen und Bürger noch transparenter darzustellen, haben wir

der Menschen, Unternehmen und Kommunen im Freistaat und wollen sie als vertrauenswürdiger Partner zuverlässig und persönlich begleiten.“

Bis Ende 2025 will die Deutsche Glasfaser Holding GmbH in Bayern etwa 550.000 Haushalte mit Glasfaser versorgen. Durch die Unterzeichnung des LOI hat der Freistaat bekräftigt, den vorrangig eigenwirtschaftlichen Ausbau und die Anwendung moderner Verlegeverfahren zu unterstützen. Der Freistaat Bayern unterstreicht damit die Notwendigkeit von effizienter Zusammenarbeit von Privatwirtschaft und staatlichen Stellen beim Ausbau von digitaler Infrastruktur.

WebMapService

Ab sofort stellt der Freistaat die im Rahmen der Bayerischen Breitbandrichtlinie und der Bayerischen Gigabitrichtlinie geförderte Infrastruktur in ganz Bayern anhand eines WMS (Web MapService) – „Geförderte Infrastruktur“ im BayernAtlas digital für jedermann zur Verfügung. Auf einen Blick ist erkennbar, wo finanziell geförderte Glasfaserleitungen vor Ort bereits existieren und beim weiteren Ausbau von Telekommunikationsunternehmen verwendet werden können. Deren Mitnutzung steht nämlich allen Marktteilnehmern offen. Das erleichtert den Anbietern die Planung des weiteren Breitbandausbaus. Daneben können auch interessierte Bürgerinnen und Bürger den genauen Verlauf der geförderten Glasfaserleitungen in ganz Bayern bis zu einzelnen Gebäuden verfolgen. Zu finden ist der neue WMS im BayernAtlas unter: BayernAtlas - der Kartenviewer des Freistaates Bayern. **□**



Thorsten Dirks, CEO Deutsche Glasfaser. Bild: Deutsche Glasfaser

eine neue Online-Karte im BayernAtlas integriert. Diese zeigt übersichtlich und detailliert, wo in ganz Bayern durch den Freistaat geförderte Glasfaserleitungen verlegt wurden. Geförderte Leitungen können von allen Anbietern verwendet werden! Das schafft Synergien, erleichtert den privaten Netzbetreibern ihre Ausbauplanung enorm und bringt dadurch die Infrastruktur in Bayern zügig voran!“, erklärte Füracker.

„Wir freuen uns darauf, in den nächsten vier Jahren entscheidend zum flächendeckenden Glasfaserausbau in Bayern beizutragen und seine ländlichen und suburbanen Regionen zukunftssicher zu machen“, sagte Deutsche Glasfaser CEO Thorsten Dirks. „Wir kennen die Anforderungen und Bedürfnisse



Und was sehen Sie? Kommunen, die mit uns digitalisieren, kommen sicher ans Ziel.

Serviceorientiert, nachhaltig, digital. Machen Sie Ihre Kommune fit für die Herausforderungen von morgen – und zu einem attraktiven Standort für Menschen und Unternehmen! Egal ob es um moderne E-Government-Dienste, innovative Smart-City-Lösungen oder sichere Cloudangebote geht: Wir denken immer einen Schritt voraus. Gemeinsam für eine bessere Zukunft.

Möglichkeiten überall

AKDB

M-net ist der erste klimaneutrale Telekommunikationsanbieter in Deutschland:

Klimaneutralität validiert

Glasfaser ist wichtige Voraussetzung einer klimaverträglichen Internet-Infrastruktur

Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net ist der erste klimaneutrale Telekommunikationsanbieter in Deutschland. Das gab das Unternehmen anlässlich seines 25-jährigen Firmenjubiläums bekannt. Im Rahmen einer ambitionierten Klimastrategie hat das Unternehmen seit dem Jahr 2019 bereits rund 90 Prozent der vermeidbaren Treibhausgasemissionen eingespart. Durch den TÜV Rheinland wurde nun die Klimaneutralität des Unternehmens für das erste Halbjahr 2021 validiert. Auf dem Empfang anlässlich des Jubiläums gratulierten unter anderem Bayerns Staatsministerin für Digitales, Judith Gerlach, Münchens zweite Bürgermeisterin, Katrin Habenschaden, und der Vorsitzende der Geschäftsführung der Stadtwerke München, Dr. Florian Bieberbach, M-net zum Jubiläum und zur Erreichung dieses Meilensteins in Punkto Klimaschutz.

Bereits seit dem Jahr 2018 arbeitet der Münchner Glasfaseranbieter daran, seinen CO₂-Fußabdruck konsequent zu verringern. Seit dem Jahr 2020 ver-

ansanbieter in Deutschland zu sein. Das zeigt ganz klar: Innovation und Nachhaltigkeit gehen Hand in Hand", sagt Nelson Killius, Sprecher der Geschäfts-



V. l.: Dr. Hermann Rodler und Nelson Killius (M-net), Katrin Habenschaden (2. Bürgermeisterin Landeshauptstadt München), Judith Gerlach (Staatsministerin für Digitales) und Prof. Dr. Florian Bieberbach, Vorsitzender der Geschäftsführung der Stadtwerke München GmbH (SWM).

Bild: M-net / Jonathan Sage

folgt das Unternehmen eine eigene Klimastrategie, die gemeinsam mit externen Experten von Bosch Climate Solutions entwickelt und umgesetzt wurde. Auf die Analyse des CO₂-Abdrucks im Basisjahr 2019 folgte die Konzeption und Umsetzung von Maßnahmen zur Verringerung des Treibhausgasausstoßes. Dabei orientiert sich M-net am 4-Hebel-Konzept von Bosch Climate Solutions, das auf vier unterschiedlich gewichteten Ansatzpunkten zum Erreichen einer hochwertigen Klimaneutralität beruht. Dazu zählen – der Reihenfolge nach – die Erhöhung der Energieeffizienz, der Ausbau erneuerbarer Energien, der Zukauf von Grünstrom sowie die Kompensation von unvermeidbaren Emissionen. Für das erste Halbjahr 2021 konnte nun durch den TÜV Rheinland als externe Prüfgesellschaft die Klimaneutralität von M-net festgestellt werden.

Nachhaltigkeit und Klimafreundlichkeit

Die bayerische Digitalministerin Judith Gerlach gratulierte M-net zum Firmenjubiläum: „Die digitale Transformation ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Grundlage dafür ist eine hochleistungsfähige, digitale Infrastruktur. Ich begrüße sehr, dass sich M-net darüber hinaus für Nachhaltigkeit und Klimafreundlichkeit einsetzt. Das ist ein gutes Signal weit über den Innovationsstandort Bayern hinaus.“

Eine wichtige Grundlage für die starke Klimabilanz des Unternehmens ist nicht zuletzt die leistungsstarke Glasfaser-Infrastruktur, die M-net immer weiter ausbaut und immer näher an die einzelnen Wohnungen und Büros der Kunden führt. Im Gegensatz zu kupferbasierten Technologien ist für die Übertragung per Glasfaser ein deutlich geringerer Energieaufwand bei gleichzeitig höheren Leistungsmerkmalen notwendig. „Wir freuen uns, im 25. Jahr unseres Bestehens nicht nur Bayerns führender Glasfaseranbieter, sondern auch der erste klimaneutrale Telekommunikati-

on zu reduzieren, den Stromverbrauch intelligenter zu steuern und dadurch zur Einsparung von CO₂-Emissionen beizutragen“, erklärt sie. „Die Stadtwerke-Tochter M-net nimmt nun zudem als klimaneutraler Anbieter eine Vorbildrolle ein. Das ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg Münchens zu einem nachhaltigen Standort mit einem grünen urbanen Ökosystem.“

90 Prozent der Treibhausgas-Emissionen eingespart

M-net führte in den vergangenen Jahren eine Reihe von Maßnahmen durch, um das Unternehmen komplett klimaneutral auszurichten. Dies umfasste beispielsweise den Einsatz von energieeffizienten Leuchtmitteln, eine intelligente Beleuchtungssteuerung sowie eine Temperaturoptimierung in den Rechenzentren. Dadurch erhöht M-net die Energieeffizienz und spart aktiv Energie ein. Darüber hinaus investiert der Telekommunikationsanbieter nachhaltig in erneuerbare Energien. Seit Sommer 2021 werden dazu einzelne Glasfaser-Verteilerschränke (FTTC-Container) mit Photovoltaikanlagen zur eigenen Energieversorgung ausgestattet. Zudem betreibt M-net alle unternehmenseigenen Standorte, an denen eine Wahlmöglichkeit für den Strombezug besteht, sowie die Rechenzentren mit zertifiziertem Grünstrom. Durch all diese Maßnahmen konnten im Vergleich zum Basisjahr 2019 bereits rund 90 Prozent der Treibhausgasemissionen eingespart werden.

Die gesamten verbleibenden CO₂-Emissionen nach Scope 1 und 2 beliefen sich im ersten Halbjahr 2021 auf eine Summe von 387 Tonnen – weniger, als ein Flugzeug auf einem einzigen One-Way Flug von München nach New York ausstößt. Diese Emissionen gleicht M-net über Zertifikate für ein internationales Klimaschutzprojekt aus. Derzeit fördert der Telekommunikationsanbieter die Aktion „Sauberes Trinkwasser Diana Madagaskar“, die nach dem

„Gold-Standard“ anerkannt ist – einem der weltweit strengsten Zertifizierungsstandards. Im Rahmen des Projekts wird eine einfache und günstige Wasserversorgung mit Solarpumpen aufgebaut, um die Treibhausgasemissionen durch das Abkochen von schmutzigem Wasser zu vermeiden, Krankheiten zu verhindern und eine Bewirtschaftung von Feldern zu ermöglichen. Darüber hinaus wird M-net auch direkt vor Ort in der Heimat aktiv und unterstützt noch in diesem Jahr in einem Waldstück bei Poing nahe München ein Klimaprojekt zur Aufforstung: Gemeinsam mit der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Bundesverband e. V. legen Mitarbeitende dann selbst Hand an, um in dem geschädigten Waldgebiet durch die Bepflanzung mit heimischen, klimatoleranten Baumarten einen natürlichen CO₂-Speicher zu schaffen und damit zugleich die Biodiversität zu fördern.

Für eine grünere Zukunft

Für die Umsetzung der geplanten, vollständigen Klimaneutralität bis 2025 hat M-net bereits weitere konkrete Maßnahmen angesetzt. So werden unter anderem die M-net-Standorte noch energieeffizienter ausgerüstet. Ab 2022 wird die Fahrzeugflotte komplett auf Elektrofahrzeuge umgestellt. Zudem sollen auch die indirekten Emissionen (Scope 3 nach Greenhouse Gas Protocol) kontinuierlich reduziert und – sofern unvermeidlich – kompensiert werden. Dabei handelt es sich um Emissionen, die vor- und nachgelagert in der Wertschöpfungskette entstehen – wie beispielsweise für die Beheizung oder Klimatisierung von angemieteten Liegenschaften, die künftig in Kooperation mit den Stadtwerken München zumindest für einen Teil der Standorte durch Fernwärme per Geothermie realisiert werden soll. Mit seiner ambitionierten Klimastrategie möchte M-net nicht nur einen wichtigen Beitrag zum Pariser Klimaschutzabkommen leisten, sondern gleichzeitig zu einer nachhaltigeren Wirtschaft und Zukunft in der Region beitragen.

Vorbildrolle

Das befürwortet auch Katrin Habenschaden, zweite Bürgermeisterin der Stadt München: „Wir wissen nicht zuletzt aus der Verkehrspolitik und Stadtplanung, dass digitale Infrastruktur helfen kann, lange Stauzei-

ten zu reduzieren, den Stromverbrauch intelligenter zu steuern und dadurch zur Einsparung von CO₂-Emissionen beizutragen“, erklärt sie. „Die Stadtwerke-Tochter M-net nimmt nun zudem als klimaneutraler Anbieter eine Vorbildrolle ein. Das ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg Münchens zu einem nachhaltigen Standort mit einem grünen urbanen Ökosystem.“

Glasfaser-Infrastruktur bildet wichtige Grundlage für die Klimabilanz

M-net setzt nicht nur als Unternehmen selbst auf aktiven Klimaschutz, sondern ist sich auch seiner Vorbildfunktion als Telekommunikationsanbieter bewusst. Denn auch alle Bürgerinnen und Bürger selbst können durch die Art ihrer Internetnutzung aktiv zum Klimawandel beitragen. Deshalb stehen bei M-net Lösungen auf Basis von Glasfasertechnologie so deutlich im Fokus. Glasfaser ist im Vergleich zu anderen Übertragungswegen leistungsstärker und nachhaltiger, da keine Umwandlung in elektrische Signale erforderlich ist. Das gilt in besonderem Maße für FTTH (Fiber to the Home) – also Glasfaser bis in die einzelnen Wohnungen und Büros.

Wie eine Studie des Umweltbundesamts zeigt, ist beim Video-Streaming die Art der Datenübertragung entscheidend für die Klimabilanz. Eine Videoübertragung über Glasfaser verursacht im Vergleich zu VDSL halb so viel Treibhausgasemissionen und ist sogar fast 50-mal effizienter als über UMTS. „Mit einer durchgängigen Glasfaserversorgung, also nur FTTH, könnten wir in einer Großstadt wie München auch im Vergleich zur VDSL-Übertragung über Kupferleitungen rund 330.000 Tonnen CO₂ pro Jahr einsparen. Damit könnten wir gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft und den Bürgerinnen und Bürgern sehr aktiv zum Klimaschutz beitragen“, so Dr. Hermann Rodler, Technischer Geschäftsführer bei M-net. „Die technische Basis dafür haben wir bereits mit dem konsequenten FTTH-Ausbau sowie dem M-net Bayern-Ring gelegt, der als erstes Quanten-Netz die bayerischen Ballungsräume über eine durchgängige Glasfaser-Infrastruktur mit dem größten deutschen Internetknoten DE-CIX in Frankfurt verbindet.“ Technisch sind über dieses hochmoderne Daten-Netzwerk nicht nur Bandbreiten von bis zu 76 Terabit/s über eine einzelne Glasfaser möglich, sondern der Energieverbrauch einer 200 Gbit/s Leitung von München nach Frankfurt verringert sich um nahezu 90 Prozent gegenüber herkömmlichen DWDM-Systemen. □

„Internet ist keine Pöbelbude“

Gerlach fordert EU-Rechtsänderung

Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach begrüßt die bundesweite Polizeiaktion gegen Hass und Hetze im Internet und fordert gleichzeitig auch entsprechende Verschärfungen im EU-Recht.

Bei der geplanten europäischen Regulierung großer Plattformbetreiber und Internetkonzerne (Digital Services Act DSA) müssten Beschwerde-Hotlines, klare Löschfristen und ein Jugendschutz-Cockpit festgeschrieben werden. Gerlach erklärte: „Das Internet ist keine Pöbelbude. Wer denkt, Hass und Hetze falle unter Meinungsfreiheit, ist schiefer gewickelt und muss mit Konsequenzen rechnen. Bayern geht diesen Weg sehr konsequent. Auch auf europäischer Ebene müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen jetzt auch entsprechend verschärft werden.“

Konkret fordert die Ministerin die Festschreibung definierter Löschfristen für Inhalte mit Hass oder Hetze im Netz. Ähnlich wie beim deutschen Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) müsse auch beim DSA klar geregelt sein, innerhalb welcher Zeit die Internetkonzerne verpflichtet sind, bestimmte Inhalte aus dem Netz zu nehmen. Zudem sollten die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, über nationale Beschwerde-Hotlines ihr Anliegen in deutscher Sprache dem jeweiligen Internetkonzern mitzuteilen. Um Jugendschutzbestimmungen stärker zu berücksichtigen, fordert Gerlach mehr Möglichkeiten zu deren Durchsetzung. Sie schlägt die verpflichtende Einführung eines Jugendschutz-Cockpits für Eltern vor. □

Bayern Server wird gezielt weiterentwickelt:

Freistaat baut digitale Vorreiterrolle aus

Künftig noch mehr moderne, sichere und nutzerfreundliche eGovernment-Leistungen

Der Bayern Server ist die leistungsfähige und sichere staatliche Rechenzentrums-Infrastruktur des Freistaats. Diese hat sich gerade während der Pandemie bewährt und wird künftig eine noch wichtigere Rolle spielen, etwa für die digitale Souveränität Bayerns. Der Bayern Server wird daher mit einer Vielzahl von Maßnahmen gezielt weiterentwickelt. Das stärkt die Digitale-Vorreiterrolle des Freistaats und ermöglicht es, den Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen zukünftig noch mehr moderne, sichere und nutzerfreundliche eGovernment-Leistungen zur Verfügung zu stellen.

So wird beispielsweise die Digitalisierung der Verwaltung durch ein neues Kunden-Center kompetent begleitet, das maßgeschneidert auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der verschiedenen staatlichen Institutionen eingehen kann.

Im neuen Center zur Umsetzung des Online-Zugang-Gesetzes (OZG) werden Expertinnen und Experten der Staatsverwaltung bei der Konzipierung moderner, sicherer und nutzerfreundlicher Online-Dienste unterstützen.

Der Bayern Server wird zudem um eine neugeschaffene Innovationsgruppe erweitert, in der neueste Technologien aufgegriffen und auf ihre Einsetzbarkeit in der Verwaltung sowie im Kontakt mit den Bürgern direkt erprobt werden können.

Auch ist das bereits seit September 2020 eingerichtete spezielle Schulrechenzentrum technischer Ansprechpartner bei der Digitalisierung im Bildungsbereich und entlastet dadurch unmittelbar die Schulen vor Ort.

Bei allen Maßnahmen wird der Bayern Server stets eng mit dem geplanten Digitalrat und der künftigen Digitalagentur sowie dem Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) zusammenarbeiten. □

Landratsamt Fürstentfeldbruck ist „Digitales Amt“

Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach hat diese Auszeichnung jetzt dem Landratsamt für besonderes Engagement bei Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen verliehen. Als „Digitales Amt“ dürfen sich bayerische Kommunen bezeichnen, die bereits mindestens 50 Online-Verfahren im sogenannten BayernPortal verlinkt haben. Diese Behörden werden zudem auf der Webseite des Staatsministeriums für Digitales veröffentlicht, um zu zeigen, welche Kommunen bei der Digitalisierung bereits gut vorangekommen sind.

Digitalministerin Gerlach erklärte: „Die Digitalisierung der Verwaltung ist eine der wichtigsten Aufgaben der bayerischen Kommunen in den nächsten Monaten. Einige sind hier bereits vorbildlich unterwegs. Mit unserem neuen Prädikat ‚Digitales Amt‘ wollen wir nicht nur das Engagement dieser Gemeinden, Städte und Landkreise würdigen. Wir wollen auch den Bürgerinnen und Bürgern dort zeigen: Schaut her, hier könnt Ihr viele Eurer Anliegen schon online erledigen.“

„Von insgesamt 71 bayerischen Landratsämtern erhielten wir als neuntes diese Auszeichnung, was uns zeigt, dass wir auf einem sehr guten Weg sind“, freut sich Landrat Thomas Karmasin.

Derzeit stehen bereits 60 Verwaltungsleistungen des Landratsamtes als Online-Verfahren zur Verfügung. Eine Übersicht über alle online verfügbaren Verwaltungsleistungen ist auf der Webseite des Landratsamts unter www.lra-ffb.de/amt-service/online-die □

Interkommunale Zusammenarbeit

Regierung von Unterfranken bewilligt Marktheidenfeld 90.000 Euro für die Entwicklung und Umsetzung eines Datenschutzkonzeptes

Teilnehmer dieses Kooperationsprojektes sind die Städte Marktheidenfeld und Rothenfels, die Marktgemeinden Karbach und Triefenstein, die Gemeinden Birkenfeld, Bischbrunn, Erlenbach, Esselbach, Hafelohr, Roden und Urspringen, die VGem Marktheidenfeld, die Schulverbände Bischbrunn, Hafelohr, Karbach, die Mittelschule Marktheidenfeld und Urspringen, der Abwasserzweckverband Esselbach, die Wassergruppe Marktheidenfeld sowie die Kommunale Allianz Marktheidenfeld e.V.

Die qualifizierte Entwicklung und Umsetzung der vorgenannten Konzepte wird durch die gemeinsame Beauftragung eines externen Dienstleisters als Datenschutzbeauftragten sichergestellt.

85 % Förderung

Grundlage der Förderungen ist die Richtlinie für Zuwendungen des Freistaates Bayern zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit. Die Regierung von Unterfranken hat die Kooperationen als vorbildhaft und förderungswürdig anerkannt. Die Förderung der Stadt Marktheidenfeld beträgt 85% der zuwendungsfähigen Gesamtkosten bis zu einer Höchstgrenze der Fördersumme von 90.000 Euro.

Die staatliche Förderung erfolgt im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integ-

ration im Rahmen des vom Bayerischen Landtag beschlossenen Staatshaushalts. □

1,1 Mio Euro Fördermittel des Bundes für den Breitbandausbau in Augsburg

Die Stadt Augsburg erhält 1,1 Mio. Euro aus Fördermitteln des Bundes. Mit dieser Förderung können 73 Kilometer Glasfasernetz ausgebaut werden. Davon werden 80 Haushalte sowie 12 Unternehmen im Norden Augsburgs profitieren. Die Förderquote des Bundes beträgt 50 Prozent und wird durch Landesmittel und Eigenmittel ergänzt. Die Gesamtkosten für den vorgesehenen Breitbandausbau belaufen sich insgesamt auf 2,2 Mio. Euro. Die Bundesregierung erleichtert damit die bestehenden Breitbandförderung in Gebieten, in denen kein marktgetriebener Ausbau stattfindet. □



Station in Hof. v.l.: Richard Himes, Stadt Hof, Shuttle Modellregion Hof SMO, Ralf Borowsky, Projektleitung SMO, Korbinian Göths, Landkreis Hof, Anna Köppel, atene KOM, Klaus Gruber, Wirtschaftsförderung, atene KOM, Vanessa Wagner, Netzwerkmanagerin, Smart Cities Team, Landkreis Hof, Wilko Westphal, atene KOM, Eva Döhla, Oberbürgermeisterin Stadt Hof, Walter Friedl, Wirtschaftsförderer, Stadt Hof, Milena Merling und Sven Kotschenreuther, beide atene KOM.

Bild: atene KOM GmbH

atene KOM-Zukunftsreise:

Tour durch das vernetzte Bayern

Im Rahmen seiner Tour durch das gesamte Bundesgebiet hat das Infomobil der atene KOM vor kurzem auch die bayerischen Kommunen Hof, Weiden, Geisenhausen, Ruhstorf an der Rott, Rosenheim, Traunstein, Cham, Grafenau und Kirchheim bei München besucht. Unter dem Motto „Deutschland – eine Zukunftsreise“ konnten sich Bürger, Bürgermeister und lokale Akteure über die Potenziale des Breitbandausbaus und der damit verbundenen Technologien informieren, von ihren Erlebnissen und Erfahrungen im Kontext der Digitalisierung berichten sowie konkrete Anwendungsfelder und Geräte kennenlernen und selbst ausprobieren.

Um die regionalen Strukturen, Bedürfnisse und Kompetenzen mit aufzugreifen, wurden die thematischen Schwerpunkte der einzelnen Termine eng mit den Kommunen und Landkreisen abgestimmt. In Hof lag das Augenmerk unter anderem auf dem Thema Mobilität. Neben einem autonom und elektrisch fahrenden Kleinbus der Shuttle Modell Region Oberfranken stellte die atene KOM das Projekt TEMPUS vor. Dabei handelt es sich um ein Pilotprojekt der Landeshauptstadt München, in dem hochrangige Partner aus Verwaltung, Tech-

nologie, Wirtschaft und Forschung zusammenarbeiten, um ein Testfeld für automatisiertes und vernetztes Fahren im urbanen Straßenverkehr zu erproben. Die Agentur für Technologie und Netzwerke übernimmt hierfür die Projektkoordination.

Gütesiegel Breitband Schulen

In Cham stand neben dem Thema Breitbandausbau auch die Digitalisierung im Bildungswesen im Vordergrund: Die Grund- und Mittelschule Roding erhielt vom Kompetenzzentrum

Digitale Bildung der atene KOM das Gütesiegel Breitband Schulen, das der Schule Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit der schulischen IT-Grundstruktur bescheinigt. Bundesweit ist dies der erste Standard zur Sicherung elementarer technischer Voraussetzungen des Schulnetzes. Beim Tag der offenen Tür im Siemens Technopark in Ruhstorf an der Rott stellte die atene KOM neben Ausstellern wie Siemens und der bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft innovative Produkte wie die Mobilfunkscanner in Messfahrzeugen oder die Bodenradarmessungen zur Erkennung und Kartierung unterirdischer Versorgungsleitungen vor. Auch das komplexe Thema Smart Regions bot vielfältigen Gesprächsstoff, sind doch der Landkreis Hof, die Ilzer Land-Gemeinde Grafenau und die Gemeinde Kirchheim bei München Modellkommunen des Förderprogramms „Modellprojekte Smart Cities“ des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI).

Von Kommunalen Datenplattformen über die Digitalisierung im Gesundheits- und Bildungswesen bis hin zur digitalen Bürgerbeteiligung: Aus Sicht der atene KOM war der Austausch in allen bayerischen Kommunen inspirierend und innovativ.

Weitere Informationen unter www.atenekom.eu DK

den knapp 300 Tonnen an Haushaltskleingeräten, die pro Jahr durchschnittlich auf den Wertstoffhöfen des Landkreises gesammelt werden. Keinesfalls dürfen diese Geräte aber im Hausmüll landen: „Was wir nämlich nicht vergessen sollten: Handys haben auch Schadstoffe, die fachgerecht entsorgt werden müssen, damit sie nicht die Umwelt belasten,“ appellierte Robert Graf.

Jetzt bestehe auch zusätzlich in den Rathäusern eine Abgabemöglichkeit. Landrat Richard Reisinger hoffte natürlich, dass alle Landkreis-Bürgermeister diese Boxen aufstellen werden. „Ob Wertstoffhof oder Rathaus, die Boxen werden von uns abgeholt“, versicherte der Landkreischef. Ein zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb garantiere das Recycling und die fachgerechte Entsorgung der Althandys. Niemand müsse Angst haben, dass Daten ausgelesen würden.

Die Box in Kümmerbrück steht übrigens im Foyer des Rathauses, zugänglich zu den üblichen Öffnungszeiten. Bürgermeister Roland Strehl: „Für die Gemeinde Kümmerbrück war es keine Frage, sich an der Aktion zu beteiligen. Wir leisten damit einen kleinen, aber bedeutenden Beitrag, wertvolle Rohstoffe wiederzuverwerten.“



Landrat Richard Reisinger (r.) überreichte mit dem Leiter des Amtes für Abfallwirtschaft, Robert Graf (l.), die Sammelbox für Handys an den Kümmerbrucker Bürgermeister Roland Strehl.

Bild: Christine Hollederer



In Kooperation mit atene KOM GmbH
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC des kommunalen Breitbandausbaus

Im regelmäßig erscheinenden Format des „ABCs zum kommunalen Breitbandausbau“ vermittelt die Bayerische Gemeindezeitung in Kooperation mit der atene KOM anschauliches Expertenwissen zum kommunalen Breitbandausbau.



Wie kommt das Glasfaserkabel in den Boden?

Die atene KOM informiert über die Leerrohrinfrastruktur und deren Verlegemethoden

In den letzten Ausgaben wurden verschiedene Ansätze zur Kosteneinsparung in komplexen Glasfaserausbauvorhaben vorgestellt, welche neben Aspekten der Finanzierung und Förderung auch die Planung der Netzarchitektur umfassen. Um diese Reihe zu vervollständigen, widmet sich dieser Artikel nun den Leerrohrinfrastrukturen und deren Verlegemethoden, welche zu einem wirtschaftlich tragfähigeren und nachhaltigeren Glasfaserausbau beitragen können.

Leerrohre bilden die Trägerstruktur für die Kabel, über die eine Breitbandanbindung hergestellt wird. Erfahrungen aus zahlreichen Breitbandprojekten zeigen, dass der Anteil der Kosten für Tiefbau und Wiederherstellung der Oberflächen im Rahmen eines Breitbandausbauprojekts bis zu 80 % der Gesamtkosten einnehmen kann. Zunächst können Kommunen durch das frühzeitige Mitverlegen von Leerrohren viel Geld sparen, da Tiefbaukosten nur einmal anfallen. Darüber hinaus schreibt die Breitbandförderung des Bundes ein einheitliches Materialkonzept für Leerrohre vor, da dieses dazu beitragen kann, die Planungen des Infrastrukturausbaus von Beginn an nachhaltig zu gestalten und Projektumsetzungen nicht zu verzögern.

Kabelschutzrohre und Mikrorohre

Demnach werden bei Leerrohren die Kategorien Kabelschutzrohre und Mikrorohre unterschieden. Die größeren Kabelschutzrohre mit einem Außendurchmesser von ca. 32–350 mm werden direkt in die Erde verlegt. Die kleineren Mikrorohre mit einem Außendurchmesser von 10–20 mm führen das Glasfaserkabel und können einzeln oder als Rohrverband in der Erde verlegt oder in Kabelschutzrohre eingeführt werden. Mikrorohre sind meist farbcodiert, um Instandhaltung und Zuordnung zu vereinfachen (vgl. Bild). Außerorts

und bei Straßen-, Bahn- und Gewässerquerungen wird die Verlegung von Kabelschutzrohren empfohlen, innerorts und für den Hausanschluss werden üblicherweise Mikrorohrverbände genutzt.

Bei der Wahl der Verletechnik kommt es auf



Leerrohr DA 50 mit 7 Mikrorohren 10 x 1.

Bild: gabo Systemtechnik GmbH

die örtlichen, topologischen und finanziellen Gegebenheiten an. Die offene Grabenbauweise als konventionelle Verlegemethode ist zwar kostenintensiv, kann aber bei allen Rohrarten und in allen topologischen Szenarien und Oberflächenarten zum Einsatz kommen. Dabei wird die Erdoberfläche geöffnet und ein Graben von bis zu 1,25m ausgehoben. Die Wiederherstellung der Oberfläche ist mitunter aufwendig und es kann zu Beeinträchtigungen des Baumfeldes durch Lärmbelastung sowie zu Verkehrsstörungen kommen.

Zur Verringerung der Kosten (insb. Aushub- und Beseitigungskosten) und des Zeitaufwands können auch alternative Verlegemethoden durchgeführt werden. Hier sollten im Vorfeld, die im Einzelfall mit der Umsetzung verbundenen technischen und rechtlichen Risiken abgewogen werden. Zu den wichtigsten alternativen Verlegemethoden zählen: Erdraketentechnik, Pflugverfahren, Trenchingverfahren, Horizontalspülbohrverfahren, Verlegung in Abwasserkanälen und oberirdische Verlegung.

Details zu den einzelnen Verfahren und eine Handreichung für die korrekte Verlegung von Leerrohrinfrastruktur finden Sie im Nachschlagewerk der atene KOM „Kommunaler Breitbandausbau in Deutschland – Grundlagen und Empfehlungen“, unter Modul 6 und 7. Dieses Lexikon ist, in stets aktuellem Stand, erhältlich auf der Website: <https://atenekom.eu/wissen/loseblattsammlung/>.

Gefährliche Schwachstelle im Standardprogramm betrifft uns alle

Die kürzlich aufgedeckte Schwachstelle im Log4j-Programm ist ein Sicherheitsnotfall für jede und jeden. Große Firmen und private Nutzer von Apple, Google, Amazon und anderen Anwendungen stehen nun angreifbar da, weil eine weit verbreitete Komponente von Java-Software eine Sicherheitslücke aufweist. Hans Wilhelm Dünn, Präsident des Cybersicherheitsrats Deutschland e.V. dazu:

„Stellen Sie sich vor, der standardmäßig genutzte Mauerstein Ihres Hauses hält nicht und bringt das ganze Gebäude in Einsturzgefahr – gleichzeitig nutzen Kriminelle den Stein, um Ihnen die Scheibe einzuschlagen. Diese Gefährdungslage haben wir nun millionenfach bei der Log4j-Schwachstelle.“

Der Programmbaustein Log4j wurde im Open Source-Verfahren entwickelt und von zahlreichen Softwareherstellern übernommen. Er dient dazu die Aktivitäten eines Programms zu protokollieren, um Probleme im Nachhinein lösen zu können. Die aufgetretene Schwachstelle ermöglicht es Ein-

dringlingen, eigenen Programmcode ins Protokoll zu schreiben und auszuführen. Mögliche Ziele sind dabei die Nutzung fremder Computer zur Herstellung von Kryptowährungen, die Verschlüsselung von Dateien zum Erpressen von Lösegeld oder eine vollständige Übernahme des Systems.

Da die Sicherheitslücke von den Programmbetreibern geschlossen werden muss, sind Firmen und Verbraucher aktuell hilflos. Der Vorfall zeigt die Abhängigkeit von Softwarekomponenten: sowohl bei einzelnen Personen als auch großen Konzernen. Hans-Wilhelm Dünn empfiehlt in dieser Situation:

„Installieren Sie unverzüglich die Updates, die Ihnen angeboten werden. Sichern Sie alle Ihre relevanten Daten offline, um das Schadenspotenzial gering zu halten.“

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) hat inzwischen eine rote Warnmeldung ausgegeben und hält die Schwachstelle für die aktuell größte Bedrohung im Cyberraum.

„Wir dürfen uns nicht blind darauf verlassen, was Softwareanbieter uns in ihre Programme schreiben. Unternehmen und Verbraucher haben nicht die Expertise, um sich vor den Fehlern anderer zu schützen. Deshalb muss die Politik handeln und eine unabhängige Zertifizierung von sicherheitsrelevanter Software ermöglichen. Sicherheit ist eine Staatsaufgabe – diesem Anspruch muss die Bundesregierung auch im digitalen Raum gerecht werden.“



Ihr Partner für Netzwerke der Zukunft.

www.gabocom.de



ANsWERK in Ansbach:

Digitales Gründerzentrum

Weigert: „ANsWERK bietet Gründerinnen und Gründern das optimale Umfeld, um erfolgreich die Chancen der digitalen Transformation zu nutzen“

Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Roland Weigert hat gemeinsam mit Landrat Dr. Jürgen Ludwig und Oberbürgermeister Thomas Deffner das Digitale Gründerzentrum (DGZ) ANsWERK in Ansbach eröffnet.

„Ansbach hat einen neuen Nukleus für seine jungen Gründerinnen und Gründer. Das ANsWERK stellt neben passenden Räumlichkeiten vor allem ein breites Unterstützernetzwerk und die enge Verbindung zur regionalen Start-up-Community zur Verfügung. Für die Jungunternehmerinnen und -unternehmer ist das ein optimales Umfeld, um erfolgreich die Chancen der digitalen Transformation zu nutzen. Und auch die Region profitiert von den Innovationsimpulsen, die vom ANsWERK weit über Ansbach hinausstrahlen“, erklärte Weigert.

Zweiter Standort in Merkenheim

Das Bayerische Wirtschaftsministerium fördert den Aufbau des DGZ in Ansbach mit über 2,8 Millionen Euro. Neben dem Posthof in Ansbach hat das ANsWERK einen zweiten Standort in Merkenheim am Innovationscampus der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf. Durch Kooperationen mit dem Kompetenzzentrum für Digitale Agrarwirtschaft (KoDA) und dem Biomasse-Institut (BIT) stehen Gründerinnen und Gründern dort zusätzlich zu CoWorking Spaces und Büroräumen Labore und eine Werkstatt für den Bau von Prototypen zur Verfügung. Betreiber des Digitalen Gründerzentrums sind die Stadt und der Landkreis Ansbach. Als Partnerinstitutionen unterstützen die Hochschulen Ansbach und Weihenstephan-Triesdorf, die IHK Nürnberg für Mittelfranken sowie die Handwerkskammer für Mittelfranken. Ziel der Akteure ist es, Ansbach und West-Mittelfranken zu einer Vorbildregion für Innovation und Digitali-

sierung im ländlichen Raum zu entwickeln. Neben dem Zollhof Tech Incubator in Nürnberg ist das ANsWERK das zweite DGZ in Mittelfranken.

Kernelement bayerischer Wirtschaftspolitik

In seiner Rede hob Staatssekretär Weigert die Bedeutung von Unternehmensgründungen für den Freistaat hervor: „Bayern braucht junge Entrepreneurien, die mit Kreativität, Enthusiasmus und Biss neue Geschäftsideen entwickeln und mutig verwirklichen. Sie sind die Innovatoren und Treiber von Zukunftstechnologien. Gründerzentrum ist die Keimzelle für den erfolgreichen Mittelstand und zukunftsfeste Arbeitsplätze von morgen. Aus diesem Ansatz heraus wird klar: Die Unterstützung von Jungunternehmerinnen und -unternehmern war, ist und bleibt ein Kernelement der bayerischen Wirtschaftspolitik. Deshalb investieren wir umfassend und flächendeckend über ganz Bayern in unsere 19 Digitalen Gründerzentren. Wir beschleunigen dadurch die Gründungsdynamik und schaffen stabile regionale Start-up-Ökosysteme – gleichermaßen in den Metropolen wie im ländlichen Raum.“

Die Digitalen Gründerzentren unterstützen digitale Start-ups und sind zentrale Anlaufpunkte für Existenzgründerinnen und -gründer in allen Regionen Bayerns. Der Fokus der bayernweit 19 DGZ mit 27 Standorten liegt auf der Vernetzung von Start-ups mit Wirtschaft, Wissenschaft und Investoren. Das Bayerische Wirtschaftsministerium fördert den Aufbau der Einrichtungen mit insgesamt 120 Millionen Euro. □

Ehrenamtliche auf digitalem Weg finden

Per App Menschen gewinnen, die sich engagieren

Nach dem Beschluss des Kreisausschusses setzt der Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen ab sofort auf den digitalen Ehrenamtsvermittler „FlexHero“. Die Plattform ermöglicht es, Interessierte für ehrenamtliche Projekte mittels einer digitalen App schnell und unkompliziert zusammenzubringen. Das Ziel des Social-Startups ist es, das deutschlandweit analog bestehende Ehrenamt digital zu vernetzen und den sozialen Gedanken in Deutschland zu stärken. Alle Menschen, die sich sozial engagieren möchten, können ein passendes Projekt über die App finden. Ende November fand dazu eine Online-Veranstaltung statt.

Vereine, soziale Organisationen und ehrenamtlich tätige Einrichtung aus dem ganzen Landkreis haben die Möglichkeit, ihre Projekte und sozialen Aktionen über die App zu kommunizieren und kostenfrei einzustellen. Durch das digitale Akquirierungs- und Verwaltungstool können schnell und einfach freiwillige Unterstützer für ehrenamtliche Projekte aller Art gefunden werden.

Ehrenamtlich Interessierten werden die Projekte direkt in der Anwendung auf ihrem Smartphone angezeigt. Die Projekte können nach Ort und Einsatzbereichen gefiltert werden. Neben einer ausführlichen Beschreibung der Tätigkeit finden sich die gewünschten Einsatzzeiten, wo und wann eine Aktion stattfindet, wer noch daran teilnimmt, die Kontaktdaten des Ansprechpartners, welche Softskills man erlernen kann und was sich der Organisator, sprich der Verein oder die soziale Organisation von den Ehrenamtlichen wünscht. Im weiteren Prozess können ehrenamtlich Interessierte durch eine integrierte Chatfunktion in den direkten Dialog mit den Projekterstellern aus dem Landkreis gehen. Auch für den Fall, dass sich viele, meist jüngere Menschen, oft lieber kurzfristig und engagieren, bietet die App eine Lösung an.

Für alle ehrenamtlich tätigen Organisationen, Vereine und Institutionen im Landkreis ist die Nutzung der Plattform „FlexHero“ kostenfrei möglich. □



Die Eröffnung des Digitalen Gründerzentrums ANsWERK in Ansbach. Bild: StMWi / M. Lenschow

Strategische Partnerschaft zwischen Geodesia und Deutsche Glasfaser

Die Deutsche Glasfaser kann dank der Partnerschaft mit Geodesia (Altice Europe) den FTTH-Ausbau im ländlichen und suburbanen Raum weiter beschleunigen: von der Planung bis zum Anschluss und der Aktivierung der Kunden. Die Partnerschaft trägt zum Wachstumsziel von Deutsche Glasfaser bei, 4 Millionen Haushalte bis 2025 mit Glasfaser zu versorgen. Geodesia stellt Baukapazitäten mit hoher Ausbauqualität und Zuverlässigkeit bereit, unterstützt durch eine ganze Reihe von maßgeschneiderten End-to-End-Lösungen und Produkten. Die Partnerschaft markiert den erfolgreichen Eintritt von Altice/Geodesia in den deutschen Markt.

Deutsche Glasfaser, der führende Glasfaserversorger für den ländlichen Raum in Deutschland, hat eine strategische Partnerschaft über die Planung, Verlegung und Aktivierung von mindestens einer Million Glasfaseranschlüssen bis zum Jahr 2025 mit Geodesia geschlossen, einem globalen Bauunternehmen mit über 20 Jahren Erfahrung im Glasfaserausbau. Damit sichert sich Deutsche Glasfaser signifikante Baukapazitäten, um das angestrebte Wachstum des Unternehmens voranzutreiben und den ländlichen und suburbanen Raum Deutschlands schnell und effizient mit Glasfaser zu versorgen. Insgesamt plant Deutsche Glasfaser 6 Millionen Glasfaseranschlüsse, davon 4 Millionen bis Ende 2025.

Modernisierung der Breitbandinfrastruktur

Gemeinsam werden Deutsche Glasfaser und Geodesia an der Modernisierung der deutschen Breitbandinfrastruktur arbeiten, die für die Gesellschaft von entscheidender Bedeutung ist: für Bürger, Privathaushalte, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen, wie sich gerade in den schwierigen Zeiten der Pandemie gezeigt hat.

Thorsten Dirks, CEO von Deutsche Glasfaser, sagt: „Als Digital-Versorger der Regionen treiben wir die flächendeckende Versorgung des ländlichen und suburbanen Raums mit Glasfaser voran. Dank der Partnerschaft mit Geodesia können wir unsere hohe Geschwindigkeit beim Glasfaserausbau weiter beschleunigen. Geodesia ist ein hochspezialisierter Baupartner mit langjähriger Erfahrung im Ausbau von Glasfaser und höchsten Qualitätsansprüchen. Wir freuen uns, unsere Kunden künftig gemeinsam zuverlässig und schnell mit zukunftssicherer Infrastruktur zu versorgen.“

Geodesia wird im Rahmen der Partnerschaft die Verlegung der Glasfaser und den Anschluss zum Kunden gewährleisten. Die Kooperation mit Geodesia wird zukünftig die größte der 28 Partnerschaften zwischen Deutsche Glasfaser und ihren Baupartnern darstellen.

„Durch die Partnerschaft mit Geodesia können wir unsere Planungssicherheit im Rahmen unserer ambitionierten Wachstumspläne weiter steigern. Damit festigen wir unsere führen-

de Position im zunehmenden Wettbewerb um Kapazitäten“, sagt Jens Müller, CFO von Deutsche Glasfaser.

Eintritt in den deutschen Markt

Geodesia vollzieht mit der geschlossenen Vereinbarung den Eintritt in den deutschen Markt. Seit über 20 Jahren treibt das Unternehmen den Ausbau moderner Telekommunikationsinfrastruktur unter anderem in Frankreich und Portugal voran. Mit rund 4.000 Mitarbeitern hat Geodesia bislang weltweit über 15 Millionen Haushalte an Glasfaser angebunden.

Hochgeschwindigkeits-Glasfasernetze

David Drahi (Altice) sagt: „Die strategische Partnerschaft zwischen Geodesia und Deutsche Glasfaser ist der Beginn eines spannenden Projekts für die Altice Gruppe in Deutschland. Diese Partnerschaft ist Beleg einer langfristigen Beziehung mit dem Ziel, hochmoderne Hochgeschwindigkeits-Glasfasernetze aufzubauen und zu betreiben. Damit wollen wir gemeinsam mit Deutsche Glasfaser den flächendeckenden Glasfaserausbau in Deutschland erreichen. Wir sind stolz darauf, unsere Erfahrung und die Produktpalette von Altice Labs in einem neuen Markt einzubringen und sie mit einem langjährigen Industriepartner und deutschen Freund zu teilen.“

Langjährige Erfahrung

Anthony Maatouk, CEO von Geodesia, sagt: „Geodesia wird Deutsche Glasfaser mit langjähriger Erfahrung bei der Bereitstellung von FTTH-Technologien unterstützen, und seinen Kunden schlüsselfertige End-to-End-Lösungen sowie eine innovative Produktpalette zur Verfügung stellen. Das eigene Fachwissen und ihre Kompetenz beim Aufbau von End-to-End-Ketten bei FTTH-Netzen hat Geodesia bereits mit bisherigen Erfolgen insbesondere in Frankreich und Portugal, Europas führenden FTTH-Ländern, eindrucksvoll unter Beweis gestellt.“

Links

www.deutsche-glasfaser.de
<https://www.geodesia.net/> □

POSITIV-Studie des Fraunhofer IAO:

Potenziale von Social-Media-Nutzung

Kommunalverwaltungen und Bürger als Freunde

Welche Chancen liegen für öffentliche Verwaltungen in der Nutzung von Sozialen Medien, um Kommunikation, Information und Kooperation mit der Bürgerschaft zu verbessern? Um diese und weitere Fragen zu beantworten, hat das Fraunhofer IAO gemeinsam mit dem IAT der Universität Stuttgart im Auftrag des vhw die Einführung und Umsetzung von Social Media in öffentlichen Verwaltungen untersucht.

Neben der privaten Nutzung von Facebook, Twitter, Instagram und Co. im Alltag, sind auch vermehrt Kommunalverwaltungen auf diesen Kanälen präsent. Sie ermöglichen eine direkte und unmittelbare Kommunikation, eine verbesserte Möglichkeit, Bürger*innen in Entscheidungs- bzw. Planungsprozesse einzubeziehen und Verwaltungen nahbarer zu machen.

Herausforderungen und Risiken

Diesen Vorteilen und Anwendungsmöglichkeiten stehen jedoch auch Herausforderungen und Risiken gegenüber wie z. B. der Umgang mit negativer Kritik oder Fake News, datenschutzrechtliche Bedenken, in der Regel zeitintensive interne Abstimmungsprozesse sowie ein höherer Aufwand an finanziellen und personellen Ressourcen. Um die Potenziale und Herausforderungen einer Social-Media-Nutzung durch kommunale Akteure zu analysieren, hat das Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation IAO gemeinsam mit dem kooperierenden Institut für Arbeitswissenschaft und Technologiemanagement IAT der Universität Stuttgart im Auftrag des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. eine Studie durchgeführt. Dafür hat das Forschungsteam im Projekt »POSITIV« seit 2019 Daten aus Expertengesprächen, Nutzenbefragungen, Bestandsaufnahmen von zwanzig Städten und Gemeinden sowie Social-Media-Analysen mit ausgewählten Stadtprofilen ausgewertet. Die Ergebnisse der abschließenden Studie »Bürger*innen als Freunde – Potenziale von Sozialen Medien in der öffentlichen Verwaltung« richten sich gezielt an öffentliche Verwaltungen, die diese Plattformen bereits als Kommunikationsinstrument verwenden oder einführen wollen. Die Publikation dient als Leitfaden bei der Entscheidungsfindung zur Auswahl der geeigneten Medienkanäle und dem Ziel, alle notwendigen Aspekte abzuwägen und digitale Souveränität in Kommunen zu fördern. Zudem beinhaltet die Studie Handlungsempfehlungen für die Politik und öffentliche Verwaltungspraxis, um die aktive Gestaltung einer digitalen Bürgerkommunikation und den bedarfsorientierten Einsatz von Sozialen Medien zu unterstützen.

Dynamische Organisationsstrukturen und Kompetenzentwicklung

Ziel der Untersuchung war es, zunächst die praktische Nutzung von Sozialen Medien in den Kommunen zu analysieren und deren Lösungen für Hindernisse zu identifizieren, die bereits gefunden wurden. Im zweiten Schritt hat das Forschungsteam die Wirkung einer kontinuierlichen Nutzung von Sozialen Medien auf das Verhältnis zwischen den Bürger*innen und den öffentlichen Verwaltungen untersucht. Einerseits um herauszufinden, ob die Transparenz, das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit von Informationen und des Verwaltungshandelns in der Wahrnehmung der Nutzenden zunehmen, und andererseits, ob sich auch die Informiertheit und Beteiligung bei Stadtentwicklungsprozessen verändern.

Aus den Ergebnissen geht deutlich hervor, dass die Möglichkeiten von Sozialen Medien und damit der Nutzen für Verwaltung und Bürgerschaft in großen Teilen noch nicht ausgeschöpft sind. So stellte das Forschungsteam u.a. fest, dass vorhandene direkte Partizipationsmöglichkeiten für Bürger und Bürgerinnen auf den untersuchten Social-Media-Kanälen nicht bzw. kaum genutzt werden. „Kommunen können durch die Social-Media-Nutzung für mehr Vertrauen und Transparenz in ihr eigenes Verwaltungshandeln sorgen. Aber auch die neuen Optionen, die damit einhergehen, müssen miteinbezogen werden, indem sie beispielsweise Diskussionen unter ihren Beiträgen moderieren und auf Feedback eingehen. Das passiert bislang eher selten“, sagt Rebecca Nell, Studienleiterin und Wissenschaftlerin am Fraunhofer IAO. In den Handlungsempfehlungen werden dazu verschiedene Lösungsansätze aufgeführt, um einerseits mögliche negative Folgen der Social-Media-Nutzung einzugrenzen und andererseits die unterschiedlichen Logiken von öffentlicher Verwaltung und Social Media zu überwinden, wie es beispielweise beim Vergleich der tatsächlichen Arbeitszeiten der Verwaltungsmitarbeitenden mit den Erwartungen an eine ständige Erreichbarkeit über Social Media der Fall ist.

Die Studie zeigt, dass das Image von öffentlichen Verwaltungen in der Wahrnehmung der Bevölkerung durch eine gute Außerdarstellung auf Social Media grundsätzlich positiv beeinflusst werden kann und den Austausch auf Augenhöhe verstärkt. Jedoch erfordert die Nutzung von Sozialen Medien durch Besonderheiten wie schnelle Informationsverbreitung, Reaktionszeiten und hohe Interaktion eine entsprechende Dynamik und Reaktionsschnelligkeit innerhalb der Organisationsstrukturen. Dem stehen jedoch zumeist fehlende Ressourcen, hierarchische Strukturen und zeitintensive interne Abstimmungs- und Entscheidungsprozesse entgegen. Das Forschungsteam rät deshalb zur Schaffung von klaren Verantwortlichkeiten, Rollen und Aufgaben. Diese sollten gemeinsam definiert werden und Freiräume beinhalten, die eine dynamische und authentische Reaktion auf Anfragen zulassen. Außerdem empfiehlt das Forschungsteam, Unsicherheiten im Umgang mit Sozialen Medien mit Fortbildungen und Schulungen entgegenzuwirken, da diese häufig auf Wissenslücken basieren. Wichtig sei dabei, den spezifischen Fortbildungsbedarf im Vorfeld zu eruieren und die Schulungsinhalte darauf abzustimmen. „Häufig gibt es interne Mitarbeitende, die schon über Erfahrung und Kenntnisse im Umgang mit Sozialen Medien verfügen“, erklärt Fatma Cetin, Mitautorin vom kooperierenden IAT der Universität Stuttgart. Sie können als Wissensvermittler oder Multiplikatoren fungieren und ihre Kollegen kurzzeitig unterstützen. □

Bayerisches Heimatministerium fördert „InnoHikes“

Jungen Menschen spielerisch Innovationen und Karriereemöglichkeiten vermitteln

Digital-analoge Schnitzeljagd: Mit Technologien wie Augmented Reality, Voice Bots und Hologrammen werden sich Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen aus der Metropolregion künftig technikaffinen Fachkräften, AbiturientInnen und Studierenden präsentieren. Beim Werben um Talente soll die regionale Innovationsstärke mit anschaulichen Beispielen spielerisch überzeugen. Ziel ist es, Fachkräfte an die Region zu binden.

Die Entwicklung eines App-gestützten Spiels mit dem Arbeitstitel „InnoHikes“ wird vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat mit 299.700 Euro gefördert und von

berg vereint Stadt und Land in weiten Teilen Frankens und der Oberpfalz. Sie symbolisiert so den Zusammenhalt einer Region selbst über Landkreiszugrenzen hinweg. Dabei blickt sie zugleich



Förderbescheid für das Projekt „InnoHikes“ an Repräsentanten aus Wirtschaft und Politik der Metropolregion Nürnberg v.l.: Finanz- und Heimatminister Albert Füracker, Dr. Christa Standecker (Geschäftsführerin Metropolregion Nürnberg), Johann Kalb (Ratsvorsitzender der Metropolregion Nürnberg und Landrat des Landkreises Bamberg), Prof. Dr. Klaus L. Wübbenhorst (Wirtschaftsvorsitzender der Metropolregion Nürnberg), Michael Sigmund (Mitglied im Wirtschaftsvorstand der Metropolregion und Leiter des Siemens-Regionalreferats Erlangen/Nürnberg).

Bild: Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

der Geschäftsstelle der Metropolregion Nürnberg umgesetzt. Hierbei ist eine Zusammenarbeit mit dem Projektpartner Josephs geplant. Im Oktober gab Staatsminister Albert Füracker den offiziellen Startschuss für das Projekt, indem er den Förderbescheid an Vertretende aus Wirtschaft und Politik aus der Metropolregion übergab.

Der Minister betonte: „Die Europäische Metropolregion Nürn-

auf Lebensqualität, Genuss und Kultur wie auf das innovative Potential in Wissenschaft und Wirtschaft. Das einzigartige Projekt „InnoHikes“ soll die technologischen Highlights und innovativen Unternehmen in der Region besonders für junge Leute erlebbar machen. Mit hybriden Erlebnistouren verbindet die geplante Plattform das Thema Heimat mit Digitalisierung und trifft damit den Puls der Zeit.“

Führungswechsel bei der LEONET

Seit 1. Dezember ist Jochen Mogalle als CEO (Chief Executive Officer) Mitglied des vierköpfigen Vorstands des Telekommunikationsdiensteanbieters aus Teisnach in Niederbayern.

Mogalle löst Jürgen Hansjosten ab, der sich fortan ganz um die Geschäftsführung der Dachgesellschaft, der infrarot Glasfaser Germany GmbH, kümmern wird.

Mogalle kommt vom Marktbegleiter Deutsche Glasfaser, bei dem er zwei Jahre als Geschäftsführer die Verantwortung für den Geschäftsbereich B2B und den Großhandel (Wholesale) innehatte. In dieser Zeit hat er die Entwicklung der Firma zum führenden Spezialisten in Deutschland für den Glasfaserausbau im ländlichen Raum wesentlich mitgeprägt.

Auch auf seinen früheren Stationen war der diplomierte Wirtschaftsingenieur in leitenden Positionen der Telekommunikationsbranche tätig: vier Jahre Vorstand für Marketing, Sales und Produkte bei 1&1 Drillisch, acht Jahre bei der Telefónica, davor war er beim US-Konzern MCI / Verizon beschäftigt.

Ihn zeichnet aus, dass er im Sinne eines schöpferischen Unternehmers stets die Zukunft im Blick hat und danach handelt, also Entwicklungen vorantreibt und sein Unternehmen vorne dabei haben will. □

Während der dreijährigen Projektlaufzeit bis August 2024 soll die Informationsplattform mit neuen Technologien und mit unterstützenden Gamification-Elementen entwickelt und beworben werden. Unterschiedliche themenspezifische Touren z.B. zu Künstlicher Intelligenz oder Industrie 4.0 – sogenannte Hikes – zeigen technologische Innovationen und potenzielle Karrierechancen auf und motivieren die Teilnehmenden spielerisch, die Potentiale der Metropolregion kennenzulernen. Die Innovationen sollen insbesondere auch in ländlichen Räumen verortet sein und Innovations-

kraft, Kompetenzen und Karrierechancen der rund 150 Weltmarktführer, 20 Hochschulen und rund 50 Forschungseinrichtungen in der Metropolregion sichtbar machen.

Verschiedene Levels

In verschiedenen Levels erhalten die Teilnehmenden Fragen zu Region und Innovationen oder müssen Aufgaben erfüllen, um das nächste Level zu erreichen. Die Aufgaben können sowohl digital als auch physisch vor Ort zu lösen sein. Geplant ist eine Auszeichnung der „InnovationsmeisterInnen“ und Begegnungen mit teilnehmenden Unternehmen und Hochschulen. Die InnoHikes funktionieren für Einzelteilnehmende oder (Klein-)Gruppen. Die erste Tour wird voraussichtlich im Herbst 2022 online gehen. □

Roadmap zur „QuantenTech Vision Bayern“ vorgelegt

Die Staatsminister Aiwanger, Gerlach und Sibler setzen auf Quantensprung für Bayern

Die Bayerischen Staatsministerien für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, für Digitales sowie für Wissenschaft und Kunst haben die Roadmap für die „QuantenTech Vision Bayern“ veröffentlicht. Ziel der Strategie ist, die hervorragende Ausgangssituation bei der bayerischen Quantenforschung in industrielle Wertschöpfung umzusetzen.

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger betonte: „Quantentechnologien eröffnen der bayerischen Wirtschaft quer durch alle Branchen ein enormes Anwendungspotenzial. Bereits heute beschäftigen sich zahlreiche Start-ups und Unternehmen aus dem Freistaat erfolgreich mit der Erforschung und Entwicklung von Quantentechnologien und zählen weltweit zur Speerspitze. Die Roadmap für die „QuantenTech Vision Bayern“ trägt dazu bei, das wertvolle Know-how aus der bayerischen Forschung in wirtschaftliche Wertschöpfung zu transferieren. Wir haben zum Ziel, dass zukünftige Technologien und Anwendungen aus Bayern kommen. Als Wirtschaftsministerium unterstützen wir deshalb die Bayerische Quanteninitiative Munich Quantum Valley mit 150 Millionen Euro aus der Hightech Agenda Plus. Insgesamt sind es sogar 300 Millionen Euro, gemeinsam mit dem Wissenschaftsministerium.“

Bayerischer Führungsanspruch

Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach bekräftigte: „Die Roadmap unterstreicht unseren bayerischen Führungsanspruch in den Quantentechnologien. Denn nur bei uns bündeln sich die Kompetenzen rund um digitale Zukunftstechnologien von

der Wissenschaft über die Lehre bis in die Anwendung in der Wirtschaft. Das haben wir uns auch bei der Erstellung unserer QuantenTech Vision zu Nutze gemacht. Hochkarätig besetzte Arbeitsgruppen haben Strategien entwickelt, um in Bayern eine florierende Quantentech-Industrie zu etablieren: Beispielsweise ist die Sicherung unserer schutzwürdigen Daten vor der Entschlüsselung durch Quantencomputer ein wesentliches Zukunftsthema. Deshalb müssen wir schon heute die Entwicklung von technologischen Komponenten, Software und Managementsysteme für eine quantenresistente Datensicherheit mitdenken. Ich danke allen Beteiligten für ihren wertvollen Einsatz. Der Plan steht, jetzt können wir voll durchstarten, um den Transfer des Quantenwissens aus der Grundlagenforschung in die Unternehmen zu bringen. Damit haben wir Bayern auf das nächste Level.“

Bayerns Wissenschaftsminister Bernd Sibler ergänzt: „Die Quantentechnologien gehören zu den zentralen Erfolgsfaktoren für unsere Wissenschaft und Wirtschaft von morgen. Bei uns im Freistaat findet bereits heute exzellente Forschung und Ausbildung im Bereich der Quantenwissenschaften und -technologien statt. Im Rahmen der Hightech Agenda Plus investie-

Mühdorf startet BayernFunk als digitaler Vorreiter

Neue App sichert Kommunikation zwischen Bürgerinnen, Bürgern und Kommunen

Eine Fliegerbombe aus dem Zweiten Weltkrieg wurde im Norden von Mühdorf am 4. November entschärft. Die Evakuierung betraf 3.800 Einwohner und 280 Einsatzkräfte. Wie stellen Landkreise und Kommunen in einer solchen Situation eine zielgerichtete Kommunikation mit ihren Bürgerinnen und Bürgern sicher? Eine neue App macht das jetzt viel einfacher.

Der Landkreis Mühdorf am Inn zeigt, wie es geht: Als erster Landkreis in Bayern führt er den BayernFunk ein, die bayerische Social-Media-Plattform. Mit dem BayernFunk unterstützt die Versicherungskammer Bayern zusammen mit dem Fraunhofer-Institut IESE und dem Bayerischen Roten Kreuz das Miteinander in bayerischen Landkreisen und Gemeinden – nicht nur in Zeiten der Pandemie ein wertvolles Gut.

Das bedeutet ganz konkret:

- Die App BayernFunk bringt Bürger, Landratsamt, Rathäuser und lokale Institutionen zusammen. Die zentrale Plattform ermöglicht einen Austausch und die Koordination von Informationen aus der Region.
- Vereine können alle Bürger über ihre Vereinsarbeit informieren und neue Mitglieder gewinnen.
- Damit erhalten die Nutzer alle wichtigen Informationen aus dem Landkreis, gebündelt in einer DSGVO-konformen App.

Landrat Maximilian Heimerl: „Mit der BayernFunk-App haben die Landkreisebürger*innen alle Neuigkeiten und Veranstaltungen aus ihrer Kommune immer mit dabei. Darüber hinaus bietet die Kommunikationsplattform ideale Möglichkeiten, sich miteinander zu vernetzen. Das fördert das Miteinander und stärkt die örtliche Gemeinschaft.“

Barbara Schick, stellvertretende Vorstandsvorsitzende des Konzerns Versicherungskammer: „Mit der neuen App unterstützen wir die Gemeinden, Vereine und ihre Bürger dabei, sich direkt über lokal relevante Informationen auszutauschen.“ Die Versicherungskammer kümmert sich seit jeher besonders um Prävention, Schutz und Sicherheit der Menschen – z.B. über das Warn- und Helfersystem KATWARN oder KATRETTET – nun auch im Bereich digitale Vernetzung.

Bayernweit nutzen bereits 150 Gemeinden den BayernFunk als digitales Kommunikationsmedium. Alle Bürgerinnen und Bürger können sich den BayernFunk über die gängigen App-Stores (Google, Apple) kostenfrei herunterladen. Die App ist intuitiv gestaltet, so dass Menschen jeden Alters sie nutzen können. Interessierte Kommunen melden sich unter bayernfunk@vkb.de kostenfrei an.

Weitere Informationen:

Digitale Dörfer: <https://www.bayern.digitale-doerfer.de>
Video Bayernfunk: <https://www.youtube.com/watch?v=4AjyY-RoWGpA>

ren wir mit insgesamt 300 Millionen Euro kraftvoll in diesen Zukunftsbereich, davon allein rund 150 Millionen Euro im Bereich des Wissenschaftsministeriums. Wir wollen die besten Köpfe und hochkarätige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den verschiedenen Bereichen der Quantentechnologien für den Wissenschaftsstandort Bayern begeistern und dafür sorgen, dass unsere Studentinnen und Studenten bei uns auf diesem Zukunftsfeld die beste Ausbildung erhalten.“

Über 80 namhafte Vertreterinnen und Vertreter aus Spitzenforschung, Unternehmen und Start-ups haben sich an der Roadmap beteiligt, die Bayern-Innovativ zusammengefasst hat. Die Schwerpunkte lagen auf den Bereichen Quantencomputing/-simulation, -software, -kommunikation und -sensorik. □

Öffentliches WLAN der Stadtwerke Kelheim

In der Innenstadt von Kelheim kann kostenlos im Internet gesurft werden. Die Stadtwerke Kelheim haben ihren ersten Hotspot in Betrieb genommen. Über das leistungsstarke Glasfasernetz des Energieversorgers lassen sich E-Mails checken oder nach dem nächsten Café suchen. Die Reichweite liegt bei rund 70 Metern, 360° rund um den dafür aufgestellten Funkmast. Die Stadtwerke stellen das WLAN kostenlos zur Verfügung. In Kelheim wurde 2018 mit dem Glasfaserausbau begonnen. Der Datenaustausch und die damit benötigten Bandbreiten in Unternehmen werden immer größer. Ein leistungsfähiges Glasfasernetz ist entscheidend um den Wirtschaftsstandort weiter zu stärken. □

Es geht um die digitale Zukunft Ihrer Gemeinde – samt den Einwohner*innen und ortsansässigen Betrieben.

Denn der Ausbau der Glasfaserinfrastruktur ist für Kommunen eine sinnvolle und wirkungsvolle Lösung, um Chancengleichheit mit den Ballungsräumen herzustellen.

Aus der Region. Für die Region. Als Unternehmen aus Teisnach im Bayerischen Wald bietet LEONET das komplette Programm an: Von der Finanzierung und Teilnehmergeinnung, über die Bauplanung und Durchführung mit regionalen Tiefbauunternehmen bis zur bewährten Leitungsverlegung (FTTH / FTTB) und dem kundenorientierten Netzbetrieb.

**FÜR IHRE VERWALTUNG,
FÜR IHRE BÜRGER*INNEN,
FÜR IHRE UNTERNEHMEN!**

Das Experten-Team der LEONET Kommunalbetreuung freut sich auf einen ersten Austausch mit Ihnen.



**KOMMUNALER
GLASFASERAUSBAU
MIT LEONET**



Ihr persönlicher LEONET-Berater
Herr Adrian Richter
Teamleitung Kommunalbetreuung

Tel.: +49 (0)151 18815692
E-Mail: adrian.richter@leonet.de

Fördermittelmanagement zur Unterstützung der Kommunalentwicklung

Von Raphael Bögge, freiberuflicher Kommunalberater, zertifizierter Projektmanager (IHK), ehemaliger Erster Bürgermeister der Stadt Senden

Gerade wenn in einer Kommune größere Investitionen anstehen, wird immer wieder der Ruf nach der Suche von geeigneten Fördermitteln laut. Allzu häufig allerdings verläuft diese Suche im Sande oder sie beschränkt sich auf ein einzelnes Projekt. Dabei sind in vielen Kommunalverwaltungen die klassischen Förderprogramme bekannt, sei es für den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen oder die Digitalisierung im Bildungsbereich, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Woran liegt es, dass so viele Förderprogramme nur unvollständig oder gar nicht abgerufen werden? Aus meiner Sicht hängt es mit folgenden Herausforderungen zusammen: Die Suche nach dem geeigneten Förderprogramm, die Vernetzung/Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung und dem Prozessablauf von der Antragsstellung über den Prozessablauf bis hin zum Abschluss des Förderprojekts.

Stabstelle als dezentrale Anlaufstelle

An dieser Stelle kann ein systematisch aufgebautes Fördermittelmanagement in der Kommunalverwaltung weiterhelfen. Idealerweise ist dieses direkt als Stabstelle bei der Verwaltungsspitze angesiedelt. Da-

durch lässt sich die ämter- bzw. sachgebietsübergreifende Arbeit am besten organisieren.



Raphael Bögge. Bild: Raphael Bögge

Diese Stabstelle kann als dezentrale Anlaufstelle die jeweiligen Fachbereiche bei der Suche

nach den geeigneten Förderprogrammen unterstützen, ebenso bei der Antragsstellung und auch bei der Umsetzung bzw. dem Abschluss des Förderprojektes. Dabei kommt dem Fördermittelmanagement die Aufgabe der administrativen Unterstützung der Förderung zu. Der fachliche Inhalt muss und wird selbstverständlich vom zuständigen Fachbereich geliefert. Gemeinsam erfolgt dann die Umsetzung. Idealerweise sollte auch die Kämmererei der Verwaltung eingebunden sein.

Beim Blick in zahlreiche Kommunen zeigt sich, dass ein Fördermittelmanagement auf breites Interesse stößt. Umgesetzt wurde es aber bisher aber selten. Hierbei handelt es sich dann zumeist um größere Kommunen.

Aufgrund der komplexen Förderlandschaft von der EU über Bund und Bundesländer bis hin zu privaten Stiftungen empfiehlt sich das Fördermittelmanagement zunehmend. Neben der schon angesprochenen personellen Umsetzung und Ansiedlung des Fördermittelmanagements ist hierbei auch die

IT-Umsetzung wichtig. Hier ist der Markt ebenfalls unübersichtlich. Es gibt einzelne private Anbieter, die ihre Produkte am Markt platziert haben, daneben haben einige Kommunen eigene Datenbanken entwickelt, die sie in ihrer täglichen Arbeit unterstützen.

Finanzielle Entlastung

Über das Fördermittelmanagement ergibt sich für die meisten Kommunen eine deutliche finanzielle Entlastung. Daher lohnt es sich, diesen Bereich innerhalb der Verwaltung aufzubauen. Klar sollte allerdings sein, dass hierdurch nicht alle kommunalen Finanzprobleme gelöst werden können. Sicher ist auch, dass das Fördermittelmanagement in einer Kommune einen langen Atem braucht. Es gilt, bereits beim Aufbau die Aufgaben und die Rolle einer Fördermittelmanagerin/eines Fördermittelmanagers bzw. des Fördermittelmanagements zu klären. Prozessabläufe für Förderanträge und Förderabwicklung sind sauber zu definieren. Auch muss die Zusammenarbeit übergreifend in der Verwaltung gestärkt werden.

Lohnender Weg

Positive Beispiele zeigen, dass sich dieser Weg lohnt. Er ist nicht immer einfach, manchmal bedarf es auch der Unterstützung von außen. Mit einem guten Fördermittelmanagement kann aber die Entwicklung der eigenen Kommune gestärkt und gleichzeitig der eigene Haushalt geschont werden.

www.rafael-boegge.de □

die Rendite zu den drei Top-Faktoren beim Vermögensaufbau, bei den Ältesten (60 plus) 25 Prozent. Es ist vor allem die Altersgruppe der 30- bis 39-Jährigen, die darauf überdurchschnittlich häufig Wert legt (39 Prozent der Nennungen). 34 Prozent sind es bei den 40- bis 49 und 32 Prozent bei den 50- bis 59-Jährigen.

Zwar geben 60 Prozent der Menschen sich unbesorgt, aber 40 Prozent und damit zwei von fünf machen sich Sorgen beim Thema Ersparnisbildung. Der Anteil dieser Gruppe ist gegenüber den Vorjahren rückläufig. 2019 belief er sich noch auf 46 Prozent, 2020 lag er bei 41 Prozent. Für 24 Prozent aller Befragten sind Zinsen und Geldpolitik die Hauptsorge bei der Ersparnisbildung. Insgesamt neun Prozent aller Befragten sorgt sich in erster Linie um eine Preissteigerung/Inflation.

Wie Helmut Schleweis, Präsident des Deutschen Sparkassen und Giroverbände betont, werde Deutschland bisher ungekannte Investitionsvolumina für die ökologische Transformation benötigen. Die politischen Konzepte liefern ganz wesentlich auf öffentliche Finanzierung hinaus. Dazu sei die öffentliche Hand am möglichst günstigen Finanzierungsbedingungen interessiert, möglichst mit Null- oder gar Negativzinsen. Dies aber bedeute angesichts erwartbarer hoher Inflationsraten eine schlechtere Entlohnung der Sparer.

„Wir halten es für besser, private Anleger, auch Kleinsparer, zu einer aktiven (Mit)Finanzierung der ökologischen Transformation zu motivieren, als sie ungefragt zu diesem Zweck über Niedrigstzinsen und hohe Inflation zu entreichern“, unterstrich Schleweis. Nur wenn legitime Interessen einer breiten wirtschaftlichen und damit sozialen Teilhabe gewährleistet werden, könne die ökologische Transformation gelingen. „Das ist aus meiner Sicht die zentrale Zukunftsaufgabe. Und das ist das, was wir uns als Sparkassen als Mission vorgenommen haben.“ DK

Bekenntnis zum Drei-Säulen-Modell

Reaktionen von SVB und GVB zum Ampel-Koalitionsvertrag

Als gutes Signal für den Finanzstandort werten Prof. Dr. Ulrich Reuter, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, und der Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, Dr. Jürgen Gros, den Koalitionsvertrag der neuen „Ampel“-Regierung. Beide setzen darauf, dass den schriftlich formulierten Zielen nun Taten folgen.

Nach Auffassung von Prof. Dr. Ulrich Reuter, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, unterstreicht der Koalitionsvertrag der neuen „Ampel“-Regierung die Bedeutung des Drei-Säulen-Systems und damit der Sparkassen im Wirtschaftskreislauf: „Dass der Vertrag unsere heimische Bankenlandschaft mit ihren lokal verankerten Instituten und Geschäftsbanken erhalten möchte, begrüßen wir sehr, aber vor allem auch das Ziel, wirtschaftliche Zusatzbelastungen für die Sparkassen künftig vermeiden zu wollen. Wir sehen darin einen längst überfälligen Schritt hin zu einem grundsätzlichen Richtungswechsel. Wir setzen jetzt darauf, dass die künftige Regierung den schriftlich formulierten Zielen Taten folgen lässt.“

Regulatorische Maßnahmen und Markteingriffe

Reuter betont, dass die Sparkassen in Bayern eine deutliche Rückenstärkung bräuchten, wenn sie auch in Zukunft Wirtschaft und Bürgerinnen in wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Krisenlagen zur Verfügung stehen sollten. In jüngster Zeit hätte eine Flut regulatorischer Maßnahmen und Markteingriffe stark am Geschäftsmodell der Sparkassen gerüttelt. Dabei benötigten Regionalbanken Rückendeckung, um dezentral für Handwerk, Gewerbe und Privatsparer da sein zu können. Letztere bräuchten gerade in Nullzinszeiten zielführende Beratung, um fürs Alter vorsorgen zu können: „Es stimmt mich positiv, dass die Koalition offenbar vom Vorhaben eines Provisionsverbots abgerückt ist. Erwiesenermaßen wäre die Honorarberatung für den durchschnittlichen Kleinanleger absolut unwirtschaftlich. Sie würde langfristig zu einer Unterversorgung mit Beratungsleistungen sowie mit geeigneten Altersvorsorgeprodukten führen.“

Mit Blick auf die geplante Vermögenssicherung der Einlagen-sicherung befürwortet Reuter den Antritt der neuen Regierung, erst einmal Risiken in den europäischen Bankbilanzen abzubauen zu wollen. Allerdings ist da-

mit aus seiner Sicht der grundsätzliche Geburtsfehler von EDIS nicht behoben. Wer ins Risiko gehe, müsse auch die Haftung übernehmen. „Zwar soll die Institutsicherung explizit nicht Teil von EDIS werden, dennoch lässt der Koalitionsvertrag aus meiner Sicht zu viel Auslegungsspielraum“, erklärt Reuter.

Der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) begrüßt, dass den besonderen Bedürfnissen der kleinen und mittleren Kreditinstitute im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP Rechnung getragen wird. „Regionale Kreditinstitute werden gebraucht. Das haben die neuen Regierungspartner anerkannt“, unterstreicht GVB-Präsident Jürgen Gros. Kleine und mittlere Banken mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell würden in dem Papier mehrfach ausdrücklich erwähnt und gewürdigt. „Das trägt den Fakten Rechnung, denn das Drei-Säulen-Modell mit öffentlich-rechtlichen Instituten, Genossenschaftsbanken und großen Geschäftsbanken hat sich bewährt.“

Umsetzungspläne für mehr Verhältnismäßigkeit

Jetzt komme es darauf an, den Worten Taten folgen zu lassen und entschlossene Schritte zur regulatorischen Entlastung kleinerer Banken einzuleiten. „Die Ungleichbehandlung haben die Koalitionäre erkannt, nun müssen zügig Umsetzungspläne für mehr Verhältnismäßigkeit folgen“, bemerkt Gros. Es sei ein gutes Signal für den Finanzstandort, dass sich die Koalitionspartner darauf verständigt haben, Regulierungsnachteile für kleine Banken abzubauen.

Kritisch würdigt Gros jedoch die Pläne für eine europäische Rückversicherung für nationale Einlagensicherungssysteme. „Wichtig ist, dass die Belange von Volksbanken und Raiffeisenbanken gewahrt bleiben. Regionale Bankengruppen mit einem eigenen Institutsicherungssystem, das strenge Kriterien erfüllt, müssen die Möglichkeit haben, von einer europäischen Lösung ausgenommen zu bleiben“, fordert der GVB-Präsident. DK

Bayerische Landesstiftung investiert in Wunsiedel/Kulmbach

Die bayerische Landesstiftung beteiligt sich an mehreren Projekten in der Region und hilft so dabei, historische Gebäude zu erhalten und unsere Heimat in besonderer Weise aufzuwerten.

Die Sanierung des Turbinenhauses im Benkerareal wird mit 23.500 Euro von der Bayerischen Landesstiftung bezuschusst. In die Sanierung des Kamins zur Nutzbarmachung als Schornstein fließen weitere 9.200 Euro. Beide Projekte sind Teil der Heizzentrale für die Wohnsiedlung. Die Kosten für die Sanierung belaufen sich insgesamt auf 650.000 beziehungsweise 190.000 Euro.

Von regionaler Bedeutung

Auch die Städtebauförderung und die Oberfrankenstiftung sowie das Landesamt für Denkmalpflege leisten ihren Beitrag für diese Projekte. „Das Benkerareal und das dort entstehende Quartier als Ganzes werden regionale Bedeutung haben. Das hat die Bayerische Landesstiftung erkannt. Ich freue mich daher, dass sich die Bayerische

Landesstiftung an diesem Projekt beteiligt“, so der heimische Landtagsabgeordnete Martin Schöffel.

Private Maßnahmen

Nach Kumbach/Wunsiedel fließen zudem Mittel der Landesstiftung in Höhe von 22.000 Euro in fünf private Maßnahmen wie die energetische Sanierung von Wohnhäusern, Fenstersanierungen und mehr.

„Ein historisches Gebäude zu erhalten, kostet nicht selten mehr Geld und Nerven, als ein Neubau. Es ist aber auch etwas ganz Besonderes, das man heute nicht mehr so herstellen könnte“, so Landtagsabgeordneter Schöffel. „Mein Dank gilt gleichermaßen den Bauherren für ihr Engagement und den Verantwortlichen der Landesstiftung für die Unterstützung.“ □

DSGV-Vermögensbarometer 2021:

Gerade Jüngere sparen wie selten zuvor

Ob Lockdown, Homeoffice oder Kurzarbeit: Die Krise hat die finanzielle Zufriedenheit der Menschen hierzulande nicht nachhaltig beeinträchtigt. Dies hat der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) in einer repräsentativen Umfrage ermittelt, deren Ergebnisse im Vermögensbarometer 2021 veröffentlicht wurden. Befragt wurden mehr als 4.800 Personen ab 14 Jahren.

Seit 17 Jahren steigt der Anteil derjenigen kontinuierlich an, die mit ihrer finanziellen Situation zufrieden oder sogar sehr zufrieden sind. Seit 2005 hat sich dieser Anteil mehr als verdoppelt – von damals 20 Prozent auf heute 43 Prozent.

Die Hilfen, die in den Coronajahren 2020 und 2021 von der Regierung beschlossen und gewährt wurden, konnten offenbar die Krisenfolgen gut abfedern. Auch die Sparkassen trugen ihren Teil zur Krisenbewältigung bei – etwa durch die Aussetzung fälliger Kreditraten, durch Überbrückungs-

kredite und durch weitere, individuelle Maßnahmen in Absprache mit ihren Kunden.

24 Prozent aller Befragten wollen laut Umfrage ihre Sparbemühungen ausweiten oder haben das bereits getan. Das sind drei Prozentpunkte mehr als 2020. Sieben Prozent wollen oder haben bereits andere Anlageprodukte gewählt (2020: 6 Prozent). Nur eine Minderheit von sechs Prozent will weniger sparen oder hat schon weniger gespart. Hier gibt es keine Veränderung gegenüber 2020.

Überdurchschnittlich hoch ist der Anteil an jüngeren Menschen,

die angeben, ihr Sparverhalten auszuweiten oder ausgeweitet zu haben. Gut 42 Prozent sind es in der Altersgruppe von 14 bis 29 Jahren, 31 Prozent in der Altersgruppe von 30 bis 39 Jahren. Hier könnte die Verunsicherung durch die Coronakrise eine Rolle spielen – gerade für die Jüngeren ist es die erste große wirtschaftliche Krise, die sie bewusst mitbekommen.

Vermögensaufbau

Aktien hält ein Viertel der Befragten für geeignet zum Vermögensaufbau, ein Plus von zwei Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr. Den Investmentfonds sprechen 22 Prozent eine Eignung zu, auch das eine Zunahme von zwei Prozentpunkten gegenüber 2020. Das Sparbuch ist hingegen auf Platz drei abgerutscht und liegt jetzt bei 20 Prozent – im Jahr 2020 waren es noch 22 Prozent. 19 Prozent halten eine Immobilie zur Vermietung für geeignet, knapp dahinter landet mit einem Anteil von 18 Prozent die selbst genutzte Immobilie (minus drei Prozentpunkte gegenüber 2020).

Sieben Prozent der Befragten (2020: 3 Prozent) betrachten sogenannte Kryptowährungen als geeignete Geldanlage, um Vermögen aufzubauen. Überdurchschnittlich häufig sind die Anhänger dieser Anlageform jung und männlich – vor allem Auszubildende, Studierende und Beamte begeistern sich dafür.

Sicherheit, Verfügbarkeit und Rendite sind die wichtigsten drei Faktoren beim Vermögensaufbau. In allen Altersgruppen steht nach wie vor der Faktor Sicherheit auf Rang eins. Überraschenderweise liegen die 14- bis 29-Jährigen bei diesem Kriterium genau im Durchschnitt (53 % der Nennungen). Bei den 30- bis 60-Jährigen gehört Sicherheit dagegen nur für 48 Prozent zu den drei Top-Faktoren. Für 59 Prozent der Altersgruppe 60 plus zählt sie allerdings dazu.

Bei den Jüngsten, den 14- bis 29-Jährigen, zählen nur 32 Prozent

Versicherungskammer Stiftung schreibt Ehrenamtspreis 2022 aus

Mit der diesjährigen Ausschreibung des Ehrenamtspreises unter dem Motto „Danke Ehrenamt. Für gestern, heute und morgen.“ möchte die Versicherungskammer Stiftung allen engagierten Ehrenamtlichen in Bayern und der Pfalz ihren Dank aussprechen – insbesondere denjenigen, die zehn Jahre und länger engagiert in ihrer Region sind. Gesucht werden langjährige Projekte, Vereine und Initiativen, die sich seit mindestens zehn Jahren als gemeinnützige Organisationen vor Ort in der Stadt oder auf dem Land einsetzen.

Bei der Auswahl der Preisträger sind neben der Engagement-Historie die Weiterentwicklung der Organisation im Wandel der Zeit sowie der Umgang mit gesellschaftlichen Herausforderungen entscheidende Kriterien. Es sollen beispielhafte Projekte ausgezeichnet werden, die als gewachsenes, nachhaltiges und zukunftsfähiges Ehrenamt ein Vorbild für andere sein können.

Mit einem Preisgeld in Höhe von insgesamt 43.000 Euro wird jeweils in jedem Regierungsbezirk in Bayern sowie in der Pfalz ein beispielhaftes Engagement mit 5.000 Euro ausgezeichnet.

Zusätzlich werden weitere Projekte für einen Publikumspreis nominiert: Im Rahmen eines öffentlich stattfindenden Online-Abstimmungsverfahrens können drei Projekte mit den meisten Stimmen jeweils 1.000 Euro gewinnen.

Das ehrenamtliche Engagement sollte lokal mit der Gemeinde oder Stadt verankert sein und dazu beitragen, das gesellschaftliche Leben vor Ort (Stadtviertel oder Kommune) zu sichern und auch in Zukunft zu gestalten.

Einsendeschluss der Online-Bewerbung ist der 18. Februar 2022 unter www.versicherungskammerstiftung.de □

BayernLabo finanziert neue Grundschule in Karlsfeld

Für die Karlsfelder Grundschüler ist seit Beginn dieses Schuljahrs alles neu. Neben Stundenplan und Lernmittel (digital als auch physisch) ist es vor allem das neue Schulhaus an der Krenmoosstraße, das eine moderne und fröhliche Lernatmosphäre schafft.

„An die 650 Schüler, davon bis zu 200 Kinder in acht Ganztagesklassen und 50 mit Mittagsbetreuung, können in Zukunft unter den neuen Dächern in einem lichtdurchfluteten Schulgebäude mit modernster Technik viele schöne Schuljahre erleben“, sagt Bürgermeister Stefan Kolbe auf der Einweihungsfeier. Moderne Zimmer und Möbel erinnern kaum mehr an das alte Grundschulgebäude, welches seit 1962 für den Grundschulbetrieb zur Verfügung stand.

Individueller Unterricht

Die Wände des neuen Gebäudes sind in Pastelltönen gestal-

tet und viele Glaswände füllen die Räume mit natürlichem Sonnenlicht. Sie sollen den Kindern ein Gefühl von Offenheit vermitteln. Gleich am Eingangsbereich sind die Aula, eine Mensa und ein Mehrzweckraum. Diese Räume sind durch flexible Wände abgetrennt und lassen sich zu einem einzigen großen, zusammenhängenden Empfangsraum öffnen. Im riesigen Pausenhof können sich die Schüler auf den Trampolinen, beim Tischfußball an der Boulderwand oder am beeindruckenden Klettergerüst vom Lernen erholen. Bürgermeister Kolbe stellt als Besonderheit vor allem das Münchner Lernhauskonzept heraus. „Da-

durch können die Kinder individueller und in ihrem Lerntempo unterrichtet werden. Der Frontalunterricht wird aufgebrochen.“

Offene Bauweise

Die offene Bauweise der neuen Grundschule unterstreicht dieses Konzept für den Neubau von Schulgebäuden, welches die besonderen räumlichen, pädagogischen und personalorganisatorischen Anforderungen von Schulen einbezieht.

Jede Jahrgangsstufe ist dabei in einem eigenen Lernhaus untergebracht, dass sich räumlich wie organisatorisch als eine „kleine Schule“ innerhalb der großen Schulgemeinschaft versteht. Als weiteres Highlight freut sich Kolbe vor allem über die hohe Energieeffizienz der Gebäu-



V.l.: Abteilungsleiter Kommunalkredit Wolfgang Schmidt, Landrat Stefan Löwl, Mitglied der Geschäftsleitung der BayernLabo Christian Wunderlich, Bürgermeister Stefan Kolbe, Schulleiterin Barbara Sparr, Landtagsabgeordneter Bernhard Seidenath, stellv. Abteilungsleiter Kommunalkredit Heinz Maul. Bild: Gemeinde Karlsfeld

Kreissparkasse Augsburg:

Beteiligung an Wärmenetzen von GP JOULE

Die Kreissparkasse Augsburg investiert in Wärmenetze in Bayern und Baden-Württemberg: Das Portfolio von GP JOULE, an dem die Kreissparkasse Augsburg Anteile erwirbt, umfasst acht Wärmegesellschaften. Damit unterstützt die Kreissparkasse zusammen mit GP JOULE den Aufbau langlebiger, nachhaltiger Infrastruktur in der Region.

„Die Kreissparkasse Augsburg erleichtert mit Ihrem Investment Kommunen die Entscheidung für Investitionen in die Energiewende“, erklärt Vorstandsmitglied Dr. Wolfgang Zettl. Für die Kreissparkasse ist die Beteiligung an den Wärmegesellschaften ein Engagement, das den besonderen öffentlichen Auftrag der Sparkassen unterstreicht: „Wir unterstützen Gemeinden bei der Finanzierung von Infrastrukturprojekten und sorgen so für eine langfristige, nachhaltige und regionale Entwicklung.“ ergänzt Gerhard Rohde, Leiter des Bereichs Unternehmenskunden bei der Kreissparkasse Augsburg.

Das verbindet die beiden Partner. „Langfristig, nachhaltig, regi-

onal, genauso stellt sich GP JOULE die Energiewende vor, bei der die CO2-neutrale Versorgung mit Wärme eine zentrale Rolle spielt“, sagt Heinrich Gärtner, Mitgründer und Geschäftsführer von GP JOULE, „dafür sind Investitionen in regionale Infrastruktur sehr wichtig.“ Ihre Zusammenarbeit verkündeten GP JOULE und die Kreissparkasse Augsburg bei einem gemeinsamen Termin im Dorfgemeinschaftshaus in Kuhlenthal im Landkreis Augsburg.

Umfangreiches Portfolio

Das Portfolio von GP JOULE, an dem die Kreissparkasse Augsburg einen Minderheitsanteil erwirbt, umfasst acht Wärmegesell-

ten, unter anderem in den bayerischen Gemeinden Kuhlenthal, Mertingen und Buttenwiesen.

„Uns verbindet eine langjährige Partnerschaft mit der Kreissparkasse Augsburg, deshalb freuen wir uns, gemeinsam mit der Kreissparkasse die Gemeinden in der Region auf ihrem Weg in eine grüne Zukunft partnerschaftlich zu begleiten“, erklärt Heinrich Gärtner.

GP JOULE bringt seit Jahren die grüne Wärmezeugung und lokale Verbraucher zusammen, um nachhaltige Nahwärmelösungen auf kommunaler Ebene zu verwirklichen. Das Ziel ist, die Menschen und lokalen Betriebe mit regenerativer und preiswerter Wärme aus der Region zu versorgen. Gemeinsam mit Kommunen gründet GP JOULE deshalb sogenannte Renergiewerke, eine innovative Form der Gemeindeförderung wichtige wirtschaftliche Impulse in der Region setzen.

Wie in Kuhlenthal: In der zwischen Augsburg und Donauwörth gelegenen schwäbischen Gemeinde baut die eigens gegründete Bioenergie Kuhlenthal GmbH gerade ein lokales Wärmenetz. Dort können sich Bürgerinnen und Bürger noch einen Anschluss an das Wärmenetz sichern und sich so für das CO2-neutrale Heizen entscheiden.

Zahlreiche solcher Wärmegesellschaften hat GP JOULE mitaufgebaut. So verbindet GP JOULE die ökonomische und ökologische Entwicklung ländlicher Regionen mit der Erhaltung der Lebensgrundlage für die kommenden Generationen. Gemeinsam mit der Kreissparkasse Augsburg können nun noch mehr Gemeinden fit gemacht werden für eine moderne Wärmeversorgung. □



Die Kreissparkasse Augsburg investiert in ein Portfolio aus Nahwärmesetzen von GP JOULE, unter anderem in jenes in der schwäbischen Gemeinde Kuhlenthal. Dort informierten Felix Schwahn, Geschäftsführer GP JOULE Think Wärme GmbH, Heinrich Gärtner, Mitgründer und Geschäftsführer von GP JOULE, Iris Harms, Erste Bürgermeisterin von Kuhlenthal, Gerhard Rohde, Leiter Unternehmenskunden Kreissparkasse Augsburg, und Dr. Wolfgang Zettl, Vorstand Kreissparkasse Augsburg, (v.l.) über die Kooperation.

Bild: GP JOULE GmbH.

de. Erreicht werden konnten die KfW-Effizienz Gebäudeklasse 70 beim Schulgebäude und die KfW-Effizienz Gebäudeklasse 55 bei der neuen Dreifachsporthalle. Zudem steht neben der schulischen Nutzung nun auch den Karlsfelder Vereinen eine weitere Dreifachsporthalle mit modernster Technik und gehobener Ausstattung zur Verfügung.

Christian Wunderlich, Mitglied der Geschäftsleitung der BayernLabo ist begeistert vom Ergebnis der guten Zusammenarbeit zwischen BayernLabo und der Gemeinde Karlsfeld: „Wir konnten dieses großartige Projekt ganz in der uns zugeordneten Rolle als Kommunalkreditbank des Freistaats Bayern mit dem optimalen Finanzierungsmix aus Förder- und klassischen Kommunalkredit unterstützen.“

Rund 25 Mio. Euro Darlehensvolumen

Neben Zuschüssen von 15,34 Mio. Euro vom Freistaat wurden die restlichen Kosten von rund 25 Mio. Euro durch Kredite der BayernLabo finanziert. Hauptanteil am Finanzierungsvolumen hatten dabei mit ca. 16 Mio. Euro die beiden kommunalen Förderkredite Energiekredit und Investkredit Kommunalkredit der BayernLabo.

Die restlichen 9 Mio. Euro wurden als klassischer Kommunalkredit ebenfalls bei der BayernLabo aufgenommen. „Der Neubau dieser Schule mit Baukosten von rund 41 Mio. Euro ist die größte Investition, welche die Gemeinde jemals getätigt hat“, so Bürgermeister Kolbe. „Sowohl bei den Energiekrediten als auch bei der weiteren Finanzierung erfolgte die Zusammenarbeit vollkommen problemlos.“ □

20 Jahre LfA- Repräsentanz Nürnberg

Mehr als 25.000 Gründer und Mittelständler in Nordbayern individuell beraten / 884.000 Arbeitsplätze gefestigt und 47.000 neue Stellen geschaffen

Erfreuliche Bilanz zum 20-jährigen Jubiläum der Repräsentanz der LfA Förderbank Bayern in Nürnberg: Seit 2001 haben die Förderexperten über 25.000 Gründer und Unternehmen aus Nordbayern persönlich, telefonisch und seit diesem Jahr auch per Videoberatung zu Finanzierungshilfen aus allen Förderbereichen der LfA beraten. Zudem standen die Spezialisten mehr als 3.500 Unternehmen aus der Region in Krisensituationen zur Seite. Die individuelle Beratung der LfA ist kostenlos.

Um darüber hinaus die Wirtschaftsförderaktivitäten in den drei fränkischen Regierungsbezirken und der Oberpfalz weiter zu stärken, stehen die Experten der LfA unter anderem in Informationsveranstaltungen kontinuierlich mit Hausbanken, Wirtschaftsförderern, Kammern, Gründerzentren, Hochschulen sowie weiteren örtlichen Förderinstitutionen und Netzwerkpartnern im Austausch. Außerdem ist die staatliche Spezialbank mit Hauptsitz in München seit 2015 mit einem Förderstützpunkt in Hof speziell zur Wirtschaftsförderung in Oberfranken vertreten.

„Nach ihrem 70. Geburtstag hat die LfA Förderbank Bayern in diesem Jahr einen zweiten Grund zu feiern: Seit mittlerweile 20 Jahren leistet die LfA mit dem kompetenten, kostenlosen Beratungsangebot ihrer Repräsentanz und den zielgerichteten Finanzierungsprodukten einen beachtlichen Beitrag für den wirtschaftlichen Erfolg des Standorts Nürnberg und der gesamten Region Nordbayern. Wir fördern dadurch Gründungen, kurbeln nachhaltige Investitionen an und unterstützen die Betriebe, die

besonderen Herausforderungen gerade in Krisensituationen erfolgreich zu meistern. Davon profitiert der Wirtschaftsstandort Nordbayern nachhaltig“, so Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger.

Hans Peter Göttler, stellvertretender LfA-Vorstandsvorsitzender, erläutert: „Ich freue mich über die Erfolgsbilanz unserer Repräsentanz Nürnberg. Mit unserem attraktiven und passgenauen Finanzierungsangebot haben wir in der Region Nordbayern in den vergangenen 20 Jahren rund 41.000 Unternehmen gefördert, die mit unseren Finanzierungshilfen Investitionen in Höhe von fast 15,5 Milliarden Euro verwirklichen konnten. Rund 884.000 Arbeitsplätze konnten so gefestigt und fast 47.000 neue Stellen geschaffen werden. Als persönliche Ansprechpartner für den Mittelstand begleiten unsere Experten, in enger Zusammenarbeit mit den regionalen Partnern, alle gewerblichen Unternehmen, Gründer und Freiberufler in Nordbayern kompetent, individuell und umfassend in allen Unternehmenslagen.“ □



Zukunft gestalten – Fortschritt fördern

Die BayernLabo – Kommunalkredit- und Förderbank des Freistaats Bayern.

Mit Zinsbindungen bis zu 30 Jahren im klassischen Kommunalkredit und speziellen Förderkrediten unterstützen wir bayerische Gebietskörperschaften bei der Realisierung ihrer Investitionsvorhaben

Näheres erfahren Sie unter ► bayernlabo.de



Das Förderinstitut der BayernLabo

Bayern Labo

Gründerpreise der niederbayerischen Sparkassen:

Mut braucht Unterstützung

In insgesamt sieben Kategorien haben die niederbayerischen Sparkassen den Gründerpreis 2021 vergeben. Damit werden vorbildhafte Leistungen bei der Entwicklung innovativer und tragfähiger Geschäftsideen und beim Aufbau neuer Unternehmen gewürdigt. Mit der Auszeichnung soll das Engagement für Unternehmertum in Niederbayern gefördert und Mut gemacht werden für eine Wirtschaftskultur von Innovation und Nachhaltigkeit.

In der Kategorie „Konzept“ ging der erste Platz an die Easy2Parts GmbH aus Deggendorf, die als erste Plattform ein soziales Netzwerk mit einer Supply-Chain-Software (Lieferkettensoftware) verbindet und mit künstlicher Intelligenz die Beschaffung von Fertigungsbauteilen und Baugruppen erleichtert. Die Plattform von Easy2Parts vernetzt einkaufende Unternehmen mit ihren Lieferanten und ermöglicht so, neue Lieferanten auf automatisiertem Weg zu finden. Als Firmenstandort wurde vor etwa zwei Jahren die Stadt Deggendorf gewählt. Die Entscheidung hierfür war anfangs eher zufällig, da die drei Firmengründer alle an der Technischen Hochschule in Deggendorf studierten und über die THD das EXIST-Gründerstipendium beantragten. Heute ist der Firmensitz von Easy2Parts im Digitalen Gründerzentrum ITC 1 zu finden.

Den zweiten Platz belegte die Firma Holz-Format Marchsreiter GmbH aus Osterhofen (Landkreis Deggendorf). Das Unternehmen baut hochwertige Holzmodule in Holzständerbauweise, schlüsselfertig und mit betonlosen Fundamenten. Die Module werden als alleinstehende Raumzellen produziert und entstehen durch Up-

cycling von (Seefracht-)Containern. Dadurch erhalten diese durch eine ressourcenschonende und nachhaltige Verarbeitung einen neuen langlebigen Verwendungszweck und können in den verschiedensten Bereichen eingesetzt werden.

Mit seiner „mobilen Klärschlammwässerung“ errang Daniel Baumgartner aus Zeilern (Landkreis Rottal-Inn) den dritten Platz. Das von ihm im Jahr 2019 gegründete Unternehmen erbringt Dienstleistungen, die vor allem bei kommunalen Kläranlagen benötigt werden. „Mittels einer Zentrifuge, die auf einem LKW verbaut ist, lässt sich beispielsweise Klärschlamm auf etwa ein Zehntel seines ursprünglichen Gewichts reduzieren“, erklärt Baumgartner das Grundprinzip. „Durch die Entwässerung können Kommunen bis zu 90 Prozent an Fahrten mit LKWs einsparen.“ Auch müssen die Kommunen nicht in eigene Zentrifugen investieren. Das Endprodukt kann anschließend landwirtschaftlich als auch thermisch verwertet werden. Neben dem Einsatz im kommunalen Bereich wird die mobile Schlammwässerung auch bei Industrieabwässern genutzt. Mit seiner Gründung hat der Jung-

unternehmer bereits fünf Arbeitsplätze geschaffen.

Für ihre innovative Lösungen erhielt die Inacore GmbH aus Ortenburg (Landkreis Passau) den niederbayerischen Gründerpreis in der Kategorie „Start-up“. Das Unternehmen wurde 2017 als Joint Venture der international führenden Unternehmen in der Gießereitechnik, Laempe Mössner Sinto GmbH und R. Scheuchl GmbH, gegründet. Das Start-up fertigt mit modernsten, umweltfreundlichen Verfahren Sandkerne und Kernpakete für die Gießereiindustrie. Hierbei beschränkt es sich nicht auf die reine Kernfertigung, sondern erweitert sein Portfolio um 3D-gedruckte anorganische Sandkerne und die hausinterne Werkzeugwartung.

Inacore GmbH

Dazu setzt Inacore auf einen hochmodernen Maschinenpark, eine vollautomatische, klimatisierte Lagertechnik und auf schlanke Logistikabläufe, auf ein striktes Qualitätsmanagement sowie auf die konsequente Digitalisierung und volle Vernetzung über den gesamten Wertschöpfungsprozess.

Sieger in der Rubrik „Aufsteiger“ wurde die Firma T.CON GmbH & Co.KG mit Sitz in Plattling. Die IT-Firma ist ein Komplettanbieter für intelligente und effiziente SAP-Lösungen. Das Unternehmen unterstützt Betriebe dabei, profitabler zu arbeiten, indem Prozesse, wie zum Beispiel Unter-

nehmensführung, Entwicklung, Vertrieb und Logistik optimiert werden. Das zu den attraktivsten Arbeitgebern in der IT-Beratung zählende Unternehmen wurde in den Jahren 2018 und 2019 zum „TOP Arbeitgeber Mittelstand“ gekürt. In der Vergangenheit hat T.CON bereits zweimal den Preis „Bayern Best 50“ und mehrere Auszeichnungen für die Unternehmensleistung erhalten.

Sonderpreis für Nationalpark Bayerischer Wald

In der Kategorie „Sonderpreis“ durfte sich der Nationalpark Bayerischer Wald über den ersten Platz freuen. Anfangs hatte der Nationalpark nicht immer nur Freunde, doch spätestens jetzt nach den einschneidenden Umweltkathstrophen versteht jeder den Sinn der Nationalparkphilosophie „Natur Natur sein lassen“.

1970, im Gründungsjahr des Nationalparks, war das Bewusstsein zur Natur nicht ausgeprägt, im Fokus der Bemühungen lagen eher Nutz- und Wirtschaftswaldnutzung. 50 Jahre später ist der Weitblick des damaligen Nationalparkleiters Dr. Hans Biebelriether und Forstminister Hans Eisenmann umso mehr zu würdigen, als sie damals den Mut und die Tatkraft hatten, den ersten Nationalpark Deutschlands zwischen Rachel und Lusen aus der Taufe zu heben. 1997 wurde zwischen dem Großen Falkenstein und dem Großen Rachel erweitert und 2020 sagte die Bayerische Staatsregierung zu, dass künftig auch das Gebiet um den Siebensteinkopf mit weiteren 600 Hektar zum Nationalpark gehören wird.

Der Nationalpark ist nicht nur ein Bewahrer und Schützer, sondern auch ein Unternehmen, das in der Region der Landkreise Freyung-Grafenau und Regen eine wesentliche Rolle spielt. Nicht nur im regionalen Umfeld, sondern auch europä- und weltweit, findet der Nationalpark Bayerischer Wald hohe Beachtung.

Weitere Auszeichnungen gingen in der Kategorie „Agrar“ an Spargel Erdbeeren Gänger in Niedermotzing (Landkreis Straubing-Bogen), in der Rubrik „Unternehmensnachfolge“ an Schmid Digitaldruck GmbH, Wörth a.d. Isar, sowie in der Kategorie „Lebenswerk“ an Ulrich Brunner, Ofen- und Heiztechnik, Eggenfelden. **DK**

wicklung dem Bauen im Außenbereich prinzipiell vorzuziehen, da sie wesentlich ressourcenschonender ist. Instrumente wie Bauflächenkataster, die Entwicklung von teilräumlichen Konzepten, vorhabenbezogene B-Pläne oder Baugebote können zur Stärkung der Innenentwicklung eingesetzt werden. Bei der Bestandsentwicklung kommen auch Maßnahmen wie Förderprogrammen oder Beratungsleistungen eine besondere Bedeutung zu.

In einigen Kommunen ist das Innenentwicklungspotenzial zu großen Teilen ausgeschöpft oder wird es in den nächsten Jahren sein. Hier sollten trotzdem weiterhin innovative Lösungen gesucht werden, die den Neubau im Außenbereich minimieren. Eine Nachverdichtung (z. B. Aufstockungen) ist eine Möglichkeit, um weitere Potenziale auszuschöpfen. Ebenso sollten die Sanierung und der Umbau des vorhandenen Gebäudebestands im Zentrum der Aktivitäten liegen, um eine lange ressourcenschonende Nutzungs- und Lebensdauer der Gebäudeinfrastrukturen zu gewährleisten.

Fazit: Obwohl Kommunen bereits einen großen Beitrag zur Reduzierung der Ressourceninanspruchnahme leisten, sind noch Potenziale zu nutzen. Es ist davon auszugehen, dass das Themenfeld der Ressourcen auch in der Stadtplanung und Stadtentwicklung deutlich an Bedeutung gewinnen wird. **DK**



V.l.: Landrat Sebastian Gruber (Landkreis Freyung-Grafenau), Dir. Stefan Proßer (Vorstandsvorsitzender Sparkasse Freyung-Grafenau), Dr. Christian Barth (Amtschef im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz), Dr. Franz Leibl (Leiter der Nationalparkverwaltung), Josef Wanning (Leiter Sachgebiet Besucherzentren und Umweltbildung), Roland Müller (Firmenkundenbetreuer Sparkasse Freyung-Grafenau), Dir. Dietmar Attenbrunner (Vorstandsmitglied Sparkasse Freyung-Grafenau). Bild: harry zdera | fotograf | freyung 607, 84028 landshut

Solarpark im Landkreis Aschaffenburg:

Über Crowdfunding finanziert

Erfolgreiche Kooperation der Sparkasse Aschaffenburg-Alzenau und der Deutschen Kreditbank AG (DKB)

Die Energiewende ist gesellschaftlicher Konsens. In Deutschland besteht Übereinstimmung darüber, dass die Energieerzeugung aus regenerativen Energiequellen ausgebaut werden muss. Bis 2030 soll der Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch in Deutschland von derzeit 43 Prozent auf 65 Prozent deutlich angehoben werden. Damit das gelingen kann, müssen weitere regenerative Anlagen gebaut werden. Dabei kommt den PV-Freiflächenanlagen neben der Windkraft eine herausragende Bedeutung zu.

Neben einer rechtssicheren Standortauswahl und einem komplizierten Ausschreibungsverfahren ist fehlende Akzeptanz und Widerstand im lokalen Umfeld zu einer entscheidenden Ursache geworden, durch die der Ausbau Erneuerbarer ins Stocken geraten ist.

Regionale Akzeptanz schaffen

Bürger zu Teilhabern des Projektes machen und regionale Akzeptanz für das eigene Erneuerbare-Energie-Vorhaben schaffen. Das war die Überlegung von Bernd Büttner, als er mit der Bürgersolar Laufach GmbH & Co. KG eine Crowdfunding-Kampagne im Landkreis auf der DKB-Crowd gestartet hat. Sein Vorhaben: Ein Solarpark in Laufach, im Landkreis Aschaffenburg direkt an der Eisenbahnlinie Frankfurt-Würzburg.

Im Herbst 2020 wurde mit dem Anlagenaufbau begonnen und innerhalb von nur sechs Wochen entstand eine 3.750 kWp große Freiflächen-Photovoltaikanlage. Der Solarpark kann umgerechnet 700 Familien mit grüner Energie versorgen und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Energiewende. Die vor Ort erzeugte Solarenergie wird auf Grundlage des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes (EEG) ins örtliche Stromnetz eingespeist und direktvermarktet. An diesen Erträgen möchte die Bürgersolar Laufach GmbH & Co. KG die Bürger vor Ort teilhaben lassen: in Form von verzinslichen Nachrangdarlehen mit qualifiziertem Rangrücktritt, vermittelt über die DKB-Crowd. Mit dem eingesammelten Geld aus der Crowdfunding-Kampagne wurde die Zwischenfinanzierung der Sparkassen Aschaffenburg-Alzenau zurückgeführt.

Bürgerbeteiligung

Crowdfunding ist ein noch recht junges und komplett digitales Verfahren zur finanziellen Beteiligung von Bürgern. Dabei bilden viele Kleinanleger gemeinsam die sogenannte Crowd. Besonders im Immobilienbereich ist Crowdfunding bereits ein etabliertes Finanzierungsmittel. Aber auch zur Finanzierung erneuerbarer Energien wird es immer beliebter. Durch die finanzielle Beteiligung der Bürger kann die Akzeptanz für das regionale Erneuerbare Energien-Projekt gesteigert und Widerstände abgebaut werden. Durch Crowdfunding werden Bürger zu Teilhabern des Projekts. Auf der DKB-Crowd können

nachhaltige Projekte, wie erneuerbare Energien, schwarmfinanziert werden. Anleger beteiligen sich mit Einzelbeträgen ab 250 Euro bis zur maximal zulässigen gesetzlichen Obergrenze von 25.000 Euro an den jeweiligen Projekten. Unternehmen oder Vereine können zwischen 100.000 Euro und 6 Mio. Euro in Form von Nachrangdarlehen mit qualifizierten Rangrücktritt einwerben, um ihre Projekte zu realisieren. Das eingeworbene Nachrangdarlehen wird dem Mezzanine-Kapital zugeordnet und zeichnen sich dadurch aus, dass seine rechtliche und wirtschaftliche Ausgestaltung eine Mischform zwischen Eigen- und Fremdkapital ist. Damit kann dieses Nachrangdarlehen als finanzielles Beteiligungsinstrument nicht nur die Akzeptanz für dezentrale erneuerbare Energieanlagen steigern, sondern auch die Finanzierungsstruktur des Unternehmens optimieren.

Das Nachrangdarlehen ist hinsichtlich Laufzeit, Verzinsung und Tilgung mit wenigen Ausnahmen frei gestaltbar. Aufgrund des Totalverlustrisikos der Anleger sollte die Zinsen dem höheren Risiko ausreichend Rechnung tragen und durch die Projektinitiatoren auch verdient werden können. Weil das Nachrangdarlehen steuerlich als Fremdkapital behandelt wird, sind die Anlegerzinsen für die Projektinitiatoren als Betriebsausgabe steuerlich abzugsfähig.

Option zum Investieren

Es ist möglich, regional einzugrenzen, wer investieren darf, um den direkten Anwohnern damit die Option zum Investieren exklusiv zu geben. So war es auch beim Projekt in Laufach. Mit der regionalen Eingrenzung wurde den Einwohnern der Stadt Laufach faktisch ein bevorzugtes Zeichnungsrecht eingeräumt. Die Fremdkapitalfinanzierung übernahm die Sparkasse Aschaffenburg-Alzenau. Die Zeichnungssumme betrug 252.000 Euro, Laufzeit 10 Jahre, Verzinsung 4 %, maximales Zeichnungsvolumen 5.000 Euro. 62 Bürger zeichneten mit einem durchschnittlichen Anlagevolumen von 4.064 Euro. Bereits nach drei Stunden war das Projekt finanziert – eine Rekordgeschwindigkeit, die zeigt, welches Potenzial Crowdfunding für regionale und nachhaltige Projekte hat.

Die DKB steht den Sparkassen bundesweit bei der Umsetzung von Bürgerbeteiligungsvorhaben als Kooperationspartnerin zur Seite. **Mohamed Al-Shraydeh**

Neuer Difu-Leitfaden:

Städte nachhaltig planen und bauen

Um zukunftsfähig zu handeln, ist eine ressourcen- und klimaschonende Planung und Errichtung der gebauten Umwelt unabdingbar. Das bedeutet: Der Blick muss verstärkt auf die kommunalen Hebel der Stadtplanung und Stadtentwicklung gelenkt werden. Unterstützung leistet dabei der Difu-Leitfaden „Stadtplanung und Stadtentwicklung als Hebel für den Ressourcen- und Klimaschutz: Kommunale Instrumente, Fallbeispiele und Potenziale zur Reduktion der Ressourceninanspruchnahme“, der im Rahmen des vom Umweltbundesamt geförderten Projekts „Steuerbare urbane Stoffströme“ erarbeitet wurde.

Die Publikation führt in die Thematik des nachhaltigen Planens und Bauens ein, zeigt Instrumente der Stadtplanung und Stadtentwicklung zur Steuerung von Stoffströmen, beschreibt Anwendungsbeispiele aus Kommunen und skizziert Lösungswege für ein optimiertes Vorgehen bei der Steuerung von Stoffströmen zur Reduzierung der Ressourceninanspruchnahme.

Die Ergebnisse der Studie „Steuerbare urbane Stoffströme“ zeigen deutlich, dass Stadtplanung und Stadtentwicklung eine nicht zu unterschätzende Wirkung auf die Nutzung von natürlichen Ressourcen haben. Vor allem die planerischen Instrumente zur baulichen Entwicklung von Städten und Gemeinden wie Fläche, Materialien, Energie und Wasser haben einen erheblichen Einfluss. Den kommunalen Akteuren (z. B. Ämter mit den Zuständigkeiten für Stadtplanung bzw. Stadtentwicklung, Liegenschaften, Fachplanungen) kommt eine sehr wichtige Rolle zu.

Das den Städten zur Verfügung stehende Instrumentarium der Planung ist vielfältig. Neben formalen rechtlichen Instrumenten sind informelle Instrumente wie zum Beispiel Informations- und Beratungsangebote, Förderprogramme und sonstige Anreizmechanismen von Bedeutung.

In einigen Themenfeldern, etwa bei der Flächenneuinanspruchnahme, der Energieversorgung oder Regenwasserbewirtschaftung, werden im Rahmen der Kommunalplanung bereits einzelne natürliche Ressourcen direkt berücksichtigt. Fachkonzepte und eine entsprechende Umsetzung im Rahmen von Planungsprozessen

liegen demnach vor, d. h. Vorgaben aus diesen Konzepten werden gezielt adressiert.

Vermehrt konnten auch bereits innovative Mobilitätskonzepte identifiziert werden, die bei städtebaulichen Vorhaben aufgegriffen werden, doch haben diese Ansätze häufig noch Pilotcharakter. Die meisten Kommunen nehmen bestimmte Stoffströme, wie z. B. Recyclingbaustoffe, aktuell nicht bewusst in den Blick. Hierfür fehlen zumeist über den Einzelfall hinausgehende, übergreifende Konzepte. Die meisten Kommunen beschäftigen sich laut Studie nicht strategisch und priorität mit diesen Themen. Ihnen sind bei der Einflussnahme in Bezug auf die Auswahl und Verwendung von Baumaterialien aber auch aus rechtlicher Sicht Grenzen gesetzt.

Flächennutzungsplan als wichtiges Instrument

Ein entscheidendes Instrument für die Reduzierung der Flächenneuinanspruchnahme, z. B. durch die Festlegung möglicher Bauflächen und einer effizienten Dimensionierung bzw. Nutzung von technischen Infrastrukturen, ist der Flächennutzungsplan. Durch den Flächennutzungsplan sind die Steuerungspotenziale des Bebauungsplans, jedoch lassen sich auch hier vielfältige Ansätze zum Ressourcenschutz berücksichtigen. Im B-Plan festgesetzt und somit beeinflusst werden können unter anderem der Flächenverbrauch (z. B. in Bezug auf verkürzte Erschließung, Pkw-Stellplätze sowie Geschossflächenzahl und Grundflächenzahl von Gebäuden), der Energieverbrauch (z. B.

Verhältnis von Gebäudefläche zu beheizbarem Gebäudevolumen), Energieerzeugung und Regenwassermanagement. Diese Festsetzungen haben Einfluss auf die Ressourceninanspruchnahme.

Ein weitergehender Einfluss, ergänzend zum B-Plan, erfordert den Rückgriff auf andere Instrumente. Soweit es sich um Flächen handelt, die nicht im Eigentum der Stadt sind, bietet bei der Schaffung von Baurecht der städtebauliche Vertrag die Möglichkeit, konkrete Maßnahmen zu vereinbaren, die zu einer schonenderen Nutzung von natürlichen Ressourcen führen. Im BauGB selbst werden bereits Maßnahmen zu Energieeinsparung mittels städtebaulicher Verträge ausdrücklich erwählbar. Entsprechende Vorgaben müssen allerdings nachvollziehbar der Umsetzung städtebaulicher Ziele dienen.

Wenn die Kommune Eigentümerin der Fläche ist, hat sie durch die Veräußerung der Flächen die Möglichkeit, einen umfassenden Einfluss auf die weitere Nutzung und Bebauung zu nehmen. So können bestimmte Verpflichtungen in den Kaufvertrag aufgenommen werden, die den Käufer zu einer ressourcenschonenden Umsetzung eines Bauvorhabens verpflichtet (inklusive Baumaterialien). Instrumente wie Kaufverträge oder Konzeptvergaben haben für den Ressourcenschutz die größte Wirksamkeit. Für die Ziele des Ressourcenschutzes ist es daher zweckmäßig, wenn die Städte ihre eigenen Liegenschaftsbestände kontinuierlich durch Zukauf ergänzen, um ihre bauliche Entwicklung steuern zu können.

Die am weitesten reichenden Umsetzungsmöglichkeiten zum Ressourcenschutz besitzt die Kommune jedoch als eigene Bauherrin im Falle der Entwicklung von Hoch- und Tiefbauvorhaben. In diesem Bereich kann sie selbst Vorbildfunktionen wahrnehmen und wichtige Impulse für die ressourcenschonende Bautätigkeit insgesamt geben.

Laut Studie ist die Innenent-

Mineralische Rohstoffgewinnung:

Letzte Zufluchtsstätten für bedrohte Arten

Die rohstoffgewinnenden Betriebe Bayerns leisten mit ihren Gruben und Steinbrüchen einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der Biodiversität und für den Artenschutz. Die mineralische Rohstoffgewinnung ist eine der wenigen Branchen, die dies durch die natürlichen Gegebenheiten auf ihren Gewinnungsflächen leisten kann – und sich dieser Verantwortung bewusst ist: Viele Firmen planen die Entstehung von Ersatzlebensräumen und die Ansiedlung bestimmter Tier- und Pflanzenarten schon während der Gewinnungsphase.

Viele Gewinnungsstätten werden nach ihrer Nutzung renaturiert – häufig entstehen anstelle der Abbaugelände Biotope – und werden so zu Sekundärlebensräumen, in denen sich seltene oder gefährdete Tier- und Pflanzenarten ansiedeln. „Anders als viele andere industriell genutzte, kultivierte oder bebaute Flächen werden die Gebiete bei der Rohstoffgewinnung nur temporär genutzt und weder versiegelt noch für die natürliche Entwicklung unbrauchbar gemacht“, erläutert Dr. Bernhard Kling, Geschäftsführer des Bayerischen Industrieverbands Baustoffe, Steine und Erden e.V. (BIV).

Wichtige Ersatzlebensräume

Aber auch schon während der Gewinnungsphase entstehen durch die sich immer wieder verändernden Bedingungen wichtige Ersatzlebensräume. „Vie-

le stark gefährdete Amphibien brauchen beispielsweise offene, vegetationsarme Flächen mit Hecken oder Gebüsch aus den Verstecken und kleine, unbewachsene, fischfreie temporäre Gewässer mit flachen Ufern“, führt Dr. Kling weiter aus. Im Anschluss an die Abbauphase werden sie dauerhaft zu Ökosystemen für heimische Tier- und Pflanzenarten. In Sandgruben werden etwa Steilwände aufgeschoben, um die Uferschwalbe anzusiedeln, Biotope für den Kiebitz, den Flussregenpfeifer und die Flussschwalbe geschaffen oder Maßnahmen für den Schutz der Wildbienen getroffen, von denen viele Arten nur auf Rohbodenstandorten ihre Bruthöhlen graben können. „Die natürliche Aufwertung der Gewinnungsstätte führt zu einem Kreislauf, der der Natur nichts wegnimmt, sondern ihr ganz im Gegenteil etwas zurückgibt“, betont Dr. Kling. „Es entste-

hen wertvolle Gebiete, die es so in unserer Landschaft kaum noch gibt.“

Die Flächen Bayerns sind fast ausnahmslos Kulturlandschaften, also von Menschen gemacht. Ursprüngliche Wildnis und natürliche Flussauen oder Bachläufe sind kaum mehr vorhanden. Auch Wiesen und Wälder sind meist nicht naturbelassen, sondern werden forst- oder landwirtschaftlich genutzt. Den vielen Acker- und Nutzflächen – der Anteil von landwirtschaftlich genutzten Böden liegt in Bayern bei 44 % – stehen nur wenige offene Kleinst- und Stillgewässer, Sandbänke, Grünstreifen oder andere Rückzugsräume für Tiere und Pflanzen gegenüber. Diese wenigen natürlichen Lebensräume reichen für die Sicherung der Arten nicht aus. Aktive und ehemalige Abbaustätten aber bieten diese Biotope und nicht homogene und von Monokulturen geprägten Böden. „Wir brauchen die Rohstoffgewinnung also nicht nur zum Bauen, um mobil zu sein oder für die verschiedensten Alltagsgegenstände“, verdeutlicht Dr. Bernhard Kling. „Gewinnungsstätten sind auch Zuhause für Wildbienen, Vögel und Amphibien, wie die Wechselkröte, Kreuzkröte, den Laubfrosch, Kammolch oder die Gelbbauchunke. Ohne Gruben und Steinbrüche hätten es diese Arten schwer, sich in ihrem Bestand zu behaupten.“ □

Neue Luftsensor-Technologie schützt besser vor Viren im Klassenzimmer

Virenfreie Atemluft ist entscheidend für Präsenzunterricht in Schulen. Die neue Sensorik-Lösung von RYSTA mit CO₂-Ampel unterstützt dabei, die Luftqualität in den Klassenzimmern zu verbessern und reduziert somit potenziell das Risiko einer Virenübertragung. Erste Schulen aus dem Kundenkreis der Versicherungskammer nutzen die Lösung bereits.

Die auf Lernumgebungen zugeschnittene CO₂-Ampel von RYSTA macht Schülerinnen und Schülern und die Lehrerschaft auf den CO₂-Gehalt in Innenräumen aufmerksam. Die Vorteile: Die Ampel ist geräuschlos, einfach zu installieren, verursacht keine hohen Wartungskosten und ist ideal in Kombination mit oder als Alternative zu Luftreinigern. So schafft die Technologie eine Grundlage für Bildung, soziale Interaktion und psychische Gesundheit während der Pandemie und darüber hinaus. Denn Schüler, Schülerinnen, Lehrer und Lehrerinnen achten gemeinsam darauf, wann gelüftet werden muss, um stets virenfreie Luft einzuatmen. Das minimiert die Übertragung auch anderer Viren, lindert Allergien und schafft eine konzentrationsfördernde Raumluft. Je nach Raumgröße, Luftströmung, Belegung der Räume und Wetter sind Lüftungsintervalle und -dauer individuell. Dabei lässt sich auch noch Heizenergie sparen.

Diese Erfahrung hat u.a. die Anni-Pickert-Grund- und Mittelschule in Poing (Oberbayern) gemacht. Hausmeister Reinhold Bitsch erzählt von den Erfahrungen aus den Klassen: „Bereits der erste Test mit Sensoren in vier Klassenzimmern hat uns gezeigt, wie individuell man lüften muss. Sogar das Alter der Kinder spielt eine Rolle: Jüngere Kinder verbrauchen weniger Luft als ältere. Das war uns so gar nicht bewusst.“

Außerdem fügt sich das Lüften mit der Ampel gut in den Unterricht ein. Die Klassen berichten, dass sie rechtzeitig aufmerksam werden und auch mitten im Unterricht störungsfrei und ohne Hektik handeln können – egal ob Kinder oder Erwachsene, das passiert Hand in Hand.“

Einfache Montage

Die Sensoren werden mit Standardsteckdosen verbunden und an der Wand im Blickfeld montiert. Wenigstens dies schnell und einfach geht, bietet RYSTA hierfür auch einen Installationservice an. Die Sensoren blinken – nur in der Nahansicht erkennbar – sehr dezent grün, wenn die Luftqualität gut ist. Deutlich erkennbar ist hingegen das gelbe Leuchten, wenn der CO₂-Wert kritisch wird. Weitere Eskalationsstufen sind rotes Leuchten und rotes Blinken. Bereits das gelbe Leuchten lässt Schülerinnen und Schüler, Lehrer und Lehrerinnen in der Regel aktiv werden. Die Anzeige signalisiert auch, wann die Fenster wieder geschlossen werden können. Der Multi-Sensor bietet zudem die Möglichkeit, Werte zu Raumtemperatur, Feuchtigkeit, Licht und Schall zu erfassen und online über ein Dashboard zu analysieren.

Aufgrund dieser Erfahrung wird nun die gesamte Schule mit dieser Technologie ausgestattet. Poings Bürgermeister Tho-

mas Stark ist überzeugt: „Kurzfristig müssen wir sichere Schulen schaffen. Einen Homeschooling-Winter wie den letzten können wir weder Schüler*innen noch Eltern noch unserer Wirtschaft zumuten. Dass wir über die RYSTA-Plattform zudem erfahren, wie wir unsere Schulgebäude besser und vor allem energieeffizienter nutzen können und ohne eigene Anstrengung beispielsweise auf offen gelassene Fenster aufmerksam gemacht werden, ist einfach super.“

Thomas Halbritter vom Gebäudemanagement der Gemeinde fügt hinzu: „Wir sind sehr dankbar, dass die Versicherungskammer zum richtigen Zeitpunkt auf uns zugekommen ist und uns RYSTA gezeigt hat. Jetzt sind wir für das neue Schuljahr noch besser gerüstet.“

Die Sensoren von RYSTA sind eine erschwingliche Lösung, die es Schulen ermöglicht, alle Klassenzimmer auszustatten. Luftreiniger können – wie etwa in Poing – die Sensoren ergänzen, da sie einen guten Schutz gewährleisten in Räumen, die nicht optimal belüftet werden können.

Stefan Pokorny, Innovator Komposit für den Konzern Versicherungskammer: „Wir unterstützen damit unsere Kunden, in diesem Fall die bei uns versicherten Schulen, mit einer innovativen Lösung. Gemeinsam mit RYSTA entwickeln wir auf diese Weise unsere digitale Gebäudekompetenz weiter.“

Julia Gebert, Geschäftsführerin von RYSTA, ergänzt: „Wir freuen uns über die Zusammenarbeit mit der Versicherungskammer. Unsere Technologie bringt den Kund*innen, aber auch der Versicherungskammer einen unmittelbaren und langfristigen Nutzen. Das passt zu unserer Unternehmensphilosophie, Technologie anzubieten, die den Menschen auf vielfältige Weise einen Mehrwert bietet.“

In den kommenden Wochen werden Versicherungskammer und RYSTA gemeinsam weitere Schulen ausstatten und damit einen wichtigen Beitrag zum unbeschwerteren Lernen und Miteinander in Schulen leisten. □

Neue Grundsteuer:

Fläche bestimmt Abgabenhöhe

Ab 2025 wird die Grundsteuer anhand der Fläche des Grundstücks, der Gebäude sowie der Nutzung berechnet – das hat der Bayerische Landtag in seiner 97. Plenarsitzung beschlossen. Der Wert des Grundstücks und der auf der Fläche bestehenden Immobilien spielen keine Rolle. In Zukunft zählt somit nur noch die Größe und nicht mehr die Lage.

Die Grundsteuer ist eine der wichtigsten kommunalen Einnahmequellen. Die bayerischen Städte und Gemeinden erzielen durch die Grundsteuer momentan rund 1,9 Milliarden Euro pro Jahr. Mit der Mehrheit der Regierungsfaktionen hat der Bayerische Landtag die Reform der landeseigenen Grundsteuer beschlossen. Finanzminister Albert Fürecker (CSU) lobte die Entbürokratisierung und nannte die Verabschiedung einen historischen Moment: „Zum ersten Mal seit über 75 Jahren wird ein wichtiges Steuergesetz auf Landesebene geregelt.“ Die Kritik, wonach es ungerecht sei, dass ein Grundstück in einem Villenviertel nicht automatisch mehr kosten würde, wies er zurück.

Keine schleichende Steuererhöhung

Auch der finanzpolitische Sprecher der CSU-Fraktion und Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Josef Zellmeier, sprach sich für die neue Grundsteuer aus: „Wir haben mit dem Flächenmodell eine einfache und verständliche Neuberechnung der Grundsteuer durchgesetzt. Besonders wichtig ist dabei, dass es zu keiner schleichenden Steuererhöhung durch regelmäßige Neubewertungen kommt.“ Michael Hofmann, der Berichterstatter

der CSU-Fraktion für das Bayerische Grundsteuergesetz, ergänzte: „Wir haben ein bürger- und kommunenfreundliches Gesetz geschaffen. Entscheidend für mich ist, dass wir mit unserem verfassungskonformen Modell in der Summe keine größeren Belastungen schaffen als bisher. Wir lehnen eine verkappte Vermögenssteuer, wie von SPD und Grünen favorisiert, ab.“

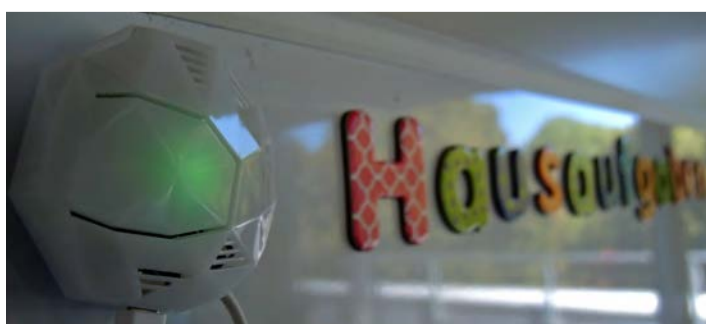
Klares Signal für Bürger

Die kommunalen Spitzenverbände hatten in den Beratungen für eine Grundsteuer C plädiert. Dies hat sich aber letztlich als ein wenig praktikables Instrument zur Aktivierung von innerörtlichen Bauflächen erwiesen. „Bei der Expertenanhörung haben die kommunalen Vertreter selbst eingeräumt, dass die Grundsteuer C nur zu einer minimalen Anhebung der Steuersätze für noch nicht bebaute innerörtliche Grundstücke führt. Mit solch einer Besteuerung hätte man also allenfalls einige Bürger verärgert, ohne eine Lenkungswirkung im Sinne der Verdichtung innerörtlicher Siedlungsflächen zu erreichen. Damit setzen wir ein klares Signal zugunsten der Bürger, dass wir jeder Form von Steuererhöhungen einen Riegel vorschieben. Andererseits schaffen wir auch keine Scheinlösungen

mit vermeintlicher Lenkungswirkung“, erläuterte Bernhard Pohl, stellvertretender Vorsitzender der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion.

Warum Reform der Grundsteuer?

Gerald Pittner, finanzpolitischer Fraktionssprecher, lobte den Entwurf als gelungenes Gemeinschaftswerk der Regierungsfaktionen und der Staatsregierung: „Wir haben im Gesetzgebungsverfahren noch einige wichtige Änderungen am ursprünglichen Entwurf des Finanzministers vorgenommen. Gemeinsam mit der Staatsregierung haben wir ein Steuergesetz verabschiedet, das verlässlich, berechenbar und auch juristisch unangreifbar ist. Wir haben hier von Bayern aus deutschlandweit Maßstäbe gesetzt.“ Hintergrund für die Gesetzesnovelle ist eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2018. Die Karlsruher Richter hatten die Grundsteuer in Deutschland für verfassungswidrig erklärt und forderte eine Neuregelung bis spätestens 2025, weil mit veralteten Werten gerechnet wurde. In der Folge entbrannte ein Streit zwischen Bund und Ländern, ob die Länder über eine Öffnungsklausel eigene Regelungen treffen dürften. Einige andere Bundesländer und auch der Bund setzten auf eine Grundsteuer, die den Wert des Grundstücks berücksichtigt. In Bayern zählt dagegen nur die Größe des Grundstücks und die Nutzungsart der Fläche, aber nicht etwa die Lage. red



Rysta-Einsatz an der Anni-Pickert-Grund- und Mittelschule. Bild: VKB

Mehrwerte für Patienten und Beschäftigte schaffen

GZ-Interview mit Roland Engehausen, Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft

Nicht erst seit der Pandemie ist die Krankenhauslandschaft zahlreichen Herausforderungen und Umbrüchen ausgesetzt. Wie eine zukunftsfähige und patientenorientierte Versorgung aussehen sollte, darüber sprach GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel mit dem Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft, Roland Engehausen. Die BKG ist der Zusammenschluss von etwa 190 Krankenhausträgern mit über 360 Krankenhäusern und insgesamt ca. 75.000 Betten in Bayern.

GZ: Unsere Leser sind die Entscheidungsträger in den bayerischen Kommunen. Welche Rolle spielen sie für die BKG?

Engehausen: Zum einen haben die Krankenhäuser in Bayern zu etwa 2/3 kommunale Träger, zumeist von den Landkreisen oder kreisfreien Städten, nur zwei Gemeinden innerhalb eines Landkreises sind selbst unmittelbar Krankenhausträger. Viele Kreisräte vertreten jedoch ihre Gemeinden in den Aufsichtsgremien der kommunalen Kliniken.

Zum anderen ist Gesundheit gerade auch im Zuge der Pandemie eine zentrale Frage lokaler und regionaler Daseinsvorsorge – gerade auch im engen Zusammenspiel mit den wieder „entdeckten“ Gesundheitsämtern. Hinzu kommt die Verbindung von ambulanter und stationärer Behandlung sowie der Pflege. Die Krankenhäuser spielen als Anker in der Gesundheitsversorgung gerade auch in ländlichen Räumen eine wesentliche Rolle.

GZ: Auch ohne Pandemie steht das Krankenhauswesen gehörig unter Druck. Es geht ums Geld. Die Erreichbarkeit einer Klinik vor Ort ist wichtig für das persönliche Sicherheitsgefühl, aber können wir uns im Flächenland Bayern eine kleinteilige Versorgung leisten?

Engehausen: Während im Ballungsraum München und vereinzelt in der Metropolregion Nürnberg-Fürth-Erlangen eine Überversorgung herrscht, haben wir im ländlichen Raum einen Mangel an Versorgung – weniger an stationären Betten als an Fachkräften. Dieser macht sich beispielsweise besonders bemerkbar, wenn mehr Patienten über Nacht überwacht werden müssen. Aus unserer Sicht gibt es einen höheren Bedarf an Ambulanzen, doch hierfür ist eine Strukturveränderung erforderlich. Das hat weniger mit Überversorgung zu tun, sondern ist der Tatsache geschuldet, dass sich die Art der Patientenbehandlung in Zukunft weiter ändern wird.

Grundsätzlich werden vor allem die Kliniken im ländlichen Raum auch für diese vernetzte Versorgung ein Stabilitätsanker sein. Bekanntermaßen wird es für Haus- oder Fachärzte immer schwieriger Nachfolger zu finden. Hier übernehmen auch Kliniken zunehmend die Verantwortung zur Absicherung, beispielsweise bei der Notfallambulanz: 24 Stunden, 7 Tage die Woche. Wir fordern hier flexiblere Möglichkeiten – Stichworte sind die „integrierte Klinik“ bzw. „integriertes Gesundheitszentrum“.

DRG-Fallpauschalensystem

GZ: Vor 15 Jahren wurde die Krankenhausfinanzierung auf das DRG-Fallpauschalen-System umgestellt. Seither steht das System in der Kritik, aus wirtschaftlichen Gründen falsche Anreize zu setzen, die zu mehr Behandlungen führen, als nötig wäre. Können die bayerischen Krankenhäuser auf dieser Basis ihrer Aufgabe, für eine flächendeckende und fachärztliche Bereitstellung von Gesundheitsdienstleistungen zu sorgen, nachkommen?

Engehausen: Das DRG-System hat sich nur in Teilen bewährt. Ursprünglich als Messinstrument

für die Preisbildung gedacht, hat man daraus in Deutschland ein Finanzierungssystem gemacht, das zu unterschiedlichen Schwierigkeiten führt.

Gerade aus Sicht einer Klinik in der Regelgrundversorgung im ländlichen Raum gibt es dabei Probleme. Zum einen geht das DRG-System davon aus, dass ein Krankenhaus nur dann ausreichend finanziert ist, wenn es auch eine Auslastung von etwa 85 Prozent plus x hat. Dies ist schlichtweg nicht mit jeder Leistung rund um die Uhr möglich und macht auch keinen Sinn. Wenn ein Klinikbetrieb eine derart hohe Auslastung haben muss, bedeutet es auch, dass es kaum Möglichkeiten gibt, Belastungsspitzen über eine Reserve auszugleichen.

Zum anderen ist die Vergütung umso höher, je komplexer die Behandlung ist. Beides sind Entwicklungen, die nicht unbedingt immer etwas mit dem Patientenwohl zu tun haben. Zusammen mit der Deutschen Krankenhausgesellschaft fordern auch wir deshalb eine Basisfinanzierung für die Krankenhäuser, um notwendige Vorhaltekosten unabhängig von ihrer Auslastung finanzieren zu können, wenn es sachlich geboten ist.

GZ: Wie beurteilen Sie Klinikverbände oder Managementverträge?

Engehausen: Krankenhäuser müssen sich Gedanken darüber machen, wie sie eine vernetzte Steuerung effizienter nutzen können. Dies erfolgt schon in vielen Fällen beispielsweise über die Beteiligung an Einkaufsgenossenschaften und einzelnen Kooperationsprojekten. Auch ist es eine Überlegung wert, Kliniken in größere kommunale Verbände zu fusionieren, wie dies bereits in Baden-Württemberg häufiger, aber auch in Bayern schon bei einigen Krankenhausverbänden geschieht. Die Tendenz geht eindeutig in diese Richtung. Grundsätzlich ist ein Verbund aber per se kein Allheilmittel, sondern kann nur funktionieren, wenn die Balance zwischen den kommunalverantwortlichen und der jeweiligen Klinikleitung stimmt. Wichtig ist eine stabile Vertrauenskultur.

Bei Managementverträgen liegt die unternehmerische Verantwortung weiter komplett in der Trägerschaft des einzelnen Krankenhauses. Der Träger entscheidet dann, keine eigene Geschäftsführung einzustellen, sondern sich diese sozusagen über einen Betriebsvertrag zu organisieren. Hier muss man von Fall zu Fall entscheiden. Oftmals spielen bei diesem Modell strukturelle Überlegungen eine Rolle. In der Regel sind diese auch nur für eine bestimmte Übergangszeit geplant.

Fachkräftemangel

GZ: Die Gesundheitseinrichtungen zählen zu den bedeutendsten Arbeitgebern des Freistaats. Über 210.000 Beschäftigte, darunter über 30.000 Ärzte und 80.000 Pflegekräfte, beziehen ihr Einkommen von bayerischen akut-stationären Krankenhäusern. Der Fachkräftemangel ist auch hier angekommen. Wie dramatisch ist die Situation?

Engehausen: Der Fachkräftemangel im Gesundheitsbereich

und gerade auch besonders in Krankenhäusern hat sich über einen langen Zeitraum verschärft und ist sicherlich aktuell (neben der Pandemiebewältigung) unser drängendstes Problem. Dieses zu lösen, wird nicht von heute auf morgen möglich sein. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, brauchen wir eine Vielzahl von verschiedenen Maßnahmen. Zunächst müssen wir die Gesundheitsberufe, speziell die Pflege, wieder attraktiver machen. Daran arbeiten wir schon seit Jahren und die ersten wichtige Schritte sind bereits gegangen.

Gutes Image für wichtigen Beruf

Fakt ist: Die Arbeitsbedingungen, Karrieremöglichkeiten, aber auch die Vergütungsmöglichkeiten haben sich in der Pflege inzwischen schon deutlich verbessert. Deswegen ist es wichtig das auch breit zu kommunizieren, um daraus jetzt ein gutes Image für diesen wichtigen Beruf zu entwickeln und um deutlich mehr Auszubildende zu finden. Auch ist es erforderlich, Fachkräften die Möglichkeit zu geben, Karriere in der Pflege zu machen und dafür nicht in die Verwaltung wechseln zu müssen. Hier benötigen wir noch bessere Ideen und Möglichkeiten. Damit verbunden ist, die Rolle der Pflege im Gesundheitsbereich als eigenständige Profession weiter zu stärken.

Kurzfristig ist es in Ordnung und auch notwendig, Pflegekräfte aus dem Ausland nach Deutschland zu holen. Aber das hat seine Grenzen, auch im Hinblick auf die Fairness gegenüber Ländern, die genauso mit dem Fachkräftemangel zu kämpfen haben und darunter leiden, dass in Deutschland die Bezahlung ein wenig besser ist.

GZ: Hat die BKG einen Einfluss darauf, wie die Rahmenbedingungen im Gesundheitsbereich gestaltet werden?

Engehausen: Die BKG hat das Thema intern zum Topthema gemacht. Gerade auch die Verbindung zwischen Fachkräftemangel und Digitalisierung. Aktuell versuchen wir beispielsweise für die Kliniken bessere digitale Strukturvoraussetzungen zu schaffen. Wir müssen unnötige Bürokratie aus den Kliniken entfernen und unterstützen Angebote, wie beispielsweise die sog. PSU-HELPLINE, eine Organisation, die kurzfristig Hilfestellung gibt, indem sie anonymisiert eine Hotline-Möglichkeit für Pflegekräfte schafft, wenn diese sich in einer Überlastungssituation befinden (<https://psu-helpline.de>).

Digitalisierung im Gesundheitsbereich

GZ: Eine Umstellung, verbunden mit einem Aufbrechen verkrusteter Strukturen, ist eine gewaltige Kraftanstrengung. Wie weit kann die Digitalisierung im Gesundheitsbereich tatsächlich Erleichterung verschaffen und wo stehen wir im internationalen Vergleich?

Engehausen: Wir sind noch im Rückstand und müssen aufpassen, dass wir Digitalisierung nicht nur als moderne Apps für Gesundheitsanwendungen verstehen. Einer der Hauptschlüssel für mehr Digitalisierung sind stabile Grundlagensysteme, wie z. B. eine Rechenzentrums- und Standardbranchensoftware-Struktur, die einen stabilen Klinikbetrieb mit hoher Verfügbarkeit und Cybersicherheit quasi „aus der Steckdose“ ermöglichen. Darauf aufbauend kann man weitere Entwicklungen wie ein Pa-

tientenportal anwenden. Genauso ein Instrument brauchen wir für das Entlastungsmanagement: Wird der Patient aus dem Klinikum entlassen, soll es möglich sein, seine Gesundheitsdaten weiter zu nutzen.

Eingebettet sein muss das Ganze in eine Telematikinfrastruktur für das gesamte Gesundheitswesen, die durchlässig ist zwischen den einzelnen Behandlungen beim Arzt und im Krankenhaus. Daran wird bereits gearbeitet. Nicht ausreichend beachtet wird aus unserer Sicht dabei aber die besondere Rolle eines Krankenhauses, weil es dort immer mehr als nur einen Arzt und eine Pflegefachkraft gibt. Deswegen bedarf auch die Digitalisierung in der internen Organisationsstruktur eines Krankenhauses einer großen Kraftanstrengung. Dafür bieten die Softwareanbieter allerdings noch keine guten Lösungen an. Wir drängen hier auf Besserung.

Ein großer Vorteil für kommunale Häuser im ländlichen Raum kann sich durch mehr Telemedizin und Telekonsile ergeben, weil dadurch beispielsweise eine komplexere Behandlung mit Unterstützung eines entsprechend professionellen spezialisierten Mediziners aus einem Fachzentrum stattfinden kann. Dies ist insbesondere auch dann wichtig, wenn es um die Vorbereitung einer Operation oder die wohnortnahe Nachsorge geht.

Digitalisierung ist kein Instrument, um Gesundheitsversorgung in großen Zentren zu bündeln. Deshalb sollte sie dazu dienen, Gesundheitsversorgung regionaler stattfinden zu lassen.

GZ: Auffallend ist, dass die Gesundheitsversorgung bei Konzepten für eine lebendige Ortsmitte eine wesentliche Rolle spielt – Stichwort Ärztehaus. Was halten Sie davon?

Engehausen: Im Gesundheitsbereich werden die meisten Fragestellungen sicherlich auch künftig über die persönliche Beratung und Behandlung laufen. Deswegen ist es richtig, dass die Gesundheitsdienstleistungen auch in der kommunalen Daseinsvorsorge oder in den kommunalen Dienstleistungen eine immer größere Rolle spielen.

Nahversorgung nach schwerer Erkrankung

GZ: Stichwort demografischer Wandel: Wir alle werden immer älter und entsprechend pflegebedürftiger. Für alleinstehende Personen, die vielleicht in einem inzwischen viel zu großen Haus



Roland Engehausen, Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft und GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel.

Bild: Eduard Fuchshuber

leben, ergibt sich oft eine Lücke zwischen dem Aufenthalt in einer Klinik und der anschließenden Versorgung. Was muss sich an dieser Stelle ändern?

Engehausen: Eine ausreichende Nahversorgung nach einer schweren Erkrankung, die ein Leben wie davor nicht mehr möglich macht, bereitzustellen, ist aktuell eine der größten kommunalen Herausforderungen. Gefragt sind die Absicherung des häuslichen Umfelds, eine neue Organisationssituation für pflegende Angehörige oder aber die Unterstützung über ambulante Pflegedienste bzw. die stationäre Pflege.

Für uns Krankenhäuser ist hier das DRG-System ein Problem, weil es nur eine möglichst kurze, medizinische Behandlungszeit im Krankenhaus vorsieht. Mit der sog. Übergangspflege wurde nun aber endlich eine Möglichkeit geschaffen, dass der Patient nach der Behandlung im Krankenhaus dort noch bis zu einem Zeitraum von zehn Tagen bleiben und gepflegt werden kann, um die Nachsorge besser organisieren zu können. Dieser Leistungsanspruch ist gesetzlich festgelegt. Leider gibt es dazu aber noch keine vertraglichen Regelungen mit den Krankenkassen. Bayern ist hier Vorreiter und Ziel der BKG ist es, Anfang 2022 diese Leistung flächendeckend in den Kliniken für ihre Patienten zu ermöglichen. Die Verhandlungen laufen.

GZ: Sie haben mitten in einer Pandemie, im Dezember 2020, Ihre Stelle angetreten. Befinden Sie sich derzeit im Krisenmanagement und was würden Sie als die Herausforderungen der kommenden Jahre bezeichnen?

Engehausen: Von Krisenmanagement kann keine Rede mehr sein, eher vom guten und professionellen Umgang mit der Pandemie. In enger Zusammenarbeit mit dem Freistaat Bayern nimmt

die Bayerische Krankenhausgesellschaft eine wichtige Rolle in der Pandemiebekämpfung ein, unter anderem bei der Sicherstellung der Versorgung auf den Intensivstationen.

Keine menagegetriebene Finanzierung mehr

Auch wenn die Pandemie hoffentlich bald ein Ende findet, bleiben die Herausforderungen die gleichen: Wir müssen uns verabschieden von einer mengengetriebenen Krankenhausfinanzierung. Dazu gehört auch, dass die systematische Beteiligung an der ambulanten Versorgung für Kliniken gerade im ländlichen Raum besser organisiert werden muss. Das beginnt bereits bei der Notfallbehandlung: Über 50 Prozent der ambulanten Notfälle werden bereits heute in Kliniken durchgeführt.

GZ: Gibt es noch einen Punkt, den Sie zum Beispiel Kreisräten mitgeben würden, die in ihren Gremien vor Ort darüber entscheiden, wie sich die regionale Gesundheitsversorgung zum Wohl und Wehe der Menschen auswirkt?

Engehausen: Kreisräte sollten zunächst ihren Blick auf den Status quo der Patientenversorgung in ihrem Verantwortungsgebiet richten, um hieraus Defizite erkennen zu können und Chancen für eine Verbesserung abzuleiten. Darüber hinaus ist es für das Krankenhaus wichtig, Rückenbedeckung aus der Kommunalpolitik zu haben. Auch sollte die Bedeutung eines Krankenhauses für die Region immer wieder sichtbar werden, getreu dem Motto „Tue Gutes und rede darüber“: bei allen Gelegenheiten des gesellschaftlichen Miteinanders in der wirklichen, aber auch virtuellen Welt wie z.B. in den sozialen Medienkanälen. **DK**



Die Mietverträge für das neue Wackersdorfer Ärztehaus sind unterzeichnet. Die Mietverträge sind auf eine Laufzeit von 15 Jahren angelegt – mit Option auf Verlängerung. Die Bauarbeiten schreiten derweil nach Plan voran. „Zu keinem anderen Großprojekt erhalten wir so viel positives Feedback aus der Bevölkerung“, freut sich Bürgermeister Thomas Falter.

Das Ärztehaus ist schon jetzt, ein gutes Jahr vor seiner geplanten Fertigstellung, eine Erfolgsgeschichte. Und was lange feststand, ist nun vertraglich festgehalten: Die Gemeinschaftspraxis der Wackersdorfer Hausärzte Roi und Kollegen bezieht 530 Quadratmeter, die Wackersdorfer Barbara-Apotheke um Geschäftsführer Joachim Muss 170 Quadratmeter des neuen Gebäudes. „290 Quadratmeter sind noch zu vergeben. Hier führen wir vielversprechende Gespräche“, hält der Bürgermeister fest. Bauamtsleiter Uwe Knutzen ergänzt: „Wir liegen mit den Bauarbeiten voll im Zeitplan. Der Rohbau wird noch in diesem Jahr fertiggestellt.“ Die rund 6 Millionen teure Baumaßnahme in der neuen Wackersdorfer Ortsmitte soll Ende 2022 abgeschlossen sein. Mit dem neuen Ärztehaus konnte die Gemeinde Wackersdorf einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der medizinischen Versorgung im Ort leisten. Eine weitere große Rolle spielen die Allgemeinpraxis Dr. Kappl und die ansässigen Zahnärzte. Der Gebäudekomplex mit angegliedertem Parkdeck entsteht in direkter Nachbarschaft zum Mehrgenerationenhaus und bildet zukünftig einen zentralen Baustein der Ortsmitte. Das Projekt ist dabei ein Paradebeispiel für gelungene Nachverdichtung.

Die Mietverträge für das Ärztehaus sind unterzeichnet: Rechts im Bild Ärzte der Gemeinschaftspraxis Roi & Kollegen, Apotheker Joachim Muss (2.v.l.) und Rechtsanwalt Dr. Thomas Rothammer (3.v.l.).

Bild: Michael Weiß/VG Wackersdorf

„Ich war den Ertrinkenden am nächsten“

Insgesamt 29 Menschen hat Andreas Krahl, Landtagsabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen, während seines knapp fünfwöchigen Aufenthaltes auf dem Seenotrettungsschiff Sea-Eye 4 vor dem Ertrinken bewahrt. Im Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung beschreibt er, wie der Einsatz auf dem Mittelmeer seinen Blick auf die Welt verändert hat und mit welcher Einstellung das Thema zivile Seenotrettung aus seiner Sicht forciert werden sollte.

GZ: Um Kollegen während der Corona-Pandemie auf den Intensivstationen zu unterstützen, sind Sie bereits für einige Wochen in Ihrem ehemaligen Beruf als Intensivpfleger an Kliniken in Bayern zurückgekehrt (vgl. GZ 1-2/2021). Jetzt waren Sie im Herbst 2021 für knapp fünf Wochen auf dem Seenotrettungsschiff Sea-Eye 4 auf dem Mittelmeer unterwegs – warum nehmen Sie sich diese „Auszeiten“ neben Ihrem Beruf als Abgeordneter im Bayerischen Landtag?

Andreas Krahl: Das ist eine sehr gute Frage. Zum einen, weil ich sitzungsfreie Zeit habe und mein Mandat mir das ermöglicht. Zum anderen, weil ich sowohl die Rolle des Rettungssanitäters als auch die des Politikers gelernt habe.

GZ: Wie haben Sie die Rolle des Paramedics – also als Sanitäter das medizinische Teams auf der Sea-Eye 4 zu unterstützen – erlebt?

Krahl: Der Grund für mich, warum ich das gemacht habe – neben reparieren, putzen, Inventur, Rost entfernen – ist, dass ich 29 Menschenleben vor dem Ertrinken gerettet habe.

GZ: Für diejenigen von uns, die Rettungsaktionen auf hoher See nur aus den Beschreibungen in den Medien kennen – wie haben Sie bei Ihrer ersten Seenotrettung geholfen?

Krahl: Ich hätte mir das anders vorgestellt. Ich fahre seit Jahrzehnten ehrenamtlich Rettungsdienst und es hat in diesem akuten Moment keinen Unterschied gemacht, ob ich in meinen Rettungswagen steige und zum Verkehrsunfall fahre oder ob ich die Menschen aus dem Wasser hole. Die Gedanken sind in diesem Moment keine anderen, sondern einfach nur: Da sind Menschen in Not und denen muss man helfen! Technisch können Menschen in Nusschalen nicht direkt aus dem

Wasser in die Sea-Eye 4 geborgen werden. Deswegen haben wir zusätzlich zwei schnelle Beiboote, die eine Art „Zwischenstation“ sind. Mein Job war dabei die technische Rettung, falls es zu Bewusstlosigkeit gekommen wäre, bei dem Transport der Menschen vom Beiboot auf die Sea-Eye 4. Dazu kam der klassische medizinische Erst-Check bzw. Triage der Geretteten an Bord der Sea-Eye 4.

GZ: In einem Team kommt es immer auf jeden Einzelnen an, aber dann war ihr Job einer von denen, die bei der Rettung mit am nächsten dran waren?

Krahl: Unabhängig davon, wer was tut, kann die ganze Mission nur funktionieren, wenn man als Team funktioniert. Ja, aber ich war mit am nächsten an den Ertrinkenden dran.

GZ: Wie ist es dazu gekommen, dass Sie sich dazu entschlossen haben, diesen Job auf der Sea-Eye 4 zu übernehmen?

Krahl: Noch vor meiner Zeit im Landtag, vermutlich im Wahlkampf im Jahr 2018, habe ich mich vor dem Hintergrund meiner Berufsausbildung bei der Seenotrettungsorganisation Sea-Eye als Freiwilliger gemeldet. Dann

ist erst einmal nichts passiert und dieses Jahr im März kam ein Anruf aus Regensburg von Sea-Eye, ob das Angebot noch steht. Man muss dann natürlich abwägen, sich mit der Familie beraten und dann habe ich das standardmäßige Auswahlverfahren durchlaufen. Mir war dabei wichtig, dass ich niemals eine Sonderrolle als Abgeordneter habe.

GZ: Was hatten Sie für Erwartungen und haben die Erlebnisse Ihren Blick auf das Thema zivile Seenotrettung geändert?

Krahl: Während der Vorbereitung habe ich mich gefragt, was ich eigentlich genau erwarte und ich kann es bis heute nicht wirklich beantworten. Weil für mich diese Situation immer noch so surreal ist, dass es Menschen gibt, die sich für eine Strecke von 450 Kilometer Luftlinie in ein Ruderboot setzen und versuchen über das Meer zu fahren – mit einem Rasenmähermotor. Ich hatte also keine Erwartungen, sondern bin eher offen für alles, was passiert. Dabei habe ich sehr schnell meinen Blick auf die Welt verändert. Ich war z. B. auch verantwortlich für den medizinischen Bericht der Geretteten, der für die italienischen Gesundheitsbehörden ausgestellt wurde. Wenn man dann feststellt, dass drei von vier Menschen Foltermerkmale tragen – das sind nicht nur Striemen am Rücken, sondern Narben von ausgedrückten Zigaretten auf der Haut, falsch zusammengewachsene Unterarmfrakturen. Da bekommt man in der Situation einen Hass auf die Menschheit und versucht im Anschluss, dieses Bild wieder „gerade zu rücken“.

Expertenanhörung zivile Seenotrettung

GZ: Im November 2020 haben Abgeordnete und Fachleute im Europausschuss des Bayerischen Landtags im Rahmen einer Expertenanhörung über das Thema zivile Seenotrettung dis-



Andreas Krahl, MdL, auf der Sea-Eye 4.

Bild: Andreas Krahl

kutiert (vgl. GZ 22/2020). Wurden daraufhin Initiativen angestoßen, die zu einer Verbesserung der Situation beigetragen haben?

Krahl: Von Seiten des Bayerischen Landtags überhaupt nicht. Ich habe auch nach meiner Rückkehr einen Antrag gestellt, in dem unsere Fraktion u. a. die Einstellungen der Zahlungen an Frontex und die libysche Küstenwache gefordert hat. Dass nicht zugestimmt wurde, war mir schon klar, weil wir in der Opposition sind. Aber es hat noch nicht einmal im Wortlaut der Staatsregierung etwas verändert. Im Gegenteil: Es wurde wieder das Argument hervorgebracht, dass sich die Menschen aus Zentralafrika nur auf die Flucht nach Europa durch die Sahara machen, weil wir sie aus dem Mittelmeer herausfischen.

Ertrinken ist keine Lösung

GZ: Es ist sowohl auf politischer Ebene, als auch mit Freunden und Familie schwierig über dieses Thema zu diskutieren. Wenn Sie mit Menschen – ob mit Kollegen oder Ihrer Familie – darüber sprechen, wie argumentie-

ren Sie und welchen Ansatz verfolgen Sie?

Krahl: Sehr häufig werden diese Diskussionen – das habe ich gerade nach meiner Mission immer wieder gehört – vermischt mit der grundsätzlichen Diskussion um Asylrecht und Einwanderung. Ich habe die Erfahrung gemacht: Wenn man es auf den Wesenskern der zivilen Seenotrettung runterbricht, verlaufen die Diskussionen oft sehr positiv. Denn egal was der Grund ist, Libyen oder ein anderes Land zu verlassen: Ertrinken ist keine Lösung. Auf diesen banalen kurzen Satz können sich verdammt viele Menschen einigen. In dem Moment, in dem Menschen im Mittelmeer ertrinken, ist es keine Option wegzuschauen. Wenn wir in Bayern mit dem Rettungsdienst zum Unfallort kommen, dann fragen wir auch nicht nach der Unfallursache – ob das Opfer vielleicht Drogen genommen oder vorsätzlich gehandelt hat und ein Verbrecher ist. Sondern wir tun das, wofür wir da sind: Wir helfen diesen Menschen. Genau mit der gleichen Herangehensweise müssen wir auch das Thema zivile Seenotrettung im Mittelmeer forcieren. red

Mit Robotern und 5G wird die Zukunft Gegenwart

Rund 3,8 Millionen Euro fließen in ein Förderprojekt an den Arberlandkliniken und den Kliniken am Goldenen Steig

Die eigentlichen Stars des Nachmittags waren nicht die Landräte Rita Röhl und Sebastian Gruber, die erklärten, wie sie 3,8 Millionen Euro Fördergeld aus dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur für die Landkreise Regen und Freyung-Grafenau gewinnen konnten. Es waren auch nicht die Projektleiter und Wissenschaftler, die erklärten, wie das Projekt aufgebaut ist und was alles erreicht werden kann. Die Attraktionen heißen Temi und Pepper und sind keine Menschen, sondern Roboter.

Vor allem Pepper hatte es den Teilnehmern beim Start-Up angetan. Der Roboter erinnert an eine moderne Version der 80-er Jahre Sci-Fiction-Filmfigur Nummer fünf. Wobei Pepper nicht lebt, sondern erst programmiert werden muss. „Noch ist er dumm“, sagt auch Projektleiterin Lisa-Marie Hanning. Zusammen mit Professor Dr. Florian Wahl soll sie in der praktischen Arbeit, das von Professor Dr. Diane Ahrens geleitete „SMART FORREST – 5G for Clinics“ genannte Projekt voranbringen. Dabei sollen dann auch Pepper und Temi tragende Rollen spielen. Während Pepper mit großen Kulleraugen und Fünf-Finger-Handen ausgestattet ist, erinnert Temi allenfalls an R2D2 aus der Filmreihe Star Wars. Er hat neben der Kamera einen Monitor und kann auch mehr transportieren als Pepper.

Kein Ersatz für Arbeitskräfte

Vornweg machten die Landräte eines klar: „Die Roboter sollen keine Menschen ersetzen. Wir wollen keine Arbeitsplätze reduzieren“. Vielmehr sollten die Roboter die Mitarbeiter entlasten. Die Landräte sprachen in ihren einleitenden Worten auch über die Technologieregion Bayerischer Wald. „Wir sind eine hoch innovative Region“, betonte Gruber und so sei es auch logisch, dass ein innovatives Projekt von der Technischen Hochschule Deggendorf und dem Technologie Campus Grafenau betreut wird, waren sich Gruber und Röhl einig. Wobei auch die beiden Klinikchefs Marcus Plaschke, Geschäftsführer der Kliniken am Goldenen Steig im Landkreis Freyung-Grafenau, und Christian Schmitz, Vorstand der Arberlandkliniken im Landkreis Regen, sich darüber freuten, dass in den Kliniken in Freyung und Viechtach

in den kommenden drei Jahren die Technik von morgen erprobt wird.

Professorin Ahrens stellte die Grundzüge des Projekts vor. „Wir haben fünf Anwendungsfälle im Blick“, erklärte sie. Dabei werde es patientenorientierte und prozessorientierte Prozesse geben. Ein Einsatzbereich könnte das Tracking von Patienten mit Ortung und Sturzüberwachung sein. Hier könnte die moderne Technik beispielsweise bei demen-ten Patienten sehr hilfreich sein. „Ob der Patient im Bett liegt oder ein paar Zentimeter daneben, ist ein großer Unterschied“, betonte sie und durch die gezielte Überwachung könne man so schneller und effektiver helfen. Im nächsten Schritt denken die Experten an eine ferngesteuerte Televisite. Diese könne vor allem dann hilfreich sein, wenn man besondere Experten zu Rat ziehen will oder zu ungünstigen Tages- und Nachtzeiten eine ärztliche Einschätzung braucht. Auch ein robotergesteuertes Patientenleitsystem wäre eine Hilfe für

Patienten und Personal. Wenn ein Roboter den Weg weist, dann könne man auch davon ausgehen, dass der Patient den Weg in einen Fachbereich ohne menschliche Begleitung findet, so die Experteneinschätzung. In einem weiteren Schritt können man sogar an robotergesteuerte Hol- und Bringdienste denken. Auch im Bereich der Zugangskontrollen könnten Roboter in nicht mehr ferner Zukunft eine wertvolle Hilfe sein.

Zum Einsatz kommen dann mit Pepper ein humanoider Roboter und mit Temi und Double 3 zwei sogenannte modulare Roboter. Los geht es bereits Anfang 2022. Dann sollen in beiden Kliniken das Trackingsystem erprobt werden. Im Jahresverlauf sollen dann in Viechtach Temi oder Double 3 zum Einsatz kommen und in Freyung Pepper. Ab 2023 sollen in beiden Kliniken alle Systeme getestet werden. „Die unterschiedlichen Startpunkte erleichtern die Installation und geben uns die Möglichkeit die Erfahrungen von einem Standort am anderen einzuspeisen“, erklärte Dr. Ahrens. Zu guter Letzt berichtete noch Holger Mauerer von Vodafone über erste Erfahrungen, die der Mobilfunkanbieter am 5G-Medizincampus in der Uniklinik Düsseldorf seit dem dortigen Projektstart im Sommer gemacht hat. □



v.l. Freyung-Grafenau Landrat Sebastian Gruber, Christian Schmitz (Vorstand der Arberlandkliniken), Regens Landrätin Rita Röhl, Marcus Plaschke (Geschäftsführer der Kliniken am Goldenen Steig), Professor Dr. Diane Ahrens und Professor Dr. Florian Wahl sowie Lisa-Marie-Hanning (operative Projektleiterin) vom Technologiecampus Grafenau mit den Robotern Temi (li.) und Pepper. Bild: Langer/LK Regen

GZ BLOG

Sana Gesundheitscampus Roding:

Regionale Gesundheitsversorgung der Zukunft

Auf dem Gelände des Rodinger Standortes der Sana Kliniken des Landkreises Cham entsteht derzeit ein neuer Gesundheitscampus – ein wichtiger Schritt für die Entwicklung der regionalen Gesundheitsversorgung, denn: Die Qualität der allgemeinen Gesundheitsversorgung in einer Region hängt heutzutage nicht mehr von der Zahl der vorhandenen stationären Betten ab, wohl aber von der Zahl der verfügbaren Fachärzte.

Am Sana Gesundheitscampus Roding werden deshalb ambulante medizinische Hausarzt- und Facharztpraxen oder -zentren unterschiedlichster Bereiche ihren Platz finden. Einrichtungen der stationären Altenpflege, der Kurzzeit- und Tagespflege und gesundheitsnahe Dienstleister wie Apotheken oder Sanitätshäuser werden das ärztliche Angebot ergänzen.

Das umfangreiche Gesamtprojekt wird derzeit Schritt für Schritt umgesetzt. Ein Lenkungsgremium, dem die Sana Kliniken des Landkreises Cham, der Landkreis Cham und die Stadt Roding angehören, begleitet dabei die Entwicklung.

Vom Krankenhaus zum Gesundheitscampus

Was passiert aber mit den stationären Fällen, die zuvor im Rodinger Krankenhaus versorgt wurden? Der stationäre Krankenhausbetrieb am Standort Roding soll stufenweise – in Abstimmung mit den zuständigen Gremien der Gesellschafter – nach Cham überführt werden. Die Verlagerung ist abhängig vom Stand der kon-

kreten Umsetzung des Konzepts für den Gesundheitscampus und vom Baufortschritt am Krankenhaus Cham. Am Standort Cham werden aktuell durch eine Investition in Höhe von 30 Mio. Euro die Zentrale Notaufnahme maßgeblich erweitert und zusätzliche Bettenkapazitäten geschaffen.

Synergieeffekte

Das ambulante Angebot des künftigen Gesundheitscampus wird dabei stark vernetzt mit dem stationären Leistungsspektrum der Sana Kliniken des Landkreises Cham. Patientinnen und Patienten aus dem Landkreis Cham und darüber hinaus profitieren dadurch von Synergieeffekten. Die Fachärzte auf dem Gesundheitscampus ermöglichen so beispielsweise die ambulante Nachsorge oder Weiterbehandlung nach einem stationären Aufenthalt an den Sana Kliniken in Cham. Umgekehrt kann im Bedarfsfall eine Aufnahme der Rodinger Patienten im Klinikum erfolgen. Die auf dem Campus angesiedelten Sanitätshäuser und Apotheken ergänzen das Versorgungsangebot

mit den notwendigen Heil- und Hilfsmitteln.

Vier Säulen der Versorgung

Der Gesundheitscampus Roding wird mehrere Bereiche der ambulanten Gesundheitsversorgung vereinen und fußt auf insgesamt vier Säulen. Eine Erweiterung der fachärztlich-ambulanten Versorgung, der Ausbau der lokalen Pflegeangebote, die Weiterentwicklung der Bildungseinrichtungen vor Ort (Krankenpflege, Physiotherapie) sowie die Ansiedlung von gesundheitsnahen Dienstleistungen bilden die Grundlagen des Vier-Säulen-Modells für den Rodinger Gesundheitscampus.

Es werden bereits Gespräche mit in Frage kommenden Interessenten geführt, die eine Ansiedlung auf dem neuen Gesundheitscampus anstreben. Grundsätzlich ist der Sana Gesundheitscampus Roding aber auch für weitere Initiativen bzw. Bewerber offen. Die Akquise neuer Partner erfolgt in enger Abstimmung mit der Geschäftsführung der Sana Kliniken des Landkreises Cham; die Beratung bei der Prüfung der entsprechenden baulichen und rechtlichen Voraussetzungen übernimmt die Firma PSB Wasner GmbH.

Weitere Informationen zum Sana Gesundheitscampus Roding finden Sie unter www.gesundheitscampus-roding.de.

In Kooperation mit der Sana Kliniken AG.

Alle Beiträge finden Sie auf unserer Internetseite unter: www.gemeindezeitung.de/GZ-Blog.

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Stadt Hauzenberg, ca. 12.000 Einwohner.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?

Am 1.7.2012.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Mein ganzes berufliches Leben arbeite ich mit und für Kommunen und Landkreise, früher als Beraterin. Als Bürgermeisterin kann ich viel von dem gestalten und anstoßen, was ich früher den Gemeinden „nur“ empfohlen habe. Was gibt es Reizvolleres, als diese Erfahrungen und vor allem auch die damit verbundenen Netzwerke an vorderster Stelle in der Heimatgemeinde einzubringen und die Entwicklung damit voranzutreiben? Tatsächlich kam aber die Anfrage, ob ich kandidieren möchte sehr überraschend. Ein politisches Amt war bis dahin nicht Teil meiner Lebensplanung.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Ich bin Dipl. Geografin und habe schon im Studium den Schwerpunkt auf Ländliche Entwicklung und Stadt-/Landesplanung ge-



Gudrun Donaubauer

1. Bürgermeisterin der Stadt Hauzenberg,

Mitglied des Kreistages im Lkr. Passau,

Fraktionssprecherin der Überparteilichen Wählergemeinschaft,

Mitglied des Vorstands des Kreisverbandes des Bayerischen Gemeindetages,

Ordentliches Mitglied der Akademie Ländlicher Raum Bayern

legt. Auch beruflich war das mein Aufgabenfeld. So war ich in vielen Themen „eingearbeitet“. Auch die Moderation von Prozessen, Projektmanagement und die Leitung von Projektteams waren schon immer Teil meines Tagesgeschäftes. Ich kann mich sehr auf die Loyalität und Unterstützung der Mitarbeitenden verlassen, ohne die das Bürgermeister*innenamt nicht zu schaffen ist. Dennoch gab und gibt es viel Neues! Das reizt mich jeden Tag auf's Neue – manchmal auch bis auf's Blut!

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Die Stadt Hauzenberg steckte in einer Krise wegen einer großen Kassenaffäre, es ging um die Unterschlagung von mehr als 2 Millionen durch den ehemaligen Kassenleiter. Das führte letztendlich auch zu den Neuwahlen und prägte den Neuanfang. Die Verwaltung war durch diese Ermittlungen sehr verunsichert und betroffen, die politische Diskussion sehr kontrovers – ein wirklich fordernder Start. Daneben standen große Maßnahmen wie zwei alte Kläranlagen, ein Investitionsstau in mehreren Bereichen und auch business as usual an.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Natürlich sind auch bei uns die Rahmenbedingungen geprägt von den Beschränkungen und Auswirkungen der Pandemie. Ich beobachte mit Sorge ein Auseinanderdriften der Gesellschaft, das einher geht mit einem Werteverlust insbesondere im Umgang miteinander und in den sozialen Medien. Als Stadt bringen wir dennoch große Projekte voran z.B. bei der Sanierung unserer Schulen und Kindergärten, bei großen Investitionen in die Infrastruktur wie Breitband, Straßenerhaltung, Dorferneuerung, Stadtentwicklung, und vieles mehr! Mir ist es ein großes Anliegen, dass die Nachhaltigkeit bei unseren Entscheidungen ein wichtiger Aspekt ist – bei der Verwendung von Materialien, im Umgang mit der Natur und der verfügbaren Fläche, bei der Aktivierung von Leerständen usw.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Aktuell beschäftigt uns die Standortdiskussion über eine stei-

gende Anzahl an Anträgen für PV-Freilandanlagen und eine z.T. sehr emotional geführte Debatte über Windkraftanlagen.

Die demografische Entwicklung gerade in unserer Region stellt immer mehr einen Engpass für unsere wirtschaftliche Entwicklung dar. Deshalb setzen wir viel darauf, dass wir ein gutes Umfeld für alle Generationen bieten, wie Bildung, Betreuung aber auch einen hohen Freizeitwert. Wir bieten mit einer jährlichen Ausbildungsmesse eine wichtige Plattform für die Vernetzung von Schulen und Betrieben, ein digitaler Lernort der Hochschule Landshut bietet sogar die Möglichkeit, in Hauzenberg berufsbegleitend zu studieren. Ein weiterer Schwerpunkt wird sein, wie wir Ortschaften, Landschaft und Infrastruktur widerstandsfähig gegen zunehmende Wetterereignisse machen.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Als parteilose Bürgermeisterin ist es mir besonders wichtig, dass immer nur die Sache im Mittelpunkt steht. Wer mitarbeiten will, ist herzlich willkommen. Auch unterschiedliche Meinungen über Ziel und Mittel bringen Projekte voran. Geduld zu haben, hilft! Ich lasse mich immer wieder coachen, das tut mir wirklich gut. Ich treffe mich gerne mit Amtskolleginnen – und auch -kollegen – zum Austausch. Nicht nur am Rande von Sitzungen und Versammlungen, sondern explizit zum Gespräch miteinander. So viel Zeit muss sein.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Ich bin seit 2012 1. Vorsitzende einer interkommunalen Kooperation (ILE Abteiland) von 11 Gemeinden, ich engagiere mich im Kreisverband des Bayerischen Gemeindetages. Regelmäßig gibt es Jour fixe mit den Sachgebietsleiter*innen und Mitarbeitermeetings, auch die Sprecher*innen der Stadtratsfraktionen lade ich regelmäßig zur Diskussion über anstehende Themen und Entscheidungen ein. Bürger*innen haben zu Beginn der Stadtratsitzungen die Möglichkeit, sich mit einem Anliegen zu Wort zu melden – und natürlich bin ich im Rathaus und „auf der Straße“ für persönliche Gespräche anzutreffen. Zu verschiedenen Themen bilden wir auch immer wieder Arbeitsgruppen.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Bei uns hat sie bereits sehr viel Einfluss! Seit 2020 erfolgt der Sitzungsdienst weitgehend auf digitalem Weg. Als Anreiz haben die Stadtratsmitglieder einen Bonus von einmalig 700 EUR zur Beschaffung eines Tablets erhalten, wenn sie die Unterlagen auf digitalem Weg beziehen. Als eine der ersten Kommunen in Bayern haben wir hybride Sitzungen des Stadtrates und der Ausschüsse, d.h. alle Mitglieder haben die Wahl, entweder in Präsenz oder online an den Sitzungen teilzunehmen. Über das virtuelle Bürgerbüro haben Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, Videokonferenztermine bei mir, im Bürgerbüro oder im Baumatz zu buchen und durchzuführen. Die Buchung geht ganz einfach über unsere Homepage. **Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?**

Ich habe mir in den letzten Jahren immer wieder ein Coaching gegönnt. Ein zentraler Merksatz hilft mir immer: „Bleibe bei dir, bleibe gerade, komme nicht in die Verteidigung!“

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Ich will mir nichts alleine auf die Fahnen schreiben. Kommunalentwicklung gelingt nur gemeinsam. Ich werde auf jeden Fall die erste Frau in dieser Position in Hauzenberg und im gesamten Landkreis gewesen sein. Ansonsten würde es mich freuen, wenn das Resümee lauten würde: „Gut, dass wir sie gewählt haben!“



Der wiedergewählte Vorsitzende der KPV Josef Klaus (r.) mit seinen beiden Vertretern Luise Hausberger und Siegfried Ziegler dankten Bundestagsabgeordneten Florian Oßner (l.) für das offene Ohr bei kommunalpolitischen Themen. Bild: Andreas Leichtfuß

Kommunen nicht im Stich lassen

Die kommunalpolitische Vereinigung der CSU traf sich zu einer Kreisversammlung und diskutierte über aktuelle Themen

Die kommunalpolitische Vereinigung (KPV) der CSU im Landkreis Landshut bestätigte bei einer Kreisversammlung in Ergolding die bisherigen Vorsitzenden im Amt. Damit bleibt Niederachbachs Bürgermeister Josef Klaus Kreisvorsitzender der KPV. Seine beiden Stellvertreter sind weiterhin Luise Hausberger und Siegfried Ziegler.

Trotz des schwierigen Pandemiejahres kann die KPV auf ein erfolgreiches 2021 zurückblicken. Mit dem ehemaligen Staatsminister Erwin Huber und dem Entwicklungsminister Gerd Müller konnten im Laufe des Jahres hochkarätige Gesprächspartner gefunden und interessante Themen erörtert werden.

Schaffung von Wohnraum durch Innenverdichtung

Auch bei der jüngsten Kreisversammlung tauschte man sich rege über aktuelle kommunalpolitische Themen aus. Dabei war man sich einig, dass die Situation am Wohnungsmarkt für die Gemeinden im Landkreis Landshut eine große Herausforderung darstellt. Die permanente Verteuerung der Grundstücke und Baumaterialien und die enorm hohe Nachfrage an Wohnraum und Bauplätzen sind sowohl für die Kommunen als auch die Bürgerinnen und Bürger eine große Hürde. „Eine Lösung für den mangelnden Wohnraum kann die Innenverdichtung der Gemeinden bieten, aber auch hier müssen wir mit erheblichen Widerstand der Betroffenen rechnen, sodass das Thema uns auch künftig begleiten wird.“, so Klaus.

Planungssicherheit beim Ausbau der Ganztagsbetreuung

Problematisch werden unter den Kommunalpolitikern auch die Beschlüsse auf Bundesebene betrachtet, die dann auf kommunaler Ebene umgesetzt werden müssen. Als Beispiel für ein solches Vorgehen wurde die Kinderbetreuung genannt. Diese wird immer weiter ausgebaut, obwohl es vor Ort an Neubauten als auch Fachpersonal mangelt. Bundestagsabgeordneter und CSU-Kreisvorsitzender Florian Oßner hat sich dieser Aufgabe bereits angenommen, weswegen er sich mit der Unionsfraktion im Bundestag für einen Gesetzentwurf zur Verlängerung der Förderfrist beim beschleunigten Ausbau der Ganztagsbetreuung im Grundschulalter einsetzt. „Die Bundesebene ist verpflichtet, den Kommunen bei dieser Mammutaufgabe Planungssicherheit zu bieten, weswegen das Investitionspaket von 750 Mio. Euro auch über das Jahr 2021 hinaus bestehen muss.“, betonte der Haushaltspolitiker für das Familienressorts.

Bei den Wahlen gab es neben dem Votum für Josef Klaus, folgendes Ergebnis: Stellvertretende Kreisvorsitzende sind Luise Hausberger und Siegfried Ziegler. Zu Beisitzern wurden Hans-Peter Deifel, Martin Giffthaler, Richard Grab, Konrad

Hartshauer, Manuel Schott, Andreas Weiß, Andrea Czink und Katharina Rottenwallner gewählt. Abschließend sagte Bundestagsabgeordneter Oßner der KPV weiterhin eine enge Zusammenarbeit zu: „Die Kommunen sind das Fundament der föderalen Struktur und die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU hat dabei ihr Ohr nah an den Menschen vor Ort.“



ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chef vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 01.01.2021
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Bezirks-Etat Unterfranken:

Hebesatz sinkt auf 20,0 Prozent

Ausschuss stimmt geschlossen für Haushalts-Entwurf
Volumen steigt auf rund 908,2 Millionen Euro

Trotz der insgesamt unübersichtlichen Lage auf den Finanzmärkten will der Bezirk Unterfranken im kommenden Jahr den Hebesatz für die Bezirksumlage um 0,2 Prozentpunkte auf dann noch 20,0 Prozent senken. Das hat der Bezirksausschuss auf seiner Sitzung einstimmig beschlossen. Das letzte Wort hat jetzt der Bezirkstag von Unterfranken, der in drei Wochen den Haushalt endgültig beschließen wird.

Mit der Bezirksumlage werden die Landkreise und kreisfreien Städte an den Kosten für die bezirklichen Leistungen beteiligt. 89,4 Prozent des kalendarischen Haushalts fließen im kommenden Jahr in den Sozialetat, 7,5 Prozent in den Bereich der Verwaltung mit ihren zahlreichen Beratungsangeboten wie zum Beispiel der Fischereifachberatung, der Weinfachberatung oder der Bezirksheimatpflege.

Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel machte bei den Haushaltsberatungen deutlich, wie schwierig sich aufgrund der Corona-Pandemie derzeit die Entwicklung kalkulieren lasse: „Wir bewegen uns auf dünnem Eis“, sagte er. Zuversichtlich stimme ihn allerdings, dass für das Jahr 2021 mit einem positiven Abschluss zu rechnen sei. Die deutlich steigende Umlagekraft zeige darüber hinaus, dass „die Wirtschaft in Unterfranken läuft!“

Im Vergleich zu diesem Jahr wird das Gesamtvolumen des Bezirkshaushalts in 2022 um 2,8 Prozent auf dann 908,2 Millionen Euro steigen, wie Bezirks-Kämmerer Andreas Polst vorrechnete. „Wenn die Entwicklung so weitergeht, erreichen wir in drei Jahren die Milliarden-Marke!“, betonte er. Allerdings mache die Corona-Pandemie eine zielgenaue Kalkulation sehr schwer. Insbesondere für den Bereich des Sozialhaushalts ließen sich keine verlässlichen Prognosen erstellen. Außerhalb des Sozialhaushalts machten sich nicht zuletzt steigende Personalausgaben bemerkbar, während die Sachkosten aller Voraussicht nach rückläufig seien, nachdem einige kostenintensive Baumaßnahmen abgeschlossen werden konnten.

In diesem Zusammenhang nannte Polst es als äußerst wichtig, dass die Krankenhäuser und

Heime des Bezirks ihre Investitionen ohne Neuverschuldung schultern konnten. Mit diesen Aufwendungen würden sich die Bezirkseinrichtungen „auf dem sehr hart umkämpften Markt auch künftig erfolgreich behaupten können“, betonte Polst.

Massiver Personalmangel droht

Nach Einschätzung von Jürgen Oswald, dem Geschäftsleiter der Krankenhäuser und Heime, werden die großen Kliniken des Bezirks das laufende Geschäftsjahr mit positiven Erträgen abschließen. Verluste in Höhe von insgesamt 1,78 Millionen Euro erwartet er allerdings für die „Intensiv- und Jugendpsychiatrie“ sowie für die „Klinik am Greinberg“ (beide in Würzburg). Prognosen seien aber schwierig, weil aufgrund der Corona-Pandemie die bisherigen Erfahrungswerte unbrauchbar wären. Auch sei momentan unklar, wann in den einzelnen Häusern wieder Normalbelegungen möglich würden. Zudem drohe für die Zukunft ein massiver Personalmangel. Baumaßnahmen seien derzeit bei den Forensischen Klini-

ken geplant.

In der anschließenden Debatte lobten die Sprecher aller Fraktionen die Bezirks-Kämmerei für ihre Planungen. CSU-Fraktionschef Stefan Funk nannte den Haushaltsentwurf „sehr umsichtig und solide“. Die Senkung der Bezirksumlage sei ein wichtiges Symbol für die Umlagezahler. Tamera Bischof, Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler, sah darin ein Zeichen an die Umlagezahler, „dass der Bezirk umsichtig wirtschaftet“. Nach Ansicht von Angelika Strobel (Die Linke) hätten allerdings die Landkreise und kreisfreien Städte den höheren Hebesatz „durchaus aufbringen können“.

Bärbel Imhof (Bündnis 90/Die Grünen) merkte kritisch an, dass es „die bayerischen Bezirke wieder nicht geschafft haben“, den Freistaat Bayern zu einer Anhebung des kommunalen Finanzausgleichs zu bewegen, mit dem die Kommunen in die Lage versetzt werden sollen, ihre Aufgaben angemessen zu erfüllen. Adelheid Zimmermann (FDP) sprach von einem „äußerst gelassenen Haushalt“. Nach Ansicht von Bezirkstagsvorsitzender Eva Maria Linsenbreder zeigt der Haushaltsentwurf, „dass wir auf dem richtigen Weg sind!“ Wer in einer Solidargemeinschaft lebe, sei auch verpflichtet, solidarisch zu handeln, sagte Linsenbreder. **mm**

Weil Unrecht benannt werden muss

Deutschland hätte EU-Hinweisgeberrichtlinie bis 17. Dezember umsetzen sollen

Viele Menschen trauen sich nicht, einen Missstand anzuprangern. Doch in einer Demokratie ist es wichtig, dass ans Licht kommt, was falsch läuft. Deshalb trat vor zwei Jahren die „EU-Hinweisgeberrichtlinie“ in Kraft. Sie sieht die Pflicht zur Einrichtung interner Meldekanäle für Whistleblower vor. Bis 17. Dezember 2021 muss sie in den Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Hierzulande geschieht dies voraussichtlich nicht. Einige Kommunen allerdings verfügen jetzt schon über verschiedene Meldesysteme.

Whistleblower in spe haben oft Angst, künftig auf einer schwarzen Liste zu stehen, genötigt, eingeschüchtert oder gemobbt zu werden. Manche trauen sich zwar dennoch, bekanntzugeben, was sie an Fragwürdigem entdeckt haben. Viele jedoch schweigen lieber. In der Landeshauptstadt München soll Unrecht angstfrei benannt werden dürfen. „Betroffene, die sich beschweren, weil sie sich sexuell belästigt oder diskriminiert fühlen, sind durch das Maßregelungsverbot des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes geschützt“, sagt Tobias Stephan, Abteilungsleiter im Münchner Personal- und Organisationsreferat. Sie dürften also nicht bestraft werden, weil sie sich beschweren.

Auch mit Blick auf das Thema „Korruption“ ist es für eine Gesellschaft notwendig, dass gute Meldesysteme existieren. Schöpft ein Mitarbeiter der Landeshauptstadt München Verdacht, dass irgendwo in der Verwaltung bestochen wird, kann er sich an die Antikorruptionsstelle wenden. „Aktuell können hier Hinweise per E-Mail, Post, nach persönlicher Vorsprache und per Telefon gegeben werden“, so Stephan. Dies sei auch anonym möglich. Daneben existiert in München eine Zentrale Beschwerdestelle für sexuelle Belästigung und häusliche Gewalt sowie eine Zentrale Beschwerdestelle nach dem Gleichbehandlungsgesetz.

Korruption und Klientelpolitik für bestimmte gesellschaftliche Gruppen müssen in einer Demokratie tabu sein. Weil die Anfälligkeit für unkorrektes Verhalten jedoch nicht eben gering ist, braucht es entsprechende Meldesysteme. Vor allem kleinere Kommunen haben so etwas al-

lerdings oft noch nicht. Die Stadt Kulmbach zum Beispiel befasste sich laut ihrem Pressesprecher Jonas Gleich noch nicht mit der EU-Hinweisgeberrichtlinie, weil diese noch nicht in nationales Recht umgesetzt wurde. Seit Dezember 2020 liegt lediglich ein Entwurf des Bundesjustizministeriums zur Umsetzung vor. Eine Ressortabstimmung fand jedoch noch nicht statt.

„Wahrung der Aufpasserrolle“

Meldesysteme signalisieren, dass Hinweisgeber ein offenes Ohr finden. Allein dieses psychologische Signal ist wichtig. Auch in Neu-Ulm soll es bald eine institutionalisierte Möglichkeit geben, Missstände angstfrei zu benennen. „Wir arbeiten daran, dies in Kürze anbieten zu können“, versichert Pressesprecherin Sandra Lützel.

Man kann sich natürlich auch an eine Journalistin respektive einen Journalisten wenden, hat man den Verdacht, dass in einer kommunalen Verwaltung etwas schief läuft. „Wenn gegen die von ihnen gemeldeten Missstände nichts unternommen wird und ihnen keine andere Wahl bleibt, als an die Öffentlichkeit zu gehen, können sich Hinweisgeber an Journalisten wenden“, heißt es denn auch seitens der EU-Kommission. Ein wirksamer Schutz von Hinweisgebern sei ein wichtiges Mittel „zur Wahrung der Aufpasserrolle, die der investigative Journalismus in demokratischen Gesellschaften innehat“.

Noch existiert keine Patentlösung im Umgang mit Hinweisgebern – vor allem mit Blick auf die Möglichkeit, dass hinter Whistleblowing theoretisch auch De-

nunziation stecken kann. Wichtig ist in jedem Fall eine gründliche Aufklärung der Vorgänge, so Andreas Franke von der Stadt Nürnberg. Dies diene nicht nur der Aufdeckung von Fehlern und Verstößen: „Sondern gegebenenfalls auch dem Schutz von Betroffenen, die Ziel der Anschuldigungen sind.“

Ist es eigentlich reiner Idealismus oder ausgeprägte Wahrheitsliebe, warum jemand den Schritt wagt, zu melden, was ihm nicht korrekt erscheint? In Nürnberg gibt es dazu keine Einschätzungen. Franke: „Das wäre letztlich auch unerheblich, da die Motivation zunächst keine Rolle spielt.“ Innerhalb der Nürnberger Stadtverwaltung gibt es inzwischen verschiedene Strukturen, an die sich Mitarbeiter vertraulich oder anonym wenden können, um Verstöße oder Unregelmäßigkeiten zu melden. Die Personalvertretung ist in diesen Fällen ansprechbar, außerdem die Anti-Diskriminierungsstelle, das Personalamt sowie der Korruptionsbeauftragte.

Nicht illoyal

Whistleblowing hat weder etwas mit Querulanten noch mit Illoyalität zu tun. In Nürnberg weiß man das. Und ermutigt die Beschäftigten, Verstöße zu melden – auch an Stadträte, an Referenten oder den Oberbürgermeister. Laut Franke gehen an die verschiedenen Stellen und Personen tatsächlich auch „zahlreiche Beschwerden und Hinweise in Form von Aufsichts- oder Dienstaufsichtsbeschwerden oder schlicht als Schilderungen“ ein.

Mit Meldesystemen wird eine Hemmschwelle durchbrochen, das Melden von Missständen wird salonfähig gemacht. Die EU-Hinweisgeberrichtlinie sieht dabei explizit Meldesysteme für Verstöße gegen das Unionsrecht vor. „Das Spektrum reicht vom Wettbewerbsrecht über den Verbraucherschutz, die Lebensmittelsicherheit und den Umweltschutz bis hin zur Korruption“, so Franke. Im Koalitionsvertrag sei angekündigt worden, dies auch auf Verstöße gegen nationales Recht auszuweiten.

Ruhe ist in einer Demokratie eben nicht die erste Bürgerpflicht. Aus diesem Grund würde sich auch die grüne Landtagsabgeordnete Kerstin Celina einen besseren Schutz von Hinweisgebern wünschen. Das Thema bewegt sie aktuell vor allem mit Blick auf die Vorgänge um das Seniorenzentrum Gleusdorf, einer Pflegeeinrichtung im Landkreis Haßberge, die 2017 und erneut vor einigen Wochen wegen massiver Mängel in die Schlagzeilen geriet. „Wir brauchen eine deutlich stärkere Kultur des Hinschauens, und dafür müssen Hinweisgeberinnen und Hinweisgeber geschützt werden“, unterstreicht sie.

In Bezug auf Pflegeheime ist es oft einem Glücksfall zu verdanken, wenn Missstände rechtzeitig ans Tageslicht kommen. Denn die Angst, einen Hinweis zu geben, ist gerade hier groß, weiß Kerstin Celina. „Viele in der Pflege oder in Pflegeheimen beschäftigte Menschen fühlen sich nicht sicher im Umgang mit Behörden“, so die Landtagsabgeordnete. Trotz Pflegekräftemangel hätten sie Angst, ihre Stelle zu verlieren: „Weil gerade diese Stelle in der Nähe ihres Wohnorts liegt, weil sie ihre Kolleginnen mögen oder Angst vor einem Wechsel haben.“ Sich an das Beschwerdemanagement des Trägers zu wenden, sei für sie darum keine Option. **Pat Christ**

GZ PINOS WELT



Weihnachten ist eine Zeit, in der ich mich immer etwas weniger beachtet vorkomme. Wieso? Ganz einfach: Uns Katzen wird in der Geschichte kein Raum eingeräumt. Tiere sind ansonsten als Teil der Weihnachtsgeschichte ja gar nicht wegzudenken: Ochs und Esel im Stall als Gesellschaft Jesu, Schafe als Begleiter der Hirten, die herbeiströmen. Kamele sind die Reittiere der Heiligen Drei Könige und selten eine etwas größere alpenländische Krippe, in der nicht mindestens ein Hirtenhund verewigt wird – und das obwohl Hunde in der Bibel ein höchst problematisches Bild abgeben.

Auch als Attribute der Evangelisten haben es Stier, Löwe und Adler zu Prominenz gebracht, obwohl eine Katze als Symbol der Weisheit perfekt gepasst hätte. Warum dies nur? Ich persönlich bin absolut davon überzeugt, dass

Es gibt keine größere Kraft als die Liebe

Katzen als mit die ältesten Wegbegleiter der Menschheit in der Heiligen Nacht in Bethlehem umhergestreut sind. Maria und Josef werden froh gewesen sein, dass ein oder mehrere Stubentiger die Mäuse im Stall gejagt und gefangen haben, die mit ihrem Rascheln im Stroh das Jesuskind im Schaf gestört hätten. Und dennoch hat kein Chronist es für Wert befunden, diese nützlichen Mäusefänger zu würdigen oder auch nur streifend zu erwähnen.

Natürlich lässt die heutige Niedlichkeitswelle ganze Armeen von goldig mit Santa-Claus-Mützen geschmückte Kätzchen auf Kratzbäumen turnen oder im Schnee toben und stellt die dabei entstandenen allerliebsten Videos ins Netz. Und natürlich werden ich und meine Artgenossen auch von den Menschen, denen wir unsere Pflege gestatten, an Weihnachten mit besonderen Leckereien oder einer neuen Spielzeugmaus aus Gummi verwöhnt. Aber all das kann doch nicht die Wertschätzung ersetzen, die man als biblisches Tier erfahren würde. Schließlich reden wir von der größten Geschichte der Menschheit überhaupt.

Forscher (m/w/d) sind der Ansicht, dass die Bibel diejenigen Tierarten links liegen lässt, die in den Nachbarkulturen hoch geschätzt oder gar gottgleich verehrt wurden. Katzen waren in Ägypten so angesehen, dass man sogar Katzenmumien finden kann. Vielleicht ist das der Grund, warum in der Weihnachtsgeschichte meine judäischen Artgenossen ignoriert wurden.

Aber eigentlich ist das doch nur eitles Sinnieren über eine Nebensächlichkeit. Wichtig ist doch einzig und allein, dass Weihnachten wieder vor der Tür steht und wir in diesen unruhigen, ja verrückten Zeiten Gelegenheit haben, einen Gang zurückzuschalten und etwas zur Ruhe zu kommen.

Denn Weihnachten ist alles: Es ist die Zeit des Konsums und die Zeit der Familie. Es ist die Zeit des Übergangs vom einem Jahr auf das andere und die Zeit großer, unverbrüchlicher Traditionen. Es ist die Zeit der langen Nächte und die Zeit der unendlichen Hoffnung.

Ja, eigentlich ist Weihnachten das Symbol der Hoffnung schlechthin. Der Hoffnung darauf, dass sich in größter Not noch ein Mensch findet, der für arme Wanderer eine Unterkunft hat. Der Hoffnung, dass jeder Tyrann, der wie Herodes wütet, durch eine größere Kraft besiegt werden kann. Es ist die Zeit der Hoffnung eines Martin Luther King: „Die Botschaft von Weihnachten: Es gibt keine größere Kraft als die Liebe. Sie überwindet den Hass wie das Licht die Finsternis.“

Verehrte Leserin, geneigter Leser, damit schließe ich mich den Wünschen von Sabrina an, die dieses Jahr Weihnachten auf einem Kontinent begeht, der noch viel mehr Hoffnung nötig hat als wir: Mögen Sie den Segen der Weihnacht auch dieses Jahr spüren. Was wir brauchen ist die Kraft, die vom Glauben an die Ankunft des Erlösers ausgeht und die uns allen hoffentlich den Mut gibt, in der Gesellschaft wieder zusammen zu finden. Weihnachten möge uns die Liebe und das Verzeihen bringen, das uns in die Lage versetzt, das zu überwinden, was das Land und die Welt derzeit spaltet und entzweit.

Ihr Pino

Bezirk Oberfranken bleibt ein verlässlicher Partner

Der Bezirk Oberfranken ist für das Jahr 2022 gut aufgestellt: Zusammen mit dem Finanzvolumen der Gesundheitseinrichtungen des Bezirks Oberfranken beläuft sich das Haushaltsvolumen des Bezirks auf fast eine dreiviertel Milliarde Euro. Als dritte kommunale Ebene erfüllt der Bezirk wichtige Aufgaben in den Bereichen der sozialen Sicherung, Gesundheit, Kultur, Landwirtschaft und Fischerei. Der Haushalt, der in der Bezirkstagsitzung einstimmig verabschiedet wurde, ist eine solide Grundlage für das kommende Jahr.

„Wir wirtschaften sparsam und verhalten uns kommunalfreundlich gegenüber den kreisfreien Städten und Landkreisen in Oberfranken. Mit einem Hebesatz von 17,5 Prozent kommen wir den Kommunen – im siebten Jahr in Folge – soweit entgegen, wie wir das noch verantworten können. Damit schaffen wir Planungssicherheit innerhalb der kommunalen Familie. Der Hebesatz wird auch 2022 der Niedrigste aller Bezirke sein“, resümiert Bezirkstagspräsident Henry Schramm. 449,6 Mio. Euro wird der Haushalt des Bezirks Oberfranken im Jahr 2022 umfassen, davon entfallen 446,4 Mio. Euro auf den Verwaltungshaushalt und 3,2 Mio. Euro auf den Vermögenshaushalt.

Fast 94 Prozent der Ausgaben des Verwaltungshaushalts, das sind annähernd 419 Mio. Euro, entfallen auf soziale Aufgaben wie die Hilfe zur Pflege und die Eingliederungshilfe.

„Es liegt mir sehr am Herzen, dass unsere Kliniken in einem optimalen Zustand sind. Hierfür geben wir in den kommenden Jahren mit Unterstützung des Freistaats Bayern über 500 Millionen Euro aus. Auch im Jahr 2022 wollen wir konsequent in die bauliche Weiterentwicklung und Sanierung unserer Liegenschaften

investieren und mit großen Anstrengungen bei unserem angestrebten Sanierungsprogramm vorankommen“, zeigt sich der Präsident überzeugt.

Große Baumaßnahmen sind unter anderem der Neubau des Bezirksklinikums Obermain in Kutzenberg, der Neubau eines Pflegeheims sowie die Errichtung einer Tuberkulose-Absonderungseinrichtung am gleichen Standort. Am Bezirkskrankenhaus Bayreuth sind ein Neubau der Kinder- und Jugendpsychiatrie, ein weiterer Neubau für die Klinik für Forensische Psychiatrie, einer Küche/Kantine sowie ein Neubau des Heilpädagogischen Bereichs geplant, in dem

psychisch kranke Menschen mit geistiger Behinderung behandelt werden. Auch an den Standorten Reihau und Hochstadt am Main sind Um- und Neubaumaßnahmen vorgesehen.

Der Bezirk soll klimafreundlicher werden

Das Zukunftsbild des Bezirks Oberfranken zum Schutz des Planeten und kommender Generationen sieht eine Einstellung eines ausgebildeten Energieberaters und „Klimaspezialisten“ und die Veranschlagung von Ansätzen im Zahlenwerk 2022 für die Errichtung von E-Lade-Stationen auf den Liegenschaften sowie die Nutzung der Photovoltaikanlagen in den Landwirtschaftlichen Lehranstalten oder der Fischzuchtanlage in Aufseß vor.

Mit weiteren Haushaltsmitteln unterstützt und fördert der Bezirk Oberfranken die Kultur, die Landwirtschaft, die Fischerei und die Bildung in Oberfranken. □

Inklusionspreise des Bezirkes Oberpfalz:

Stärkung der Gemeinschaft

Drei vorbildliche und nachahmenswerte Projekte – die inklusive Theatergruppe „Theater frontal“ (Regensburg), die inklusive Basketballgruppe „Schwandorf Tigers“ und die „Integrative Laufgruppe“ des LLC Marathon Regensburg e.V. – erhalten den diesjährigen Inklusionspreis des Bezirkes Oberpfalz. Laut Bezirkstagspräsident Franz Löffler, der die Preisträger bekanntgab, „lassen wir Menschen mit Behinderungen auch in dieser schwierigen Zeit nicht im Stich und werden Inklusion weiter fördern.“

Die Gruppe „Theater frontal“, gefördert von Aktion Mensch und KJF, wird für den inklusiv gestalteten Film „Luisa und Lukas“ ausgezeichnet. Bei dem Film handelt es sich ursprünglich um ein Theaterstück, das die Gruppe gemeinsam geschrieben und einstudiert hatte, aber dem Lockdown zum Opfer fiel. Der rund einstündige Film beschäftigt sich mit der zeitlosen Frage, wie der Mensch Glück im Leben findet. Durch Untertitel und Audiodeskription ist dieser auch für Menschen mit Hör- und Sehbehinderung geeignet. Die Jury würdigte die flexible Reaktion der Gruppe auf die Corona-Situation sowie die gelungene Darstellung des anspruchsvollen Themas im Medium Film.

1.500 ehrenamtliche Stunden

Seit Jahren überzeugt die inklusive Basketball-Gruppe „Schwandorf Tigers“ (TSV 1880 Schwandorf) mit inzwischen 38 aktiven Spielern bundesweit mit herausragenden sportlichen Erfolgen. Dazu zählt die Goldmedaille aus

den National Special Olympics in Kiel. Die Jury hob auch das große Engagement ehrenamtlicher Trainer und Betreuer hervor: In den vergangenen vier Jahren leisteten sie allein im wöchentlichen Sporttraining 1.500 ehrenamtliche Stunden.

Virtueller Lauf

Der LLC Marathon Regensburg e.V. veranstaltete während des Lockdowns für seine integrative Gruppe einen virtuellen Lauf von Regensburg nach Rom: Die Mitglieder wurden aufgefordert, vor Ort zu laufen, zu wandern oder zu walken. Begleitet wurden die Läufer mit Behinderung von einem Familienmitglied oder einem Vereinsfreund. Die zurückgelegten Kilometer rechnete man auf die im Computer angelegte Strecke Regensburg – Rom an. Die gemeinsame virtuelle Reise nach Rom war so erfolgreich, dass die 28 Teilnehmer mit und ohne Handicap kurzerhand beschlossen, weiter zu laufen und diese Kilometer als Rückreise anzurechnen. **DK**



V.l.: Bezirksräte Thomas Nagel (FDP) und Thomas Söder (CSU), Regierungspräsidentin Heidrun Piwernetz, Bezirkstagspräsident Henry Schramm, Kämmerer Reiner Böhner, Behindertenbeauftragte des Bezirks Oberfranken Christina Flauder, die Bezirksräte Manfred Hümmel (Freie Wähler), Manfred Neumeister (Die Grünen), Florian Köhler (AfD) und Holger Griebshammer (SPD). Bild: Bezirk Oberfranken

Gütesiegel für „flächenbewusste Kommunen“

Der Markt Wolnzach, die Gemeinde Kirchanschöring, die Stadt Ludwigsstadt und die Allianz Oberes Werntal sind mit dem staatlichen Gütesiegel „Flächenbewusste Kommune“ ausgezeichnet worden. Wie Umweltminister Thorsten Glauber, Bauministerin Kerstin Schreyer und Wirtschaftsstaatssekretär Roland Weigert bei der Preisvergabe betonten, schaffe der Freistaat Anreize für Kommunen, das Thema Flächensparen zielgerichtet voranzubringen. Die Preisträger erhielten das Gütesiegel für ein aktives Flächenmanagement und innovative Ansätze und Maßnahmen zur Reduzierung des Flächenverbrauchs.

Im Markt Wolnzach (Landkreis Pfaffenhofen an der Ilm) wurde 2017 mit einem integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept (ISEK) ein Prozess angestoßen, der zu einem ganzheitlichen Umdenken im Umgang mit Grund und Boden führte. Leerstand, Verdichtung und Flächenressourcen bilden ein eigenes Handlungsfeld, mit dem Ziel der optimalen Nutzung von Flächenressourcen. Die Bürger sind da-

bei in die Prozesse intensiv eingebunden. Auf der Grundlage des Ergebnisses eines städtebaulichen Realisierungswettbewerbs wird ein innerörtliches Gewerbegebiet höherwertig zu einem Wohnquartier umgewandelt. In einem ursprünglich geplanten reinen Einfamilienhausgebiet am Ortsrand entstehen jetzt unterschiedliche Gebäudetypen mit einem Wohnungsangebot für alle Lebenslagen.

In vorbildlicher Weise betreibt die Gemeinde Kirchanschöring (Landkreis Traunstein) ein aktives Flächenmanagement. Mit dem Aufbau einer Flächenmanagement-Datenbank erhält sie einen guten Überblick über die Baulücken, untergenutzte Flächen und Althofstellen.

Kirchanschöring setzt auf Information und Bewusstseinsbildung der Bevölkerung, beispielsweise mit der Internetplattform „Suchst du noch oder wohnst du schon?“ zur Vernetzung von Interessenten für Baugemeinschaften. Die Bewohner von Kirchanschöring werden aktiv eingebunden. Mit dem „Haus der Begegnung“ konnten durch die gemeindeeigene Wohnbaugesellschaft zwei Leerstände in der Ortsmitte aktiviert werden. Dadurch konnten barrierefreie Wohnungen für Senioren, eine ambulant betreute Wohngemeinschaft inklusive eines Gemeinschaftsraums und eine Praxis für einen Allgemeinarzt eingerichtet werden.

wenden, bedurfte es einer strategischen Ausrichtung der Stadtentwicklung. Aufbauend auf ein interkommunales Städtebauliches Entwicklungskonzept wurden vorbereitende Untersuchungen zur Stadtsanierung für den Ortsteil Lauenstein und den Stadtkern Ludwigsstadt durchgeführt und in weiteren Konzepten (u.a. Einzelhandels- und Versorgungskonzept) weiter vertieft. Die Stadt Ludwigsstadt betreibt ein aktives Leerstands- und Bauflächenmanagement. Hierzu werden systematisch Leerstände und Baulücken erfasst. Ein kommunales Förderprogramm unterstützt Investitionen von Privateigentümern in Bestandsgebäude. Die Stadt Ludwigsstadt selbst hat mehr als ein Dutzend sogenannte Schrottimmobiliën erworben und beseitigt.

In der Interkommunalen Allianz Oberes Werntal arbeiten seit fast

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt unser Sonderdruck zum jüngsten BreitbandForum 2021 der Bayerischen Gemeindezeitung bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

zwei Jahrzehnten zehn Gemeinden (neun im Landkreis Schweinfurt, Gemeinde Oerlenbach im Landkreis Bad Kissingen), erfolgreich zusammen. Die Oerlenbacher Erklärung etwa mit dem Bekenntnis zum Flächenmanagement und zur Innenentwicklung ist ein Leitbild der Allianz und Vorbild für ähnliche Projekte. In der Bauhütte Obbach wurden Abriss, Sanierung und Neubau modellhaft erprobt. Mit dem Modellprojekt „Flächenmanagement in interkommunaler Zusammenarbeit“ (FLIZ) wurden erstmals alle Baulandpotenziale erfasst, Eigentümer angesprochen und eine

Flächenmanagement-Datenbank entwickelt. Diese ist der Vorläufer der Flächenmanagement-Datenbank des Landesamts für Umwelt, die allen Kommunen in Bayern kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Ein großer Teil der erfassten Innenentwicklungspotenziale sind mittlerweile wieder genutzt, 50 Hektar Neuausweisungen im Außenbereich wurden vermieden.

Aktuell liegt der Flächenverbrauch in Bayern bei 11,6 Hektar pro Tag. Erfasst werden dabei Siedlungs- und Verkehrsflächen. Davon sind nur rund 50 Prozent tatsächlich versiegelt. **DK**

Vorschau auf GZ 1/2

In unserer Ausgabe Nr. 1/2, die am 13. Januar 2022 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Energiethemen
- Umwelttechnologien und Ressourcenschutz
- Abfall · Entsorgungsmanagement
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark
- Garten- und Landschaftsbau · Forst · Friedhof

Umgang mit Strukturwandel durch Bevölkerungsrückgang

Seit der Wiedervereinigung erlebt Ludwigsstadt (Landkreis Kronach) einen wesentlichen Strukturwandel mit einem Bevölkerungsrückgang um rund 20 Prozent. Um die knappen Flächenressourcen sparsam zu ver-



Erster Bürgermeister Konrad Krömer, Stadt Stein, bedankt sich bei den Unterstützern der Steiner Tafel: „Ohne Sie wäre unsere Stadt kälter und ärmer.“

Bild: Stadt Stein

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de

Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstraße 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
www.etbs.de

Etschel Brunnenservice GmbH · Rudolfstr. 112 · 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 · Fax: +49 (0) 89 420 496-55 · info@etbs.de

Energiebeschaffung

Kostenfreie Ausschreibungsvorlagen!
Für hochwertige Pellets und Hackschnitzel.

enplus-pellets.de/ausschreibungsvorlage

EN plus
Hackschnitzel wood chips

EN plus

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah

erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN **juwi**

Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.

juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahrenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de

Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstraße 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerberg 23 · D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 · www.fahren-koessinger.de

Fahren Masten Roll-Ups Bekleidung uvm.

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.

DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning

www.Mein-Datenschutzberater.de

Gemeindezeitung auf folgenden
Social Media Kanälen:



Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.

Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

www.schweitzer-online.de **schweitzer**
Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

Kommunale IT

www.akdb.de

GZ Akademie

Termine unter:
www.gemeindezeitung.de/akademie



Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektive Räumarbeiten

BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de

Bayern Labo

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller

KRENZER
Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlage

LRS
LÜFTUNGSREINIGUNGSSERVICE

„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“

Wartung und Reinigung von:
• Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
• Prozesslufttechnische Anlagen
• Kontrollierte Wohnraumlüftung

Lüftungs-Reinigungs-Service Franz Sedlmeier GmbH
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshandel für **Waldle Star**

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!



8. BAYERISCHES BREITBANDFORUM IN GUNZENHAUSEN

Neue Dimensionen

Gelungener Neustart: Nach zweijähriger Corona-Pause konnte das Team der Bayerischen GemeindeZeitung endlich wieder eine Präsenzveranstaltung, mit den im Oktober gültigen 3G+-Bedingungen, für bayerische Kommunen sowie Vertreter aus Wirtschaft und Verbänden durchführen. Gastgeber des 8. Bayerischen BreitbandForums war nach 2019 erneut die mittelfränkische Stadt Gunzenhausen. Insgesamt folgten 400 Teilnehmer, davon 60 Aussteller aus acht Ländern, der GZ-Einladung. Als Medienpartner fungierte einmal mehr TV Bayern live.

„Der Breitbandausbau ist das Rückgrat der Digitalisierung, vor der sich heute niemand mehr verschließen kann“, unterstrich GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel in ihrer Begrüßung. Ohne dieses „breite Band der Sympathie“ und den Möglichkeiten der Digitalisierung hätte das gesamte Staatesgebilde während der Corona-Pandemie noch weitaus größeren Schaden erlitten als es ohnehin der Fall war. Klar sei aber auch, dass das digitale Band noch breiter und schneller werden müsse, erklärte von Hassel und verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass der Breitbandausbau in Bayern keine kommunale Pflichtaufgabe darstelle.

Wie der Gastgeber, Zweiter Bürgermeister Peter Schnell, in seinem Grußwort betonte, „wird von den Gemeinden und Städten erwartet, die digitalen und smarten Möglichkeiten zu nutzen und auszubauen“. Dies sei eine Riesenaufgabe für Verwaltung, Wirtschaft und Stadtgemeinschaft. Vor diesem Hintergrund freue es ihn ganz besonders, dass die Stadt am Altmühlsee vor Kurzem als eine von erst 25 Kommunen in Bayern mit dem Zertifikat „Digitales Amt“ des Bayerischen Digitalministeriums ausgezeichnet wurde.

Schnell machte deutlich, dass auf Kommunen immer mehr die Aufgabe zukommen werde, „für den Ausgleich zwischen digitaler und analoger Welt zu sorgen bzw. sich dieser Thematik anzunehmen“. „Denn in unseren Städten und Gemeinden treffen diese beiden Welten direkt aufeinander, und hier zeigen sich auch am deutlichsten deren Auswirkungen – sowohl positiv wie auch negativ.“

„Bayerns ambitioniertes Ziel lautet: Gigabit bayernweit bis 2025“, machte Albert Füracker, Bayerischer Staatsminister der Finanzen und für Heimat, in seinem digitalen Grußwort deutlich. Mit der Kombination von Bundesförderung, bayerischer Kofinanzierung, Gigabitrichtlinie und Glasfaser/WLAN-Richtlinie hätten Bayerns Kommunen auch künftig bundesweit mit Abstand die besten Fördermöglichkeiten. Vom Breitbandausbau besonders profitiert habe der ländliche Raum, so Füracker. ■



v.l. GZ-Veranstaltungsorganisatorin Theresa von Hassel, Zweiter Bürgermeister Peter Schnell, Stadt Gunzenhausen, Peter Reisinger, Deutsche Glasfaser, GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel, Ministerialrat Bernd Geisler, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat, und Direktor Stefan Graf, Bayerischer Gemeindegag.



*Eine gemeinsame
Erfolgsgeschichte*

Übergabe von Förderbescheiden für den Glasfaserausbau durch Finanzminister Albert Füracker Bilder: StMFH

GRUSSWORT VON ALBERT FÜRACKER, MDL | BAYERISCHER STAATSMINISTER DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

Glasfaserausbau im Freistaat

Die Digitalisierung hält längst nicht mehr nur Einzug in unser Leben – sie hat viele unserer Lebensbereiche bereits entscheidend verändert. Ob im Wirtschaftsleben, am Arbeitsplatz oder in der Schule, überall hat sie insbesondere in der Pandemie noch einmal an Bedeutung gewonnen und ist mittlerweile sogar unabdingbare Voraussetzung für einen reibungslosen Ablauf und Erfolg. Eine leistungsfähige und flächendeckende Glasfaser-Infrastruktur wird dadurch zum entscheidenden Standortfaktor.

Das Breitband-Forum ist seit acht Jahren eine etablierte Plattform für Breitbandausbau und Digitalisierung im Freistaat. Es bringt die Verantwortlichen und Fachleute aus den unterschiedlichen Bereichen zusammen und konzentriert sich auf unser großes gemeinsames Ziel: der flächendeckenden Gigabitversorgung in ganz Bayern. Menschen und Unternehmen sollen die Möglichkeiten der Digitalisierung überall und voll für sich nutzen können. Das ist auch ein Hauptanliegen der Bayerischen Staatsregierung und des seit 2014 dafür zuständigen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat.

Mit unserer Heimatstrategie haben wir in Bayern früh die Weichen für Digitalisierung und zügigen Glasfaserausbau gestellt und mit gezielten Maßnahmen und erfolgreichen Förderprogrammen einiges bewegt. Zwar liegt die Zuständigkeit für den Netzausbau in erster Linie beim Bund und den privaten Telekommunikationsunternehmen, deren Ausbau der Netze erfolgt dabei jedoch nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten: zuerst dort, wo es sich rechnet. Deshalb packt der Freistaat, wo es notwendig ist, zusammen mit Bund und Kommunen kräftig mit an.

Insbesondere im ländlichen Raum haben wir riesige Fortschritte gemacht: So ist seit Ende 2013 ein Zuwachs um über 66 Prozentpunkte bei der Versorgung mit schnellem Internet zu verzeichnen. Bayern ist bundesweit Spitzenreiter mit der höchsten Ausbaudynamik.

In einem Flächenland wie Bayern war dies nur durch große Kraftanstrengung zu erreichen. Mit aktuell über 1,59 Mrd. Euro unterstützt der Freistaat wie kein anderes Bundesland die Umsetzung der Landes- und Bundesförderverfahren. Im Bereich der sog. „grauen Flecken“, wo zwar Bandbreiten

von mind. 30 Mbit/s, aber kein Gigabitanschluss verfügbar ist, hat Bayern 2019 als erste Region überhaupt in der Europäischen Union den Weg für eine staatliche Förderung bei der EU-Kommission geebnet und im März 2020 in Form der Bayerischen Gigabitrichtlinie umgesetzt. Der Bund ist dem bayerischen Beispiel dann im April 2021 mit einer eigenen Gigabitrichtlinie gefolgt und ermöglicht somit auch im Bundesverfahren einen geförderten Ausbau in „grauen Flecken“. Unser Ziel ist es, diese Bundesmittel auch verstärkt in Bayern zu verwenden. Mit der neuen Kofinanzierungsrichtlinie vom 1. August 2021 wird diesem Ansatz Rechnung getragen.

Der Breitbandausbau ist in Bayern nicht zuletzt auch dank des beeindruckenden freiwilligen Engagements der bayerischen Kommunen gut vorangekommen. Denn während der Freistaat die Fördermöglichkeiten bereit stellt, können nur die Gemeinden selbst vor Ort sachgerecht über einen Ausbau entscheiden. Die jahrelange hervorragende Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Stellen und den Kommunen ist Teil unseres Erfolgsgeheimnisses.

Einen besonderen Fokus legt der Freistaat auf die direkte Glasfasererschließung aller öffentlichen Schulen. Hierfür wurde bereits im Juni 2018 mit der Glasfaser/WLAN Richtlinie eine besonders unbürokratische und einfache Unterstützung der Sachaufwandsträger geschaffen. Der Erfolg ist messbar: 84 Prozent aller öffentlichen Schulen sind mit Glasfaser angebunden oder der Glasfaseranschluss befindet sich im Bau, die Träger weiterer 15 Prozent der öffentlichen Schulen haben Interesse an einer geförderten Glasfaseranbindung signalisiert.

Der Ausbau von leistungsstarker Gigabitinfrastruktur im Freistaat bleibt weiterhin unser zentrales gemeinsames Ziel. Die Bayerische Staatsregierung wird ihre Gemeinden hierbei auch in Zukunft bestmöglich unterstützen. ■

Ihr

Albert Füracker, MdL
Bayerischer Staatsminister der Finanzen und für Heimat

Wir bauen das Netz der Zukunft mit

GIGA
GLASFASER

Das Ziel ist glasklar

Mit über 24 Millionen Gigabit-Anschlüssen bis 2022 machen wir Deutschland zur Nr. 1 in Europa.* Gleichzeitig bauen wir unser Gigabit-Netz weiter aus: mit mehr Glasfaser für noch mehr Stabilität und Leistung. Und mit immer mehr direkten Glasfaser-Anschlüssen für giga-schnelle Gewerbegebiete und Gemeinden.

vodafone.de/gigaglasfaser

* Quelle: Goldmedia-Analyse 2020.

Vodafone GmbH • Ferdinand-Braun-Platz 1 • 40549 Düsseldorf • vodafone.de

Together we can





Highspeed-Internet für die Kommunen

MINISTERIALRAT BERND GEISLER | BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

Breitbandförderung in Bayern – Stand und Ausblick

Der Freistaat ist mit seiner im März 2020 in Kraft getretenen Bayerischen Gigabitrichtlinie (BayGibitR) europaweit Vorreiter und kann als erste Region den Glasfaserausbau auch in Bereichen fördern, in denen bereits schnelles Internet mit mindestens 30 Mbit/s verfügbar ist (sog. graue Flecken). Damit gelang es, die bayerische Breitbandförderung konsequent fortzuentwickeln und auf die Schaffung einer gigabitfähigen und zukunftsfesten Glasfaserinfrastruktur bis in die Häuser auszurichten, die mit der bisherigen Förderrichtlinie, der Bayerischen Breitbandrichtlinie (BbR) aufgrund beihilferechtlicher Vorgaben nicht zu erreichen waren.

Im Zuge der bayerischen Breitbandförderung hat der Freistaat seit 2014 3.051 Förderbescheide übergeben und 1.815 Gemeinden rund 1,2 Mrd. Euro Förderung zugesagt, wobei der kommunale Eigenanteil 330 Mio. Euro beträgt. 800.000 Haushalte werden erschlossen, davon über 155.000 direkt mit Glasfaser. 2.240 Projekte sind bereits in Betrieb. Der Erfolg der vergangenen Jahre ist im Bericht Digitale Infrastruktur in Bayern 2021 mit regionalen Zahlen und Grafiken dargestellt: (www.schnelles-internet-in-bayern.de).

Über 97 Prozent der bayerischen Haushalte (Stand Ende 2020) sind mit mindestens 30 Mbit/s erschlossen (ländliche Gemeinden: 93 Prozent), nach Abschluss aller laufenden Projekte werden es sogar 99 Prozent sein. Schon jetzt verfügen knapp 96 Prozent über mindestens 50 Mbit/s, bereits 60 Prozent können auf mindestens 1 Gbit/s zugreifen. Bayerns Infrastruktur ist damit auch für aktuelle Anforderungen wie Homeoffice und Homeschooling gut aufgestellt. Über FTTB Glasfaser bis ins Haus verfügen knapp 18 Prozent der bayerischen Haushalte.

Mit der bayerischen Gigabit-Pilotförderung wurden ab Anfang 2019 die Grundlagen für die Genehmigung der Bayerischen BayGibitR durch die Europäische Union gelegt. Alle sechs Pilotgemeinden haben eine Förderzusage erhalten. Das Pilotprojekt der Stadt Berching wurde bereits am 3. August 2020 in Betrieb genommen. Zahlreiche Unternehmen in einem Gewerbegebiet profitieren seitdem von direkten Glasfaseranschlüssen.

BayGibitR ermöglicht es den Kommunen, im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit eigenständig über die Inanspruchnahme eines Förderverfahrens und den Umfang der Fördergebiete zu entscheiden. Über 900 Kommu-

nen sind bereits in das Förderverfahren eingestiegen, 780.000 Adressen befinden sich im Markterkundungsverfahren. In 186 Kommunen wurde das Auswahlverfahren gestartet, 15 Kommunen wurden mit einem Förderbescheid in Höhe von insgesamt 24 Mio. Euro bedacht.

Vorreiter und das Paradebeispiel für den geförderten Breitbandausbau im ländlichen Raum ist die Gemeinde Birgland. Sie wird die erste Gemeinde im Landkreis Amberg-Weizsach sein, die zu 100 Prozent mit Glasfaser bis ins Gebäude versorgt ist. Mit vier Förderbescheiden über insgesamt rund 5 Mio. Euro treibt Birgland den Ausbau des Highspeed-Internets vorbildlich voran.

Um Bayerns rund 4.700 öffentliche Schulen, die Rathäuser der 2.056 bayerischen Kommunen sowie die 367 Plankrankenhäuser optimal aufzustellen, bietet der Freistaat seit Juni 2018 mit der Glasfaser/WLAN-Richtlinie (GWLANR) eine zusätzliche Fördermöglichkeit. Diese wurde nun bis Ende 2022 verlängert. Die Fördersätze liegen zwischen 80 und 90 Prozent, der Förderhöchstbetrag beläuft sich auf maximal 50.000 Euro. 3.650 Einrichtungen befinden sich im Verfahren, 3.264 haben einen Bescheid erhalten, 1.780 Einrichtungen sind bereits mit Glasfaser angebunden. Insgesamt liegen die Förderzusagen bei 90 Mio. Euro.

Insbesondere die Erschließung öffentlicher Schulen ist nicht zuletzt durch den gestiegenen Bedarf im Zuge der COVID-19-Pandemie noch stärker in den Fokus gerückt. 42 Prozent der über 4.700 öffentlichen Schulen in Bayern wurden bereits mit FTTB versorgt, den Förderbescheid erhalten haben 41 Prozent, Interesse am geförderten Ausbau bekundeten 16 Prozent. Noch mehr Transparenz beim Anschluss von Schulen an das Gigabit-Netz ermöglicht →

der digitale Schulatlas. Mit nur einem Klick kann schnell und einfach die verfügbare Breitbandanbindung der Schulen abgefragt werden.

Mit der bayerischen Kofinanzierung zur Bundesförderung werden auch weiterhin alle Gemeinden unterstützt, die das Bundesprogramm für den Breitbandausbau nutzen. Die niedrigeren Fördersätze des Bundes werden dabei auf das Niveau der BayGibitR angehoben (bis zu 90 Prozent). Die Kombination aus Bundes- und Landesmitteln und insbesondere die Härtefallregelung erlauben die Realisierung besonders umfangreicher und damit auch kostenintensiver Projekte. Mit einer Fördersumme von voraussichtlich 465 Mio. Euro (Bund) und 300 Mio. Euro (Freistaat) werden rund 85.000 Adressen direkt an das Glasfasernetz angebunden.

Am 1. August 2021 ist die neue bayerische Kofinanzierungs-Gigabitrichtlinie (KofGibitR) zur Erschließung von Haushalten in grauen NGA Flecken in Kraft getreten. Damit haben Bayerns Kommunen beim Gigabitausbau künftig noch bessere und breitere Fördermöglichkeiten. Sie können jetzt die Bundesförderung des Gigabitausbaus in Kombination mit der neuen bayerischen Kofinanzierung in Anspruch nehmen – das bedeutet Fördersätze von in der Regel 90 statt 50 Prozent.

Von Kofinanzierungsmitteln in Höhe von 57 Mio. Euro profitiert beispielsweise der Landkreis Rottal-Inn. 25 Kommunen haben ihre Förderzusage zur Kofinanzierung erhalten.



v.l. Markus Brunhöfer, Bayerisches Breitbandzentrum, Ministerialrat Bernd Geisler, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat, und Holger Herrmann, Bayerisches Breitbandzentrum.

Sie alle nutzen bereits die Ende 2020 ausgelaufene Bayerische Breitbandrichtlinie. Mit insgesamt 98 Mio. Euro Förderzusagen des Freistaats für den Glasfaserausbau ist der Landkreis Rottal-Inn Spitzenreiter in Bayern.

Die Kombination aus Bundes- und Landesmitteln und insbesondere die Härtefallregelung erlauben übrigens auch die Realisierung besonders umfangreicher und damit auch kostenintensiver Projekte. Für finanzschwache Gemeinden gibt es eine Härtefallregelung; somit ist auch eine Förderung von über 90 Prozent möglich.

Wo erhalte ich Informationen zur bayerischen Breitbandförderung? Profitiert meine Gemeinde davon? Diese und weitere Fragen beantwortet der neue Breitbandwegweiser, ein Informations- und Serviceportal für Unternehmen und Bürger. ■

Näheres unter www.breitbandwegweiser.de

**Ihr Breitband-Spezialist
für den Glasfaserausbau.**

**JETZT
MEHR
ERFAHREN!**



Seit mehr als 25 Jahren entwickelt und fertigt die Connect Com zukunftsfähige Komplettlösungen für Breitbandnetze. Von der Technikzentrale über Glasfaserkabel, Spleißmuffen, Netzverteiler und Multifunktionsgehäusen bis zur Anschlussdose.

Alles aus einer Hand – maßgeschneidert auf Ihr Projekt.

CONNECTING THE DOTS

CDM
CONNECTCOM

Connect Com GmbH
+49 7022 9607 100

info@connectcom.de
connectcom.de



Drohende wettbewerbsrechtliche Schadenersatzansprüche

DIREKTOR STEFAN GRAF | BAYERISCHER GEMEINDETAG

Keine Aquirekooperationen im eigenwirtschaftlichen Glasfaserausbau!

Der Breitbandausbau hat sich von den Kabelverzweigern auf die Glasfaser verlagert. Weil viel Kapital nach Anlagemöglichkeiten sucht, ist der eigenwirtschaftliche Ausbau überraschend auch auf dem Land in den Vordergrund getreten. Landauf landab versuchen verschiedenste Unternehmen, von einigen hatte man in Bayern noch nie etwas gehört, einen „business case“ zu schaffen, in dem versucht wird eine bestimmte Vorvermarktungsquote bei den Hausanschlüssen zu erreichen. So weit so gut könnte man sagen – und was hat das mit den Gemeinden zu tun? Schließlich sind die Wegerechte gesetzlich geregelt. Ab 1. Dezember im novellierten Telekommunikationsgesetz (TKG) sogar noch einfacher zugunsten der Ausbauenden. Dennoch flattern den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern derzeit vermehrt sogenannte Kooperationsverträge ins Haus, von deren Unterzeichnung die TK-Unternehmen ihre Aquirebemühungen und damit auch den Glasfaserausbau abhängig machen. Nicht nur, dass in den Verträgen von den Gemeinden Unterstützung bei der Kundenansprache eingefordert wird, irritiert. Prekär wird die Situation, wenn einer Gemeinde gleich mehrere TK-Unternehmen eine Kooperation anbieten.

Der Gemeindetag hat die verschiedenen Vertragsmuster analysiert und empfiehlt, wenn diese konkrete Unterstützungen der Gemeinden für das TK-Unternehmen beinhalten, diese besser nicht zu unterzeichnen. Insbesondere wenn die Gemeinde mithelfen soll, dass das TK-Unternehmen möglichst viele Vorverträge in der Tasche hat – auch wenn die Grenze fließend sein mag, z.B. wenn der Bürgermeister auf einer Informationsveranstaltung des TK-Unternehmens ein Grußwort sprechen soll oder im Amtsblatt für den Gigabitusbau wirbt. Dadurch, dass sich die öffentliche Hand in Verträgen gegenüber einem einzelnen Unternehmen zu solchen Aktivitäten verpflicht-

tet, dürfte das wettbewerbsrechtliche Neutralitätsverbot gerissen werden, weil damit die Vermutung besteht, dass Nachfrage zu dem Unternehmen geleitet werden soll. Vor allem vor dem Hintergrund drohender wettbewerbsrechtlicher Schadenersatzansprüche ist hier Vorsicht geboten.

Macht das TK-Unternehmen seine Ausbauaktivitäten zwingend vom Abschluss eines Vertrages abhängig, kann die Gemeinde dennoch ein Angebot machen: Eine rein wegerechtliche Vereinbarung (ggf. mit Ergänzungen zur Mitnutzung passiver Infrastruktur und zur Koordinierung von Bauarbeiten) – denn hierzu gibt es gesetzliche Bestimmungen (§§ 68 TKG bzw. § 77 ff. TKG) und diese können auch über einen Vertrag vollzogen werden. Der Gemeindetag hat auf dieser Basis mit einem Unternehmen einen Mustervertrag abgestimmt.

Dies heißt freilich nicht, dass die Gemeinden nicht im Rahmen ihrer Möglichkeiten allgemein den Glasfaserausbau unterstützen können. Ein Leitfaden* aus Nordrhein-Westfalen zeigt diesbezüglich verschiedenste Unterstützungsmöglichkeiten auf – nur sich gegenüber einem Unternehmen dazu zu verpflichten, erscheint problematisch.

Befriedigend ist das Ganze freilich nicht. Letztlich sollte der eigenwirtschaftliche Ausbau, um möglichst viele Adressen zu umfassen, aus einer Hand und nicht im Aquirewettbewerb verschiedenster Unternehmen ablaufen. Damit aber die Gemeinde eine solche echte Kooperation mit zielgerichteten Unterstützungsmaßnahmen eingehen kann, bedürfte es wohl eines bei der EU-Kommission notifizierten Prozesses, in dem der Partner transparent und diskriminierungsfrei ausgewählt wird. ■

* https://www.gigabit.nrw.de/images/PDFs/Leitfaden/20180810_Leitfaden-fuer-die-oeffentliche-Hand-zum-eigenwirtschaftlichen-Breitbandausbau.pdf



LEONET

FÜR IHRE VERWALTUNG, FÜR IHRE BÜRGER*INNEN, FÜR IHRE UNTERNEHMEN!

Kommunaler Glasfaserausbau mit LEONET

Es geht um die digitale Zukunft Ihrer Gemeinde – samt den Einwohner*innen und ortsansässigen Betrieben.

Mit starken, schnellen sowie zukunftssicheren Internet-Verbindungen ist das moderne Landleben auch für die junge Generation und aufstrebende Unternehmen interessant. Der Ausbau der Glasfaserinfrastruktur ist für Kommunen eine sinnvolle und wirkungsvolle Lösung, um Chancengleichheit mit den Ballungsräumen herzustellen.

Mit zur Zeit über 3.500 Kilometer Glasfasernetz, verteilt auf 190 bayerische Kommunen in 20 Landkreisen, und über 25.000 zufriedenen Kund*innen im Rücken, unterstützt LEONET Sie gerne auf dem Weg in Ihre digitale Zukunft.

Aus der Region. Für die Region. Als Unternehmen aus Teisnach im Bayerischen Wald bietet LEONET das komplette Programm an: Von der Finanzierung und Teilnehmergeinnung, über die Bauplanung und Durchführung mit regionalen Tiefbauunternehmen bis zur bewährten Leitungsverlegung (FTTH / FTTB) und dem kundenorientierten Netzbetrieb.

Versäumen Sie es nicht, dass sich Ihre Bürger*innen und Unternehmen auch in Zukunft mit und in Ihrer Gemeinde verbunden fühlen. Das Experten-Team der LEONET Kommunalbetreuung freut sich auf einen ersten Austausch mit Ihnen.



**So erreichen Sie die LEONET
Kommunalbetreuung:**

Adrian Richter
Teamleitung Kommunalbetreuung

Tel.: 0151 188 15 692
kommunalbetreuung@leonet.de

BAYERNS DIGITALE ZUKUNFT

LEONET.DE



Ökologie und Ökonomie im Einklang

v.l. Dr. Markus Ranner, Vincent Wiese, Oliver Horn

VINCENT WIESE | ADTRAN GMBH

Nachhaltige Investitionen in FTTH & Gigabit Breitband

Neben der Forderung Deutschland zu digitalisieren, richtet sich der Fokus aktuell auf das Ziel, klimaneutral zu werden. Es ist deshalb auch für Netzbetreiber wichtig, sich mit diesen Zielen auseinanderzusetzen, insbesondere wenn Technologieüberlegungen angestellt werden.

Mit der Demokratisierung des Gigabit-Internets werden auch in Europa die Gigabitangebote zunehmend angenommen. Hier in Deutschland bieten u.a. Provider wie deutsche Glasfaser, NetCologne, M-Net, Vodafone und Deutsche Telekom einen Internetzugang mit 1.000 Mbit/s zum Monatspreis von deutlich unter 100,00 EUR an. Und es werden bereits die ersten Angebote für 10 Gbit/s Anschlüsse sichtbar. Bei dieser Entwicklung ist es sinnvoll nachhaltige und energieeffiziente Infrastrukturen zu betreiben.

Wie zum Beispiel die Studie von Professor Obermann darstellt, ist die Glasfaser deutlich energieeffizienter als Kupfer- oder Koaxialkabel. Nach Berechnungen von ADTRAN und dem Vergleich der eigenen Produkte hiX P2P und SDX XGS-PON erweist sich die passive gegenüber der aktiven Technologie wesentlich wirtschaftlicher und ökologischer. Diese von Wiese genannten Zahlen überzeugen: 48 Prozent weniger Investitionskosten, 85 Prozent weniger Energie und rund 80 Prozent weniger Platzbedarf. „Passive Netze sind daher nicht nur technologisch gesehen geeignet uns die nächsten 100 Jahre mit Breitband zu versorgen, sondern auch ein wichtiger Schritt in Richtung Klimaneutralität,“ unterstreicht Wiese und setzt fort: „PON benötigt keine aktiven Komponenten am Verteilerpunkt, keine Stromversorgung und kleinere Verteilerkästen. Und durch zentrale Wartung müssen Techniker wesentlich seltener weit hinausfahren.“



Vincent Wiese

Weil die bewährte GPON Technologie nun langsam an ihre Kapazitätsgrenzen stößt, steht mit XGS-PON eine leistungsfähigere symmetrische 10 Gbit/s Variante zur Verfügung. Wirtschaftlich betrachtet bietet sich an, im Zugangsnetz eine Hybridform Combo PON, zusammengesetzt aus GPON und XGS-PON einzusetzen. Combo PON verlängert aber nicht nur die GPON Investitionen um mehr als zwei Jahre, sondern liefert auch die XGS-PON Kapazitäten zum Preis von GPON. Außerdem wird damit die künftige

Einführung von PON mit 50 Gbit/s unterstützt. Mit Combo PON kann einfach die Lebensdauer der gekauften Infrastruktur verlängert werden. Ein Service Provider kann seinen Kunden bei Bedarf umgehend höhere Geschwindigkeiten anbieten und gleichzeitig höhere Einnahmen generieren. Genügsame Kunden verbleiben einfach auf dem GPON Port solange sie mit den niedrigen Datenraten zufrieden sind. Somit können Normalverbraucher und Großverbraucher mit ein und derselben Lösung zufriedenstellend bedient werden. So eröffnet sich die Möglichkeit GPON auch noch für die nächsten 10 Jahre einzusetzen.

Der Weg zu grünem Breitband wird auch durch technologische Flexibilität unterstützt. ADTRAN hat dazu bereits vor einigen Jahren eine disaggregierte Architektur eingeführt, indem das bisher traditionell proprietäre Chassis in die einzelnen Funktionen aufgeteilt wurde. „Dadurch lassen sich jetzt Produkte herstellernerneutral miteinander kombinieren“, unterstrich Wiese. ■

Eine starke Region braucht einen starken Partner.

Für Ihre Kommune bauen wir **Lichtgeschwindigkeit**.

- ✓ 100% Glasfaser: 100% Leistung und 100% Geschwindigkeit
- ✓ Kein Risiko: eigenwirtschaftlicher Ausbau
- ✓ Zukunftssichere Infrastruktur mit klassischen Verlegetiefen

Wir sind bereits Partner der Gigabit-Regionen Heilbronn-Franken und FrankfurtRheinMain. Gern unterstützen wir auch Sie dabei, in die digitale Zukunft Ihrer Kommune zu starten.

Kontakt und weitere Informationen:

Tel.: 040 605 980-115

E-Mail: kommunen@deutsche-giganetz.de

Web: deutsche-giganetz.de

DIARMUID KELLY UND DAVID KROSCHWALD | AND SOLUTION GMBH

Vorplanung mit AND WebSolution

SCHNELL UND EINFACH EINE SOLIDE ENTSCHEIDUNGSGRUNDLAGE FÜR FTTH-PROJEKTE SCHAFFEN



v.l. Diarmuid Kelly und David Kroschwald

Mit AND WebSolution steht jetzt eine webbasierte Softwarelösung für die einfache Vorplanung und Optimierung von FTTH-Netzwerken bereit. Dafür ist weder eine Lizenz noch ein Download mit anschließender Installation erforderlich: Es muss lediglich ein Benutzerkonto eingerichtet werden und die Planung kann ohne weitere Vorkenntnisse beginnen.

In wenigen Minuten erstellen auch ungeübte Mitarbeiter eine solide Entscheidungsgrundlage für das geplante FTTH-Projekt, inklusive der Kosten. AND WebSolution unterstützt die Planung bis zu 5.000 Gebäudeadressen. Zusätzlich kann die Anzahl der Wohnungen pro Gebäude vorgegeben werden. Die erforderlichen Netzwerkkomponenten lassen sich hinzufügen, modifizieren und auch wieder löschen. Und deren Konfigurationen können ohne Beteiligung des Herstellers geändert werden. Eine Materialliste wird automatisch erstellt. Die Kosten sind transparent: Ein Gebäude kostet genau 1.0 EUR. So günstig kann über die hohen Investitionen für ein Glasfasernetz entschieden werden. Als Bonus können 150 Gebäude kostenlos geplant werden. Mit Un-

terstützung der Kurzanleitung, die von der Webseite kostenlos heruntergeladen werden kann, startet praktisch Jedermann sofort produktiv! Und erhält umgehend ein optimales und kostengünstiges Ergebnis.

Nach einem Blick auf das AND Produktportfolio durch Diarmuid Kelly wurde die einfache und benutzerfreundliche Bedienung von WebSolution durch David Kroschwald live demonstriert: Dem Login in das zuvor angelegte Benutzerkonto folgte die Gebietsauswahl. Die gewünschte Region wurde in der bereitgestellten Karte für ganz Europa durch ein Polygon definiert. Für das Beispiel wurde ein Bereich im Raum Rosenheim Mitterfeld gewählt. Karten, Gebäude, Adressen und Straßen wurden dafür automatisch von OpenStreetMaps™ abgerufen. Bei Bedarf können Gebäude zusätzlich auch manuell importiert und georeferenziert werden. Jedes Gebäude wird einschließlich der darin befindlichen Wohnungen hinterlegt, um damit exakt die erforderliche Anzahl der zu verlegenden Glasfasern ermitteln zu können. Für das Central Office, auch POP (point of presence) genannt, wurde ein geeigneter Standort festgelegt. Danach folgte die Auswahl der gewünschten Technologie (aktiv Ethernet oder passiv GPON) und Netzwerkkomponenten, versehen mit den bekannten Preisen. Damit konnte die Vorplanung generiert werden. Das Ergebnis: geschätzte Gesamtkosten pro Adresse von 2.200 EUR für insgesamt 240 Kunden. Für den Export zur weiteren Planung stehen die Daten als PDF und Excel™-Datei zur Verfügung.

Künftig werden auch Exporte direkt in die AND SystemSolution möglich sein. Auf Knopfdruck ist die Grundlage für zukünftige Detailplanungen dann bereits vorhanden!

Diese flexible Web-Anwendung lässt sich wie folgt zusammenfassen: Kein Download, keine Installation, keine Lizenz, aber dafür eine kostengünstige FTTH Grobplanung in wenigen Minuten. ■

BENEDIKT BREUER | AXING AG

Effizienter Multi-Gigabit-Ausbau

GLASFASER WO NÖTIG, BESTEHENDE KOAXIALKABEL WO MÖGLICH

HFC Broadband Solutions als Mitglied der AXING Gruppe stellt sich als Partner-Marke für schnelle Netze, Internet, TV und Telefonie vor. Das Unternehmen offeriert Multi-Gigabit-Netze für Stadtwerke, Netzbetreiber und Energieversorger über bereits bestehende Kabelfernsehnetze.

Für die Datenübertragung über Koaxialkabel existieren seit 1997 die international anerkannten DOCSIS (Data Over Cable Service Interface Specification) Spezifikationen. Die aktuelle Version 3.1 stellt Da-

tenraten im Downstream bis zu 10 und im Upstream bis zu 2 Gbit/s zur Verfügung. Mit DOCSIS 4.0 werden diese Geschwindigkeiten künftig auf 15 bzw. 6 Gbit/s nochmals erhöht. „Mit der von uns angebotenen HFC-Lösung basierend auf CCAP-Architektur (Converged Cable Access Platform) erreichen wir FTTH ebenbürtige Datenraten auch über Koaxialkabel“, betont Breuer.

Das Herzstück zur Signalübertragung bilden die bis zu DOCSIS 3.1 kompatiblen Remote-MACPHY-Systeme, die für →



Benedikt Breuer

den Einsatz sowohl Indoor als auch Outdoor verfügbar sind. Sie sorgen für eine enorme Leistungssteigerung von koaxialen Netzwerken, wobei sich die Architektur durch den Distributed-CCAP-Ansatz flexibel konfigurieren lässt. Ferner zeichnen sie sich durch weniger Platzbedarf, geringeren

Energieverbrauch und geringere Anforderungen an Kühlung und Klimatisierung aus. Für den Netzbetreiber ergibt sich damit ein rascher und kostengünstiger Ausbau mit Gigabit-Datenraten und DOCSIS, immer dann, wenn bereits eine funktionsfähige Koax-Infrastruktur vorhanden ist.

ALS GEWICHTIGE VORTEILE FÜR NETZBETREIBER NANNT BREUER FOLGENDE ASPEKTE:

- Hoher Ertrag pro Anschluss ARPU (Average Revenue per User)
- Modulare, skalierbare und flexibel auf die Kundenzahl abstimmbare Lösung: „Pay as you grow“
- Schnelle und einfache Installation nahezu ohne bauliche Maßnahmen: „Time to Market“
- Flexible Möglichkeiten: Signale zukaufen, selbst generieren, weiterverkaufen
- Sehr gutes Preis-/Leistungsverhältnis und sehr schneller „Return of Invest“
- Zukunftssichere, wettbewerbsfähige Lösung als Alternative oder als Brückentechnologie bei der Migration hin zu FTTH

Die Lösung ist insbesondere interessant, wenn für große Gebäudekomplexe FTTB-Anwendungen geplant sind, ein Denkmalschutz besteht oder ein Campus-Netz errichtet werden soll. Ferner kommt sie für Schulen, Krankenhäuser, Hotels, Ferienparks und Studentenwohnheime in Frage. Es kann sogar die perfekte Lösung sein, wenn der FTTH Ausbau zu teuer ist, aktuell keine Tiefbau-Ressourcen zur Verfügung stehen, ein existierendes Netz oder Teile davon von einem anderen Kabelnetzbetreiber übernommen und mo-

dernisiert werden sollen sowie im Unternehmen oder bei dessen Systempartnern nicht genügend Erfahrung und Messtechnik für FTTH zur Verfügung stehen.

Abschließend gab Breuer einen kurzen Ausblick auf die im Aufbau befindliche Axing TV Plattform: *„Wir werden uns nicht nur mit Hardwarethemen beschäftigen, sondern künftig auch eine Cloud-basierte IPTV- und OTT-White-Label-Plattform anbieten.“* ■



Wir machen das Netz.

**Wir schaffen Verbindungen, wo sie benötigt werden:
In Bayern. In Ihrer Gemeinde.
Bei Ihnen zu Hause.**

teranet.de

Gemeinsam für einen flächendeckenden Ausbau

- ◆ Beste Erfahrungen in Vermarktung, Betrieb und Ausbau
- ◆ Partnerschaftlicher und regionaler Ansatz
- ◆ Eine moderne, dynamische Marke für Top-Glasfaserprodukte

Sprechen Sie uns an! Alle Kontaktinfos auf gvg-glasfaser.de/fuer-kommunen/



FRANK FUHRMANN | DCT DELTA AG

RF-Overlay entlastet das Datennetz von TV-Diensten

Ökologischer Fußabdruck ist das Stichwort, welches heutzutage immer öfter vorkommt. Eine Suchanfrage bei „Google“ mit „Energieverbrauch Streaming“ liefert über 200.000 Ergebnisse mit den Überschriften:

- Der Stromverbrauch im Internet
- So viel Strom verbraucht Streaming
- Streaming-Dienste und CO2
- So klimaschädlich sind Netflix, Youtube, Spotify
- Streaming – der Mega-Stromfresser: Fernsehen aus dem Netz

Eine Stunde Video-Streaming in Full-HD-Auflösung benötigt 220 bis 370 Wh. Auf der Internetseite von „eon“ gibt es drei Tipps zum Stromsparen im Internet; darunter: „Mit Bedacht Videos streamen und lieber wieder häufiger das TV-Gerät live einschalten bzw. die altbewährte DVD nutzen.“

RF-Overlay bedeutet lineares Fernsehen mit xPON-/PtP-Signalen über Glasfaser. Die Funktion ist recht einfach, da die Wellenlänge 1550 nm für RF-Overlay reserviert ist. Mit entsprechenden Filtern können die Wellenlängen für verschiedene Dienste genutzt werden.

Bei IPTV unterscheidet man in Unicast und Multicast, wobei Unicast für Einzelstreams, wie Netflix & Co. verwendet wird. Multicast wird für lineares Fernsehen verwendet, ist somit effizienter als Unicast, allerdings werden für ca. 100 TV-Programme mehr als 330 Mbit/s im Datennetz benötigt. Für live TV Streaming werden bei älteren TV-Geräten



Frank Fuhrmann

meistens eine Set-Top-Box mit einer zusätzlichen Fernbedienung benötigt; ein weiteres Gerät mit Stromverbrauch beim Teilnehmer.

RF-Overlay ist ein Broadcast-Dienst mit gleichen Funktion wie beim Kabelfernsehen. Durch die Nutzung der separaten Wellenlänge (1550 nm) werden Kapazitäten für xPON/PtP-

Netze frei. Es ist ein einfacher Dienst für Nicht-Internet-Nutzer (ältere Menschen) und entspricht beim Kabelfernsehen dem DVB-C, was bereits in den heutigen TV-Geräten enthalten ist. Kein zusätzliches Endgerät (weniger Strombedarf) und Fernbedienung sind notwendig.

RF-Overlay kann in jedem FTTH-Netz angewendet werden, bzw. ist ein Nachrüsten in bestehenden Glasfasernetzen möglich. Die Radio- und TV-Programme werden auf einer separaten Wellenlänge (1550 nm) in das Glasfasernetz eingespeist. Bei den POP's erfolgt die Zusammenführung mit den xPON- oder PtP-Signalen. Der Endkunde bekommt einen Fiber Node, der die TV-Signale in ein koaxiales Signal wandelt und in der Wohnung verteilt. Somit können die gewohnten TV Endgeräte ohne Zusatzgeräte verwendet werden. ■

TABATHA VON KÖLICHEN | CAMBIUM NETWORKS

Der schnelle Weg zur Gigabit-Konnektivität

MIT WLAN UND RICHTFUNK



Tabatha von Kölichen

Cambium Networks mit Hauptsitz in der Nähe von Chicago ist Marktführer im Bereich der drahtlosen Lösungen. Das Portfolio des Unternehmens mit über 10.000 Resellern weltweit umfasst Punkt-zu-Punkt, Punkt-zu-Mehrpunkt sowie WLAN. Für die Verwaltung von WLAN, Switches und Richt-

funk steht eine einheitliche Managementplattform zur Verfügung. Zu den Vorteilen, die der Einsatz der Wireless-Technologien von Cambium bietet, gehören unter anderem ein hervorragendes Preis-Leistungs-Verhältnis, geringe laufende Kosten, eine einfache Implementierung sowie Glasfaser-ähnliche Geschwindigkeiten.

Stabile Internetverbindungen sind zu einem wichtigen Bestandteil des täglichen Lebens geworden. Doch nicht nur im privaten, sondern auch im öffentlichen Raum spielt zuverlässige Konnektivität eine wichtige Rolle. So setzen zahlreiche Schulen, Beherbergungsbetriebe und auch Städte auf öffentliche Hotspots. Da eine Verkabelung nicht immer möglich oder kosteneffizient ist, bietet Cambium Networks mit seinen WLAN- und Richtfunk-Technologien eine zukunftssichere und zuverlässige Alternative.

Richtfunk eignet sich für unterschiedlichste Anwendungsfälle, beispielsweise als Kommunikationssystem für →

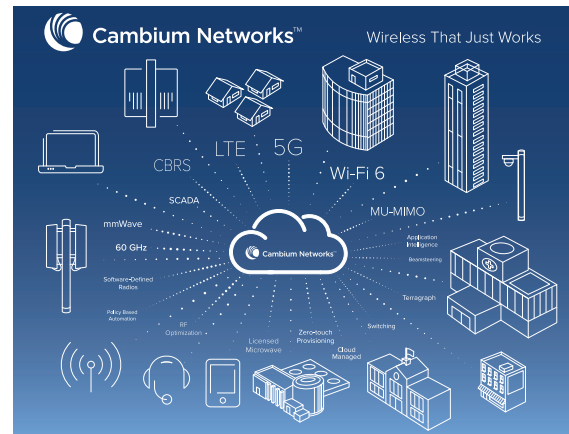
Militär, Polizei oder Feuerwehr sowie in der Video- oder Verkehrsüberwachung. Darüber hinaus dient diese Technologie als optimale Lösung für das temporäre Bereitstellen von Konnektivität – etwa bei Messen, Festivals oder Konzerten. So wurde beispielsweise auf der Internationalen Automobil-Ausstellung (IAA) in München im September 2021 die Cambium-Lösung für die digitale Besucherzählung in Echtzeit eingesetzt.

WiFi4EU FÜR ÖFFENTLICHE WLAN-HOTSPOTS

WLAN- und Richtfunk-Lösungen eignen sich für den Einsatz in diversen Bereichen. So nutzen unter anderem öffentliche Auftraggeber wie Städte oder Gemeinden die Drahtlos-Technologien von Cambium Networks. Im Rahmen des Projekts WiFi4EU sollen Gratis-WLAN-Hotspots im öffentlichen Raum gefördert werden. Viele Städte nehmen dies zum Anlass, beispielsweise Parks, Museen, öffentliche Gebäude oder ganze Fußgängerzonen mit Hotspots auszustatten – oder sich sogar zur Smart City zu entwickeln. Cambium hat bereits über 1.000 WiFi EU-Projekte in Europa realisiert, um öffentliches kostenloses WLAN bereitzustellen.

INVESTITION IN DIGITALE BILDUNG

Im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung initiierten DigitalPaktes Schule bauen zunehmend Bildungseinrichtungen ihre IT-Infrastrukturen aus. Mit diesem Programm soll möglichst vielen Schülern durch eine stabile Internetverbindung der Zugang zu digitalen Lernangeboten ermöglicht werden. Auch Cambium hat bereits er-



folgreich verschiedene Schulen mit einem modernen Campusnetzwerk ausgestattet.

Die Komplettlösung von Cambium Networks umfasst sowohl WLAN-Access Points als auch Richtfunk. So hat die Stadt Papenburg zum Beispiel 15 Liegenschaften mit den WLAN-Indoor- und -Outdoor-Access Points von Cambium ausgestattet, einschließlich Kernverwaltung, Bauhof, Feuerwehr, Schulen oder Hafenamt.

Es gibt sehr gute Alternativen, sodass man heute nicht mehr auf den Glasfaserausbau warten muss – egal ob Privatpersonen, Gemeinden, Städte oder Unternehmen. Insbesondere Richtfunk ist eine kostengünstige Alternative, um innerhalb von wenigen Wochen auch in ländlichen Gebieten Wireless to the Home (WTH) mit Gigabit-Geschwindigkeit bereitzustellen. ■

Immer. Sicher. Dicht.

hauff
technik®

MIS60 ND für Strom und Kommunikation GRABENLOSE HAUSEINFÜHRUNGEN

- keine Tiefbauarbeiten auf dem Grundstück
- komplett von der Gebäudeinnenseite montierbar
- optimale Anwendung bei überbauter oder schwer zugänglicher Hausanschlussstrasse
- Universalhauseinführung mit Membran-Injektionssystem für Bohrungen in den gängigsten Wandarten

SOEREN WENDLER | DEUTSCHE GIGANETZ GMBH

Glasfaser für alle – so geht das

Seit einem Jahr agiert hierzulande mit der Deutschen Giga-Netz GmbH eine neue Größe im Glasfasermarkt. Die Idee für diese Neugründung mit Sitz in Hamburg entstand bereits vor 2,5 Jahren. Das erklärte Ziel lautet: Maximale Bandbreite, also garantierte und symmetrische Datenraten. Das Unternehmen wird von InfraRed Capital Partners Limited verwalteten Fonds finanziert und strategisch begleitet. Für den Bau von rund 1 Mio. FTTH Glasfaseranschlüssen stehen 3 Mrd. EUR bereit.



Soeren Wendler

Wendler sieht als Mammutaufgabe und zugleich Herausforderung, dass in den Ausbaugebieten auch wirklich 100 Prozent aller Haushalte an die Glasfaser angeschlossen werden können. Der Fokus richtet sich überwiegend auf den mittleren urbanen Bereich. Das Unternehmen sieht sich als

zuverlässigen Partner für Länder und Kommunen, wobei der jeweils geplante Ausbau zu 90 bis 95 Prozent eigenwirtschaftlich erfolgt. Zusätzlich werden bei Bedarf auch Fördermittel in Anspruch genommen sowie bereits bestehende Anschlüsse mit eingebunden. Das zugrundeliegende diskriminierungsfreie Open Access Konzept eröffnet die Möglichkeit für strategische Kooperationen mit interessierten Partnern. Bevorzugt werden große Projekte, um so den FTTH Ausbau quasi als Fabrik voranzutreiben. Diese Strategie führte bereits im ersten Jahr der Tätigkeit zum Erfolg in diesen beiden Gigabitregionen: Frankfurt Rhein Main mit 163 Kommunen und Heilbronn-Franken mit 110 Kommunen, wo der Zuschlag exklusiv erfolgte.

„Der Ausbau mit hoher Dynamik erfolgt in Lichtgeschwindigkeit und führt in 2 bis 4 Jahren zum Qualitätsnetz“, erklärte Wendler und setzte fort: „Wir streben kurze Zeiten an und kennen keine Kompromisse zur Schonung historischer Altnetze. Wir nutzen vorhandene Infrastrukturen, denn ein Überbau macht wirtschaftlich keinen Sinn.“ Daraus ergeben sich für die Kommune und deren Bürger folgende Vorteile:

- Der schnelle FTTH-Ausbau erfolgt aus einer Hand.
- Geboten wird eine maximale Versorgung mit dem Ziel, 100 Prozent aller Adresspunkte zu erschließen.
- Es sind keine kommunalen Investitionen nötig und für die Endkunden entstehen keine Kosten für den Glasfaseranschluss.

Das Baukonzept für die eigenwirtschaftliche Erstellung einer Infrastruktur der nächsten Generation besteht aus einer passiven Bauweise für jeden Anschluss in Punkt-zu-Punkt (P2P) Topologie. Dabei sind jeweils zwei Fasern pro Wohnung, vier Fasern pro Gewerbeeinheit und zwei Reservefasern je Gebäude vorgesehen. In den Fördergebieten erfolgt der Ausbau gemäß Bundesmaterialkonzept. Als Übertragungstechnologie wird GPON eingesetzt. Die gesamte Netztechnik stammt von Qualitätsherstellern wie AVM und Nokia. Durch 50 bis 60 Prozent weniger Energieverbrauch als Koax- oder Kupferkabelnetze leistet die Glasfaser einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit. Für Privatkunden werden attraktive Tarife für 300 bis 1.000 Mbit/s offeriert. Geschäftskunden können Datenraten bis zu 10 Gbit/s wählen. „Wir sind gekommen um zu bleiben,“ beendete Wendler seine Präsentation und fügte hinzu: „bald auch in Bayern.“ ■

HELMUT BEERHALTER | HAUFF-TECHNIK GMBH & CO KG

Revolutionierter Glasfaserausbau Anwendungsbereich: Bestandsausbau

Hauff-Technik GmbH & Co. KG hat als führender Hersteller von Mehrsparten-Hauseinführungen neben neuen Lösungen für Glasfaser-Hausanschlüsse auch eine Produktneuheit in seinem Sortiment, die den Glasfaserausbau der letzten Meile optimiert.

Die Glasfasererschließung schneller und wirtschaftlicher zu gestalten ist deshalb das Ziel, das mit der G-Box verfolgt wird. Genau an diesem Punkt setzt das neue innovative Anschlusskonzept an. Die G-Box bildet einen unterirdischen Glasfaser-Übergabepunkt auf dem privaten oder öffentlichen Grund und teilt dabei die Netzebene 3 in die Teile 3 A und 3 B auf. Diese neue Vorgehensweise ermöglicht es,

die Ressourcen im Tief- und Netzbau gezielt einzusetzen und den Ausbau wirtschaftlicher zu gestalten.

GLASFASERAUSBAU IM BESTAND

Durch die Verwendung der G-Box kann der Glasfaseranschluss vom Netzverteiler (NVT) bis zum Gehweg/Kunden Grundstück (Netzebene 3 A) fertiggestellt werden.

Die G-Boxen werden bestenfalls auf allen Kundengrundstücken eines Straßenzuges eingebaut und nach der Verlegung der Mikroröhre mit diesen verbunden.

Die Glasfaser-Einbläser blasen daraufhin in einem Arbeitsgang die Glasfaserkabel vom NVT in jede G-Box →

des kompletten Straßenzugs ein. Zudem bietet die G-Box dem Hausanschlussersteller die Möglichkeit, einen Glasfaser-Abschlusspunkt im wasserdichten Innengehäuse zu platzieren. Die G-Boxen können dabei vom Fachpersonal gespleißt werden und das Netz ist betriebsbereit.

Dieses Vorgehen hat für die Kommunen und die Netzbetreiber den großen Vorteil, dass eine nachträgliche Hausanschlussstellung, die zu einem späteren Zeitpunkt nach der Ausbaumaßnahme zustande kommt, wesentlich einfacher und kostengünstiger abgewickelt werden kann. Der Aufwand für Tiefbauarbeiten auf dem öffentlichen Grund entfällt hier komplett und das Glasfaserkabel „wartet“ schon in der G-Box auf den Kunden.

Im nächsten Schritt kann das Gebäude mit der G-Box bzw. dem Glasfasernetz mittels eines Kabelsystems verbunden werden. Der Kunde hat zu einem beliebigen Zeitpunkt die Möglichkeit, das Kabelsystem an das vorab installierte Kabel über eine Plug & Play Steckverbindung entsprechend der Hausanschlusslänge zu verbinden. Das andere Ende des Verbindungskabels kann, falls vorhanden, über eine Mehrspartenhaufeinführung in das Gebäude eingeführt und mit dem Hausabschlusspunkt verbunden werden. Folglich ist der Glasfaseranschluss fertiggestellt und der Kunde kann im Internet surfen.

Des Weiteren kann das Kabelsystem optional durch den Einbau der grabenlosen Hauseinführung MIS60 ND mit dem Gebäude verbunden werden. Bei dieser Ausbauarvariante kommt eine Erdverdrängungsrakete zum Einsatz, mit der ein Leerrohr vom Keller des Gebäudes bis zur Zielgrube



Helmut Beerhalter

neben der G-Box verlegt wird. Dem Kunden bleibt das Aufgraben des Gartens bis zur G-Box an der Grundstücksgrenze erspart. Das Kabelsystem kann somit durch das Leerrohrsystem in das Gebäude gezogen werden.

Die G-Box kann als ein Baustein des digitalen Infrastrukturausbaus in zukünftigen Smart City-Anwendungen zum Einsatz kommen. Denn auch eine „intelligente“ Straßenleuchte oder ein öffentliches WLAN-Netz und nicht zuletzt die 5G-Antenne benötigen zuallererst einen Glasfaseranschluss, der mit der G-Box bereits vor der Realisierung der Maßnahme problemlos in der Infrastruktur eingeplant werden kann. ■

Werkzeuglose Glasfaserinstallation für Zuhause

Für die Bandbreite der Zukunft



DiaLink
FTTH SYSTEM



DiaLink
HIGH-SPEED FIBER OPTIC CONNECTOR

Scannen Sie den QR-Code oder
folgen Sie dem Link für weitere Informationen.
www.dialink-system.de



PETER REISINGER | DEUTSCHE GLASFASER WHOLESAL GMBH

So funktioniert Digitalisierung in Bayern

PRIVAT UND STAAT – HAND IN HAND FÜR FLÄCHENDECKENDEN GLASFASERAUSBAU

Mit mehr als einer Million verbauten Glasfaseranschlüssen und 580.000 Vertragskunden ist das Unternehmen Deutsche Glasfaser heute Partner für 1.750 Kommunen in ganz Deutschland. Derzeit werden weitere 35.000 anbieteroffene Glasfaser-Direktanschlüsse für Privathaushalte und Unternehmen jeden Monat gebaut. Um diese enorme Schlagzahl zu erreichen müssen laufend erforderliche Anstrengungen erbracht werden.

Durch die Fusion von Deutscher Glasfaser und inxio im vergangenen Jahr entstand die Unternehmensgruppe Deutsche Glasfaser mit 1.600 Mitarbeitern und dem Fokus auf nachhaltige und zukunftsorientierte Glasfasernetze, die vorwiegend den ländlichen Raum erschließen. „Wir schaffen ein digitales Bürgernetz mit insgesamt 6 Millionen FTTH-Anschlüssen, davon 4 Millionen bis Ende 2025. Dafür investieren wir 7 Mrd. Euro, die von den beiden Investoren EQT aus Schweden und OMERS aus Kanada bereitgestellt werden“, ergänzt Reisinger und setzt fort: „In Bayern sind bereits 90.000 Anschlüsse erschlossen, 50.000 werden derzeit gebaut, in insgesamt 230 Gemeinden und 40 Gewerbegebieten.“

Grundsätzlich profitiert jede Partnerkommune von dem flächendeckenden Ausbau. Dieser integrative Netzausbau erfolgt sowohl privatwirtschaftlich als auch gefördert. Nur dort wo die privatwirtschaftliche Investition nicht möglich ist, muss der Staat eingreifen. Wie das funktioniert erläuterte Reisinger an einem konkreten Beispiel für die Gemeinde Haimhausen.



Nach einer Analyse der Gemeinde konnte festgelegt werden, welche Gebiete eigenwirtschaftlich ausbaubar sind. Dem Erstgespräch mit Bürgermeister Peter Felbermeier und Gemeinderat folgte die Unterzeichnung einer Wegenutzungsvereinbarung. Die anschließende Nachfragebündelung mit exklusiven Angeboten für die Bürger dauerte ca. drei Monate und war Basis für die Entscheidung, welche Gebiete eigenwirtschaftlich ausgebaut werden konnten. Für die restlichen Adressen wurde das Förderverfahren gestartet. Die damit verbundene Ausschreibung hat die Deutsche Glasfaser gewonnen. Durch dieses Zusammenspiel von eigenwirtschaftlichem Ausbau und staatlicher Förderung ist ein flächendeckender Ausbau der Gemeinde Haimhausen erzielt worden. Insgesamt wurden 2.125 Hausanschlusspunkte eigenwirtschaftlich und 78 Anschlüsse durch Förderung erschlossen. In dem festgelegten

Ausbaugebiet wurden gigabitfähige Glasfaseranschlüsse für alle Haushalte geschaffen, unabhängig davon, ob die Dienste sofort oder erst später in Anspruch genommen werden. Mit Open Access – Voraussetzung für die Erlangung von Fördergeldern – können darüber hinaus Kooperationen mit anderen Providern geschlossen werden und so die Netzauslastung weiter gesteigert werden.

Der bayerische Finanz- und Heimatminister Albert Füracker kommentierte dieses erfolgreiche Projekt bei der Inbetriebnahme des Förderprojektes in der Gemeinde Haimhausen: „Durch kluge Kombination zwischen der Bayerischen Breitbandförderung und eigenwirtschaftlichem Glasfaserausbau bringen wir Gigabit in jedes Haus in Bayern“. ■

CASPAR VON PREYSING | GIGABITBÜRO DES BUNDES

Übersicht Gigabitausbau in Deutschland

Laut Breitbandatlas des Bundes weist der Gigabitausbau in Deutschland eine hohe Dynamik auf. Bei den Gigabitbandbreiten lassen sich seit 2018 hohe Zuwächse feststellen. Der Großteil davon geht auf die Aufrüstung der Kabelnetze auf DOCSIS 3.1 Standard zurück. Zudem wächst hierzulande die Glasfaserversorgung, so dass Deutschland bei diesem Entwicklungsprozess inzwischen zu den Top 3 in Europa zählt.

Ende 2020 lag Deutschland mit 95 Prozent bei der Versorgung mit mindestens 30 Mbit/s deutlich über dem EU-Schnitt (87 Prozent). Hingegen lag die Gigabit-Versorgung hierzulande mit über 59 Prozent um 117 Prozent höher als noch Ende 2017 (27 Prozent).

Einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Internetversorgung auf dem Land leistet der FTTC-Ausbau. Zuwächse im ländlichen Bereich sind primär durch FTTC-/Vectoring-

Ausbau in den Bandbreiten bis 100 Mbit/s festzustellen. Während Ende 2016 lediglich knapp 34 Prozent der ländlichen Bevölkerung mit mindestens 50 Mbit/s versorgt wurden, waren es Ende 2020 bereits knapp 81 Prozent. Dies entspricht einem Plus von 140 Prozent. Ausschlaggebend für diese Entwicklung sind die Auswirkungen der Förderprogramme, aber insbesondere auch des eigenwirtschaftlichen Ausbaus der Netzbetreiber.

Trotz dieser Steigerungsraten ist nach wie vor ein Stadt-Land-Gefälle angezeigt. Weiterhin besteht im ländlichen Raum ein deutlicher Aufholbedarf bei den Bandbreiten über 50 Mbit/s. Starke Zuwächse sind in den Gigabitbandbreiten zu beobachten, denn der ländliche Raum steht im Fokus der Förderprogramme und der Netzbetreiber.

Bei der Glasfaserversorgung liegt Deutschland im →

europäischen Vergleich deutlich zurück. Langfristig müssen insgesamt noch gut 30 Millionen Haushalte mit Glasfaser erschlossen werden. Kurzfristig sind für das Erreichen des Ziels der alten Bundesregierung (flächendeckende Verfügbarkeit gigabitfähiger Anschlüsse bis 2025) dagegen noch gut 7 Millionen Haushalte zu erschließen – ein ambitioniertes Ziel.

Nie waren die Rahmenbedingungen für den Gigabitusbau besser: In der Wahrnehmung der Bevölkerung sind Bedeutung und Wert eines leistungsfähigen Internetanschlusses gestiegen. Der deutsche Markt ist für Investoren interessant. Auch Netzbetreiber-Kooperationen beschleunigen den Gigabitusbau. Stand heute wurden bereits über 20 Milliarden Euro an Investitionen in Glasfasernetze angekündigt.

Gleichwohl bestehen auch echte Herausforderungen wie deutliche Preissteigerungen in Teilen des Netzausbaus sowie zu geringe Kapazitäten in den Verwaltungen (z.B. Bauämter). Es gilt, Genehmigungsprozesse zu straffen und die Antragsqualität zu steigern. Kommunen verfügen nur über knappe Kapazitäten. Ein Breitbandbeauftragter hilft hier nur bedingt. Grundsätzlich müssen die Ausbaupkapazitäten im Markt deutlich erweitert und die vorhandenen Kapazitäten maximal effizient genutzt werden. Außerdem ist für Qualität und Nachhaltigkeit beim Netzausbau zu sorgen. Der Ausbau der Gebäudenetze in Mehrfamilienhäusern, Schulen und Krankenhäusern darf nicht aus dem Blick verloren werden.

Der flächendeckende Ausbau gigabitfähiger Netze ist essenziell zur Standortsicherung. Für kommunale Entschei-

der, die deshalb nach praktikablen Wegen suchen, dieses Ziel möglichst zeitnah zu erreichen, hat das Gigabitbüro des Bundes die bisherigen Erfahrungen mit dem eigenen Eigenwirtschaftlichen Ausbauportal, kurz EWA-Portal, vorgestellt. Das EWA-Portal des Gigabitbüros stellt eine neue, digitale Möglichkeit zur direkten und schnellen Vernetzung zwischen Netzbetreibern und Kommunen dar und ist auf der Website des Gigabitbüros aufrufbar und kostenfrei nutzbar.

„Mit der „Roadshow ‚Gigabitbüro on Tour‘ bringen wir Interessantes rund um den Gigabitusbau in jede Kommune. In Vorträgen und Workshops sowie individuellen Gesprächen wird die Bedeutung digitaler Infrastrukturen für Wirtschaft und Gesellschaft beleuchtet, aber auch praktisch auf Möglichkeiten hingewiesen, wie die Regionen ihren Weg in die digitale Zukunft ausgestalten können. Dabei richten wir uns ganz nach den regionalen Bedürfnissen und Besonderheiten und gestalten unseren Aufenthalt in den Kommunen jeweils in enger Kooperation mit den Verantwortlichen vor Ort“, so Preysing.

Der Gigabitusbau erfordert ein breites Fachwissen, um den unterschiedlichen Ausbausritten gerecht zu werden. Das Gigabitbüro des Bundes unterstützt hier mit einer Vielzahl an praxisnahen Workshopthemen und -formaten: Von der Netzidee über die Planung bis hin zum Bauprozess.

Mit dem digitalen Lernportal wird das breit gefächerte Workshopangebot ergänzt. Die Inhalte sind dabei speziell auf den Bedarf kommunaler Vertreter und die Breitbandverantwortlichen der Länder abgestimmt und werden fortlaufend erweitert. ■

Bayernweit – Gemeinsam für mehr Geschwindigkeit

Jetzt
informieren

m·net

breitbandausbau@m-net.de

M-net Telekommunikations GmbH – Expansions- und Kooperationsmanagement
Frankfurter Ring 158, 80807 München



Innovation im Glasfaserausbau

v.l. Christian Priess, Andreas Weber, Ministerialrat Bernd Geisler

Stefan Erdorf

STEFAN ERDORF | HEXATRONIC GMBH - REHAU AG + CO

RAUSPEED EasyConnect: Kabel einblasen ohne Zugang zum Haus

RAUSPEED EasyConnect heißt die Innovation im Glasfaserausbau von REHAU AG, deren Geschäftsbereich Telekommunikation im Juli dieses Jahr an die schwedische Unternehmensgruppe Hexatronic Group AB verkauft wurde.

Die bereits vor zweieinhalb Jahren konzipierte Einblasbox RAUSPEED EasyConnect konnte coronabedingt erst jetzt vorgestellt werden. Sie schafft einen grundlegenden Unterschied beim Einblasen von Glasfaserkabeln. Mit dieser Lösung kann nämlich ein Monteur jetzt alleine die Glasfaser einblasen – und das an einem einzigen Termin, statt wie bisher an zweien. Diese Ein-Schritt-Montage bedeutet bis zu 50 Prozent Zeitersparnis.

Bislang ist das Einblasen der Glasfaser mehr eine organisatorische als eine technische Herausforderung, denn es müssen immer mindestens zwei Termine mit dem Hausbesitzer gefunden werden. Beim ersten wird die Hauswand durchbohrt und die Hauseinführung gesetzt. Beim zweiten die Glasfaser eingeblasen und abgedichtet, wofür zwei Monteure vor Ort benötigt werden. Der erste bedient das Einblasgerät, der zweite übernimmt das eingeblasene Kabel im Haus. Da die anzuschließenden Haushalte nicht alle zur selben Zeit Zugang zum Haus gewähren können, muss ein Montageteam häufig mehrmals anreisen. Zudem entstehen bei jedem Gebäudewechsel Wartezeiten. Rechnet man diesen Aufwand für ein komplettes Ausbaugelände hoch, wird die Verschwendung von planerischen und personellen Ressourcen deutlich.

Aber nun geht es auch anders. Mit RAUSPEED EasyConnect lassen sich Gebäude mit Glasfaserkabel effizienter erschließen als jemals zuvor, denn der Zugang zum Haus ist nur mehr einmal nötig. Bei diesem Einmaltermin wird zusammen mit dem Hausanschluss die Einblasbox im Keller am Ende des bereits verlegten Mikrorohres angebracht.

Das geschieht zumeist während der Leerrohrverlegung an der Straße, wofür typisch ein bis zwei Wochen anzusetzen sind. In diesem Zeitraum lässt sich problemlos ein Termin mit dem Hausbesitzer vereinbaren. Nach der Montage der Einblasbox ist kein weiterer Zugang zum Haus nötig. Der Einbläser kann sich später vom Kabelverzweiger aus um das komplette Ausbaugelände kümmern, allein und ohne Wartezeiten zwischen den Einheiten.

Für den Einbau der Einblasbox ist nur ein Bohrloch notwendig und durch das zum Raum hin geschlossene Gehäuse werden Unfälle vermieden. Sie ermöglicht den Einsatz von Schwamm und Gleitmittel, um den Einblasprozess zu optimieren. Feuchtigkeit bzw. Gleitmittel, welches über den Schwamm herausgedrückt wird, wird im integrierten Wasserbehälter aufgefangen. ■

Weitere Informationen vermittelt die Webseite www.rehau.de/easyconnect. Dort sind auch sämtliche Vorteile von RAUSPEED EasyConnect im bei der Präsentation gezeigten Video zusammengefasst:

- 1) Zu jeder betroffenen Liegenschaft wird nur einmal ein Zugang benötigt.
- 2) Eine individuelle Terminvereinbarung mit dem Hausbesitzer entfällt.
- 3) Für das Einblasen der Glasfaser ist nur mehr ein Monteur erforderlich.
- 4) Für den Einbläser gibt es keine Wartezeiten zwischen den anzuschließenden Haushalten.
- 5) An einem Termin können mehr Anschlüsse erstellt werden als bisher.

DR. JOHANNES BÖHM | HEXATRONIC GMBH

Breitbandvernetzung aus einer Hand

Der Geschäftsbereich Telekommunikation der Rehau AG wurde im Juli dieses Jahres an die schwedische Unternehmensgruppe Hexatronic Group AB verkauft. Dabei ist zu beachten, dass sämtliche Produkte und Marken wie beispielsweise Rauspeed, Rauduct und Raujet bestehen bleiben. Auch bleiben sämtliche Ansprechpartner erhalten.

Der Stammsitz der Hexatronic Gruppe befindet sich in Schweden, operiert aber weltweit. Ihre Kunden sind Unternehmen aus dem Bereich Telekommunikation wie z. B. Telekommunikationsfirmen, Netzbetreiber sowie Vertriebs- und Systemintegrations-Unternehmen.

Im Mittelpunkt steht das Bestreben, den Kunden die bestmöglichen Herstellungs- und Betriebskosten zu ermöglichen. Hexatronic Cables & Interconnect Systems entwickelt, produziert, vermarktet und liefert Lösungen im Bereich glasfaserbasierte Netzwerke für Telekommunikationsunternehmen, Installationsunternehmen und Netzbetreiber.

Hergestellt werden Glasfaserkabel, Rohre, Kupferkabel und Netzwerkzubehör. Fachleute, die über langjährige Erfahrung und einzigartige Expertisen im Bereich Glasfasertechnik verfügen, entwickeln und produzieren die Produkte.



v.l. Dr. Johannes Böhm, Sabine Studt, Ralf Pütz

Die aufeinander abgestimmte „Plug & Play-Technologie“ basiert im Kern auf Glasfaser-Einblaskabel (Blowing-Fiber) in Mikrorohren sowie der dazugehörigen Verbindungstechnik.

Durch die flexible Kombination und individuelle Lieferung der Materialien lassen sich jederzeit schnell und einfach Kunden ans Netz anschließen. Die standardisierten Prozesse und einmaligen Produktlösungen garantieren eine nachvollziehbare und sichere Projektumsetzung. ■

Wir verbinden Euch mit

T GLASFASER

Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
Jetzt in Deiner Stadt.

Mehr Infos im Telekom Shop, unter telekom.de/glasfaser oder kostenlos unter der Glasfaser-Servicenummer 0800 22 66100



ERLEBEN, WAS VERBINDET.

WOLFGANG JÄGER UND MARKUS HENGSTMANN | HUBER + SUHNER BKTEL GMBH

Das neue Profi-SAT-System (PSS)



v.l. Markus Hengstmann, Wolfgang Jäger

Die Allianz aus SES ASTRA, HUBER+SUHNER BKtel und Glasfaser-ABC präsentieren die neu entwickelte Profi-SAT-Senderplattform. Die Zielsetzung ist die Reichweitenerweiterung durch die technologische Bereitstellung der besten TV-Versorgung für alle Haushalte in Ein- und Mehrfamilienhäuser mittels SAT-direkt-Versorgung.

Trotz schlanker Hardwarearchitektur besticht das System durch die autarke Bereitstellung von SAT- Signalen in bester Empfangsqualität mit der größten Programmvierfalt – insbesondere auch der Fremdsprachenversorgung.

Die Glasfaser-SAT-Lösung bietet die Verteilung von kompletten SAT-ZF Signalen mit bis zu 4 Orbitalpositionen als verstärk- und kaskadierbares DWDM-Signal (Multiplex) über nur eine Glasfaser für Großobjekte, Quartiere, Gemeinden, Städte oder ganze Landkreise. So wird die beste SAT-Versorgung auch für Mehrfamilienhäuser und ganze Wohnungsbestände oder Landkreise – ganz ohne sichtbare Schüsseln – nutzbar.

Die neue Technik erlaubt eine proaktive Wartung der Systeme durch ein Remote-Management, verfügt optional über Redundanzen in der Strom- und Signalversorgung und macht somit endgültig Schluss mit den immer wieder gegen die SAT-Technik ins Feld geführten „Kabelmärchen“ von Schlechtwettereinflüssen oder Schlüsselwildwuchs wegen hoher Dämpfungswerte auf Kabelwegen.

Zukunftsfernsehen in UHD oder 8K sind ebenso möglich, wie die Nutzung der in den meisten TV- Geräten bereits verbauten Triple Tuner. Das spart Kosten (Receiver-Miete und Stromkosten) und bietet durch den Verzicht auf proprietäre Endgeräte und zweite Fernbedienungen maximalen Endnutzerkomfort.

Anders als bei IP-TV muss der Endnutzer nicht zwangsläufig einen separaten Internetanschluss buchen um TV zu schauen und erfreut sich, auch bei unzureichender Internetbandbreite oder Internetausfall, immer noch einer besten unabhängigen Fernsehversorgung. Umgekehrt bedeutet dies, dass die verfügbare Bandbreite in vollem Umfang für „echte“ Internetanwendungen genutzt werden kann.

Angesicht der ehrgeizigen deutschen Nachhaltigkeitsziele fallen 85 Prozent Stromeinsparung im direkten Vergleich mit traditionellen Kabel-TV-Installationen, der Wegfall der Allgemenstrom-Abrechnungsthematik und die automatisch aktualisierte Verfügbarkeit aller Programme in Echtzeit als angenehme Nebeneffekte ins Gewicht.

Damit bietet die Lösung zahlreiche Wechselargumente und Mehrwerte für die Wohnungswirtschaft und für Carrier und Stadtwerke im Wettbewerb mit den großen etablierten Kabelnetzbetreibern.

„Es lohnt sich neugierig zu sein und so manche Handlungsempfehlung aus Beraterkreisen mit Bedacht zu prüfen. Das neue Profi-SAT-System bietet zahlreiche USP für Ihre Kunden und man sollte daran denken: ‚Me-too-Lösungen gibt es schon genug‘, so die Referenten. ■



Michael Birkenfeld

FLORIAN DRESCHER | KAISER GMBH & CO. KG

Breitbandausbau in ländlichen Regionen

VORTEILE MIT DEM „TRIPLE-PLAY“ SPLEISSVERTEILER SYSTEM

Der Breitbandausbau im städtischen Bereich verläuft zumeist problemlos. Ein Ausbau in ländlichen Regionen hingegen birgt einige Herausforderungen. Um diese zu bewältigen hat KAISER ein FTTX Konzept entwickelt, mit dem über die gängigen Glasfasertechnologien Triple-Play Dienste auch im ländlichen Raum wirtschaftlich realisiert werden können.

Die Erschließung des ländlichen Raums mit Breitband bedeutet zumeist das Überwinden langer Distanzen wobei letztlich nur wenige Anschlüsse herzustellen sind. Zu berücksichtigen sind ferner Bodentextur, um Schächte zu setzen, geographische Situationen wie Hügel und Täler sowie landschaftliche Gegebenheiten wie Wälder, Seen und →

Wege, die gegebenenfalls umgehen werden müssen. Gravierend ist jedoch zumeist das Fehlen von relevanter Infrastruktur wie Distributionspunkt, Leerrohre und Schächte. Ausgehend vom Distributionspunkt konzentriert sich KAISER auf die Verkabelung der „letzten Meile“. Die „letzte Meile“ steht dabei für die Verbindung zwischen einem Distributionspunkt (DP) und einem Gebäude (FTTB), einer Wohnung (FTTH) oder dem Arbeitsplatz (FTTD). „Wir wollen, dass der Monteur schnellstmöglich die Glasfaser installiert und so die Gesamtkosten eines Projektes reduziert werden können“, betont Florian Drescher.

Sinnvoll ist es, die Glasfaser direkt oder so nah wie möglich zum Endnutzer zu führen. Die Abzweigung einzelner Glasfaser-Anschlussleitungen von der Hauptleitung ist aufwendig, und es bestehen verschiedene Möglichkeiten, die Glasfaser bis in das Gebäude zu verlegen. Die intelligente Lösung von KAISER ermöglicht eine wirtschaftliche und zukunftsorientierte Erstellung von Glasfaser Anschlüssen. Sie umfasst modulare Spleißverteiler für den Distributionspunkt, Versorgungsmuffen, Haubenmuffen, Gebäudeverteiler und Abschlusspunkte.

Der modulare Spleißverteiler eignet sich für unterschiedliche Anwendungen und kann unterirdisch, oberirdisch oder

Aufputz verbaut werden. Die Versorgungsmuffe erfüllt die hohe IP-Schutzklasse IP68 und benötigt keinen Schacht. Netzverteiler und Gebäudeverteiler erfüllen die Schutzklasse IP65. Mit der Plug and Play Einführung und integrierten

Zugentlastung für Kabel und Rohre reduziert sich die Installationszeit. Das Überlängenmanagement bis zu 6,3 Meter vereinfacht die Spleißarbeiten und ermöglicht die Arbeit in geschützter Umgebung. Die unterirdisch verlegte Versorgungsmuffe besitzt eine Detektionsspule im Gehäusedeckel und ermöglicht damit eine Ortungsfunktion für den nachträglichen Zugang. Der oberirdisch verbau-

te Netzverteiler erlaubt eine schnelle Reparatur im Schadensfall. Die Haubenmuffe eignet sich besonders für den Ausbau ländlicher Gebiete, wo lange Strecken mit wenigen Anschlüssen die Regel sind. Für das Abzweigen einzelner Hausanschlüsse kann sie kaskadiert werden. Der Abschlusspunkt ist für die Montage Aufputz geeignet. Er wird unbestückt, teilbestückt oder spleißfertig angeboten und ist mit einem Zugriffsschutz gegen unberechtigtes ziehen oder stecken der Patchkabel ausgestattet. „Wichtig ist, dass alle unsere Komponente Made in Germany sind“, schließt Drescher. ■



Florian Drescher

GESCHÄFTSBEREICH BREITBANDBERATUNG

- + Betreuung bei bayerischen Breitbandförderprogrammen
- + Betreuung beim Breitbandförderprogramm des Bundes
- + Beratung der Kommunen beim DigiNetz-Gesetz
- + Erstellung von Glasfaserkonzepten und Masterplänen
- + Erstellung von Genehmigungs- und Ausführungsplanungen
- + Baubegleitung und Prozessoptimierung
- + Unterstützung bei der Meldung kommunaler Infrastrukturdaten an die Bundesnetzagentur

30
J A H R E

SEIT 1988 EIN ZUVERLÄSSIGER
PARTNER FÜR STÄDTE, GEMEINDEN
UND DIE WIRTSCHAFT



DR. FÖRST
CONSULT

Am Trog 5a | 97076 Würzburg
Tel. 0931-9916516
E-Mail info@foerst-consult.de

WWW.FOERST-CONSULT.DE
WWW.GIGABITBAYERN.DE



Finanzierung der Digitalisierung von Krankenhäusern

Theresa von Hassel und Andreas Ronge

David Michael Näher

DAVID MICHAEL NÄHER | KfW BANKENGRUPPE

Deutschland mit attraktiven Förderprogrammen

BMVI UND KfW FLANKIEREN DEN BREITBANDAUSBAU

Die derzeit bereits in der vierten Welle grassierende Corona-Pandemie und ihre gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen verunsichert Menschen rund um den Globus. Neben all den negativen Effekten hat sie jedoch auch Nebenwirkungen, denen durchaus etwas Positives abzugewinnen ist: Das Virus hat die Gesellschaft sinnbildlich per Schleudersitz in die digitale Zukunft katapultiert. Ganz zu Recht war in diesem Zusammenhang immer wieder vom „digitalen Brandbeschleuniger“ die Rede. Die im internationalen Vergleich vielerorts veraltete Telekommunikations-Infrastruktur in Deutschland hemmt das Auflodern des digitalen Feuers allerdings beträchtlich. Es fehlen vor allem moderne Glasfasernetze, die breitflächig schnelles Internet mit hoher Bandbreite garantieren.

Um den nötigen Ausbau voranzutreiben, unterstützen das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) und die KfW seit letztem Jahr den Ausbau von Glasfasernetzen in Deutschland mit zwei Förderprogrammen für private und kommunale Unternehmen.

Mit dem „Investitionskredit Digitale Infrastruktur“ wird eine zinsgünstige und langfristige Finanzierung von Investitionen in den Ausbau von Glasfasernetzen angeboten. Dieses Förderprogramm beinhaltet zwei Varianten. In der standardisierten Ausführung (Programmnummer 206) können bis zu 50 Mio. EUR pro Vorhaben mitfinanziert werden. In der individuellen Variante (239) kann bei einer Kreditsumme ab 15 Mio. EUR ein individuelles Kreditangebot (bspw. hinsichtlich Kreditbetrag, Auszahlung, Laufzeit, Zinsbindung, Tilgung) vereinbart werden. Die Zinssätze werden

aus Mitteln des BMVI verbilligt, dabei aber so gesteuert, dass sie stets beihilfefrei bleiben. In Verbindung mit Laufzeiten bis 30 Jahre und Zinsbindungsfristen bis 20 Jahre bietet das Programm attraktive Konditionen bei gleichzeitig hoher Planungssicherheit. Ergänzend ist es in der standardisierten Variante (206) im Übrigen auch möglich, die Digitalisierung von Krankenhäusern in Verbindung mit einer Förderung nach dem Krankenhauszukunftsgesetz (KHZG) mitzufinanzieren.

Darüber hinaus hat die KfW für Projekte mit komplexeren und individuelleren Finanzierungsanforderungen eine weitere Finanzierungslösung im Angebot: Über den „KfW-Konsortialkredit Digitale Infrastruktur“ (854) beteiligt sich die Förderbank an der Finanzierung von Vorhaben im Rahmen von Bankenkonsortien. Dabei stellt die KfW direkte Kreditmittel zur Verfügung und übernimmt Kreditrisiken, jeweils zu gleichen Bedingungen wie die anderen beteiligten Finanzierungspartner.

Mit diesen Angeboten ergänzen BMVI und KfW das parallel bestehende Förderangebot des Bundes für den Ausbau der Glasfasernetze in Deutschland. Ausführliche Informationen zu beiden Programmen stehen im Internet unter www.kfw.de/206 bzw. www.kfw.de/854 zur Verfügung. ■

Kontakt für Fragen zu den Förderprodukten:
 KfW Kundenberater Bayern
 Andreas Ronge
 030 20264-5469
andreas.ronge@kfw.de

MARTIN NABER | LEONET AG

Glasfaserpartner aus Bayern für Bayern

Seit über zwölf Jahren ist das Technologie-Unternehmen Amplus auf dem bayerischen Breitbandmarkt aktiv – seit dem Sommer 2021 unter dem Namen Leonet. Aus einem inhabergeführten Pionierbetrieb hat sich ein mittelständisches und finanzkräftiges Unternehmen mit über 100 Mitarbeitern entwickelt. Hauptsitz bleibt, wie bisher, der Technologiecampus im niederbayerischen Teisnach, am Zweitstandort in Unterschleißheim bei München ändert sich ebenfalls nichts.



Martin Naber und Martina Wilde

Leonet ist somit einer der stärksten Telekommunikationsdienstleister und Arbeitgeber aus der Region, aus Bayern für Bayern. Die Vision ist es, durch nachhaltige Investitionen in modernste, flächendeckende Glasfaserinfrastrukturen einen wichtigen Beitrag für die beschleunigte Digitalisierung in Bayern zu leisten.

„Wir treiben den Ausbau von Glasfasernetzen aus einer Hand bis ins Gebäude (FTTB/H) voran und bieten über eigene Netze innovative Internet-, IP-TV und Telefonie-Dienste an. Dabei legen wir unser Augenmerk auf starke lokale und regionale Partnerschaften sowie zukunftsorientierte Kooperationen mit Kommunen, Landkreisen und Infrastruktur-Unternehmen vor Ort. Wir erschließen Kommunen ganzheitlich und setzen dabei auf Eigenmittel in Kombination mit Förderung“, so Martin Naber.

Im Vordergrund steht hierbei der vorausschauende Qualitätsausbau, d.h.: traditioneller Tiefbau mit 60 cm (Bürgersteig), 80 cm Straße und 120 cm bei Straßen höherer Ordnung; saubere Dokumentation; hohe Verdichtung von 70 bis 80 Prozent. Spätere teure Nachverdichtungen halten sich in engen Grenzen, und das Wiederöffnen von Straßendecken im öffentlichen Grund wird weitgehend vermieden.

Zwar sind alternative, niedrigere Verlegemethoden für die ausbauenden Unternehmen schneller und kostengünstiger, jedoch ist Vorsicht angesagt: Nach Ablauf der fünfjährigen Gewährleistung tragen Kommunen das volle Haftungsrisiko, wenn später an darunter liegenden Infrastrukturen gearbeitet werden muss.

Aktuell erstrecken sich die von Leonet gebauten und betriebenen Glasfasernetze in Bayern auf über 3.500 Kilometer. Sie verlaufen durch 190 Kommunen in 20 Landkreisen. Zudem nutzen bereits über 25.000 Privat- und Geschäftskunden Telefon- und Internetdienste der Firma.

Aktuell wird die Versorgung mit zukunftssicherer Glasfaser-Technologie für die Gemeinde Lohberg im Landkreis Cham erweitert. Dazu wurde der erste Spatenstich gesetzt. Auf 3,5 Kilometer Länge werden neue Glasfaserkabel verlegt und 138 Adressen künftig sehr schnelle und stabile Datenverbindungen ermöglicht. Die Inbetriebnahme des Netzes ist für Mai 2022 vorgesehen.

Darüber hinaus plant Leonet auf eigene Kosten, also ohne staatliche Hilfe, die Glasfaser-Erschließung von Wegscheid im Landkreis Passau. Insgesamt könnten knapp 1.300 Haushalte in 844 Gebäuden versorgt werden. Gleiches gilt für die Stadt Nabburg im Landkreis Schwandorf in der Oberpfalz. Dort wäre es möglich, über 3.200 Haushalte in knapp 2.000 Gebäuden mit Glasfaser zu versehen. ■

CREATING WHAT CONNECTS US

Die Dura-Line Germany GmbH, Teil der 22.000 Mitarbeiter zählenden internationalen Orbia-Gruppe, stellt sich den Herausforderungen des passiven Netzausbaus und legt damit die Grundlage für neue Technologiebereiche.

Insbesondere der bevorstehende Technologiewechsel – ob nun Cloud, Internet of Things oder die neue Mobilität – benötigt Millionen neuer Verbindungen. Diese werden den Kunden der Dura-Line in ganz Europa mit SKZ-zertifizierten Produkten und Leistungen bereitgestellt. Nur durch stets höchste Qualitätsansprüche gewährleistet Dura-Line den physischen Aufbau des Internets sowie den nächsten Schritt in eine bessere und schnellere Zukunft.



Lokale Präsenz, lokales Wissen, lokaler Support. Alles, was Sie für eine smarte Verbindung brauchen.

Dura-Line Germany GmbH

dl.germany@duraline.com

T: +495936/8963-500

www.duraline.com

Ansprechpartner: Franco Iaquinta

M +49 151 46222657

E franco.iaquinta@duraline.com



*Über 25 Jahre Markterfahrung
im Glasfaserausbau und Netzbetrieb*

Mikael Häussling Löwgren

MIKAEL HÄUSSLING LÖWGREN | SCHWEDISCHE GLASFASER-ALLIANZ

Für mehr Erfolg im Glasfaser-Ausbau und -Betrieb

Schweden kann auf über 25 Jahre Markterfahrung im Glasfaserausbau und Netzbetrieb blicken. Bemerkenswert ist sein Erfolgsmodell beim Glasfaserausbau: Knapp 80 Prozent aller Haushalte haben Zugang zu FTTB/H-Anschlüssen. Lokale Carrier stellen einen großen Teil davon bereit.

Die schwedische Glasfaser-Allianz ist eine Initiative des Verbandes „Svenska Stadsnätöföreningen“ für den Wissensaustausch zum Thema Glasfaser zwischen Schweden und Deutschland. Bei dem schwedischen Stadtnetzverband handelt es sich um eine Branchen- und Interessenorganisation, in der 170 kommunalwirtschaftliche lokale Carrier in 200 der 290 schwedischen Kommunen Mitglied sind. Zusammen verfügen sie über 55 Prozent der Glasfaser-Zugangsnetz-Infrastruktur (schwedische Telekom/Telia: 38 Prozent). Aktive Mitglieder auf dem deutschen Markt sind VX Fiber, Vinnergi, Netadmin, IS Tools und InCoax.

Durch eine umfangreiche Homogenisierung ist es diesen Carriern gelungen, einen landesweiten Online-Markt für Internet, Telefonie und alle anderen digitalen Produkte zu schaffen, der so die schwedische Telekom unter Druck setzen konnte. 2008 gab es im schwedischen Festnetz eine ähnliche Verteilung der Breitband-Anschlussarten wie 2020 in Deutschland: Ca. 70 Prozent waren DSL-Anschlüsse. Doch mittlerweile klafft die Schere weit auseinander: 2020 hatten 94 Prozent der schwedischen Bevölkerung einen Zugang zu einem FTTB/H-Anschluss und 82 Prozent einen FTTB/H-Anschluss. Es gibt hunderte verschiedener netzunabhängiger Dienstleister und trotz inzwischen stark gesunkener Preise ist die Breitband-Industrie nach wie vor profitabel. 2026 wird die schwedische Telekom den letzten Kupferanschluss stilllegen.

Wenn man berücksichtigt, dass die Marktregeln vor allem für die marktmächtigen Unternehmen in Schweden und Deutschland ähnlich sind, kann diese Entwicklung durchaus auch für Deutschland prognostiziert werden.

Blick zurück: Zu Beginn der 1990er Jahre boten die lokalen Carrier in Schweden unterschiedliche Geschwindigkeiten zu unterschiedlichen Preisen an. Dazu hatte man, wie auch in Deutschland, eine Marke für sein Internetangebot etabliert. Außer der schwedischen Telekom gab es keinen anderen Dienstleister. Und Telia wollte ihre Dienstleistungen nicht auf anderen Netzen anbieten. Infolgedessen offerierte man seine eigenen Produkte.

Dann der Sinneswandel: Die lokalen Carrier änderten ihr Geschäftsmodell. Bereits 2004 erklärten 45 Prozent, sie hätten mittlerweile mehrere Dienstleister auf ihrem Netz. 2014 waren es 73 Prozent und fünf Jahre später 96 Prozent. Heute bieten sie Open Access auf den zwei Ebenen passive Netzinfrastruktur/Vorleistungsprodukt für Betreiber des aktiven Netzes und aktive Netzinfrastruktur/Vorleistungsprodukt der Dienstleister an.

Die zahlreichen Dienstleister im Markt sorgten also für einen erhöhten Wettbewerbsdruck, der unter den Anbietern eine höhere Effektivität erzwang und den Kunden niedrigere Preise brachte. Und die lokalen Carrier durften sich über eine höhere Netzauslastung freuen.

Ein konkretes Beispiel ist der wirtschaftlich erfolgreiche lokale Carrier Utsikt AB in Linköping, einer Stadt mit etwa 100.000 Einwohnern. Auf Utsikts Netz gibt es heute mehr als 20 Dienstleister. Unter diesen findet man auch die schwedische Telekom. Die Privatkunden in den angeschlossenen Einfamilienhäusern und Wohnungen können aus Produkten dieser Dienstleister frei wählen. Sind sie nicht mit ihrer Wahl zufrieden, können sie mit 30 Tagen Kündigungsfrist zu einem anderen Anbieter wechseln.

Die Lehre aus Schweden lautet also: Wenn die lokalen Carrier ihre Netze auf der Ebene eines aktiven Vorleistungsproduktes öffnen und einen Markt schaffen, dann entsteht Anbietervielfalt. Am Ende öffnen auch andere Netzanbieter, wie die (Deutsche) Telekom, ihr Netz und bieten ihre Dienstleistungen in den Glasfasernetzen der lokalen Carrier an. ■

JOHANNES BISPING | BISPING & BISPING GMBH & CO. KG

Innovativer Breitbandausbau

SYNERGIEN, KOOPERATIONEN UND INNOVATIVE GESCHÄFTSMODELLE

Das in Lauf bei Nürnberg ansässige mittelständische Unternehmen Bisping & Bisping offeriert seit 32 Jahren Dienste und Lösungen in den Bereichen Internet und Carrier, Kommunikation und Software sowie dem Glasfaser- und Breitbandausbau. Es zählt mit zu den Ersten, die hier in Bayern die Glasfaser als zukunftssicheren Internetzugang bis ins Haus gebracht haben. Mit derzeit 65 Mitarbeitern werden mit mehr als 5.000 km eigenen Glasfaserleitungen über 5.000 FTTx-Anschlüsse betrieben und es sind bereits 50.000 weitere Anschlüsse in der konkreten Planung.

„Wir brauchen Gigabit, wir brauchen Glasfaser bis in jedes Haus zur Weiterentwicklung unseres Landes, unserer Städte sowie der ländlichen Gebiete und das nicht nur seit dem Leben mit Corona“, betont Johannes Bisping und setzt fort: „Wir leben in der Gigabit-Gesellschaft, aber haben noch nicht alle mitgenommen.“ Das erklärte politische Ziel bis 2025 alle deutschen Haushalte flächendeckend mit Glasfaser zu versorgen kann nicht erreicht werden. Laut aktuellen Erhebungen Mitte 2021 existieren 5,21 Mio. Glasfaseranschlüsse, von denen allerdings nur ein Drittel tatsächlich genutzt werden. Es müssen demnach noch 85 bis 90 Prozent aller Gebäude in Deutschland noch erschlossen werden. Dieses größte Infrastrukturprojekt unserer Zeit stellt sich als wahre Mammutaufgabe dar.

Was wird benötigt, um diese Herausforderung zu meistern? Dazu erwähnt Bisping: „Das Bewusstsein der Verantwortlichen, mehr Kapazitäten in Bau und Planung, eine intelligente und nachhaltige Förderpolitik, schlanke Genehmigungsverfahren, die Beteiligung aller Player am Markt und die sinnvolle Nutzung vorhandener Infrastrukturen durch entsprechende Synergien.“ Es müssen also neue Wege gegangen werden, um das zuvor genannte Ziel zu er-



Johannes Bisping

Martin Dorn

reichen. Ein sehr gutes Beispiel für Synergie im Glasfaserausbau liefert die Deutsche Bahn, die nun mit ihrer neuen Tochter DB broadband GmbH entlang von Schienenwegen rund 20.000 km Glasfaser für den Breitbandausbau zur Verfügung stellt.

Zu den bekannten Geschäftsmodellen wie eigenwirtschaftlicher oder geförderter Ausbau, Betreibermodelle, Kooperationen mit verschiedenen Netzbetreibern und Sonderförderungen müssen neue zielführende Geschäftsmodelle und eine kooperative Zusammenarbeit für den gesamtheitlichen Ausbau, insbesondere am Land gefunden werden. Als Beispiel dafür nennt Bisping die künftige Ausgabe von Gutscheinen – aktuelles Stichwort Voucher – um damit auch den Breitbandausbau in weniger wirtschaftlichen Regionen zu unterstützen. Bisping selbst hat mit den Stadtwerken Feuchtwangen die gemeinsame Tochter breitBAND Glasfasernetze SW GmbH gegründet, um ein flächendeckendes Glasfasernetz im Stadtgebiet und Umgebung zu errichten. ■

LÄSST ORTE AUFBLÜHEN: UNSER SCHNELLSTES GLASFASERNETZ.

Zusammen machen wir's möglich.

Gemeinsam die Zukunft realisieren – Dafür sorgen wir mit unseren Glasfaseranschlüssen, die Ihre Kommune noch lebenswerter machen. Denn die vielen Möglichkeiten unseres Breitbandnetzes bringen jede Menge Standortvorteile für Einwohner und Geschäfte in Ihrer Region. Lassen Sie uns jetzt gemeinsam starten: Deutsche Glasfaser – der führende Glasfaserversorger für den ländlichen Raum.

Jetzt direkt
informieren!

NELSON KILIUS | M-NET TELEKOMMUNIKATIONS GMBH

Regionale Kooperationsmodelle mit M-net als Erfolgsfaktor für den Gigabit-Ausbau

Auf eine 25-jährige Erfolgsgeschichte blickt M-net, führender Glasfaser-Anbieter in Bayern, zurück. 1996 als Tochtergesellschaft der Stadtwerke München, Bayerischen Landesbank, Sparkasse München und der Bayernwerk-Tochter Netcom gegründet, lag das Augenmerk darauf, leistungsstarke Netze aufzubauen, um so für mehr Bewegung und Qualität auf dem Münchner Telekommunikationsmarkt zu sorgen. Schon damals standen Innovation und regionales Engagement im Mittelpunkt.

Bereits 2007 startete M-net gemeinsam mit seinen Gesellschaftern die erste Glasfaser-Netz-Offensive in der bayerischen Landeshauptstadt. Als einer der Vorreiter im Glasfaser-Ausbau stellte das Unternehmen die Weichen dafür, dass die meisten Gebäude mit Glasfaser bis in den Keller (FTTB) erschlossen werden können. Im Großraum München, aber auch in ganz Bayern und über die weiß-blauen Landesgrenzen hinaus.

Tief in Bayern verwurzelt, beschäftigt das Unternehmen mittlerweile rund 850 Mitarbeiter und zählt über 500.000 Geschäfts- und Privatkundenanschlüsse in großen Teilen des Freistaats, im Großraum Ulm und im hessischen Main-Kinzig-Kreis. Hinter M-net steht ein starker und etablierter Gesellschafterkreis wie die Stadtwerke München, die Stadtwerke Augsburg und das Allgäuer Überlandwerk. Die herausragende Qualität als Nummer eins unter den Telekommunikationsanbietern in Bayern bestätigt aktuell der renommierte Festnetztest der Fachzeitschrift Connect. Hier wurde M-net 2021 zum sechsten Mal in Folge als Anbieter mit dem besten Netz Bayerns ausgezeichnet.

Die Kunden sind mit M-net als Anbieter von Internet und Festnetz im Branchenvergleich überdurchschnittlich zufrieden. Der Fokus liegt dabei mittlerweile ganz auf FTTH – der einzigen Technologie, die privaten Immobilienbesitzern, Wohnungsbau- und Eigentümergemeinschaften Zukunftssicherheit bietet.

Darüber hinaus ist M-net deutschlandweit das erste klimaneutrale Telekommunikationsunternehmen nach Scope 1 + 2. Im Rahmen einer ambitionierten Klimastrategie wurden seit 2019 bereits rund 90 Prozent der vermeidbaren Treibhausgasemissionen eingespart. Durch den TÜV Rheinland wurde die Klimaneutralität des Unternehmens für das erste Halbjahr 2021 validiert.

Innovation und Nachhaltigkeit gehen Hand in Hand. Als Anbieter aus der Region für die Region und Tochter kommunaler Gesellschafter hat M-net einen klaren Auftrag für nachhaltiges Wirtschaften. Deshalb hat man sich das Ziel gesetzt, auch weiter entlang der Wertschöpfungskette Emissionen nicht nur zu kompensieren, sondern in allen Bereichen des eigenen Wirtschaftens ganz zu vermeiden.

In den vergangenen Jahren wurde eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt, um das Unternehmen komplett klimaneutral auszurichten. Seit Sommer 2021 werden dazu einzelne Glasfaser-Verteilerschränke (FTTC-Container) mit Photovoltaikanlagen zur eigenen Energieversorgung ausgestattet. In Oberbergkirchen integrierte man in einem Pro-



jekt mit ESB zum ersten Mal eine Photovoltaik Anlage. Insgesamt wurden rund 300 Privathaushalte und 30 Gewerbeimmobilien mit FTTH-Anschlüssen (Fiber-to-the-Home) ausgestattet, die künftig von leistungsstarken Internetanschlüssen mit Bandbreiten bis zu 300 Mbit/s profitieren. M-net steuerte die notwendige aktive Technik zum Betrieb des neuen Netzes bei.

M-net setzt nicht nur als Unternehmen selbst auf aktiven Klimaschutz, sondern ist sich auch seiner Vorbildfunktion als Telekommunikationsanbieter bewusst. Denn auch alle Bürger können durch die Art ihrer Internetnutzung aktiv zum Klimawandel beitragen. Deshalb stehen Lösungen auf Basis von Glasfasertechnologie so deutlich im Mittelpunkt. Glasfaser ist im Vergleich zu anderen Übertragungswegen leistungsstärker und nachhaltiger, da keine Umwandlung in elektrische Signale erforderlich ist. Das gilt in besonderem Maße für FTTH (Fiber to the Home), d.h. Glasfaser bis in die einzelnen Wohnungen und Büros.

M-net pachtet generell das passive Glasfasernetz von Infrastrukturpartnern, errichtet die aktive Technik und vermarktet das Netz an eigene Kunden und Wholesale Partner. Die Wirtschaftlichkeit und damit der Erfolg von FTTH Projekten wird im Wesentlichen von den Kriterien Umsätze, Baukosten/Förderung und Auslastung bestimmt. Diese gilt es, weiter zu optimieren.

In der Kooperation mit der Deutschen Glasfaser stellt M-net seine Expertise in der Bestandsmigration auf FTTH und der Akquise von Neukunden unter Beweis. Bürger und Kommunen schätzen die Wahlmöglichkeit zwischen den Anbietern. M-net konnte über 80 Prozent der Bestandskunden für einen FTTH-Vertrag und bis zu 30 Prozent der Haushalte als Neukunden gewinnen. 70 Prozent der Kunden haben den 1 Gbit/s Tarif gebucht (inklusive Flexibilitätsgarantie).

In den Vorvermarktungsgebieten konzentriert sich das Unternehmen auf hohe Bandbreiten und setzt entsprechende Anreize. Dieses Portfolio ist auch für weitere FTTH-Gebiete geeignet. Neben 1&1 wird auch die Deutsche Telekom in Kürze das M-net-Glasfasernetz nutzen und an ihre Kunden vermarkten. Die Telekom startet zunächst mit FTTC ab 2022. ■



PURTEL.COM GMBH

Sicherheit, Stabilität und Hochverfügbarkeit als Auswahlkriterien bei Dienste-Lieferanten

„Sie haben die Netze, wir haben die Dienste“, diese Aussage des Geschäftsführers der purtel.com, Dr. Markus v. Voss, haben sicher schon viele Netzbetreiber auf Veranstaltungen oder in persönlichen Treffen gehört. Die purtel.com ist der führende 3Play White-Label Anbieter in Deutschland und setzt bei der Bereitstellung ihrer Dienste auf Sicherheit, Stabilität und Hochverfügbarkeit der Dienste VoIP, ISP und IPTV.

HOCHVERFÜGBARKEIT DURCH REDUNDANZEN

Die purtel.com praktiziert seit Jahren eine Partnerschaft auf Augenhöhe mit ihren Kunden und kennt die Bedürfnisse und Wünsche ihrer Kunden aus vielen Gesprächen und Begegnungen. Deshalb war eines der Hauptanliegen, die Dienste noch weiter zu stabilisieren. Die Akzeptanz der Endkunden bei Ausfällen nimmt immer weiter ab, was sicher auch an den gestiegenen Anforderungen durch immer mehr Homeoffice-Arbeitsplätze liegt. Deshalb wurde bei der purtel.com in diesem Jahr der Ausbau des deutschlandweiten, geo-redundanten purtel-Netzes forciert. Mit hohen Investitionen in die technische Infrastruktur und die Personalstruktur konnte die purtel.com diesen wichtigen Meilenstein jetzt abschließen. Das „Service-Dreieck“ Frankfurt, Düsseldorf, Hamburg ist in Betrieb und sorgt mit weiteren, insgesamt acht in Deutschland verteilten PoP-Standorten für höchste Dienste-Verfügbarkeiten.

Als maßgebliche Kriterien bei der Auswahl eines geeigneten IT-/ITK-Dienstleisters nennen Netzbetreiber neben dem Sicherheitsbedürfnis auch Vertrauen, technologisches Know-how und persönlichen Kontakt. „Auf diese Kriterien fokussieren wir uns seit Jahren“, bekräftigt v. Voss die dienstleistungsorientierte Ausrichtung der purtel.com. Eine transparente Kommunikation, die die Kunden schnell und umfassend informiert, rundet den Servicegedanken ab. So erhalten Kunden einen monatlichen Report der vereinbarten SLA-Leistungen, so wird Dienste- und Servicequalität messbar gemacht und die Kundenzufriedenheit weiter verbessert. ■



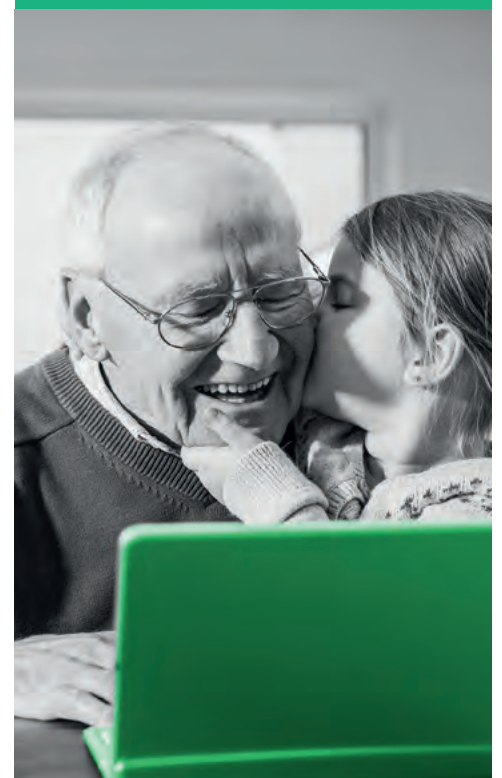
VERNETZEN SIE IHRE GEMEINDE MIT DER ZUKUNFT

Dank dem Glasfaser-Internet von UGG

Mit einem schnellen Ausbau ohne Vorvermarktungsquoten und Kosten für die Kommune bringt Unsere Grüne Glasfaser (UGG) ein stabiles, leistungsfähiges Glasfasernetz in Ihre Gemeinde. Dabei profitieren Ihre Bürger:innen von einem Anschluss bis ins Haus und können frei aus den verfügbaren Internetanbietern Ihrer Region wählen. Nutzen auch Sie jetzt Ihre Chance und bringen Sie Internet mit Highspeed in Ihre Gemeinde!

Ausbaukapazitäten für 2022 sichern unter **0800 410 1 410 111**

powered by **Allianz**





Schnittstelle im Infrastrukturausbau

v.l. Erind Hoti und Martin Trui

ERIND HOTI UND MARTIN TRUI | MRK MEDIA AG

Beraten, planen, bauen, dokumentieren

LEISTUNGEN UND SOFTWARE DER MRK GRUPPE

Als unabhängige, bundesweit und international tätige und seit 50 Jahren eigentümergeführte, mittelständische Firmengruppe im Infrastruktur-Dienstleistungssektor betreut die MRK-Gruppe mit ihrer Zentrale in München an insgesamt 17 Standorten (u.a. in Dresden, Berlin, Stuttgart, Köln, Nürnberg, Bremen, Rovereto und Tirana) zahlreiche öffentliche und private Auftraggeber.

Die MRK Media AG ist das 1971 gegründete Schwesterunternehmen der MRK Management Consultants GmbH. Sie ist in der Infrastruktur- und Glasfaser-Beratung, Strukturplanung, Standort- und Wegesicherung, Projektierung und Projektsteuerung tätig und begleitet so auch Tiefbau- und Montagemaßnahmen.

Das Team aus Ingenieuren, Planern, Projektierern, Beratern, Bauleitern, Technikern sowie der Leitung und Verwaltung bietet eine breite Kompetenzbasis in unseren Geschäftsfeldern.

LEISTUNGSPORTFOLIO FÜR LÄNDER, LANDKREISE UND KOMMUNEN

Die MRK Media AG ist eine Schnittstelle zwischen den am Infrastrukturausbau beteiligten Partnern und gewährleistet einen reibungslosen Projektverlauf. Zu den Auftraggebern der MRK Media AG gehören sowohl Akteure aus dem öffentlichen Sektor (Länder, Landkreise und Kommunen) als auch aus der Privatwirtschaft (z.B. Telekommunikations- und Versorgungsunternehmen).

Für ihre Auftraggeber bietet die MRK Gruppe ein umfangreiches Leistungsportfolio an, das alle Bereiche von der Masterplanung über die Bauprojekt-Steuerung und -überwachung, bis hin zur Vermessung und Dokumentation der vollendeten Projekte umfasst. Regelmäßig werden Projekte inklusive Budgetierung, Vorbereitung, Koordination und Abwicklung von Antrags- und Genehmigungsverfahren sowie Infrastruktur-Planungen mit Prüfung auf wirtschaftli-

che Realisierbarkeit und Materialanforderungen bewältigt.

Die MRK Management Consultants GmbH erarbeitet mit ihren Klienten zukunftsweisende und individuelle Lösungen mit Schwerpunkt auf digitalen Anwendungen. Im Fokus stehen die Themenfelder Smart City/ Smart Region sowie Konzepte wie Mobility as a Service, Elektromobilität oder 5G-Anwendungen.

PRAXISORIENTIERTE SOFTWARE-EIGENENTWICKLUNGEN

Die von der MRK Gruppe entwickelte Software PlaNet bietet durch eine weitgehende Automatisierung eine anwenderfreundliche, flexible Planungs- und Digitalisierungsumgebung, um auf die unterschiedlichsten Projektanforderungen reagieren zu können. Dabei ermöglicht die neu entwickelte App FotoBau die geocodierte Erfassung von Baumaßnahmen vor Ort. Dank der GPS-Verortung der aufgenommenen Fotos und dem cloudbasierten Hintergrundsystem lässt sich die Lage vor Ort leicht vom Büro aus beurteilen. Bei der vom Fördermittelgeber vorgesehenen digitalen Fotodokumentation können über die normale Kamera-App bei eingeschaltetem GPS Fotos erstellt werden, die mittels einer digitalen Verschmelzung von Bild-, Lage- und Zeitinformationen einen Manipulationsschutz sicherstellen. Über vordefinierte Eingabefelder können den Fotos Attribute zugewiesen werden, über die der Zustand vor, während und nach der Durchführung von Baumaßnahmen dokumentiert wird. Mittels Cloud-Lösungen können dann beispielsweise Bauüberwacher oder Planer die Fotos einsehen, nach verschiedenen Kriterien sortieren und deren Aufnahme-Standort in einer Kartenansicht darstellen lassen. Der Datenschutz wird durch gezielt zugewiesene Nutzungsrechte gewährleistet, die je nach Anwender-Konto (Fotografen-, Firmen- oder Bau-Überwacher-Konto) differenziert definiert werden. ■

Weitere Informationen und Kontakt unter:
www.mrk-media.de



v.l. Jürgen Schuster, Freya Schwering, Andreas Lange

FREYA SCHWERING UND ANDREAS LANGE | RÖDL & PARTNER SOWIE JÜRGEN SCHUSTER | CORWESE GMBH

Strategie im Telekommunikationsbereich

Das Unternehmen Rödl & Partner – 4.900 Mitarbeiter in 50 Ländern mit 111 Niederlassungen – ist konsequent auf die umfassende Beratung deutscher Unternehmen und der öffentlichen Hand ausgerichtet. Mit dem Partner Corwese wurde der erfolgreiche Einsatz von staatlichen Fördermitteln für den Breitbandausbau beleuchtet.

„Breitbandförderung ist ein ganz wichtiges Thema“, betont Andreas Lange und setzt fort: „Förderung ist ein Nukleus, um Breitband auch in unterversorgten Gebieten voranzubringen. Von der umfangreichen Expertise im Bereich Telekommunikation und Breitband konnten schon über 600 Gemeinden profitieren. Als Beratungsleistung werden u.a. angeboten: Vollumfängliche kaufmännische, rechtliche und steuerliche Begleitung, Finanzierungs- und Förderberatung, Regulierung und Umsetzung DigiNetzG, Projektmanagement beim Ausbau, Transaktion und Bewertung und Vergaberecht von Breitbandnetzinfrastruktur. Ergänzend ist Rödl & Partner auch als Rechtsbeistand für Kommunen tätig. „Wir unterstützen sie auch bei dem komplexen Schritt der Ausschreibung“, ergänzt Freya Schwering.

Die einleitende Konzeptphase dient zunächst der Beantwortung folgender Fragen: Was wollen wir? Was gibt es schon? Was können wir? Die Zielsetzung verfolgt Punkte wie Rendite, Attraktivitätssteigerung der Region, Markenstärkung, Daseinsvorsorge und Optimierung der Auslas-

tung. Es folgen die Erhebung der bereits vorhandenen Infrastruktur und die Durchführung einer Wettbewerbsanalyse. Schlussendlich sollen die prozessbezogenen Kompetenzen und Ressourcen erfasst werden.

Die Wertschöpfungskette in der Telekommunikation ermöglicht verschiedene Geschäftsmodelle basierend auf den drei Ebenen Infrastruktur, Netzwerk und Service Provider. Fördermittel werden zur Erstellung der Breitband-Infrastruktur vergeben. Hier ist es sinnvoll die Vor- und Nachteile von Wirtschaftlichkeitslücken- und Betreibermodell als Entscheidungsgrundlage gegenüberzustellen. Der Ausbau kann auch eigenwirtschaftlich ohne Förderung mit einem kompetenten Partner erfolgen. Für die Erschließungsstrategien bieten sich Flächendeckung, stufenweiser Ausbau oder Cherry-Picking an. In sämtlichen Phasen sind geltende Rahmenbedingungen, Rechtsrahmen der EU und das novellierte TKG sowie Regelungen der einzelnen Bundesländer einzuhalten. Zu beachten sind ferner regulatorische Anforderungen der Bundesnetzagentur. Eine Entscheidung betrifft auch die Zulassung alternativer Verlegeverfahren wie z.B. Trenching, das heute nicht mehr einfach zu verhindern ist. Bei der Ausschreibung sollte ein Generalunternehmer vermieden werden und einem Verhandlungsverfahren der Vorrang gegeben werden. „Wenn Sie die Abläufe und Verantwortlichkeiten klar definiert haben, kann es ein erfolgreiches Projekt werden“, fasst Lange zusammen. ■

Zum Jahresende noch sparen und durchstarten!

Sumitomo
Spleißgerät T-502S Kit
+ VIAVI Dämpfungstester
OMK-36V2 QUAD Kit
zum unschlagbaren
Sonderpreis!



Winter-Special 2021
Hier geht's zur Aktion

Auf die Fiber, fertig... los!

tso®
the fiber experts
www.tso-gmbh.de

VON JOSEF SCHERL | TELEKOM DEUTSCHLAND GMBH

Problem erkannt – Problem benannt – Problem gebannt

„Wir sind heute Weltmeister im Bedenkensuchen und im Debattieren des kleinsten gemeinsamen Nenners“, so Ex-E.ON-Chef Johannes Teysen in einem Artikel der FAZ unter der Überschrift „Nichts geht voran“. Mir spricht Hr. Teysen in diesem Artikel zu 100 Prozent aus der Seele.

In Deutschland werden die tatsächlichen Ursachen hinter den Problemen nicht mehr klar benannt und somit können wir sie auch nicht mehr lösen! Mich ärgert es mittlerweile sehr, wenn man den Fortschritt bei der Digitalisierung beklagt, das Problem aber beim mangelhaften Glasfaserausbau sucht. Genauso ist es vollkommen falsch, den Netzbetreibern die Schuld für die Mobilfunklöcher in Deutschland zu geben. Oder glaubt irgendwer, dass dieselben Mobilfunkbetreiber, die in anderen Ländern hervorragende Netze bauen, dies in Deutschland nicht genauso könnten? Niemand muss sich für die schlechten Netze in Deutschland schämen, wir sollten uns für die selbstgemachten Hürden schämen, über die man nur noch sehr schwer springen kann.

GANZ NACH DEM MOTTO:

Problem erkannt – Problem benannt – Problem gebannt!

Wer Lust hat, mehr zu erfahren, wer Lust hat, die wirklichen Ursachen zu verstehen, der schaut einfach in die [Langversion](#). Deshalb nur kurz die wichtigsten Botschaften für den Glasfaser- und Mobilfunkausbau.

FESTNETZ/GLASFASER

1. Die erste Stufe FTTC für einen flächigen Glasfaserausbau war richtig und wichtig!

Volkswagen (FTTC) für alle, anstatt Sportwagen (FTTH) für wenige. Dieser Zwischenschritt hilft beim FTTH-Ausbau und hat uns während des Corona-Lockdowns den Arsch gerettet.

2. Der reine Glasfaserausbau (FTTH) hat längst begonnen und nimmt richtig Fahrt auf!

Wir werden unseren Output auf über 2 Mio. Haushalte pro Jahr erhöhen und bis 2030 ca. 30 Mio. Haushalte mit FTTH versorgen. Damit sind wir der mit Abstand größte Investor in Glasfasernetze in Deutschland.

3. Wenn alle einen flächigen und schnellen Glasfaserausbau wirklich wollen, dann müssen die Rahmenbedingungen weiter verbessert werden!

Bauen in Mindertiefe und neue Verlegeverfahren, wie Trenchen oder der Bau von oberirdischen Linien, dürfen nicht länger verhindert oder kaputt diskutiert werden.

Ich hoffe, jeder ist für dieses Netze-Endspiel perfekt vorbereitet. Wir sind es. We won't stop, until everyone is connected!



Josef Scherl

MOBILFUNK

Das politische Bashing in Richtung Mobilfunk wegen der Funklöcher ist noch größer. Wer sich über Mobilfunklöcher beschwert, der sollte sich mit den damit zusammenhängenden Prozessen beschäftigen. Es liegt nicht an den Netzbetreibern, wenn in Deutschland dringend benötigte Standorte nicht gebaut werden. Alle drei Netzbetreiber beweisen täglich, dass sie weltweit hervorragende Netze bauen können. Warum sollte das nun ausgerechnet hier nicht klappen?

Es gibt drei Ursachen, die das Schließen von Mobilfunklöchern verhindern:

- Fehlende Bereitschaft zum Verpachten geeigneter Grundstücke und Gebäude
- Konstruierte Genehmigungsvorbehalte
- Politische Neutralität, politischer Widerstand und Widerstand in der Bevölkerung.

Wir stehen uns leider selbst im Weg.
Der frühere E.ON Chef lässt grüßen!

DIE SECHS BOTSCHAFTEN:

1. Mobilfunk rettet täglich Leben!
2. Die 5. Mobilfunkgeneration (5G) ist längst in Betrieb und wird schnell ausgerollt!
3. Das mobile Breitbandwachstum bzw. die Kunden treiben den Ausbau!
4. Mythos und Realität 5G und der Grund für den schnellen Roll Out!
5. Mobilfunkplanung hat nichts mit Willkür zu tun, sondern folgt physikalischen Gesetzen!
6. 5G-Technologie hat hinsichtlich ihrer Möglichkeiten eine ähnlich disruptive Wirkung wie die Einführung der Dampfmaschine!

Wenn die Punkte Ihre Neugierde geweckt haben, wenn Sie wissen wollen, warum der mangelhafte Fortschritt bei der Digitalisierung nichts mit dem Glasfaserausbau zu tun hat und wer wissen will, warum Mobilfunk täglich Leben rettet, wie Mobilfunk geplant wird und wie einfach die Zusammenhänge am Ende doch sind, der schaut hier in die Langversion (<https://t1p.de/da1v>) rein. ■

Breitbandausbau im Fest- und Mobilfunknetz



v.l. Christian Schilling und Rolf-Peter Scharfe

ROLF-PETER SCHARFE UND CHRISTIAN SCHILLING | VODAFONE GMBH

Gigabit überall – Vodafone Gigabit Netze

Gigabit-Datenraten werden sowohl im Fest- als auch Mobilfunknetz angeboten. Die Familie GIGAFIXED basiert auf Glasfaser und Koaxialkabel. Die Basis für die Familie GIGAMOBILE bilden 5G und 4G/LTE. Mit beiden Familien und der gemeinsamen Multilayer Technology erfolgt der schnelle Breitbandausbau.

Die Multilayer Technology Architektur erläuterte Christian Schilling: Mit dem Home Layer sollen bis Ende 2022 Gigabit-Geschwindigkeiten für 24 Mio. Haushalte über Glasfaser und Koaxialkabel bereitgestellt werden. Der funkbasierte Machine Layer mit einer Flächenabdeckung von 97 Prozent bedient vielfältige IoT-Anwendungen. Der Mobile Layer 4G ist das High Speed Netz für über 99 Prozent der Haushalte in Deutschland. Und mit dem Mobile Layer Giga 5G sollen bis Ende 2021 rund 30 Mio. Menschen erreicht werden.

Besonders beleuchtet wurden die innovativen Eigenschaften der 5G Technologie von Schilling. Dafür hat Vodafone Lizenzen in drei Frequenzbändern erworben: High Band bei 3,5 GHz für Datenraten von 1.000 Mbit/s und mehr, Mid Band bei 1,8 GHz für den städtischen Bereich und Datenraten von typisch 500 Mbit/s sowie Low Band bei 700 MHz für den ländlichen Raum und Datenraten bis 200 Mbit/s. 5G lässt sich mit den drei Dimensionen enorme Kapazität, geringe Latenz und Slicing beschreiben. Die Latenz ist wichtig für neue Anwendungen wie Steuerung von Industrierobotern, Augmented Reality und kooperatives Fahren. Mit dem ersten 5G Kernnetz werden Latenzzei-

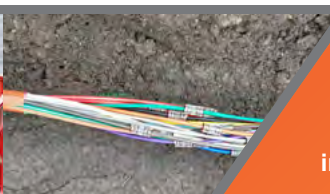
ten im Bereich von 10 Millisekunden erreicht. Als erster Anbieter in Europa betreibt Vodafone ein 5G Standalone Netz, das sich in Verbindung mit Edge Computing auch für zeitkritische Anwendungen eignet. Mit Slicing lassen sich kundenindividuelle Netzwerke gestalten. Dazu Schilling: „Stellen Sie sich das so vor, dass in einem Krankenhaus auf einem gemeinsamen Medium einerseits nur das Personal und andererseits nur Patienten kommunizieren.“ Als Referenz für ein 5G Campusnetz erwähnte Schilling das Porsche-Werk in Stuttgart. Zum Thema Förderung hier in Bayern erklärte Schilling: „Wir haben 500 Markterkundungen durchgeführt, erhielten über 200 Zusagen für Projekte, von denen wir 80 Projekte federführend umsetzen. Der Pilot in Eichstätt soll in weniger als 2 Jahren fertiggestellt werden.“

Danach nannte Rolf-Peter Scharfe einige Beispiele und Zahlen zum Gigabitausbau im Festnetz: „Der Start war im Januar 2018 in Landshut, wo der erste DOCSIS 3.1 Kabel-Internetpilot in Betrieb genommen wurde. Der Pilot wurde anschließend in Nürnberg im Beisein des bayerischen Ministerpräsidenten auf ganz Bayern ausgeweitet. Heute versorgen wir in Deutschland insgesamt 22 Mio. Haushalte mit Gigabit, davon 3,4 Mio. in Bayern und werden bis 2022 das gesamte deutsche Kabelnetz ausgebaut haben,“ und er fasste zusammen: „Wir bauen das Netz der Zukunft mit Giga-Glasfaser und setzen den Ausbau im nationalen Backbone, in den Zugangsnetzen und Gewerbegebieten eigenwirtschaftlich und gefördert fort.“ ■



...WIR PRODUZIEREN IN ERFURT
FÜR SCHNELLES INTERNET IN DEUTSCHLAND!

KOMPLETTLÖSUNGEN FÜR IHREN BREITBANDAUSSBAU



WWW.EMTELLE.DE

Emtelle GmbH
An der Flurscheide 20 - 99098 Erfurt
info-de@emtelle.com +49 (0) 361 654330

DR. HENRIK BREMER | WIRTSCHAFTSRAT GMBH

Glasfaser für alle: Wie gelingt es?

Das neue Bundesförderprogramm macht die Abwägung zwischen verschiedenen Ausbaustrategien für Kommunen und Landkreise deutlich anspruchsvoller als bisher. Gleichwohl ist zu erwarten, dass sich die bisherige Entwicklung, d.h. mehr Wirtschaftlichkeitslückenmodelle als Betreibermodelle, im Wesentlichen fortsetzt, auch wenn der relative Anteil der Betreibermodelle an den Fördervorhaben bereits kurzfristig weiter zunimmt. Dies zeigt ihre wachsende Bedeutung in neuen Fördervorhaben für weiße Flecken.

Da trotz zuweilen besserer Argumente für das Betreibermodell die Beliebtheit des WL-Modells ungebrochen ist, ist gerade an Orten mit überdurchschnittlicher Nachfrage in hellgrauen Flecken mit entsprechenden Ausschreibungen vielerorts auch schon vor Ende 2022 zu rechnen. Da mit voranschreitendem Ausbau (auch in weißen Flecken) Zuschlagschancen nur noch für solche Bieter bestehen, die zur Versorgung der grauen Flecken bereits umfangreich die vorhandene Infrastruktur mitnutzen, begünstigen Wirtschaftlichkeitslückenmodelle künftig tendenziell „Platzhirsche“ noch mehr als bisher.

Wer vor Ort noch nicht über eine eigene Netzinfrastruktur verfügt, dürfte bei einer Teilnahme an der Ausschreibung im WL-Modell nur Erfolg haben, wenn er zum Netz eines ortsansässigen Telekommunikationsunternehmens einen offenen Zugang zu attraktiven Konditionen erlangt oder zwischenzeitlich noch eigenwirtschaftlich FTTB-Infrastruktur vor Ort herstellt. Eine weitere Möglichkeit ist die Bewerbung auf noch laufende Ausschreibungen für die Versorgung weißer Flecken, die wegen ihrer geringen Größe für die meisten TK-Unternehmen trotz regionaler Präsenz wirtschaftlich uninteressant sind.

Fehlt einem TK-Unternehmen in einer Region die eigene Netzinfrastruktur, kann es dies grundsätzlich dadurch kompensieren, dass es fremde Netzinfrastruktur mitnutzt. In Betracht kommt dies maßgeblich durch eine freiwillige Kooperation (zum Beispiel mit einem Stadtwerk, dem selbst die Ressourcen für die Netzerweiterung fehlen) oder durch eine Open-Access-Verpflichtung, die sich vor allem aus der geförderten Netzinfrastruktur in weißen Flecken ergibt.

Eine Open-Access-Verpflichtung dürfte nur dort ausreichend Zugang zu den Bestandsnetzen gewähren, wo bereits ein intensiver geförderter Ausbau weißer Flecken stattgefunden hat. Weiterhin müssten mit dem Eigentümer bzw. -betreiber der Netze hinreichend attraktive Konditionen für die Mitnutzung ausgehandelt werden. Auf angemessene, diskriminierungsfreie Netzentgelte besteht für Nachfrager nach Maßgabe der Förderbestimmungen zwar ein Rechtsanspruch; jedoch kann es erforderlich werden, bei Unstimmigkeiten die Höhe durch die Bundesnetzagentur festsetzen zu lassen.

Wo es sich lohnt, in grauen Flecken eigenwirtschaftlich ein Glasfasernetz zu errichten, sichert dieses zugleich eine günstige Ausgangsposition für die Teilnahme an späteren Vergabeverfahren im Wirtschaftlichkeitslückenmodell, wenn dieser Aspekt bei der Errichtung mitbedacht wird (inklusive des voraussichtlichen späteren Zuschnitts des Fördergebiets).



Dr. Henrik Bremer

Alternativ kann es sich für TK-Unternehmen lohnen, an aktuellen Ausschreibungen zur Nachverdichtung weißer Flecken teilzunehmen, weil hier das wirtschaftliche Risiko durch die Zuwendung abgedeckt wird. Besonders geeignet sind Sonderausschreibungen für die Anbindung von Schulen, Krankenhäusern und Gewerbegebieten, da diese in der Regel geografisch zerstreut liegen und den Aufbau einer „Fischgräte“ zulassen, die für spätere Ausbaivorhaben eine FTTB-Reserve bildet.

Neue Ausschreibungen im Betreibermodell dürften hauptsächlich dort geöffnet werden, wo bereits der Ausbau in weißen Flecken entsprechend strukturiert wurde und die Kommune/der Landkreis unter anderem am eigenen Netzeigentum interessiert ist, um langfristig Einfluss auf die digitale Infrastruktur zu nehmen.

Fakt ist: Wer hier bisher noch nicht in Betreibermodellen als Netzbetreiber beauftragt wurde, hat in Folge-Ausschreibungen selten Zuschlagschancen. Die meisten Aufträge dürften den bereits ausgewählten Betreibern der Infrastruktur in weißen Flecken erteilt werden.

Wo bislang kein geförderter Ausbau im Betreibermodell stattfand, dürfte diese Variante auf Ebene der grauen Flecken trotz guter Gründe nur teilweise gewählt werden, denn: Wenn diese Strukturierung ursprünglich an fehlenden personellen Ressourcen zur Administration der eigenen digitalen Infrastruktur oder der Ablehnung des Baukostenrisikos scheiterte, besteht die Problematik oft fort und gilt unverändert für den Ausbau in grauen Flecken.

Ausnahmen mögen am ehesten dort vorkommen, wo der Ausbau der weißen Flecken im WL-Modell nicht zur Zufriedenheit des Auftraggebers verlief – jedoch häufig zur Erleichterung des Markterkundungsverfahrens und zur größeren Bündelung förderfähiger Adressen erst nach 2022. ■

LFA FÖRDERBANK BAYERN

Unterstützung für Kommunen

MIT FÖRDERKREDITEN INFRASTRUKTURPROJEKTE ERFOLGREICH FINANZIEREN

Für einen attraktiven Wirtschaftsstandort ist eine leistungsfähige Infrastruktur unverzichtbar. Der Bedarf beispielsweise an schnellen Breitbandnetzen ist groß. Gleichzeitig gilt es in eine moderne Wasser- und Abwasserinfrastruktur zu investieren sowie die Umstellung auf erneuerbare Energien und andere Maßnahmen zur Verbesserung des Klima- und Umweltschutzes voranzutreiben. Die LfA Förderbank Bayern unterstützt Kommunen bei Investitionen in eine moderne Infrastruktur mit zinsgünstigen und langfristigen Förderkrediten. Allein in den ersten drei Quartalen dieses Jahres hat die LfA über 70 bayerischen Kommunen rund 90 Millionen Euro an Förderkrediten zugesagt. Bei größeren Projekten steht die staatliche Spezialbank kommunalen Unternehmen zudem als zuverlässiger Partner in Konsortialfinanzierungen zusammen mit anderen Banken zur Seite.

BREITES BASISANGEBOT

Das Basisangebot der LfA zur Finanzierung von Maßnahmen in die öffentliche Infrastruktur ist der Infrakredit Kommunal. Gefördert werden etwa Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, einschließlich öffentlicher Personennahverkehr, die touristische Infrastruktur oder die Ver- und Entsorgung sowie die allgemeine Energieeinsparung und die Umstellung auf umweltfreundliche Energieträger. Das gleiche gilt für Investitionen in Wissenschaft, Technik und Kulturpflege sowie in nicht umlagefähige Kosten für die Erschließung von Gewerbe- und Industrieflächen.

SPEZIALPROGRAMME ENERGIE UND BREITBAND

Mit Spezialprogrammen wie dem Infrakredit Energie bietet die Förderbank eine zinsgünstige Finanzierung von Maßnahmen zur Energieeinsparung von mindestens 20 Prozent. Das kann zum Beispiel die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Lampen sein. Unter bestimmten EU-beihilferechtlichen Voraussetzungen ist auch die Umstellung auf erneuerbare Energieträger förderfähig.

Beim Ausbau der Breitbandnetze unterstützt die LfA zudem mit dem Infrakredit Breitband. Damit begleitet die LfA das Zuschussprogramm des Freistaats Bayern. Mit dem Förderdarlehen lässt sich der über den Zuschuss hinausgehende Eigenanteil der Gemeinden mit besonders günstigen Zinssätzen und langen Laufzeiten finanzieren.

ATTRAKTIVE KONDITIONEN

Neben äußerst günstigen Konditionen – mittlerweile sind je nach Marktlage auch Zinssätze im negativen Bereich möglich – bieten die Darlehen Städten und Gemeinden zahlreiche weitere Vorteile: Sie sind mit Laufzeiten von 10, 20 und 30 Jahren langfristig ausgerichtet und bieten so Planungssicherheit. Für den Infrakredit Kommunal bietet die LfA sogar eine optimierte Laufzeitvariante mit 20-jähriger Zinsbindung an. Kommunen haben zudem die Möglichkeit, je nach Laufzeit bis zu 2, 3 und 5 Tilgungsfreijahre in Anspruch zu nehmen. Der Finanzierungsanteil der LfA beträgt bis zu 100 Prozent der förderfähigen Investitionen bei Darlehen bis 2 Mio. Euro und maximal 50 Prozent der förderfähigen Kosten



Förderung von Maßnahmen in die öffentliche Infrastruktur. Bild: LfA

bei Darlehen über 2 Mio. Euro. Beim Infrakredit Energie liegt der maximale Darlehensbetrag bei 4 Mio. Euro pro Vorhaben. Investitionsvorhaben in Bereichen, in denen kommunale Gebietskörperschaften, deren rechtlich unselbstständigen Eigenbetriebe oder kommunale Zweckverbände eine im Widerspruch zum EU-Beihilferecht stehende wirtschaftliche Tätigkeit ausüben, sind im Infrakredit Kommunal und Infrakredit Energie nicht förderfähig. Die Finanzierung zusätzlicher Investitionsbereiche, in denen die LfA nicht tätig ist, bietet die BayernLabo. ■

PERSÖNLICHE BERATUNG UND DIREKTE BEANTRAGUNG

Beantragt werden die Infrastruktur-Förderdarlehen direkt bei der LfA. Bei Fragen steht interessierten Kommunen das Team Infrastrukturfinanzierung der LfA telefonisch unter (089/ 2124 - 1505) oder per E-Mail (infra@lfa.de) zur Verfügung. Weitere Informationen gibt es unter:

www.lfa.de/infrastruktur

Breitbandnetze | Netzbetrieb | Netzservice

mieco
Eine starke Verbindung

Breitbandnetze aus einer Hand

WIR BAUEN ZUKUNFT

SCHNELL

SICHER

REGIONAL



Jetzt direkt mit dem Smartphone informieren.



www.miecom.de



Sandra Ebenberger

ATENE KOM GMBH

Zukunft gestalten im ländlichen Raum

Wie werden ländliche Räume zu smarten Regionen? Welche technologischen Lösungen steuern die Verkehrsströme in der Stadt der Zukunft? Was macht Schulen zu digitalen Lernorten?

Bei der atene KOM gibt es Antworten auf die vielen Fragen zur Digitalisierung. Als verlässlicher Partner an der Seite der Kommunen begleitet die atene KOM deren Verwaltungen bei der digitalen Transformation und macht sie dabei zukunftsfest für das Zeitalter der Digitalisierung. Mehr als 500 Experten aus allen Fachrichtungen entwerfen Strategien und Konzepte für die öffentliche Hand, entwickeln maßgeschneiderte Geoinformationslösungen und steuern Prozesse, damit sich Projekte erfolgreich entwickeln und etablieren können. Mit Standorten in acht deutschen Bundesländern arbeitet die atene KOM aus der Region für die Region.

ENGAGEMENT IN BAYERN

In enger Kooperation mit beispielsweise dem Zentrum Digitalisierung.Bayern, ist die atene KOM bestrebt, das Netzwerk digitalisierungswilliger bayerischer Kommunen auf- und auszubauen. Bei TEMPUS, einem Pilotprojekt zum automatisierten, vernetzten Fahren im urbanen Raum, unterstützt die atene KOM die Landeshauptstadt München bei der Koordination der Partner. Ebenfalls in München arbeitet sie gemeinsam mit Partnern aus der Verwaltung und Bürgern an einem Integrierten Digitalen Entwicklungskonzept (IDEK) für ein Quartier im Osten der Stadt. Ihr Ziel dabei: Die Digitalisierung für und mit den Menschen vor Ort auszugestalten, um gemeinsam in eine lebenswerte Zukunft zu blicken. ■

www.atenekom.de



v.l. Sebastian Zurawski und Stefan Junger, Connect Com GmbH sowie Sascha Bunger, Max Wild GmbH

CONNECT COM GMBH

Flächendeckendes, schnelles Internet für den Landkreis

Um auch als kleine Gemeinde für die digitale Zukunft gerüstet zu sein, verlegt Hohentengen seit 2008 Glasfaser bis in die Wohnungen und Unternehmen – in Eigenregie und ohne Fördergelder.

Die Gründung des Eigenbetriebs Moderne Kommunikationstechnologie (MOKO) sowie der Betreibergesellschaft MKTH GmbH machen die Gemeinde Hohentengen zum Telekom-Full-Service-Anbieter. Mit dem über die Jahre erworbenen Glasfaser-Fachwissen unterstützt die MOKO nun den Landkreis Waldshut beim Bau des Backbone-Netzes. Mit dabei: die bewährten Glasfaser-Komponenten der Connect Com GmbH.

DANK GLASFASER-EXPERTISE ZUM BACKBONE-NETZ-BERATER FÜR DEN LANDKREIS

Andreas Nauroth, Leiter MOKO und Berater für den Landkreis Waldshut hat schon beim Bau des Glasfaser-Netzwerks Hohentengen auf die Beratung und die Produkte von Connect Com gesetzt. Gemeinsam wurde ein Prototyp für Waldshut-Tiengen entwickelt. Die Komplettlösung für die Technikzentralen (PoP) umfasst CARMA ODF-Racks inkl. Kabelkanalsystem, SLITE LWL-Patchpanels, LWL-Patchkabel und LWL-Kabel. Die Konfiguration bestand die Tests mit Bravour. Eine Gemeinde nach der anderen wird nun ans Landkreis-Netz angeschlossen. Bei der Verteilung der Glasfasern von der Hauseinführung zu den Wohnungen trifft man erneut auf Connect Com – hier werden BELUGA Spleißboxen eingesetzt.

„Mit Connect Com habe ich nicht nur einen Lieferanten, sondern einen Partner an meiner Seite. Mein Ansprechpartner ist kompetent und kümmert sich persönlich um meine Anliegen. Das entlastet mich in meiner täglichen Arbeit enorm“, so Andreas Nauroth, Leiter Moderne Kommunikationstechnologie (MOKO), Hohentengen. ■

Kontakt:

Stefan Junger

+49 160 979 123 97

stefan.junger@connectcom.de

www.connectcom.de

PARTNERSEITE



v.l. Alexander Holz und Rainer Hofmann

GABOCOM

Partner für die Netzwerke der Zukunft

Als führender Hersteller ganzheitlicher Mikrorohr- und Glasfaser-Management-Systeme bietet gabocom ein abgestimmtes Komplettsystem aus einer Hand, höchste Qualität und konstante Leistungsfähigkeit. gabocom begleitet die Projekte über die gesamte Dauer – von der Planung bis zur Schulung auf der Baustelle.

gabocom setzt Standards in Langlebigkeit und Effizienz. Mehr als 50 Jahre Branchenerfahrung und die stetige Ausweitung des Portfolios machen gabocom zu einem zuverlässigen und fortschrittlichen Ansprechpartner der Telekommunikationsbranche. Die Produktpalette umfasst vier umfangreiche Systemlösungen: Das speed•pipe® System zur Nutzung vorhandener Rohrsysteme und zur direkten Erdverlegung neuer Glasfasernetzwerke bis hin zur Reparatur belegter Kabelkanäle. Seit 2019 wird das System um Komponenten für Glasfaser-Management-Systeme ergänzt. Neue Netzwerke in Gebäuden gestalten sich mit speed•pipe® indoor sicher und zuverlässig. Als führender Anbieter von Komplettlösungen für den Netzwerkausbau bietet gabocom neben Branchenerfahrung und technischer Expertise auch erstklassigen Kundenservice und Support. Die Produkte werden nach höchsten Standards lokal hergestellt und erfüllen die Vorgaben der bayerischen Gigabit- sowie der Breitbandförderung des Bundes. ■ www.gabocom.de



Andreas Gläser

OPTERNUS GMBH

Optische Spleiss- und Messtechnik

Seit 20 Jahren ist Opternus der Spezialist, wenn es um optische Spleiss- und Messtechnik geht. Spleissen ist die besondere Verbindungstechnik von Glasfasern. Seit 2018 gehört das Unternehmen zur Hexatronic-Gruppe. Der Leitspruch der Firma lautet: „Wir verkaufen nicht einfach Geräte, wir liefern Ihnen Lösungen.“ Und so runden eine exklusiv zertifizierte Servicewerkstatt, der Pre- und After-Sales Support sowie eigene Finanzierungsangebote das Produktportfolio ab.

Für Glasfasereinsteiger, also Installateure oder Unternehmen, die sich gerade in den Bereich der Glasfaserhausnetze, der so genannten Netzebene 4, einsteigen, hat Opternus ein besonderes Angebot zu einem vergünstigten Setpreis: Die technische Grundausstattung im Set, bestehend aus dem Spleissgerät Fujikura 41S mit integrierter Arbeitsplattform, Werkzeugen und dem fortschrittlichen Trenngerät CT-50 sowie dem Glasfasermultimeter EXFO OX1-I-88. Für alle Geräte gilt: Service und Support „Made in Germany“ in Bargteheide/Hamburg. ■

Damit der Einsatz auch gleich klappt und sicher und effektiv auf der FTTx-Baustelle gemessen und gespleisst wird, bietet Opternus die passenden Schulungen.

Weitere Informationen unter: www.opternus.de/ne4-set

Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.

www.tvbayernlive.de

TV BAYERN
LIVE

SPORT

KULTUR

POLITIK

WETTER

LOKALE
NACHRICHTEN

GESELLSCHAFT

WIRTSCHAFT

IHR LOKALER
NACHRICHTEN-SENDER

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL FS

Sonntag, 17.00 Uhr bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern

Alle Sendungen in der TV Now Mediathek



Hartmut Börstler

ELTEK DEUTSCHLAND GMBH

Hocheffiziente Stromversorgung für den Breitbandausbau

Kapazität und Verfügbarkeit moderner Telekommunikationsnetze müssen selbst bei Netzausfall voll gewährleistet bleiben. Stromversorgungs- und Netzersatzsysteme sorgen dafür, dass alle kritischen Anwendungen stabil und unterbrechungsfrei weiterlaufen. Aber nicht nur zur Sicherheit des Netzbetriebes, sondern auch zur Senkung der Betriebskosten und Reduktion des CO₂-Fußabdrucks kann die eingesetzte Stromversorgungslösung entscheidend beitragen.

Hohe Wirkungsgrade, hohe Leistungsdichte, hohe Zuverlässigkeit garantieren Systeme der Firma Eltek Deutschland. Zum Einsatz kommen z.B. Module der Serie „FlatpackS“, die sich insbesondere durch eine Leistungsdichte von 47W/inch³ und einem Wirkungsgrad von >96 Prozent auszeichnen. Mit den kompakten Hocheffizienzmodulen lassen sich Anlagen individuell realisieren und flexibel erweitern. Als Komplettanbieter für Stromversorgungen bietet Eltek Deutschland auch sämtliche Planungs-, Installations- und Serviceleistungen zur schlüsselfertigen Abwicklung von Projekten an.

Seit Jahrzehnten engagiert sich Eltek Deutschland mit innovativen Stromversorgungstechnologien dafür, den Betrieb von unternehmenskritischer Ausrüstung optimal abzusichern. Über 130 Jahre Erfahrung im Bereich Elektrotechnik und Stromversorgungstechnologie in Deutschland begründen das Expertenwissen. ■

www.eltek.de



Lukas Schmidt

EMTELLE GMBH

Starke Verbindungen für starke Verbindungen

Eine Verbindung für die Zukunft – das ist Ziel eines jeden Glasfasernetzes. Doch nicht nur starke Datenverbindungen sind hiermit gemeint. In jedem Netzwerk gibt es zahlreiche Verbindungsstellen, sei es im Schacht, an Stichstraßen oder am Abzweig zum Gebäude. Sind diese Verbindungen nicht entsprechend zugfest, druckdicht und schlagfest, entwickeln sie eine Schwachstelle im gesamten Netz was dazu führt, dass Installateure beim Einblasen erneut aufgraben müssen.

Das „OneDig“-Konzept, mit dem Emtelle seine Produkte entwickelt, liefert Lösungen mit denen nur einmal aufgegraben muss. Mit der neuen Push-Fit Reihe präsentiert Emtelle in diesem Zuge eine Weltneuheit im Hinblick auf Steckverbindungen in FTTH Netzwerken. Eine brandneue Fittingrange zum druckdichten Verbinden von Mikrorohren. Dank innovativem zylindrischem und glasklarem Design bietet dieser innovative Fitting optimale Sichtprüfung beim Stecken und reduziert Quetschlastpunkte zwischen benachbarten Mikrorohren auf ein Minimum. Der Fitting bietet eine einzigartige Stoßfestigkeit von 30 Joule mit ultimativem Schutz vor äußeren Einwirkungen und Stößen. Durch die clevere Push-Fit Lock Technologie ist der Fitting ohne Vorkehrungen einfach zu Stecken und kann bei Bedarf durch ein innovatives, eingebautes Entriegelungssystem durch simples Drehen und Drücken wieder gelöst werden – ganz ohne Fummelarbeit. Zugfest wird der Fitting dank der Klemmzähne aus korrosionsfreiem Edelstahl – für eine wortwörtlich langfristige Verbindung. ■

www.emtelle.de



v.l. Jiong Yin und Martin Schwenke

GVG GLASFASER GMBH

Starker Partner für Kommunen

Die Unternehmensgruppe GVG Glasfaser plant, baut und betreibt hochmoderne Glasfasernetze deutschlandweit. Ziel ist eine flächendeckende Breitbandversorgung auch außerhalb von Ballungsräumen. Für Gemeinden in Bayern schafft das Unternehmen die schnelle, zukunftsweisende Glasfaseranbindung.

Die GVG ist Spezialist für flächendeckende Breitbandversorgung auf Basis modernster Glasfaser. Gemeinsam mit Kommunen werden Lösungen entwickelt, um Regionen mit leistungsstarken FTTH-Infrastrukturen zu versorgen. Die GVG deckt dabei alle Komponenten des Glasfaserausbaus ab und bietet von der Planung über den Bau bis hin zum Betrieb und Kundensupport alles aus einer Hand.

Kommunen können dabei sicher auf die Versorgung durch die GVG zählen, denn das Unternehmen hat starken und langfristigen Rückenwind dank des Investors Palladio Partners aus Frankfurt am Main.

Als einer der führenden Glasfaseranbieter bringt die GVG genau die Erfahrung mit, die für den Breitbandausbau in Bayern nötig ist. Deutschlandweit tritt die GVG mit ihrer frischen Marke teranet auf. Insgesamt zählt die GVG-Gruppe inzwischen mehr als 74.000 Kunden in über 170 Kommunen in den Bundesländern Bayern, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Für eine optimale Realisierung setzt die GVG dabei auf regionale Vernetzung – die Mitarbeiter sind direkt vor Ort und arbeiten mit einer Vielzahl professioneller und erfahrener Partner aus der Region zusammen. ■

Kontakt

Gebietsleiter Bayern:

Martin Schwenke, +49 941 600 94 394,
martin.schwenke@gvg-glasfaser.de



Alexandra Ritter und Peter Tiedtke

RADIUS SYSTEMS LTD

PE-Schutzmaterialien für Telekommunikations- und Breitbandausbau

Radius Systems ist eines der führenden Unternehmen für hochwertige PE-Schutzmaterialien für den Telekommunikations- und Breitbandausbau und ist besonders auf Glasfaser-Lösungen spezialisiert. Radius Systems ist bekannt für seine Schutzrohr-Systeme, für seine gas- und wasserdichten Verbinder und effizienten Kabelschutzrohre, die aus bis zu 24 Mikrorohren + Mittelrohr (auf Kundenwunsch erweiterbar, eigenes Entwicklungsteam) bestehen. Durch eine Reihe patentierter Lösungen lassen sich die Glasfaserkabel weiter einblasen als je zuvor und die Schutzrohre werden auch als einer der wenigen Anbieter am Markt unter den strikten Bedingungen des SKZ-Zertifikats produziert.

UMFANGREICHES PORTFOLIO

Das Portfolio der Radius Telecoms erstreckt sich von Mikrorohren, die zum Einblasen im klassischen FTTx-Ausbau mittels Erdverlegung oder Spülbohrung verwendet werden, bis hin zu Lösungen zum Einblasen von Glasfaserkabeln in Gebäuden (auch LSZH). Seit mehr als 31 Jahren ist Radius Systems auch mit seinen Radbox-Kabelkanalschächten zur Aufnahme von z.B. Matrix-Muffen so erfolgreich, dass Radius Systems zum Marktführer in mehreren europäischen Ländern avanciert ist. ■

Die Kontaktmöglichkeiten, um die Innovationen der Radius im eigenen Glasfaserprojekt für sich nutzbar zu machen, sind:

Alexandra Ritter, +49 173 431 6544,
alexandra.ritter@radius-systems.com
 Peter Tiedtke, +49 177 8433853,
peter.tiedtke@radius-systems.com



v.l. Tilo Heinze und Frank Brodkorb

RAYCAP GMBH

Breitband-Ausbau: Standorte schaffen und schützen

Der Breitbandausbau in Deutschland soll in den kommenden Jahren massiv vorangetrieben werden. Um die empfindliche FTTH-Netzinfrastruktur vor Schäden von außen zu schützen, wird besonders robuste passive Infrastruktur benötigt.

Raycap setzt deshalb bei seinen Netzverteilern, kurz NVT, auf Gehäuse aus korrosionsfreiem Aluminium. Die Produktserie ist in fünf Standardgrößen verfügbar. Die Netzverteiler der NVT-Serie von Raycap entsprechen dem Materialkonzept des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) und sind auch für das Netz der Deutschen Telekom zugelassen. Sie sind in Anlehnung an die Widerstandsklasse RC2 (DIN EN 1627-1630) extrem robust und widerstandsfähig gegenüber äußeren Einflüssen. Die Gehäuse schützen nicht nur vor äußerer Gewalteinwirkung, sondern erschweren durch die 3-Punkt-Verriegelung und das optionale elektronische Schließsystem außerdem den unbefugten Zugriff und schützen damit die Netzinfrastruktur vor Beschädigung oder Manipulation. Mit Schutzgrad IP55 sind sie darüber hinaus äußerst witterungsbeständig. Anders als bei Kunststoffgehäusen dringt Schmutz bei den Metallgehäusen auch über lange Zeit nicht in die Pulverbeschichtung ein, sondern lagert sich nur auf der Oberfläche ab und ist leicht zu entfernen. Eine optionale Anti-Graffiti-Beschichtung gewährleistet zudem, dass auch Sprayfarben leichter von der Oberfläche entfernt werden können. Die Metallgehäuse machen die Netzverteiler nicht nur ausgesprochen robust und widerstandsfähig, sondern auch langlebig – das schont Ressourcen und die Umwelt. ■

Kontakt: Volker Lange, telecom@raycap.de



v.l. Ralf Stratmann und Gerhard Kaiser

UNSERE GRÜNE GLASFASER GMBH & CO. KG (UGG)

Schnelles Glasfaser-Internet für ländliche Regionen

„Wir arbeiten daran, schnelle Internetverbindungen anbieterneutral in ganz Deutschland verfügbar zu machen. Das heißt, wir bieten eine Open-Access Infrastruktur. Dazu werden leistungsfähige Glasfaser-Netzwerke (Fiber to the home, kurz: FTTH) mithilfe modernster Bautechniken in kürzester Zeit umweltverträglich implementiert. Als Joint Venture aus Telefónica und Allianz Global Investors nehmen wir dafür keinerlei öffentliche Mittel in Anspruch. Das verlegte Glasfasernetz ist stabil und leistungsfähig“, heißt es von Unternehmensseite.

Damit Bürgerinnen und Bürger kurzfristig von den neuen Strukturen profitieren, wartet UGG nicht auf die Erreichung von Quoten, sondern startet direkt nach unterschriebener Absichtserklärung. Erste Projekte werden zum Beispiel bereits in Rheinland-Pfalz, Hessen und Sachsen umgesetzt.

BÜRGERMEISTERIN NADINE BRINETTE AUS CONTWIG (RHEINLAND-PFALZ) BERICHTET VON DER ZUSAMMENARBEIT MIT UGG:

„Eine schnelle und zuverlässige Internetanbindung ist eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit unserer Gemeinde und bietet echte Mehrwerte für den sozialen und beruflichen Lebensalltag. Mit UGG haben wir einen verlässlichen Partner gefunden, der uns mit seiner langjährigen Expertise auf diesem Weg begleitet.“

Auch 2022 arbeitet UGG weiter daran, ländliche Regionen mit schnellem Internet zu versorgen. ■

Kontakt:
0800 410 1 410 111, info@unseregrueneglasfaser.de

Terminhinweise 2022

VERANSTALTUNG 1

ONLINE EXPERTENRUNDE

Heimische Rohstoffe,
Gewinnung, Recycling:
Entsorgung und Artenschutz

24.03.2022

www.bayerisches-infrastrukturforum.de

VERANSTALTUNG 2

13. BAYERISCHES ENERGIE FORUM

02.06.2022

im Bürgerhaus Garching

www.bayerisches-energieforum.de

VERANSTALTUNG 3

9. BAYERISCHES BREITBAND FORUM

13.10.2022

www.bayerisches-breitbandforum.de

IMPRESSUM:

Sonderdruck Nr. 24/2021 der
Bayerischen GemeindeZeitung

Redaktion:	Constanze von Hassel Doris Kirchner Gerhard Kafka
Gestaltung:	Michael Seidl
Fotos:	Jessica Maiwald-Kassner, sonst wie angegeben
Verantwortlich:	Constanze von Hassel
Anzeigenleitung:	Monika Steer
Veranstaltungen:	Theresa von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de
info@gemeindezeitung.de

Druck:	Creo-Druck Gutenbergstr. 1 96050 Bamberg
--------	--



Regionale und städtische Netzbetreiber

Machen Sie Ihr Netzwerk zukunftssicher mit Combo PON

Combo PON

- 50 % grüner
- 20 % mehr Abdeckung
- 25 % längere Lebensdauer

Beginnen Sie mit der kostengünstigeren GPON Lösung und migrieren Sie nahtlos zu XGS-PON - ohne zusätzliche Installationskosten.

Bereits jeder 3. Haushalt in Deutschland ist durch ADTRAN Technology vernetzt. Und das schon seit über 20 Jahren!

Erfahren Sie mehr



adtran.com/de

**Amazing
Broadband
Experiences.**

The Way It Should Be.